

27/7. 1914.

10

Die Approvisionnement Wiens.

Wien, 27. Juli.

Im Zusammenhange mit den notwendigen amtlichen Vorkehrungen hat man im magistratischen Departement für die Approvisionnement die umfassendsten Vorkehrungen getroffen, um Störungen in der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln hintanzuhalten. Nach Mitteilungen maßgebender Stellen könnten solche Störungen nur durch mißverständliche Auffassung der Verkehrsvorschriften erfolgen, wie dies heute bezüglich einiger Milchtransporte auf der Ostbahn der Fall war, wo aber die Bahnverwaltung selbst im eigenen Wirkungskreise und auf dem kürzesten Weg die Strömmer der untergeordneten Organe abgestellt hat.

Was die von außenher kommenden Lebensmitteltransporte anbelangt, so werden den am Wiener Plage befindlichen Käufern und Zwischenhändlern seitens des magistratischen Bezirksamtes Bescheinigungen ausgestellt, daß die an sie gelangenden Sendungen für die Approvisionnement Wiens unbedingt notwendig sind. In der Magistratsabteilung 9 haben heute bereits zahlreiche Personen solche Bescheinigungen behoben. Zugleich wird amtlich alles vorgekehrt, um spekulative Preistreibereien hintanzuhalten, wofür sowohl die administrativen Bestimmungen als auch das Strafgesetz ausreichende Handhaben bieten.

28./7. 1914.

Approvisionierungsvorkehrungen.

Heute nachmittag ist bereits das in Permanenz erklärte Ministerialkomitee für wirtschaftliche Mobilisierungsvorkehrungen zusammengetreten. An der Beratung nahmen Vertreter aller beteiligten Ressortministerien, des Kriegsministeriums und, da es sich um die Approvisionierung Wiens handelt, als Vertreter der Reichshauptstadt Bürgermeister Dr. Weiskirchner teil. Beschlüsse wurden heute noch nicht gefaßt. Die Konferenz wird morgen fortgesetzt werden.

Von unterrichteter Seite erhalten wir hierzu folgende Mitteilungen: Es ist gar kein Grund zu der Befürchtung vorhanden, daß die Approvisionierung Wiens durch die gegenwärtige Situation irgendwie gestört wäre. Die Beratungen des Approvisionierungskomitees haben den Zweck, für die Zukunft Vorsorge zu treffen und einen Weg zu finden, wie die im Interesse der militärischen Aktionen gebotenen verkehrstechnischen Maßnahmen in Einklang gebracht werden können mit jenen Verkehrseinrichtungen, welche der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln dienen. Keine Großstadt kann ihren Bedarf an Naturprodukten ausschließlich aus ihrer nächsten Umgebung decken. Zur Befriedigung der Bedürfnisse einer Zweimillionenstadt ist viel mehr erforderlich als das, was in ihrem Umkreise wachsen, gezogen und gezüchtet werden kann. Milch, Eier, Butter, Fleisch, Gemüse kommen oft von sehr weit her, und es ist die Pflicht der maßgebenden Faktoren, für die Zufuhr der Nahrungsmittel und Naturprodukte derart zu sorgen, daß der Wiener Markt nicht nur innerhalb der dem Bedürfnisse erforderlichen Zeit, sondern auch in dem zur Versorgung der städtischen Bewohner hinreichenden Ausmaße befriedigt werde. Dabei muß auch darauf geachtet werden, daß die durch die Gestaltung der Dinge hervorgerufenen Abweichungen von der bisherigen normalen Verkehrseinrichtung nicht spekulativer Weise benützt werde, um unberechtigte Preissteigerungen der wichtigsten Unterhaltsmittel zu versuchen oder durchzuführen. Für Sicherstellung aller mit diesen Hauptfragen zusammenhängenden Einzelheiten sind die Approvisionierungskomitees in Permanenz erklärt worden. Morgen wird überdies eine Konferenz bei der Statthalterei stattfinden, in welcher ausschließlich die mit der Wiener Approvisionierung zusammenhängenden Einzelfragen beraten werden sollen; das Ergebnis dieser Konferenz wird dann wieder dem ministeriellen Komitee vorgelegt werden. Das Resultat der ministeriellen Konferenzen wird darin bestehen, daß Grundsätze über die Behandlung und Regelung der Approvisionierungsangelegenheiten für alle im Reichsrate vertretenen Länder aufgestellt werden, wobei aber auch für einzelne Gebiete und die Stadt Wien spezielle Anweisungen getroffen werden können.

Heute abend erschien Bürgermeister Dr. Weiskirchner neuerlich beim Minister des Innern Freiherrn v. Heinold, um über die gegenständlichen Fragen zu beraten.

Nachmittags fand beim Bürgermeister eine Konferenz mit den Vorstehern der Bäckergenossenschaft statt. An derselben nahmen unter Führung des Gemeinderates Rörber der Vorsteher Johann Dreunig und die Ausschußmitglieder J. M. Giles, M. Kraus und R. Stumpf teil. In der Konferenz wurden Maßnahmen zur Sicherung der Produktion dieses Gebietes in eingehendster Weise erörtert.

28./7. 1914.

Approvisionnement-Vorkehrungen.

Wien 28. Juli.

Heute vormittag trat im Statthaltereigebäude im kleinen PräsidialsitzungsSaale das in Permanenz erklärte wirtschaftliche Komitee für Approvisionierungs-Angelegenheiten neuerlich zusammen. Den Vorsitz führt das Ministerium des Innern (Sektionsrat Dr. v. Planck), vertreten sind das Kriegsministerium, das Handelsministerium, das Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Eisenbahnministerium und das Ackerbauministerium. Die Beratungen dürften heute zu einem Ergebnis gelangen, und in den Abendstunden wird eine amtliche Verlautbarung über die Vorkehrungen erfolgen, welche das ministerielle Komitee getroffen hat. An der Beratung in der Statthalterei nahm als Vertreter der Stadt Wien Bürgermeister Hof teil.

Die Beratungen erstrecken sich auf die Regulierung der Preisverhältnisse, auf die Regelung der Zufuhren und auf die Sicherstellung der Provenienzen, von denen die Naturalien und Approvisionierungsprodukte bezogen werden.

Die Grundlage für die Beratungen bilden die amtlichen Marktberichte, die Saatenstandsberichte und die bei den Zentralstellen einlaufenden amtlichen Erhebungen über den Stand an Vieh- und Bodenprodukten in allen Teilen der in die Kompetenz der österreichischen Regierung fallenden Länder.

Besondere Rücksicht wird auch auf den Umstand genommen, daß in den für die Approvisionierung wichtigen Personalkategorien infolge Einberufung zum Militär die Personalmenge entfallen könnte, sowie auf die Maßnahmen, die von der Kriegsverwaltung bezüglich der Beförderung auf den Eisenbahnen und Dampfschiffen getroffen werden.

Die Maßnahmen gegen Preissteigerungen.

Heute findet bei der Statthalterei eine Konferenz statt, die sich mit den Fragen der Wiener Approvisionierung befassen soll. Das Ergebnis dieser Konferenz wird dann die Basis für die weiteren ministeriellen Beratungen bilden. Zur Regelung der Approvisionierungsangelegenheiten sollen einheitliche Grundsätze für alle im Reichsrat vertretenen Länder aufgestellt und für die Hauptstadt und die Hauptorte, in denen für die Ernährung bedeutender Menschenmengen vorzuzuforgen ist, besondere Maßnahmen getroffen werden.

In erster Linie muß aber konstatiert werden, daß keinerlei Grund zu der Befürchtung vorhanden ist, es könnten sich in der Approvisionierung Wiens irgendwelche Schwierigkeiten ergeben. Unter diesen Umständen erwächst für jeden einzelnen Haushalt die Pflicht, nicht durch überstürzte Käufe von Nahrungsmitteln eine künstliche Preissteigerung herbeizuführen, die in den tatsächlichen Verhältnissen keineswegs begründet ist. Die im Interesse der militärischen Aktion getroffenen verkehrstechnischen Maßnahmen haben in den allerletzten Tagen leichte Störungen in der Approvisionierung Wiens veranlaßt.

Geringe Zufuhren waren in den letzten Tagen in Kartoffeln und Mehl zu verzeichnen, da für diese beiden Artikel auch auf dem Lande größere Nachfrage bestand. Die sprunghafte Steigerung der Kartoffelpreise, die sich heute auf dem Wiener Markte vollzogen hat, indem der Preis für Kartoffeln von 15 auf 28 S. stieg und demnach eine Butte Kartoffeln mit 4 bis 5 K. bezahlt wurde, ist aber im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß einzelne Händler und Haushalte glaubten, sich unter allen Umständen mit bedeutenden Kartoffelmengen versehen zu müssen.

Auch der Preis für Mehl hat sich in den letzten Tagen erheblich erhöht. Während noch in der Vorwoche für 100 Kilogramm Mehl 42 K. bezahlt wurden, wurde heute Mehl von den Mühlen zu 48 bis 50 K. und im Detailhandel noch höher abgegeben. Man glaubt aber, daß auch in der nächsten Zeit ein Rückgang dieser Preise eintreten wird, wenn wieder die Zufuhr sich anstandslos abwickelt.

Kaffee- und Zuckerpriese sind unverändert geblieben und auch die Notierungen für Butter und Milch haben keine nennenswerten Veränderungen erfahren.

In den Wiener Lagerhäusern sind auch größere Quantitäten Eier eingelagert und die Jahreszeit begünstigt überdies die Zufuhr frischer Ware.

In einzelnen Lebensmittelmagazinen war heute ein stürmischer Andrang zu verzeichnen, da das Publikum viel zu große Bestellungen machte, obwohl man ihm nahelegte, seine Einkäufe auf mehrere Tage zu verteilen, da doch kein Anlaß zu überhasteten Bestellungen vorhanden sei.

Wie wir erfahren, sind diesbezüglich die Interessen der Bewohner der großen Städte und insbesondere der Stadt Wien nach jeder Richtung hin anerkannt worden, und für ihre Befriedigung ist in ausreichendem Maße vorgesorgt.

In Kreisen der Approvisionierungsgewerbe wird in ganz entschiedener Weise der Auffassung entgegengetreten, daß von dieser Seite aus eine künstliche und willkürliche Preistreiberei entstehen könnte. Es wird darauf verwiesen, daß sich die Preise der Detail- und Zwischenhändler immer nur nach der Marktlage richten können und daß sie im wesentlichen von dem Ausmaße der Zufuhren abhängen.

Wenn hier und da einzelne Verschleißer schon jetzt versuchen, die augenblicklich entstandene Verwirrung zu benutzen und Preise für Lebensmittel zu verlangen, die durch nichts gerechtfertigt sind, so ist dies vielleicht in erster Linie auch der Verwirrung zuzuschreiben, die in häuerlichen Kreisen Platz gegriffen hat. Die großen Zwischenhändler und Produzenten wissen sehr genau, daß die Behörden es in der Hand haben, ihnen die Preise amtlich vorzuschreiben, eventuell die Verjorgung der städtischen Konsumentenplätze im eigenen Wirkungsbereich mit Ausschaltung des Zwischenhandels zu besorgen. Ob bei den jetzigen Konferenzen im Ministerium eine solche Maßnahme bereits beschlossen wurde oder ins Auge gefaßt worden ist, weiß man nicht. Sicher ist jedoch, daß in dieser Hinsicht etwas veranlaßt werden würde, sobald eine plötzliche und unvermutete, auf spekulativen Motiven beruhende Preissteigerung sich zeigen würde.

Mitteilungen eines Mitgliedes des Approvisionierungskomitees.

Von einem Mitgliede des amtlichen Komitees zur Beratung der wirtschaftlichen Approvisionierungsfragen erhalten wir folgende Mitteilungen:

Bisher ist kein Anlaß vorhanden, daß die Händler auf dem Wiener Markte aus sachlichen Gründen mit den Preisen in die Höhe gehen. Gewiß wird es einzelne geben, welche die Konjunktur ausnützen wollen und den Versuch machen werden, das konsumierende Publikum zu überrumpeln. Solche Versuche müssen im Keime erstickt werden. In erster Linie ist das kaufende Publikum herufen, sich gegen diese Treiberereien zu wehren, indem es jeden solchen Fall sofort dem Marktante zur Anzeige bringt.

Die weiteren Verfügungen werden dann mit solcher Schnelligkeit erfolgen, daß Wiederholungen und Fortsetzungen solcher sträflicher Versuche unmöglich gemacht werden. Daß vielleicht in absehbarer Zeit Preissteigerungen zu gewärtigen sind, soll nicht von vornherein bestritten werden. Wenn sie aber nicht zu vermeiden sind, so werden die Behörden dafür sorgen, daß sie sich in geordneten Bahnen bewegen und den Rahmen nicht übersteigen, der durch die tatsächlichen Verhältnisse gezogen ist.

Aktion der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs.

In Angelegenheit der Lebensmittelteuerung sprechen die Vorsitzenden der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, Frau Helene Granitsch und Frau Freund-Markus, heute um 5 Uhr nachmittags beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Rathause vor, um über die momentan seitens der Stadtverwaltung und der Konsumentenorganisation zu treffenden dringenden Maßnahmen zu beraten. Für genügende Zufuhr wird alle Vorsorge getroffen werden und wenn die Hausfrauen Besonnenheit und Ruhe bewahren und Vorkäufe unterlassen, werden ungerechtfertigte Preissteigerungen nicht eintreten.

Mitteilungen des Wiener Konsumvereines.

Von der Direktion des Ersten Wiener Konsumvereines wird uns mitgeteilt: Schon in den ersten Vormittagsstunden begann eine heftige Steigerung der Mehlpreise. Die Preise stiegen nominell bis 48 und 50 K. per 100 Kilogramm. Selbst 55 K. wurden für Mehl geboten. Die Mühlen haben ihre alten Vorräte fast zur Gänze aufgebraucht. Die Vorräte aus der neuen Kampagne, die dieser Tage beginnen wird, dürften erst in 10 bis 14 Tagen auf den Markt gebracht werden.

Kartoffeln wurden bereits von den Händlern auf dem Markte mit gesteigertem Preise ausgeben. Sie gingen bis zu 28 S. per Kilogramm in die Höhe gegen 20 bis 24 S. vorgestern.

Zucker ist gegen gestern 4 bis 6 S. im Detail teurer.

Reis wird in den Detailgeschäften bis zu 10 S. per Kilogramm teurer abgegeben.

19/11 914

Wien und der Krieg.

Der Krieg ist erklärt, die Stadt ist in fieberhafter Erregung und Bewegung. Alles steht unter dem Eindruck der Ereignisse. Menschen füllen die Straßen, aber nun schon weniger, um sich zu Kundgebungen zu sammeln, nun schon mehr, um die vielen Geschäfte zu besorgen, die jedem einzelnen die geänderte Sachlage gebracht hat. Vielfach treibt die Menschen auch die begreifliche Sucht, Neues zu erfahren, aus den Wohnungen auf die Straßen, wo sie die Sonderausgaben der Zeitungen, deren der Tag viele bringt, auf offener Straße lesen und miteinander besprechen. Ganz fremde Menschen finden sich in diesen Gruppen zusammen. In voller Bewegung ist die Mariahilferstraße. Dort, wo die großen Kaufhäuser sind, drängen sich die Menschen zusammen; jeder will in seiner Art Vorsorge für das Morgen treffen. Aber alle diese Menschen sind zugleich auf der Jagd nach neuen Nachrichten und überall, wo sie sich zusammenfinden, gibt es nur einen Gesprächsstoff: die kriegerischen Ereignisse, die sich vorbereiten. Unter ihrem Banne steht doch alles. Da steht an der Ecke der Melkengasse eine lebende Litfahsäule, ein Proletarier, der in einem edigen Kasten von der Form einer Anschlagssäule steckt. Für irgend einen Friseurjalon dient diese Anpreisung. Gebannt wie eine Säule steht der Mann, aber seine Hände halten ein Zeitungsblatt und über den Rand des Kastens hinüber, in dem er steckt, fliegen seine Augen über die gedruckten Zeilen. Ein ähnliches Bild an der Ecke der

Neubaugasse. Dort ist seit einiger Zeit eine andere neue Straßenfigur Wiens zu sehen: der Bananenverkäufer. Ein junger Mensch, der an einer Querstange über die Schulter hängend zwei Bananentrauben trägt, von denen er die Früchte stückweise verkauft. Auch ihm scheint das Geschäft zeitweise Nebenache . . . kommt eine neue Sonderausgabe, so liest er sie und vergißt auf die Anpreisung seiner schmachtigen Ware, die zeitweilig reizend Absatz findet.

Lebensmittelwucherer an der Arbeit.

Aber auch andere Bilder konnte man am gestrigen Tage in Wien schauen. Ganz Wien war gestern förmlich überschwemmt von empörten Hausfrauen, die Einkäufe besorgten, viele von ihnen auch Vorsichtseinkäufe für die nächsten Tage, und die dabei die Erfahrung machen mußten, daß viele Wiener Lebensmittelhändler die Preise künstlich und ganz willkürlich in die Höhe trieben. Die Wirkung davon waren auf einzelnen Märkten sehr stürmische Auftritte. Eine Zeitlang ließen sich die Frauen das sprunghafte Steigen der Lebensmittel gefallen, aber auf einmal war der Bann gelöst und die Händler wurden in diesen Augenblicken sehr deutlich belehrt, daß diese Tage der Erregung die ungünstigsten Zeiten dafür sind, einen außergewöhnlichen Sondergewinn aus der Bevölkerung herauszuschlagen. Einige Händler wurden gehörig verprügelt, es wurden ihnen die Stände umgeworfen und die Ware, die sie eben noch mit hundert und mehr Prozent Gewinn den Frauen aufschwätzen wollten, auf die Erde zerstreut und zerstampft. Es waren Butausbrüche des Augenblicks, die aber dennoch die Händler belehren werden, daß diese frechen Preistreiberereien für sie auch etwas anderes als klingenden Gewinn bringen können. Die Gefahr des Wucherns haben einige gestern sehr deutlich erkennen müssen.

Lebensmittelhändler wurden verprügelt,

wie wir erfahren, auf dem Naschmarkt, auf dem gestern Erdäpfel mit . . . 32 bis 34 Heller für ein Kilogramm Zwiebel mit . . . 30 " 36 gehandelt wurden, und auf dem Rudolfsheimer Markt, wo ein Händler namens Reich die Unverschämtheit so weit trieb, daß er für ein Kilogramm Erdäpfel, das Montag bei ihm noch 12 Heller gekostet hatte, nun 40 Heller begehrte. Diesem Händler wurden von den Frauen seine ganzen Vorräte auf die Straße geschüttet und zerstampft. Noch schlechter erging es einem Händler auf dem Yppenplatz in Dittaring, der die Unverschämtheit auf das Höchste trieb und 50 Heller für ein Kilogramm Erdäpfel begehrte. Plötzlich kehrten sich die empörten Frauen gegen ihn und im Nu war sein Stand umgeworfen und es sausten auch hageldicke Hiebe auf den Wucherer nieder. Er konnte sich vor der Wut der Frauen nur schützen, indem er seine Ware im Stiche ließ und in ein Kaffeehaus flüchtete. 40 Heller wurden übrigens auch für ein Kilogramm Kartoffel in Währing und auf anderen Vorortmärkten der Stadt begehrt. Überall verschanzten sich die Händler hinter der Ausrede, daß die Zufuhren ausgeblieben seien. Das ist erlogen. Die Preistreiberereien erfolgten nur aus dem Grunde, weil viele Käufer da waren.

Auf dem Naschmarkt war der Andrang der Frauen ein so ungeheurer, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung Wachleute aufgebolen werden mußten. Auch hier wurde ein Bauer verprügelt, der für eine Butte mit zehn Kilogramm Erdäpfel 5 Kronen begehrte. Es wurden ihm die Butten umgeworfen und der sonderbare Patriot verprügelt. Die Sicherheitswache mußte ihn vor weiteren Tätlichkeiten schützen; aber sie hatten schon bewirkt, daß sofort die Preise für Erdäpfel wieder auf den oben angegebenen Preis von 30 bis 32 Heller zurückgingen, nur vereinzelt wurden noch 34 Heller für ein Kilogramm begehrt. Die Haut will doch keiner gern zu Markte tragen. Auch auf dem Rutschlermarkt in Währing kam es zu einer ähnlichen Hausfrauenkundgebung, an die einige Händler denken werden.

Ein Kilogramm Mehl um 60 Heller.

Die Arbeiter-Zeitung hat gestern in ihrer ersten Sonderausgabe mitgeteilt, daß in Giezing für ein Kilogramm Mehl 60 Heller begehrt wurde. Wie wir indes erfahren, war dies gestern in Wien der fast allgemeine

Preis für Mehl. So wird uns vom Johann Nepomuk Voglplatz an der Grenze von Hernals und Währing gemeldet, daß auch dort das Mehl um 60 Heller verkauft wurde. Aber selbst um die Erhebung dieses so teuren Lebensmittels wurden an manchen Orten förmliche Kämpfe geführt, vor manchen Geschäften standen die Menschen bis auf der Straße, als ob sie etwas geschenkt bekämen. Von anderen Lebensmitteln wurde auch der Zucker willkürlich in die Höhe getrieben. Es wurde vielfach für ein Kilogramm statt der bisherigen 84 Heller eine Krone begehrt.

Die Genossenschaft der Marktvittualienhändler sendet an die Korrespondenz Wilhelm ein Schreiben, in dem sie behauptet, daß es keineswegs die ansässigen Händler seien, die mit den Preisen in die Höhe gegangen sind. Die Erhöhung hätten die Landleute verschuldet, die sich als Erzeuger ausgeben und das Recht haben, auf den Märkten nach Belieben zu verkaufen. Die von uns erzählten tatsächlichen Vorkommnisse beweisen, daß sich nicht nur die Landleute auf das "Kriegsgeschäft" verstehen.

Im Rathaus blieben diese Preissteigerungen nicht unbekannt und wie wir erfahren, beabsichtigt der Bürgermeister, einen Erlaß herauszugeben, in dem er die Vorschrift von Maximaltarifen von Lebensmitteln für den Fall androhen will, als diese sprunghaften Preissteigerungen kein Ende nehmen.

* *

Die Approvisionnement Wiens. Phantastische Preistreiberereien auf den Märkten.

Seit gestern morgen gehen alarmierende Gerüchte über die Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel von Mund zu Mund. Es kann daher nicht genug deutlich betont werden, daß eine Preissteigerung vollkommen unberechtigt ist und zum großen Teil nur durch die großen Einkäufe der Konsumenten verursacht worden ist, und sofort zum Stillstand gebracht würde, wenn sich das Publikum darauf beschränken würde, seinen Bedarf so wie in normalen Zeiten zu decken.

Die überraschend schnelle Entwicklung der Ereignisse der letzten Tage hat dazu geführt, daß die Approvisionnementsvorsorgen für Wien nicht in dem Maße getroffen werden konnten, in dem man dies gewünscht hätte. Nun haben sich rücksichtslose Geschäftsleute diese Gelegenheit zunutze gemacht, Preistreiberereien schlimmster Art zu arrangieren. So sind gestern schon die Mehl- und Kartoffelpreise in Wien in einer geradezu unerhörten Weise in die Höhe geschraubt worden. Wenn nun die Schuld in erster Linie den betreffenden Händlern zugeschrieben werden muß, so kann andererseits aber auch nicht geleugnet werden, daß das Publikum durch sogenannte Angstkäufe die Teuerung zum Teile mitverschuldet hat. Denn erst durch die ungewöhnlich großen Einkäufe vieler Familien wurden manche Händler auf die Möglichkeit von Preiserhöhungen aufmerksam gemacht. So kam es gestern schon auf den offenen Märkten Wiens und in manchen Geschäften, namentlich in den Vorstädten, zu heftigen Szenen, unter deren Eindruck die Händler sich genötigt sahen, sofort wieder mit den Preisen herunterzugehen.

Selbst wenn es jedoch Händler geben sollte, die auf alle Fälle die Gelegenheit gekommen erachten, ihren „Schab zu machen“, so werden sie sich hierin sehr täuschen. Es gibt gerade in Kriegszeiten Mittel und Wege, dem schändlichen Lebensmittelwucher zu steuern. Das erste und wichtigste ist der behördliche Maximaltarif, dessen Erlassung in die Kompetenz der Gewerbebehörde erster Instanz, also des Magistrates, fällt. In einer beim Bürgermeister stattgefundenen Konferenz der Parteivorsitzenden des Gemeinderates wurde die Maßregel schon erwogen. Wenn sie noch nicht durchgeführt wird, so ist es nur ein Beweis von Vertrauen auf die Wohlwändigkeit der Mehrzahl der Wiener Gewerbetreibenden, die zunächst durch einen Aufruf des Bürgermeisters vor Preistreiberereien gewarnt werden sollen. Wird dieser Schritt, was wohl nicht zu befürchten scheint, vergeblich sein, dann kommt der Maximaltarif, auf dessen Nichterhaltung empfindliche Strafen, darunter die Entziehung der Gewerbebefugnis, gesetzt sind. Ein zweites, nicht minder wirksames Mittel ist die Konkurrenz unter Patronanz der Behörde, vor allem durch die Konsumvereine und dann durch die Erziehung öffentlicher städtischer Verkaufsstellen. Verhältnismäßig am günstigsten erscheint es im Augenblick noch um die Brot- und Milchversorgung der Stadt bestellt, die zumeist in den Händen großer Fabriken, beziehungsweise Genossenschaften ruht. Mit dem Fortschreiten der Mobilisierung werden sich die Zufuhrmöglichkeiten in wenigen Tagen wieder verbessern und die Lebensmittelwucherer werden es sich dann selbst zuzuschreiben haben, wenn man sie aus der Approvisionnement Wiens ausschalten wird. Eine sympathische Haltung nimmt in der Frage der Approvisionnement die Wiener Fleischhändlergenossenschaft ein. Sie gibt beruhigende Erklärungen über Vorrat und Preise von Speck, Schweinefett und Schweinefleisch, ab und kündigt Maßnahmen zur Sicherung der weiteren Versorgung an. Gewiß werden auch die Genossenschaften der übrigen Approvisionnementsgewerbe ihre patriotische Pflicht erkennen, die darin besteht, die Wiener über die künftige Verproviantierung der Stadt zu beruhigen.

Eine Mahnung des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner läßt folgenden Aufruf publizieren:

Wie ich den heutigen Berichten des Marktamtes entnehme, hat auf einzelnen Märkten und in einzelnen Geschäftsläden der Bezirke eine geradezu unerhörte, durch nichts gerechtfertigte Preissteigerung wichtiger Konsumartikel stattgefunden. Ich sehe mich veranlaßt, gegen ein derartiges eigenmächtiges Treiben meine mahnende Stimme zu erheben und an den Gemeinsinn aller Bürger zu appellieren, daß sie nicht den unvermeidlichen Notstand, denn ohnehin jeder Krieg im Gefolge hat, durch solche Akte verschärfe. Ich erwarte, daß meine Mahnung von Erfolg begleitet sein wird, da ich sonst genötigt sein werde, von den mir durch Gesetze und Verordnungen eingeräumten Mitteln rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Ich richte aber auch an die verehrlichen Hausfrauen die Bitte, nicht durch unnötige Vorkäufe die Marktlage zu erschweren und dadurch unbeabsichtigten Anlaß zu Preiserhöhungen zu bieten.

Regierung und Gemeinde sind an der Arbeit, um nach Kräften alles aufzubieten, damit die Approvisionnement Wiens auch in diesen ersten Zeiten gesichert werde.

Wien, am 28. Juli 1914.

Der Bürgermeister:

Dr. Richard Weiskirchner.

Eine Zirkulardepesche des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die dem österreichischen Städtetag angehörigen Statutargemeinden sowie an die Stadtverwaltung von Budapest nachfolgende Zirkulardepesche gerichtet: „Wegen der Möglichkeit drückender Preissteigerungen in wichtigen Lebensmitteln sehe ich mich veranlaßt, an die Regierung heranzutreten, sie wolle sofort die Eingangszölle auf Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch für Lieferungen an autonome Körperschaften zu gemeinnützigen Approvisionnement zwecken zeitweilig herabsetzen. Ich lade die verehrliche Stadtverwaltung ein, sich diesem meinen Schritt anzuschließen und unverweilt eine entsprechende Petition bei der Regierung zu überreichen.“

Die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaften

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat heute eine längere Konferenz mit dem Hofrat v. Esatary der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und dem Direktor Hofrat Dr. v. Bardas der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft gehabt, in der eingehende Maßnahmen für die Approvisionnement Wiens durch den Donauverkehr besprochen wurden. Der Bürgermeister hat im Verfolge dieser Besprechungen auch an den Präsidenten Prochaska des Schifferverbandes die Bitte und einen Aufruf gerichtet, damit außer Dienst befindliche Schiffmannschaften, insbesondere Steuerleute, sich wieder zur Dienstleistung melden, damit die durch die Einrückungen sich ergebenden Abgänge ersetzt und der Verkehr mit vollem Umfang aufrechterhalten werden könne. Die Vertreter der beiden Schiffahrtsgesellschaften erklärten dem Bürgermeister, ihre volle Bereitwilligkeit dem Approvisionnement dienste der Stadt Wien nach Kräften sich widmen zu wollen.

Sitzung der Landeskommission für wirtschaftliche Mobilisierungsvorsorgen.

Gestern hat die konstituierende Sitzung des bei der Niederösterreichischen Statthalterei eingesetzten Landeskomitees für wirtschaftliche Mobilisierungsvorsorgen unter Teilnahme von Vertretern der in Betracht kommenden Behörden, der Gemeinde Wien, der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer sowie der Interessentengruppen stattgefunden. In dieser Sitzung wurden die zur Sicherung der Versorgung Wiens mit den notwendigsten Lebensmitteln unter den gegenwärtigen Verhältnissen erforderlichen Maßnahmen eingehend besprochen. Das Komitee kam zu dem Ergebnisse, daß ein Anlaß zur Beunruhigung keineswegs vorhanden ist, und daß auch für die Konsumenten keinerlei Notwendigkeit besteht,

größere Vorräte anzuschaffen, weil Vorfrage getroffen wird, daß auch während der Mobilisierung die Zufuhr der Hauptbedarfsartikel in ausreichendem Maße zu den bisherigen oder doch ganz unerheblich gesteigerten Preisen erfolgen kann.

Die Aktion der Hausfrauenorganisation.

In dem wirtschaftlichen Komitee für Vorratshaltung Angelegenheiten der Stadt Wien, das in Permanenz erklärt wurde, haben auch die Vertreter der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs bemerkenswerte Vorschläge erstattet. Gestern erschienen die Vorsitzenden der Reichsorganisation Frau Helene Granitsch und Frau Freund-Markus beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner, um ihm ihre Anträge betreffend die Maßnahmen gegen die willkürliche Preissteigerung zu unterbreiten. Die Vertreter der Hausfrauen beantragten eine sofort zu gründende Organisation ihrer Mitglieder, welche die Aufgabe hätte, auf allen Märkten die einkaufenden Hausfrauen dahin aufzuklären, daß sie durch Vornahme großer Einkäufe nur die Preise in die Höhe trieben, ohne daß es ihnen möglich wäre, sich tatsächlich mit Lebensmitteln zu versehen, da beispielsweise die Kartoffeln derzeit noch unhaltbar sind und nach wenigen Tagen verderben. Ferner wurde seitens der Vorsitzenden die Anregung gegeben, durch die Bestimmung eines Maximaltarifes die Preise der Lebensmittel zu regeln. Es wurde auch die Bitte vorgebracht, bezüglich der Freigabe des in den Fabriken lagernden Zuckers zu intervenieren, da bereits heute höhere Preise für Zucker gefordert und in vielen Geschäften nur Quantitäten bis zu einem Kilogramm abgegeben wurden.

Bei dieser Gelegenheit berichteten auch die Vertreter der Hausfrauenorganisation über ihre Hilfsaktion der Frauen, welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, jenen Familien, die jetzt ihres Ernährers beraubt sind, nach dem Programm ihres Aufrufes Hilfe angedeihen zu lassen. Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner versicherte die Hausfrauenorganisation auch diesbezüglich seiner eifrigsten Unterstützung. Die Ergebnisse des Besuchs der Vorsitzenden beim Bürgermeister wurden bereits um 6 Uhr den Ausschussmitgliedern, welche sich zu einer Plenarsitzung eingefunden hatten, mitgeteilt.

Von den in dieser Sitzung zur Diskussion gelangten Punkten seien nur die Gründung eines Hilfsfonds, die Ausspeisung notleidender Kinder in Privathäusern und durch den Volksküchenverein und die Stellenvermittlung für Frauen, welche jetzt gezwungen sind, ihre Familie selbst zu erhalten, zu erwähnen.

Die Anglo-österreichische Bank, die Kreditanstalt und der Wiener Bankverein haben für die Hilfsaktion der Reichsorganisation der Hausfrauen ein Konto: „Kohls“, Frauenhilfsaktion im Kriege, eröffnet, auf welche Spenden einlaufen. Bausteine (Bloc's mit 50 Steinen a 20 S.) werden registriert und ausgegeben. Aus allen Städten treffen Briefe mit Marken als kleine Spenden ein. Um auch die kleinsten Beträge zu kontrollieren, hat die National Cash Register eine Kasse zur Verfügung gestellt. — Während sind die Zustimmungskundgebungen. Der Verein „Charitas“ überläßt den Kindern Milchmarien. Der Volksküchenverein wird 100 bis 200 Kinder auspeisen. Die Auskunftsstelle für Wohlfahrtseinrichtungen wird Recherchentinnen stellen. Es wird bienenartig gearbeitet. Die Mitglieder senden Geldbeiträge und stellen sich ganz dieser Frauenkriegsdienstleistung zur Verfügung.

Szenen bei Lebensmittelhändlern.

Wie bereits gemeldet, kam es gestern vormittag auf dem Naschmarkte seitens der einkaufenden Frauen zu erregten Demonstrationen, da die Bauern, welche ihre Kartoffel über Auforderung der Großhändler auf den Markt gebracht hatten, ganz exorbitante Forderungen stellten. Das Marktamt war sogar gezwungen, einen Landwirt, der für die Butte (zirka 15 Kilogramm) bis sieben Kronen verlangte, aufzufordern, den Markt zu verlassen, da die Erbitterung gegen diesen Landwirt bedrohliche Formen annahm. Die Preissteigerung auf dem Naschmarkte hatte zur Folge, daß auch die Händler auf den Märkten in den verschiedenen

Bezirken, so auf dem Markte in der Meiselstraße und auf dem Ottakringer Markte, gezwungen waren, ihre Forderungen zu erhöhen. Auch hier nahmen die Frauen gegen die Verkäufer energisch Stellung und drohten für den Wiederholungsfall sogar mit Gewalttätigkeit. Die Genossenschaft der Marktbiertualienhändler hat ihren Mitgliedern empfohlen, den Verkauf der heute teuer bezahlten Kartoffel einzustellen, um so den Verdacht von sich abzuwälzen, daß es die Händler sind, welche die Preise jetzt schon erhöhen wollen. Den Händlern war es vielmehr darum zu tun, daß der Markt gestern mit Kartoffeln besetzt wurde, und nachdem sie in Erfahrung gebracht hatten, daß für gestern aus Ungarn keine Kartoffeltransporte zu erwarten waren, ersuchten sie die Landbevölkerung telegraphisch, Kartoffel auf den Markt zu bringen. Gestern waren auch bereits der Obmannstellvertreter der Genossenschaft der Marktbiertualienhändler Herr Karl Rauch und das Leitungsmitglied Herr Karl Schrattenholzer beim Bürgermeister, um ihn dahin aufzuklären, daß die hohen Kartoffelpreise nur durch die willkürlichen Forderungen der Bauern und der großen Nachfrage des Publikums bedingt sind. Wie an anderer Stelle ausführlich mitgeteilt wird, sind schon für die nächsten Tage Maßnahmen zu erwarten, die die genügende Besichtigung der Märkte veranlaßt und

derartige Preisforderungen verhindert. Die Genossenschaft der Marktbiertualienhändler will keine Mihe scheuen, um genügende Mengen auf den Wiener Markt zu bringen, und wird sogar eine Reise nach Budapest und nach andern ungarischen Städten unternehmen, um auch dort bei den maßgebenden Stellen das Nötige zu veranlassen.

Auch in vielen Gebäcks- und Mehlverkaufsstellen der inneren Bezirke sowie in Konsumwarenhandlungen dieser Bezirke überhaupte spielten sich gestern erregte Szenen ab. In manchen Geschäften gab es einen derart unvermittelten Ansturm von Personen — in überwiegender Zahl waren es Frauen und Mädchen —, daß das Personal förmlich in Bedrängnis kam. Den Massen der Konsumenten gegenüber wurde nun in manchen Verkaufsstellen notgedrungen in der Weise vorgegangen, daß man zunächst nur zwanzig Käufer in das Lokal ließ und an jeden einzelnen lediglich zwei Kilogramm Mehl abgab. Hier und da wurde die Bewegung eine so turbulente, daß die Leute vom Geschäftslokal bis nahezu in die Straßennitte standen. In einem Geschäft der Tabakstraße herrschte geradezu ein lebensgefährliches Gedränge. Die allgemeine Stimmung ging eben dahin, daß sich die Hausfrauen rechtzeitig mit den verschiedenen Marktbiertualien versehen müßten.

Auf den Märkten und in einzelnen Verkaufsstellen wurde für ein Kilogramm Mehl 50 bis 60 Seller (gegen 44 S. am Samstag) und für Kartoffel 32 bis 36 Seller (gegen 14 bis 16 S. am Samstag) verlangt und auch bezahlt.

Eine Erklärung der Genossenschaft der Marktbiertualienhändler.

Die Genossenschaft der Marktbiertualienhändler gibt bekannt, daß es keineswegs die ansässigen Händler sind, die plötzlich mit den Preisen der Lebensmittel in die Höhe gegangen sind. Die unwillkommene Erhöhung der Preise verschulden die Landleute, die sich meist als Produzenten ausgeben und das Recht haben, auf unfern Märkten nach Belieben zu verkaufen. Nachdem die stabilen Händler ihre Vorräte ausverkauft hatten, und diese wegen Einschränkung des Bahnverkehrs nicht gleich ergänzen konnten, wurde eine Situation geschaffen, welche die den Wiener Markt bedienende bäuerliche Bevölkerung sogleich ausnützte. Kartoffel beispielsweise gingen sprunghaft im Preise in die Höhe. Haben sie noch vorgestern K. 1.40 bis K. 1.80 gekostet, sind sie heute nicht unter 3, 4, ja sogar 5 K. zu haben. Einer der Bauern, der sogar 6 K. verlangte, erregte eine solche Erbitterung des einkaufenden Publikums, daß ihm die Kartoffel auf den Boden geschüttet wurden; nur dem Eingreifen des Marktkommissärs und einiger Wachleute hatte er es zu danken, daß er nicht mißhandelt wurde. Da die Zufuhren in der nächsten Zeit wieder geregelt werden, ist zu erwarten, daß solche Preissteigerungen künftig vermieden werden.

29. / 7. 1914.

III.

7

**Vorsorge der Fleischselchergenossenschaft zur
Approvisionnement.**

Seitens der Genossenschaft der Wiener
Fleischselcher werden wir um Aufnahme folgender Mit-
teilung ersucht:

In den letzten Tagen haben die Wiener Fleischselcher die
Wahrnehmung gemacht, daß seitens der Bevölkerung ein
außerordentlicher Andrang zu Deckungskäufen, insbesondere
an Rohspeck und Füll zu konstatieren war. Die Genossenschaft
der Wiener Fleischselcher teilt dem Publikum zur Beruhigung
mit, daß an Speck und Fett große Mengen vor-
handen sind und kein Anlaß zu künstlich ge-
züchteten Preistreibern geboten ist. Durch
den einseitigen Einkauf von Füll, beziehungsweise Speck, wird
naturgemäß der Preis des Gesamtproduktes schon im Ein-
kauf künstlich verteuert. Der heutige Schweinemarkt wies
infolge der Aufregung unter den Fleischselchermeistern und
andererseits durch überaus große Nachfrage seitens der Kund-
schaft nach Fett große Preissteigerungen von 18 bis 20 S.
per Kilogramm Lebendgewicht auf. Die Genossenschaft der
Wiener Fleischselcher hat bereits mit dem Bürgermeister
Führung genommen und Vorschläge erstattet, damit die Zufuhr
von Vieh aus dem Inlande und auch aus dem Auslande
eine möglichst geregelte bleibe. Es wird möglicherweise nur
in den nächsten Tagen eine geringe Störung wahrzunehmen
sein, aber diese Störung bietet immerhin keinen Anlaß zu
einer derartigen Beunruhigung, wie sie in den letzten Tagen
im Publikum wahrgenommen wurde. An Fleisch ist
mindestens für drei Wochen Vorsorge ge-
troffen, und soweit Schweinefett in Frage kommt,
sind die Wiener Fleischselcher auf Monate hinaus
gedeckt.

**Mitteilungen der Genossenschaft der Markt-
viktualienhändler.**

Die Genossenschaft der Marktviktualien-
händler gibt bekannt, daß es keineswegs die ansässigeren
Händler sind, die plötzlich mit den Preisen der Lebensmittel
in die Höhe gegangen sind. Die unwillkommene Erhöhung
der Preise verschuldeten die Landleute, die sich meist als Pro-
duzenten ausgeben und das Recht haben, auf unseren
Märkten nach Belieben zu verkaufen. Nachdem die stabilen
Händler ihre Vorräte ausverkauft hatten und diese wegen Ein-
schränkung des Bahnverkehrs nicht gleich ergänzen konnten,
wurde eine Situation geschaffen, welche die den Wiener Markt
bedienende bäuerliche Bevölkerung ausnützte. Kartoffel
beispielsweise gingen sprunghaft im Preise in die Höhe.
Haben sie noch vorgestern 1 K. 40 S. bis 1 K. 30 S. ge-
kostet, sind sie heute nicht unter 3, 4, ja sogar 5 K. zu haben ge-
wesen. Einer der Bauern, der sogar 6 K. verlangte, erregte
eine solche Erbitterung des einkaufenden Publikums, daß ihm
die Kartoffel auf den Boden geschüttet wurden; nur dem
Eingreifen des Marktkommissärs und einiger Wachleute hat
er es zu danken, daß er nicht mißhandelt wurde. Da die
Zufuhren in der nächsten Zeit wieder geregelt werden,
zu erwarten, daß solche Preissteigerungen künftig vermieden
werden.

29. 7. 1914.

Keine Ueberstürzung im Einkauf von Lebensmitteln.

Von einem Approvisionierungsfachmann.

Wien, 28. Juli.

Der heutige Einkaufsrummel auf dem Lebensmittelmarkt war nur dadurch hervorgerufen, daß unsere Wiener Hausfrauen oder Haushaltungsvorstände in der Befürchtung, daß sie, wenn sie ihren Bedarf nicht schon jetzt decken, später entweder gar nichts oder nur zu abnorm hohen Preisen werden einkaufen können, durch überstürzte Käufe der Nahrungsmittel eine künstliche Preissteigerung herbeiführten, die in den tatsächlichen Verhältnissen nicht zu begründen ist. Es ist ein Irrtum, daß man später gar keine Lebensmittel oder nur zu enorm hohen Preisen wird erhalten können. Selbstverständlich ist bei einem solchen Masturm auf die Lebensmittelmagazine und -verschleißer, wie er heute erfolgt ist, der Preis in die Höhe gegangen, dem fehlenden Angebot und der Voraussicht entsprechend, daß in den nächsten Tagen die Zufuhr auf minimale Quantitäten eingeschränkt werden dürfte und die Verkäufer daher ihre Lager rasch ausverkauft haben könnten.

Würden die Hausfrauen und Haushaltungsvorstände sich nur darauf beschränken, ihren Bedarf auf die nächsten Tage oder auf eine Woche zu decken, so wäre es gewiß möglich, eine viel größere Anzahl Wiener Haushalte zu approvisionieren, und es ist zugleich mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß in dem Momente, wo sich die Transportverhältnisse zugunsten der Lebensmittelzufuhren wieder besser gestalten, sofort genügende Mengen in allen Artikeln nach Wien gebracht und die Preise wieder auf das normale Maß zurückkehren werden, wenn schon vielleicht etwas teurer als vor acht Tagen. Seitens der Behörden werden ohnehin alle Anstrengungen gemacht, um den Transport der Lebensmittel nach Möglichkeit zu erleichtern. Mit Ausnahme von Mehl, von welchem die Vorräte auch bei den Mühlen fast ganz erschöpft sind, dürften alle Artikel in genügender Menge wieder zugeführt werden.

Beim Mehl spielt in dieser Zeit der Umstand eine große Rolle, daß das alte Mehl bereits aufgebraucht ist und das neue aus der eben begonnenen Kampagne gewonnene Mehl noch nicht auf dem Markte greifbar ist. Daß die Mühlen alte Vorräte nicht mehr haben können, ist begreiflich, denn die Preise von alten Weizen waren sehr hoch und man mußte mit Sicherheit darauf rechnen, daß in dem Momente, wo neuer Weizen auf dem Markte erscheint, die Preise für Weizen bedeutend zurückgehen werden.

Daß der Zucker im Detailverkauf teurer wurde, ist darauf zurückzuführen, daß der Transport auf den in Betracht kommenden Bahnen derzeit nicht normal ist. Durch die heutige Liberierung der Zuckersabriken von 12 Prozent ist dafür gesorgt, daß in dem Augenblicke, wo der Verkehr wieder dichter wird, eine genügende Menge Zucker nach Wien transportiert wird und die alten Preise wieder erreicht werden.

Auch die Teuerung in den Gemüsesorten auf den heutigen Märkten ist nur auf die drängenden Einkäufe der Hausfrauen und Haushaltungsvorstände zurückzuführen. Es war heute ein ganz normaler Markt. Zwar war er schwächer besucht als sonst, aber dieser Umstand ist nicht besonders einflußreich und kommt auch in normalen Zeitläuften vor. Wenn der stürmische Einkaufsrummel nicht eingeseht hätte, würden die Preise wohl normal geblieben oder vielleicht nur mäßig erhöht worden sein.

Es wird daher den Hausfrauen und Haushaltungsvorständen dringendst empfohlen, nicht durch übermäßige und überstürzte Einkäufe die vorhandenen Vorräte vorzeitig und allzu sehr zu schwächen, da ja ein vollständiger Mangel an Lebensmitteln in Wien ausgeschlossen ist und eine wucherische Teuerung von welcher Seite immer — sei es von seiten der Großhändler oder von seiten der Zwischenhändler — von den Behörden sofort und schonungslos unterdrückt werden wird.

Die behördlichen Vorkehrungen bezüglich der Approvisionierung.

Die heute im kleinen Sitzungssaale der niederösterreichischen Statthalterei abgehaltene Sitzung des Komitees für wirtschaftliche Approvisionierung dauerte bis nach 7 Uhr abends. Im Laufe der Konferenz wurden auch die Vorgänge bekannt, die sich heute vormittag auf den Lebensmittelmärkten ereignet haben. Die anwesenden Vertreter der Stadt Wien veranlaßten auf kurzem Wege die Zuziehung des Leiters des magistratischen Marktamtes. Dieser erstattete über die heute zutage getretenen Erscheinungen einen ausführlichen Bericht. Zugleich wurde im städtischen Marktamt in aller Eile ein Verzeichnis der wichtigsten Lebensmittel angefertigt, in welchem das durchschnittlich in Wien konsumierte Quantum und die Preisschwankungen der einzelnen Artikel dargestellt wurden. Dieser Behelf wurde noch in den ersten Nachmittagsstunden mittels Automobils von einem Beamten des Marktamtes in die Statthalterei gebracht und zum Gegenstande der Beratungen gemacht.

Nach den heute der Konferenz vorgelegenen Daten scheint die Durchführung bestimmter Maßnahmen noch nicht unmittelbar als notwendig erkannt worden zu sein, da weder hinsichtlich der Zuführung von Approvisionierungsartikeln, noch bezüglich des zur Deckung der Bedürfnisse notwendigen Quantums, noch auch in bezug auf die Preisstellung irgendein Moment sichtbar geworden ist, welches das sofortige Eingreifen der Behörden veranlassen könnte. Die Konferenz hat alle in der Zukunft möglichen Eventualitäten ins Auge gefaßt und Vorsorge getroffen, daß im Falle ihres Eintretens unverzüglich das Erfordernisse und Zweckmäßige geschehen kann, um eine Störung der Approvisionierung zu verhindern. Sobald solche Maßnahmen in Kraft gesetzt werden, ist auch die Publizierung derselben geplant.

Meinungen von unterrichteter Seite.

Von unterrichteter Seite erhalten wir folgende Mitteilungen: Man darf die Tätigkeit der ministeriellen und Landeskomitees für die wirtschaftliche Approvisionierung nicht von dem Gesichtspunkte beurteilen, daß die Versorgung der Stadt Wien mit den notwendigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln bedroht sei. Das ist durchaus nicht der Fall. Es ist nicht zu befürchten, daß die Zufuhren nach Wien in einer Weise abnehmen könnten, daß die städtische Bevölkerung ihren Bedarf nicht befriedigen könnte, und es steht auch nicht zu befürchten, daß der Transport selbst durch anderweitige Verwendung der Transportmittel beeinträchtigt wird. Wenn die Komitees sich jetzt in Permanenz erklärt haben, so geschah dies deshalb, weil jederzeit neben den von vornherein in Erwägung gezogenen Möglichkeiten oder auch ganz außerhalb derselben irgendeine Erscheinung auftauchen könnte, die eine Aenderung oder Ergänzung der bestehenden Dispositionen notwendig machen würde. Die Komitees haben ja schon in einem früheren Zeitpunkte sich mit den Fragen beschäftigt, welche bei der Approvisionierung größerer Städte zu lösen sind, und man hat gewiß nicht erwartet, bis eine Veranlassung gegeben wird, unmittelbare Verfügungen zu treffen. Daß die jetzige Situation eine Revision der vorbereiteten Pläne veranlaßt, ist selbstverständlich.

Die heute vorgelommenen Preistreiberien dürfen nicht allzu ernst genommen werden. Es handelte sich um stellenweise sehr naive Versuche, die unklare Situation und die Verwirrung der Konsumenten zu Preisshindereien zu benützen. Aber in solchen Fällen kann sich das Publikum selbst helfen. Eine Anzeige genügt und der sehr wenig beachtete § 482 des Strafgesetzes muß angewendet werden. Diese Gesetzesstelle lautet: Wenn Gewerbsleute, welche Waren, die zu den notwendigen Bedürfnissen des täglichen Unterhaltes gehören, zum allgemeinen Ankaufe feilbieten, ihren Vorrat verheimlichen oder davon was immer für einem Käufer zu verabsolgen sich weigern, sind dieselben einer Uebertretung schuldig und nach Beschaffenheit, als die Ware unentbehrlicher ist, das erstemal mit einer Geldstrafe von zehn bis fünfzig Gulden zu belegen; bei

29. / 7. 1914.

dem zweiten Falle ist die Strafe zu verdoppeln; der dritte Fall zieht den Verlust des Gewerbes nach sich."

Eine schärfere Strafe sieht das Gesetz vor, wenn diese Übertretung zu einer ernstlichen Zeit begangen wird. § 484 lautet: Wenn die im § 482 angeführte Verheimlichung oder Weigerung zur Zeit einer öffentlichen Unruhe geschieht, so ist der Schuldige, wenn sich in seiner Handlung nicht ein Verbrechen darstellt, nebst dem Gewerbsverluste mit ein- bis sechsmonatlichem strengen Arrest zu bestrafen."

Einzelne der heute gemeldeten Vorkommnisse fallen klar und deutlich unter diese Bestimmungen. Sollte sich übrigens zeigen, daß die heute unternommenen Versuche nicht vereinzelt bleiben oder Wiederholung finden, so wird man nicht zögern, für den Marktverkehr Tagordnungen zu erlassen. Die Maßnahme kann auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung durch die politische Landesstelle im Einvernehmen mit der betreffenden Ortsbehörde erfolgen. Die Verletzung dieser Preisstarife ist durch den § 479 des Strafgesetzes unter Straffunktion gestellt. Sollte sich zeigen, daß die Approvisionierungsgewerbe den amtlichen Preisstarif nicht einhalten können und einfach die Beschickung des Marktes ablehnen, so ist Vorkehrung getroffen, daß die Approvisionierung durch die öffentlichen Stellen erfolgen kann, und nach den Mitteilungen der Vertreter der Stadt Wien ist die Gemeindeverwaltung auch für den Fall, als dies notwendig werden sollte, gerüstet.

Man soll jedoch in erster Linie daran festhalten, daß eine Beunruhigung wegen der Approvisionierung Wiens nicht am Platze ist, und man wird sich davon überzeugen können, wenn die eine oder die andere der in den permanenten Komiteesitzungen beschlossenen Maßregeln in Kraft gesetzt werden sollten. Die Komiteesitzungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Eine Obmännerkonferenz beim Bürgermeister.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hof und Rain fand heute mittag im Rathaus eine Obmännerkonferenz der im Gemeinderate vertretenen Parteien statt. Für den Bürgerklub erschien Oberkurator Steiner, für die liberale Gruppe die Gemeinderäte Professor Goltz, Doktor Schwarz-Siller, Medizinalrat Dr. Loewenstein, für die sozialdemokratische Fraktion die Gemeinderäte Remann und Winarsky.

Der Bürgermeister erklärte einleitend, daß er für morgen nachmittag eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates behufs Stellungnahme zu den ernstlichen Ereignissen, die sich in diesen Tagen abgespielt haben, einberufen habe. Er behalte sich vor, in seiner Ansprache einen Appell an die Bevölkerung Wiens zur Mitarbeit bei den schweren und verantwortungsvollen Aufgaben, die nunmehr die Gemeindeverwaltung zu erfüllen habe, zu richten. Die Vertreter der Sozialdemokraten erklärten, mit Rücksicht auf ihre prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg, an dieser Kundgebung nicht teilnehmen zu können, jedoch ihre Mitarbeit für die notwendigen Gemeindefaßnahmen dem Bürgermeister zur Verfügung stellen zu wollen. Die Vertreter der liberalen Partei erklärten, an der Kundgebung teilzunehmen und selbstverständlich ebenfalls mit allen ihren Kräften den Bürgermeister unterstützen zu wollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erörterte sodann die von ihm bereits getroffenen oder eingeleiteten Approvisionierungsmaßnahmen, welche nach eingehender Erörterung gutgeheißen wurden. Ferner legte der Bürgermeister die Normen vor, nach denen die zur Militärdienstleistung einberufenen städtischen Angestellten behandelt werden sollen. Eine eingehende Diskussion entspann sich über die Frage der Einführung von Maximaltarifen und der Bürgermeister versprach, einen Appell an die Gewerbetreibenden zu richten, sich der Preistreibererei zu enthalten. Die Erstellung von Maximaltarifen wurde einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Ueber Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Siller wird der Bürgermeister an die Finanzlandesdirektion wegen kulantester Behandlung der Steuerträger herantreten.

Die zur Sicherung der Wasserleitungen vom Gemeinderatspräsidium getroffenen Maßnahmen wurden einstimmig genehmigt.

Weiter wurde im Prinzip beschlossen, eine Zentralstelle zur Sammlung von Spenden und Liebesgaben für die Familien der im Felde Stehenden und für die Verwundeten zu schaffen. Es wurde dem Bürgermeister überantwortet, mit dem Landmarschall von Niederösterreich Prinzen Liechtenstein und dem Statthalter Freiherrn v. Bienerth das Einvernehmen wegen Organisation einer solchen Zentralstelle zu treffen, durch welche zwar der Sammeltätigkeit von physischen und juristischen Personen kein Abbruch geschehen, aber die Kontrolle der eingelaufenen Spenden gewährleistet und die zweckmäßigste Verwendung gesichert werden soll.

Der Bürgermeister dankte zum Schluß den Erschienenen und erklärte der Mitwirkung der Obmännerkonferenz in den bevorstehenden schweren Zeiten sich verpflichtet zu halten.

Aufruf des Bürgermeisters gegen die Preissteigerung.

Der Bürgermeister hat folgenden Aufruf erlassen:

Wie ich den heutigen Berichten des Marktamtes entnehme, hat auf einzelnen Märkten und in einzelnen Geschäftsläden der Bezirke eine geradezu unerhörte, durch nichts gerechtfertigte Preissteigerung wichtiger Konsumartikel stattgefunden.

Ich sehe mich veranlaßt, gegen ein derartiges eigenmächtiges Treiben meine mahnende Stimme zu erheben und an den Gemeinfinn aller Bürger zu appellieren, daß sie nicht den unvermeidlichen Notstand, den ohnehin jeder Krieg im Gefolge hat, durch solche Akte verschärfen. Ich erwarte, daß meine Mahnung von Erfolg begleitet sein wird, da ich sonst genötigt sein werde, von den mir durch Gesetze und Verordnungen eingeräumten Mitteln rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Ich richte aber auch an die verehrlichen Hausfrauen die Bitte, nicht durch unnötige Vorkäufe die Marktlage zu erschweren und dadurch unbeabsichtigten Anlaß zu Preis-erhöhungen zu bieten.

Regierung und Gemeinde sind an der Arbeit, um nach Kräften alles aufzubieten, damit die Approvisionierung Wiens auch in diesen ernstlichen Zeiten gesichert werde.

Wien, am 28. Juli 1914.

Der Bürgermeister: Dr. Richard Weiskirchner.

Die Approvisionierung Wiens durch den Donauverkehr.

Der Bürgermeister hat heute eine längere Konferenz mit dem Hofrat v. Csatory der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und dem Direktor Hofrat Dr. v. Bardas der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft gehabt, in welcher eingehende Maßnahmen für die Approvisionierung Wiens durch den Donauverkehr besprochen wurden. Der Bürgermeister hat im Verfolge dieser Besprechungen auch an den Präsidenten Prochaska des Schifferverbandes die Bitte und einen Aufruf gerichtet, damit außer Dienst befindliche Schiffsmannschaften, insbesondere Steuerleute, sich wieder zur Dienstleistung melden, damit die durch die Einrückungen sich ergebenden Abgänge ersetzt und der Verkehr mit vollem Umfange aufrecht erhalten werden könne. Die Vertreter der beiden Schiffahrtsgesellschaften erklärten dem Bürgermeister ihre volle Bereitwilligkeit, dem Approvisionierungsdienste der Stadt Wien nach Kräften sich widmen zu wollen.

Ein Antrag auf Aufhebung der Lebensmittelzölle.

Der Bürgermeister hat an die dem österreichischen Stadte-tage angehörenden Statutargemeinden sowie an die Stadtvertretung von Budapest nachfolgende Zirkulardepesche gerichtet: Wegen der Möglichkeit drückender Preissteigerungen in wichtigen Lebensmitteln sehe ich mich veranlaßt, an die Regierung heranzutreten, sie wolle sofort die Eingangszölle auf Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch für Lieferungen an autonome Körperschaften zu gemeinnützigen Approvisionierungszwecken zeitweilig herabsetzen. Ich lade die verehrliche Stadtvertretung ein, sich diesem meinem Schritte anzuschließen und unverweilt eine entsprechende Petition bei der Regierung zu überreichen."

29/7 1914

Die Verteuerung der Lebensmittel.

Auf dem Naschmarkt.

Die gestrigen Vorgänge auf den Lebensmittelmärkten hatten einerseits den Bürgermeister veranlaßt, sich in einem Aufruf an das Publikum zu wenden, nicht durch vorläufig ganz unmotiviert Anschaffung von Vorräten selbst die Preise in die Höhe zu treiben, andererseits wurden an die Marktämter Weisungen hinausgegeben, gegen willkürliche, durch die Marktlage nicht begründete Preissteigerungen seitens der Lebensmittelhändler, insbesondere der zu Markt fahrenden Bauern, einzuschreiten. Beide Maßregeln haben sich als wirksam erwiesen, so daß die Preise einzelner Waren gegen gestern zurückgegangen sind. So dürfte zum Beispiel heute die Butte Kartoffeln (15 bis 17 Kilogramm), für die gestern und auch heute in den ersten Marktstunden mit Kr. 4.80 bis 6.— verlangt wurden, auf Einschreiten der Marktkommissäre nicht teurer als Kr. 3.60 verkauft werden; immerhin stellten sich die Detailpreise immer noch auf 30 bis 34 Heller per Kilogramm. Für Mehl, das anfangs auf 60 Heller gestiegen war (früher 48 bis 50 Heller) wurde der Preis vom Marktamt mit 52 Heller fixiert. Zucker blieb bei 84 bis 86 Heller unverändert, ebenso ist in Hülsenfrüchten keine Steigerung zu verzeichnen. Auch die Fleischpreise haben seit gestern im allgemeinen keine Veränderung erfahren, doch ist die Großschlachtereie, die allerdings bisher niedrigere Preise notierte um 15 bis 20 Heller hinausgegangen. Die Intervention der Marktkommissäre wurde nicht immer ohne Widerspruch hingenommen, es bildeten sich erregte Gruppen, doch gelang es mit Hilfe der Polizei, welche die Marktbehörden verständnisvoll unterstützte, die Ruhe aufrecht zu erhalten.

Erzesse gegen die Ottakringer Marktleute.

Heute vormittags kam es auf dem Großmarkte in Ottakring infolge der enormen Preissteigerung der Lebensmittel zu turbulenten Szenen seitens des einkaufenden Publikums gegen die Marktleute. Die Preise für Viktualien, Eßwaren, Obst und dergleichen waren um 50 bis 60 Prozent hinaufgesetzt worden. Die Stimmung der Tausende von Marktbesuchern war eine derart erbitterte, daß plötzlich die Menge über die Stände herfiel, die Grünwaren, Obst und dergleichen zu Boden warf, mit den Füßen trat und viele der Marktleute tätlich mißhandelte. Gegenüber der großen Menge von Marktbesuchern war die Polizei anfangs machtlos und auch der Marktkommissär Steinle war den Erzesen der erbitterten Menge gegenüber hilflos. Die Polizei, die bald Suffurs erhalten hatte, bemühte sich, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, doch dauerte dies bei der großen Zahl der erbitterten Menge recht lange Zeit. Der Marktplatz bietet das Bild furchtbarer Verwüstung. Die Hauptursache der Erregung bestand auch darin, daß auf dem ganzen Markt nicht eine Kartoffel anzutreiben war. Erst als ein Wagen mit zahlreichen Säcken Kartoffel requiriert wurde, beruhigte sich einigermaßen die Menge.

207. 914

Die Preistreibereien der Lebensmittelwucherer.

Die Regierung gegen den Lebensmittelwucher.

Die Regierung teilt mit:

Mit Rücksicht auf das in der letzten Zeit beobachtete, durch die wirtschaftliche Lage nicht gerechtfertigte Steigen der Lebensmittelpreise wird daran erinnert, daß das allgemeine Strafgesetz bestimmte Formen des Lebensmittelwuchers mit Strafe bedroht. Nach § 482 ist ein Gewerbsmann, der Waren zum allgemeinen Ankauf feilbietet, die zu den notwendigen Bedürfnissen des täglichen Unterhalts gehören, wenn er seinen Vorrat verheimlicht oder davon was immer für einem Käufer zu verabsolgen sich weigert, einer Uebertretung schuldig und im ersten und zweiten Falle an Geld, im dritten Falle mit dem Gewerbeverlust zu bestrafen. Nach § 484 ist ein solches Verhalten, wenn es zur Zeit einer öffentlichen Unruhe geschieht, nebst dem Gewerbeverlust mit ein- bis sechsmonatigem strengen Arrest zu bestrafen.

* * *

Der § 482 des Strafgesetzes lautet: Wenn Gewerbsleute, welche Waren, die zu den notwendigen Bedürfnissen des

täglichen Unterhalts gehören, zum allgemeinen Ankauf feilbieten, ihren Vorrat verheimlichen oder davon was immer für einem Käufer zu verabsolgen sich weigern, sind dieselben einer Uebertretung schuldig und nach Beschaffenheit, als die Ware unentbehrlicher ist, das erste mal mit einer Geldstrafe von zwanzig bis hundert Kronen zu belegen; bei dem zweiten Falle ist die Strafe zu verdoppeln; der dritte Fall zieht den Verlust des Gewerbes nach sich.

Der § 483 erklärt: Gätte der Fall des § 482 Veranlassung zu einer öffentlichen Unruhe gegeben, so ist der Gewerbeverlust sogleich auf das erste mal zu verhängen.

Der § 484 des Strafgesetzes lautet: Wenn die im § 482 angeführte Verheimlichung oder Weigerung zur Zeit einer öffentlichen Unruhe geschieht, so ist der Schuldige, wenn sich in seiner Handlung nicht ein Verbrechen darstellt, nebst dem Gewerbeverluste mit ein- bis sechsmonatigem strengen Arrest zu bestrafen.

Die Lebensmittelsteuerung und die Konsumvereine.

Die Mitglieder der Arbeiterkonsumvereine waren gestern mehr als unangenehm überrascht durch beträchtliche Preissteigerungen einzelner Lebensmittel und eine

ganze Reihe von Anfragen kam an uns, wieso denn solches möglich sei. Wir haben uns an die Leitungen der Konsumvereine um Aufklärung gewendet und diese auch erhalten. Auch der Landesauschuß der niederösterreichischen Parteiorganisation hat sich gestern mit dieser Erscheinung befaßt, die begreifliche Aufregung hervorgerufen hat, und auch ihm haben der Konsumverein „Vorwärts“ und der Niederösterreichische Arbeiterkonsumverein die Beweggründe für die Steigerungen der Preise dargelegt.

Sie sind nach einer an uns gelangten Zuschrift des Konsumvereins „Vorwärts“ folgende:

Seit Wochen wiesen die Preise für Mehl, Kartoffeln und Hülsenfrüchte eine steigende Tendenz auf. Der Konsumverein „Vorwärts“ hatte daher keine Möglichkeit, Schlässe in Mehl zu machen. Man hoffte, durch die neue Ernte eine Preisermäßigung zu erzielen. Die Vorräte in den Filialen und im Magazin waren daher sehr gering.

Die Preistreibereien der Großhändler und demzufolge die der kleinen Kaufleute und die erfolgte Kriegserklärung veranlaßten eine große Anzahl unserer Mitglieder, sich für längere Zeit mit Mehl zu versorgen. Der Ansturm war so groß, daß der Vorrat in kurzer Zeit ausverkauft war. Nachdem unsere Mitglieder, die seit Jahren die Kaufleute und Greiskler meiden, nirgends Mehl bekamen, so mußte die Verwaltung Mehl kaufen, und zwar zu 60 Heller das Kilogramm.

Die Verwaltung gab das Mehl zum Einkaufspreis von 60 Heller den Mitgliedern ab.

Die Mitglieder waren in einigen Filialen über die Preiserhöhung in begreiflicher Aufregung.

Die Verwaltung beschloß trotz dem hohen Einkaufspreis von 60 Heller das Mehl für unsere Mitglieder um 56 Heller abzugeben und mit Verlust zu verkaufen.

Die Preiserhöhung im Einkauf wurde durch die Einstellung der ungarischen Mühlen verursacht.

Die Verwaltung beschloß ferner, in den nächsten Tagen Mehl und Hülsenfrüchte nur in beschränkten Mengen an die Mitglieder abzugeben.

Fleisch und Fettwaren sind ebenfalls im Preise gestiegen und es mußten die Verkaufspreise erhöht werden.

Die unbegründete Angst der Mitglieder, die sich nicht nur allein für ihren Haushalt eindeckten, sondern auch für Verwandte und Freunde einkauften, führte zu ganz unnötigen Aufregungen und auch zu einem so raschen Ausverkauf einzelner Artikel.

Die großen Vorräte im Magazin langten nicht mehr aus, weil sie nur für einen normalen Geschäftsgang berechnet sind. Die Mitglieder kauften jedoch fünf, zehn, ja zwanzig Kilogramm und sackweise Mehl und Erdäpfel, so daß in zwei Tagen die Vorräte ausverkauft waren.

Soweit die sachlichen Mitteilungen der Zuschrift. Wir können dem noch hinzufügen, daß wir Einblick in die Rechnungen genommen haben. Tatsächlich hat der Konsumverein „Vorwärts“ gestern im ganzen 850 Kilogramm Mehl in Wien aufreiben können, diese bei dem Mehlhändler Friedrich Glaz in der Oberen Donaustraße. Er hat dafür 60 Seller für ein Kilogramm bei sofortiger Barzahlung erlegen müssen. Eine zweite Rechnung haben wir bei der Großeinkaufsgesellschaft für die österreichischen Konsumvereine eingesehen. Sie ist vom 28. d. datiert und bezahlt. Sie weist als Rechnungspost 10.200 Kilogramm Mehl zum Kilopreis von 56 Seller aus. Dazu kommt ein Seller Zustellungsgebühr, so daß der Engrospreis auf 57 Seller zu stehen kommt. Zu bemerken ist dazu noch, daß die Großeinkaufsgesellschaft sechs Waggons bestellt hatte, daß ihr aber nur einer geliefert wurde.

Der Niederösterreichische Arbeiterkonsumverein schreibt uns:

Besonders brüdend wirkt die kolossale Steigerung der Mehl- und Kartoffelpreise. Die geringen Zufuhren an Kartoffeln sowie die Spekulation der Händler haben eine Steigerung von 12 auf 30 Seller per Kilogramm in einem Tage bewirkt. Die Mehlspreise sind im Großhandel schon viele Wochen auf 44 bis 45 Kronen per Meterzentner ab Schiffstation gestanden. Die Konsumvereine sind bei dem Verkaufspreis im Detail auf 44 Seller per Kilogramm bis zum 27. d. geblieben, in der Erwartung die Eindeckung mit neuerer billigerer Ware zu finden. Die Veränderung der politischen Lage hat diese Erwartungen zunichte gemacht! Die ungarischen Mühlen haben den Verkauf des Mehls schon am 24. d. gänzlich eingestellt. Außerdem sind die sonstigen Zufuhren an Mehl sehr gering. Soweit Mehl aus zweiter Hand zu haben ist, werden Preise von 52 bis 56 Kronen für 100 Kilogramm ab Schiffstation gefordert.

An dieser kolossalen Steigerung sind aber auch die Konsumenten nicht unschuldig, weil sie augenblicklich bedeutend größere Einkäufe gemacht haben, was wir an folgendem Beispiel zeigen wollen: Der Erste niederösterreichische Arbeiterkonsumverein hat in den Ferienmonaten einen Bedarf von rund fünf Waggons Weizenmehl in der Woche. In der Zeit vom letzten Samstag bis Montag vormittag wurde die doppelte Menge von den Mitgliedern aufgekauft. Es wurden also Vorräte, die normal für 14 Tage ausgereicht hätten, in 2 1/2 Tagen aufgekauft.

Die Vereinsleitung war daher gezwungen, zu wesentlich höheren Preisen Mehl zu beschaffen, den Preis von 44 Seller auf 48 und später auf 50 Seller zu erhöhen und die Abgabe auf zwei Kilogramm für ein Mitglied und einen Tag einzuschränken.

Dieses eine Beispiel zeigt, daß die erhöhten Einkäufe der Waren bei verminderter Zufuhr den Preis automatisch steigern. Die Mitglieder mögen darum die Verfügung der Vereinsleitungen beherzigen und die Eindeckung der Lebensmittel nur für den täglichen Bedarf besorgen, bis es gelingt, reichlichere Zufuhren für die Großstadt ausfindig zu machen. Damit

werden sie die Organisation der Konsumenten und sich selbst vor Wucherpreisen schützen.

An die Behörde, deren Ob Sorge die Approvisionierung Wiens obliegt, richten wir die dringendste Mahnung, für reichlichere Zufuhr an Lebensmitteln zu sorgen. In Zeiten des Notstandes würde die Aufhebung der Lebensmittelzölle eine wesentliche Erleichterung herbeiführen.

Auch diese Zuschrift bestätigt das bereits oben Gesagte. Es sind außerordentliche Verhältnisse, die diese Zustände herbeigeführt haben.

31./7. 1914.

Die Approvisionierungsfragen.

Wien, 31. Juli.

Heute vormittag hat das Approvisionierungskomitee neuerlich eine Sitzung abgehalten, die ungefähr zwei Stunden dauerte und in der, wie verlautet, namentlich die Frage der statistischen Erhebung der Vorräte der in Wien lagernden Lebensmittel einer eingehenden Erörterung unterzogen wurde. Auch beim Landeskulturrat wurde eine Sitzung abgehalten, auf deren Tagesordnung die Besprechung von Approvisionierungsfragen stand.

Der Erste Wiener Konsumverein teilt mit, daß er sich entschlossen habe, lediglich bei Mehl und Kartoffeln die bereits mitgeteilten erhöhten Preise aufrechtzuerhalten, daß jedoch die Preise der anderen Lebensmittel im wesentlichen keine Veränderung erfahren. Es ist namentlich nicht eine Preiserhöhung von Schweineschmalz in Aussicht genommen.

Die Preisverhältnisse auf dem Naschmarkt.

Vizebürgermeister Hoff erschien heute in den ersten Morgenstunden auf dem Naschmarkt, begab sich dann in das dortige Marktamt, um den Herren dieses Amtes seine vollste Anerkennung für die von ihnen getroffenen erfolgreichen Maßnahmen im Interesse des Publikums zu zollen.

Das Marktamt erjucht das Publikum, bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Rat und die Intervention des Amtes in Anspruch zu nehmen, da den Herren eine richtige Beurteilung der Lage nur dann möglich ist, wenn sie sowohl mit den Händlern als auch mit dem tausenden Publikum in ständigem Kontakt bleiben.

Der Marktverkehr verlief heute ohne jeden Zwischenfall vollkommen ruhig, denn die Kartoffelpreise stellen sich dank dem Eingreifen des Marktammtes heute bereits ebenso wie vor Ausbruch des Krieges. Heute wurden abgegeben: Rote Kartoffel per Butte zu 15 Kilogramm 1 K. 40 H., gelbe Kartoffel bis 2 K. per Butte. Im Detailhandel kosteten rote Kartoffel 16 H., gelbe Kartoffel 18 H. bis 24 H. per Kilogramm.

Da die Preislage auf dem Naschmarkt auch für die Preisstellung auf den übrigen Wiener Märkten maßgebend ist, laufen von den anderen Märkten an das Marktamt Naschmarkt telephonische Anfragen ein, damit die Leitungen der übrigen Märkte die Preise in gleicher Weise regulieren können.

Aufruf!

Wie ich den heutigen Berichten des Marktamtes entnehme, hat auf einzelnen Märkten und in Geschäftsläden der Bezirke eine geradezu unerhörte und durch nichts gerechtfertigte **Preissteigerung wichtiger Konsumartikel** stattgefunden.

Ich sehe mich veranlaßt, gegen ein derartiges eigennütziges Treiben meine mahnende Stimme zu erheben und an den Gemein Sinn aller Bürger zu appellieren, daß sie nicht den unvermeidlichen Notstand, den ohnehin jeder Krieg im Gefolge hat, durch solche Akte verschärfen. Ich erwarte, daß meine Mahnung von Erfolg begleitet sein wird, da ich sonst genötigt sein würde, von den mir durch Gesetze und Verordnungen eingeräumten Mitteln rücksichtslos Gebrauch zu machen.

Ich richte aber auch an die verehrlichen Hausfrauen die Bitte, nicht durch unnötige Vorankäufe die Marktlage zu erschweren und dadurch unbeabsichtigten Anlaß zu Preiserhöhungen zu bieten.

Regierung und Gemeinde sind an der Arbeit, um nach Kräften alles anzubieten, damit die Approvisionnement Wiens auch in diesen ernstesten Zeiten gesichert werde.

Wien, am 28. Juli 1914.

Der Bürgermeister:

Dr. Richard Weiskirchner.

31/7 914

Seite 6

Wien, Freitag

Arbeiter-Zeitung

gestern dem Bürgermeister das Angebot einer Erdäpfel-lieferung, wonach zwei Waggon Erdäpfel zu dem Preise von 20 Heller für das Kilogramm, auf dem Verkaufstand, auf dem Wege kommunaler Verkaufsstellen an die Bevölkerung abgegeben werden könnten. Es wäre dies eine wirksame Maßregel zur Ermäßigung des ohne jede Berechtigung unerhört hinausgetriebenen Erdäpfelpreises der letzten Tage.

Die Wiener Lebensmittelversorgung.

Zuschrift eines Großhändlers.

Von der Firma Friedrich Fuchs, Butter-, Eier- und Geflügelgroßhandlung, erhalten wir nachstehende Darstellung der Verhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt, die wir für wichtig genug halten, um sie zu veröffentlichen:

Die gegenwärtige Steigerung in den einzelnen Lebensmitteln ist sehr verschieden und beruht auf verschiedenen Ursachen. Auffallend ist wie immer, daß dort, wo die Agrarier unmittelbar die Preise diktieren können, die Steigerungen prozentuell am größten sind und dort, wo der Zwischenhandel und der Importeur den Markt regulieren, die Preise genau entsprechend den Auslandspreisen und der Nachfrage gestiegen sind. Auf die Nachfrage, die von allen Seiten und in allen Lebensmittelartikeln in den letzten Tagen gerade stürmisch wurde, muß man erst einen gewissen Aufschlag zurückführen, denn in allen Lebensmitteln, von denen ich hier spreche, sind die Vorräte durchschnittlich auf längstens zehn Tage berechnet. Wenn nun schon die einzelnen Privatpersonen etwa den zehnfachen Normalbedarf decken, dann müssen die Händler und Konsumvereine aus Furcht, ihre Lager plötzlich geräumt zu sehen und dann der Kunde, die nicht so vorging, überhaupt nicht verkaufen zu können, ihre Preise etwas hinaufsetzen. Daß dabei Ausschreitungen vorkommen, ist natürlich, niemals bewegen sie sich auf dreihundert Prozent wie bei den reinen Bauernartikeln, wie Gemüse und Kartoffeln. Kein vernünftiger Kaufmann wird seine reguläre Kunde zu „schnüren“ auch nur versuchen. Es würde ihn doch sicher die Existenz kosten, abgesehen von gesetzlichen Maßnahmen. Dies vorausgeschickt, sei kurz über die einzelnen Artikel berichtet.

Eier: Die Wiener Zufuhr von frischen Eiern setzt sich zusammen aus Waggonbezügen aus Ungarn, sogenannter Kistenware, die auf einzelnen Stationen gesammelt werden und aus sogenannten Fabeiern, die die Bauern mittelst Fuhrwerks sammeln und dann in Fässern nach Wien senden. Kistenware kommt nicht nach Wien, weil der Frachtverkehr unterbunden ist und gerade die Hauptproduktionsgebiete, Südungarn und Kroatien jetzt nichts liefern können. Fuhware wird auch viel weniger geliefert. Ein Teil kommt sonst aus denselben Gebieten und was aus den zu Wien näher gelegenen Gegenden kommt und durch Pferdefuhrwerk gesammelt wird, vermag den Bedarf nicht zu decken, steigt daher naturgemäß im Preise und die Situation wird natürlich von den Bauern, die den Preis jetzt diktieren, ausgenützt. Der Preis stieg um etwa um 25 bis 30 Prozent in den letzten drei Tagen. Dennoch ist eine wirkliche Eiernot nicht zu besorgen, denn selbst wenn gar keine neuen Zufuhren kommen, sind im Wiener Kühlhaus etwa 7000 Kisten Eier aufgestapelt, die sofort in Verwendung kommen, wenn die Preise noch um wenige Prozente anziehen, so daß sie die Finken und Speisen bezahlt machen. Außerdem lagern ja noch in Wiener Kellereien mindestens doppelt so viel Kasseier, die eben dann ihre Verwendung finden werden. Eine außerordentliche Steigerung über die Preise des strengen Winters ist also kaum zu befürchten. (Was nicht gerade tröstlich ist. Anm. d. Red.)

Butter: Die Zufuhr nach Wien setzt sich zusammen aus inländischer Bauern- und Molkereibutter und ausländischer Molkereibutter. Die inländischen Zufuhren blieben

die letzten Tage aus; dadurch wurde eine Preissteigerung hervorgerufen, die aber kaum zehn Prozent beträgt. An vom Ausland eingeführter Butter bestehen wie gewöhnlich nur Lager für wenige Tage und die Preisbewegung hängt davon ab, ob durch Deutschland neue Zufuhren möglich sind und die Nordwestbahn die Waggon durchläßt. Hier müßte eine Aktion unserer Gemeinde einsetzen, um eine Preissteigerung hintanzuhalten, denn es ist zu erschwingbaren Preisen in den nordischen Ländern genügend Ware zu erhalten.

Geflügel kommt derzeit sehr wenig nach Wien; einmal, weil der Eigenbedarf auf dem Lande gewaltig gestiegen ist, und dann, weil eben die maßgebenden Bahnlagen unterbrochen sind. Die Preissteigerung beträgt etwa 20 Prozent. Auch hier müßte die Gemeinde eingreifen, um normale Verhältnisse zu schaffen.

Fleisch: In Fleisch werden doch die Zufuhren auf die Dauer nicht ausreichen und es läge in der Hand der gemeinsamen Regierung, in außerordentlichen Zeiten außerordentliche Maßregeln zu ergreifen. In drei bis vier Wochen könnten wir viele Schiffsadungen argentinischen Fleisches in Wien haben, ebenso ließen sich durch die Canadian Pacific beliebige Quantitäten feinsten kanadischen Mehles einführen. Kein vernünftiger Agrarier, der nicht auf Kosten des Glucks unserer Massen sich bereichern will, wird dagegen Einspruch erheben.

Zucker Milch und sind vorerst noch genügend vorhanden. Auch die Preise der meisten anderen Lebensmittel wie Kartoffeln, Gemüse, Hülsenfrüchte, Zwiebel sind auf einer Höhe angelangt, die Einfuhren in jeder gewünschten Menge möglich machen. Wenn die Gemeinde dafür sorgt, daß die Zufahrtsbahnen aus dem Ausland für diese Transporte frei bleiben, und die Regierung, daß die Fleischzufuhr erlaubt werde, schon zum Ersatz für die serbischen Schweineinfuhren, ist kaum mehr eine Preissteigerung über das bereits erreichte Niveau möglich.

Große Versammlung der Wiener Bäckermeister.

Im Saale der Bäckergenossenschaft fand gestern abend eine ungemein zahlreich besuchte Versammlung der Wiener Bäckergenossenschaft statt, um zu der gegenwärtigen Approximierungsfrage Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führte Verbandsobmann Giles.

Vorsitzstellvertreter Gemeinderat Körber erstattete das Referat und führte aus: Wir alle wissen, was ein Krieg bedeutet, und schon heute wurde viel Unheil verbreitet. Viele Familien haben bitteres Leid erfahren und wir stehen erst am Anfang der Ereignisse. Das Gewerbe hat jetzt eine triste Zeit mitzumachen. Manche Betriebe sind zum Stillstand gekommen. Ja, es ist so weit gekommen, daß selbst Schlüsse nicht mehr ausgeliefert werden. Die Spekulation darf in solchen Zeiten nicht um sich greifen. Man wisse aber, daß bei den Dampfschiffahrts-Gesellschaften ungeheure Quantitäten lagern. Aber auch andere Ursachen liegen der Tatsache zugrunde: Das Publikum hat sachweise Mehl eingekauft und den Preis in die Höhe getrieben. Wir müssen verlangen, daß in dieser Zeit die Hochschußzölle für Getreide abgeschafft werden. Der Redner beantragte dann folgende Resolution:

Die heutige Versammlung der Bäckermeister Wiens verweist auf den seit einigen Tagen austretenden Mehlmangel, der angesichts des zeitweilig unterbrochenen Verkehrs und der hierdurch gehinderten Zufuhren aus Ungarn augenscheinlich sich in den nächsten Tagen steigern wird. Da durch diesen Uebelstand nicht nur zahlreiche Existenzen durch die plötzliche Einstellung der Bäckereibetriebe schwer geschädigt, sondern auch die Approximierung der Großstadt große Störungen erleidet, richtet die heutige Versammlung an die maßgebende Behörde die dringendste Bitte, ehestens die ungehinderte Zufuhr aus Ungarn zu ermöglichen. Des weiteren wird die hohe k. k. Re-

nierung ersucht, eventuellen weiteren Preissteigerungen der Mehlprodukte durch zeitweilige Aufhebung der Getreide- und Mehlzölle entgegenzutreten.

Ein Vertreter des Reichsverbandes der Mühlenvertreter gab dann die Erklärung ab, daß diese in dieser schweren Zeit ganz an der Seite der Bäcker stehen werden. Auch die Mühlenvertreter sind für die Abschaffung des Hochschußzölles für Getreide in dieser Zeit.

Unter allgemeiner Zustimmung rief dann ein Versammlungsteilnehmer: „Es ist Mehl da. Man hält es aber zurück, um zu spekulieren. Wir wollen uns aber die Herren merken, die uns in dieser schweren Zeit in den Rücken gefallen sind, und wenn diese Zeit vorüber ist, dann werden wir es heimzahlen.“ (Stürmischer Beifall.)

Es kam dann zu einer lebhaften Debatte zwischen Bäckern und Mühlenvertretern, worauf die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Behördliche Lebensmitteltarife.

Teplitz, 29. Juli. Auch hier haben die Lebensmittelhändler versucht, „Kriegspreise“ einzuführen, worauf die Bezirkshauptmannschaft mit folgendem Erlaß antwortete:

Ueber Ermächtigung der Statthalterei findet die Bezirkshauptmannschaft Teplitz im Grunde des § 51 der Gewerbeordnung für den Kleinverkauf von den im nachstehenden angeführten Artikeln, die zu den notwendigsten Bedürfnissen des täglichen Unterhalts gehören, einen Maximaltarif festzusetzen wie folgt:

1. Fleisch (per Kilogramm): Rindfleisch, vorderes K 1.60 bis K 1.76, hinteres K 1.92 bis K 2.24, Kalbfleisch, vorderes K 1.80 bis K 2.—, hinteres K 2.24, Schweinefleisch, vorderes K 1.80 bis K 2.—, Carré K 2.40, Sechsfleisch, Bauchfleisch K 2.—, Carré und Ramm K 3.—, Schöpffleisch, Bauchfleisch K 1.52, Carré, Schlegel K 2.—, Speck, roh K 1.76 bis K 1.92, Rindsfett K 1.20.

2. Viktualien und Kolonialwaren (per Kilogramm): Brot, Weißbrot K —.34, Schwarzbrot K —.32, Eier 3 Stück K —.27, 1 Schok K 4.80, Teebutter K 3.60 bis 3.90, Tafelbutter K 3.20 bis 3.60, Kochbutter K 3.— bis 3.20, Margarine K 2.— bis 2.20, Ceresfett K 1.80, Milch K —.26 per Liter, Weizenmehl Nr. 0 K —.58, indischer Reis K —.44 bis —.56, Italienischer Reis K —.64 bis K —.80, Grieß K —.60, Würfelzucker K —.88, Putzucker K —.84, Kartoffeln erste Qualität K —.15, zweite Qualität K —.12.

In allen für den Verkauf obiger Artikel in Betracht kommenden Geschäftsbetrieben sind die Warenpreise, welche obige Maximalpreise nicht übersteigen dürfen, deutlich ersichtlich zu machen.

Der vorstehende, für den ganzen politischen Bezirk Teplitz festgesetzte Maximaltarif tritt sofort in Kraft und hat bis auf Widerruf Geltung.

Jene Gewerbetreibenden, welche obige Maximaltarife überschreiten, haben die strengste Bestrafung nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu gewärtigen. Im Wiederholungsfall wird unnaheichtlich mit der sofortigen Schließung des Geschäftsbetriebes vorgegangen.

Der k. k. Statthaltereirat:

Grä f.

Hoffentlich sehen auch die Wiener Geschäftsleute diesen Erlaß als eine Warnung an.

* * *

Lebensmittelwucher, Proherei und Raderei.

Ein Leser schreibt uns: Am Dienstag schnellten die Preise, wie auch von Ihrem Blatte schon berichtet, ohne jede Veranlassung auf allen Märkten aufs erstaunlichste in die Höhe. Auch auf dem Währinger Markte benützten nun die Händler die Kriegsgefahr, um für einen Kilo Erdäpfel 48 Heller patriotisch zu erpressen. Ein armes, den schwer ums Leben ringenden Bevölkerungsschichten angehöriges altes Weibchen wollte auch seine Einkäufe besorgen, wurde aber von der verlaufenden „Patriotin“ mit den Worten abgefertigt: „Gengan S' furt, dös is nig für Jhna, dös kinnan S' nüt kaufen, schau S', daß S' weiterkommen!“ Darüber, wie leicht erklärlich, aufstößende Entrüstung der umstehenden Käufer, die ihrer Erregung durch energische Zurückweisung dieser Frechheit in kräftigen Gegenbemerkungen Luft machten, worauf die Besitzerin des Standes (Kauz ist ihr Name und sie befindet sich Ecke Schopenhauerstraße und Rutschergasse) in die Worte ausbrach: „Wenn's euch z' teuer is, frechts Nobelscharten, i hab's nüt nöwendig, i hab a paar Häuser!“ Daß nun diese „Kriegserklärung“ kräftigen Widerhall fand, wird jeder erklärlich finden, ebenso auch, daß sich ringsum eine bedrohlich anschwellende Menschenmenge sammelte, deren erhitzte Gesichter und racheglühende Augen nichts Gutes verhießen. Die jahrelang erduldeten Frechheiten und Gemeinheiten der Markthändler (nicht aller) den Käufern gegenüber schienen hier ihre Grenze gefunden zu haben. Daß die die Ende aber kommt nun erst! ... Als die Aufregung der Käufer den Gipfelpunkt zu erreichen drohte — beschuldigte die „Patriotin“ einen gut gekleideten Mann, der auch seiner Entrüstung in kräftigen Worten Ausdruck verlieh, um die Gefahr von sich abzuwenden, der — Majestätsbeleidigung. Daß ihr Zweck vereitelt wurde, ist nur dem Umstand zu verdanken, daß sich die Umstehenden dem Manne spontan und ungebeten als Zeugen zur Verfügung stellten.

Bedenkt man aber, was gerade in diesen Zeiten eine solche Vernaderung für Folgen haben kann, so muß man sehr wünschen, daß die Behörden solchen Geschäftspatrioten rücksichtslos auf die Skappeln steigen, umso mehr, wenn sie ein paar Häuser haben.

Auf dem Naschmarkt.

Hier widelte sich der Verkehr der Käufer schon in den frühen Morgenstunden ab. Die Händler hielten sich, wenn auch ungerne, an die Verordnung des Magistrats. So bewegten sich die Preise in den normalen Grenzen, da besonders die Zufuhr reichlicher als in den vorhergehenden Tagen erfolgt war. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen. Man verzeichnete auch nicht mehr jenen Zudrang wie zu Beginn der Woche. Der Markt hatte sein gewöhnliches Aussehen wieder erlangt. Besonders reichlich waren die Obststände belegt, was zur Folge hatte, daß hier keinerlei Preisstreiberei versucht wurde. Der Preis der Erdäpfel schwankte zwischen 20 und 24 Heller für ein Kilogramm. Auch reichliche Mengen von Fisiolen waren zu sehen, für die 42 bis 56 Heller bezahlt wurden. Allgemein kam die Meinung der Einkaufenden zum Ausdruck, die dahin ging, daß der unkluge Ankauf großer Vorräte in den ersten Tagen der feiegerischen Verwicklungen die sprunghafte Erhöhung der Preise im Gefolge hatte.

31. 7. 19

///

Auf dem Rudolfsheimer Markt.

Der Markt hatte gestern sein gewöhnliches ruhiges Aussehen. Da und dort standen Frauengruppen, die die ungeheuren Preiserhöhungen besprachen. So sagte eine Frau: „Für die roten Erdäpfel habe ich am Sonntag noch fünf Kreuzer bezahlt, heute verlangen sie zwölf.“

Dem Zwiebel- und Erdäpfelhändler Maringer, der vor dem Hause Schwendergasse Nr. 7 seinen Stand hat, machte eine Anzahl Frauen wegen einer Neußerung: „Wenn's Ihnen zu teuer ist, so freffen S' halt nir!“ eine Demonstration, die aber durch vernünftiges Eingreifen eines Bachmannes bald beendet war.

Die Preise der einzelnen Artikel waren überall groß und deutlich angeschrieben. Das wirkte auch beruhigend auf die Käufer, denn sie kauften bei jenen Händlern, die höhere Preise notierten, nichts. Solches deutliches Anschreiben der Preise sollte durch eine Magistratsverordnung für ganz Wien angeordnet werden.

Während des Marktes wurde einer älteren Frau eine Börse mit einem Inhalt von zwölf Kronen gezogen. Eine andere Frau wurde von einer Frühgeburt überrascht.

Man verlangte für: 1 Kilogramm Zwiebel 32 Heller, 1 Kilogramm Erdäpfel 20 bis 24 Heller, 1 Kilogramm Paraderjer 52 Heller; 1/2 Liter Erbsen kostete 16 bis 18 Heller, 1/4 Kilogramm Naturbutter 76 Heller, 13 Eier eine Krone.

Die Versorgung mit Fleisch.

Die Vorstehung der Wiener Fleischhauergenossenschaft teilt uns mit: Durch die geringe Zufuhr von Schlachtvieh am letzten Rindermarkt und die dadurch verursachten bedeutenden Preissteigerungen fühlte sich die Vorstehung der Wiener Fleischhauergenossenschaft im Interesse des konsumierenden Publikums verpflichtet, in den verschiedenen Ministerien, in der Statthalterei und im Rathause Schritte zu unternehmen, um eine möglichst ausreichende Zufuhr von Schlacht- und Stechvieh für Wien zu sichern. Es wurde von den Behörden das Versprechen gegeben, diesen Wünschen tunlichst Rechnung zu tragen. Nach diesen Versicherungen ist kein Grund zu Befürchtungen, daß die Fleischapprovisionnement Wiens eine große Einschränkung erleiden könnte, vorhanden. Die Vorstehung erjudt die konsumierende Bevölkerung, dies zur Beruhigung gefälligst zur Kenntnis nehmen zu wollen, und gibt das Versprechen, soweit es in ihrer Macht steht, für eine klaglose, den Verhältnissen entsprechende Fleischapprovisionnement zu sorgen.

Die Wiener Fleischhauergenossenschaft hat an sämtliche Meister einen Aufruf ergehen lassen, der in den Geschäften zur Kenntnissnahme des Publikums affiziert werden soll. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Genossenschaft der Wiener Fleischhauer gibt dem p. t. Publikum bekannt, daß vom Magistrat wie auch von den maßgebenden Behörden während der Dauer des Krieges alle Vorkehrungen getroffen wurden, um die Fleischversorgung Wiens klaglos in unbeschränktem Maße aufrecht zu erhalten. Das Publikum wird daher gebeten, nicht durch übereilte Deckungskäufe selbst eine Erhöhung der Viehpreise zu verschulden, umso mehr, als die Genossenschaft beschlossen hat, künstliche Preisreidereien hintanzuhalten. Kein Wiener Fleischhauer wird einen etwaigen Notstand des Volkes für persönliche Zwecke ausnützen und jederzeit seine Waren im entsprechenden Verhältnis zu den Vieheinkaufspreisen an seine Kunden abgeben. Ein Anlaß zur Beunruhigung des Publikums ist besonders bezüglich Nohsipek und Schmalz nicht gegeben, da die Vorräte nicht ausgeleert werden können und reichlich den Bedarf decken. Die Wiener Fleischhauergenossenschaft appelliert an das Publikum, nach wie vor in vollster Ruhe keine für den täglichen Bedarf erforderlichen Einkäufe zu besorgen und die Meisterchaft in dem Bestreben, billige Vieh- und Fleischpreise zu erhalten, zu unterstützen.

Argentiniisches Fleisch für Wien?

In der Mittwoch abend beim Bürgermeister Weiskirchner abgehaltenen Konferenz wegen der Approvisionnementmaßnahmen richteten die Frauen Granitsch und Freund an den Bürgermeister das dringende Ersuchen, sofort eine Eingabe an die Regierung wegen der Einfuhr argentinischen Fleisches zu machen. Auf diese Weise wäre es möglich, einer gefährlichen Fleischpreissteigerung in Oesterreich zuvorzukommen. Argentinisches Fleisch kann in wenigen Tagen in Wien in unbegrenzten Mengen eintreffen, da die Möglichkeit besteht, Schiffe, die mit argentinischen Fleischlieferungen unterwegs sind, durch das Entgegenkommen der englischen Regierung für Oesterreich auszunützen. Ueberdies überbrachten die Hausfrauen

vom favoriten Markt.

Anfänglich ist auf dem Markte keinerlei Aufregung zu sehen. Die Preise halten sich in normalen Grenzen. Insbesondere Fleisch und Obst werden zu den alten Preisen verkauft. Erdäpfel kosten 16 bis 24 Heller das Kilogramm. Drei Stück Eier kann man schon um 18 Heller kaufen; frische Theeier kosten 24 Heller. Fischen, Gurken und Kraut sind nur mäßig im Preise gestiegen. Die meisten Händler haben die Preise angeschrieben.

Um 9 Uhr kommt Bewegung in den Markt. Ueberall bilden sich Gruppen von Frauen, die die gestrigen hohen Preise erregt besprechen und ihre Befriedigung über die Selbsthilfe der Einkaufenden den wucherischen Händlern gegenüber aussprechen. Auf Vorrat wird nicht viel gekauft. Sind es doch Arbeiterfrauen, deren Wirtschaftsgeld diese Woche schon wieder zu Ende geht. Die Händler selber weigern sich übrigens, größere Mengen abzugeben. So hat ein Händler seinen Kunden nur je ein Kilogramm Erdäpfel, die er um 20 Heller gab, verkauft, mit der Begründung, daß alle seine Kunden befriedigt sein wollen.

Der sonderbare „Humor“ eines Fleischhauers führte zu erregten Szenen. Eine Arbeiterfrau will bei dem Fleischhauer L u n j a ein Beuschel kaufen. Als sie den Preis hörte, war er ihr zu hoch. Die Frau sagte ihm, daß sie so viel nicht kaufen könne. Worauf der Fleischhauer folgenden „Witz“ machte: „Behn S' halt nach Serbien, da kriagn S' jezt Beuscheln g'nua.“ Darauf große Entrüstung bei den Frauen über diese Roheit. Der Fleischhauer mußte sofort seinen Stand sperren. Noch lange dauerte die Erregung. Ueberall besprachen die Frauen den Vorfall.

Die Wut der Menge bekam dann auch eine Wanderhändlerin zu spüren, die in der Nebengasse des Marktes ein kleines Häuptel Kraut um 20 Heller und kleine Gurken das Stück um 10 Heller zum Verkauf anbot. Die Frauen machten Miene, sie zu verprügeln. Aufse wurden laut: „Die macht sich das auch zunuze!“, „Den armen Leuten will sie das Geld aus dem Sack stehlen!“ u. s. w. Die Händlerin mußte sich flüchten.

Sehr taktvoll bei diesen Zwischenfällen benahm sich

die Wache. Die Wacheleute bemühten sich, die aufgeregten Frauen zu beruhigen, und hörten geduldig den Hornesausbrüchen zu.

Viel zur Aufregung in der Umgebung trägt die Einquartierung in der Eugenschule bei. Sie wird immer von Neugierigen und Teilnehmenden umlagert. Viele Angehörige wollen ihre Verwandten noch einmal vor dem Abtransport sehen. Die diensthabenden Unteroffiziere sind einsichtig genug, die betreffenden Einberufenen holen zu lassen, sind sie doch selber alle Reservisten, die aus der Znaimer Gegend kommen und zu Hause ihre Wirtschaft sich selber überlassen mußten.

Sonst sieht man im Bezirk viele Kaufmannsgeschäfte, die in den Auslagen Plakate aufgehängt haben, mit der Bekanntmachung, daß sie alle ihre Waren zu den alten Preisen abgeben.

Die Approvisionnement Wiens.

Gegen die künstliche Zurückhaltung von Lebensmitteln.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erschien gestern beim Statthalter Freiherrn v. Bienerth, um von der Regierung die Erlassung einer Verordnung zu verlangen, durch welche die Einlagerung von Vorräten an wichtigen Lebensmitteln, die von den Besitzern oder Dispositionsberechtigten aus Spekulationsrücksichten zurückgehalten werden, verboten werden könnte. Ebenso wie der Militärverwaltung nach dem Kriegsdienstleistungsgesetz die Enteignung für die Bedürfnisse der Kombattanten gestattet ist, müsse auch den Zivilverwaltungen ein ähnliches Recht eingeräumt werden, um die breiten Massen der Konsumenten, aber auch die Interessen der kleinen Kaufleute und anderer Detailisten zu wahren. Der Statthalter versprach, die Forderung des Bürgermeisters der Regierung unverweilt vorzulegen.

Die Versorgung mit Fleisch.

Von der Vorstehung der Wiener Fleischhauergenossenschaft werden wir um Aufnahme folgender Notiz ersucht:

Durch die geringe Zufuhr von Schlachtvieh auf dem letzten Rindermarkt und die dadurch verursachten bedeutenden Preissteigerungen fühlte sich die Vorstehung der Wiener Fleischhauergenossenschaft im Interesse des konsumierenden Publikums verpflichtet, in den verschiedenen Ministerien, in der Statthalterei und im Rathaus Schritte zu unternehmen, um eine möglichst ausreichende Zufuhr von Schlacht- und Stechvieh für Wien zu sichern. Es wurde seitens der Behörden das Versprechen gegeben, diesen Wünschen tunlichst Rechnung zu tragen. Nach diesen Versicherungen ist kein Grund zu Befürchtungen, daß die Fleischapprovisionnement Wiens eine große Einschränkung erleiden könnte, vorhanden. Die Vorstehung ersucht die konsumierende Bevölkerung, dies zur Beruhigung gefälligst zur Kenntnis nehmen zu wollen, und gibt das Versprechen, soweit es in ihrer Macht steht, für eine klaglose, den Verhältnissen entsprechende Fleischapprovisionnement zu sorgen.

Die Wiener Fleischselbhergenossenschaft hat an sämtliche Meister einen Aufruf ergehen lassen, der in den Geschäften zur Kenntnisnahme des Publikums affiziert werden soll. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Genossenschaft der Wiener Fleischselbher gibt dem B. T. Publikum bekannt, daß seitens des Magistrats der I. L. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wie auch seitens der maßgebenden Behörden während der Dauer des Krieges alle Vorkehrungen getroffen wurden, um die Fleischversorgung Wiens klaglos in unbeschränktem Maße aufrechtzuerhalten. Das B. T. Publikum wird daher gebeten, nicht durch übereilte Deckungskäufe selbst eine Erhöhung der Viehpreise zu verschulden, um so mehr, als die Genossenschaft beschlossen hat, künstliche Preistreiberereien hintanzuhalten. Kein Wiener Fleischselbher wird einen etwaigen Notstand des Volkes für persönliche Zwecke ausnützen und jederzeit seine Waren im entsprechenden Verhältnisse zu den Vieheinlaufpreisen an seine B. T. Kunden abgeben. Ein Anlaß zur Beunruhigung des B. T. Publikums ist besonders bezüglich Rohspeck und Schmalz nicht gegeben, da die Vorräte nicht ausgeführt werden können und reichlich den Bedarf decken. Die Wiener Fleischselbhergenossenschaft appelliert an das B. T. Publikum, nach wie vor in vollster Ruhe seine für den täglichen Bedarf erforderlichen Einkäufe zu besorgen und die Meisterschaft in dem Bestreben, billige Vieh- und Fleischpreise zu erhalten, zu unterstützen.

Die Aktion der Hausfrauen.

Die Abordnung der Vorstehenden der Reichsorganisation der Hausfrauen war gestern um 6 Uhr zum Bürgermeister zu einer Konferenz beschieden, in welcher auch die Vizebürgermeister Sierhammer und Sob sowie Obermagistratsrat Dr. Dont und Magistratssekretär Böttger anwesend waren. In der Konferenz besprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner in ausführlicher Weise die Vorschläge der Hausfrauenorganisation.

Von der Einführung der Maximaltarife kann vorerst abgesehen werden, da nach den erhobenen Marktberichten eine Beruhigung auf den Lebensmittelmärkten zu konstatieren ist. Der Bürgermeister behält sich jedoch vor, mit dieser Maßnahme gegebenenfalls vorzugehen und ersucht die Hausfrauenorganisationen, die nötige Zahl geeigneter Marktkontrollorinnen für diesen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen.

Die Vizebürgermeister besuchen täglich in den Morgenstunden die Märkte, und die Hausfrauen werden aufmerksam gemacht, um diese Zeit ihre Einkäufe zu machen, da die Preise sich des Morgens billiger stellen.

Die offiziellen Marktberichte konstatieren, daß gestern Kartoffeln mit 16 S. im Detailverkauf gehandelt wurden.

Die Hausfrauen werden weiter darauf aufmerksam gemacht, in allen Fällen, in welchen sich eine nicht gerechtfertigte Preisbildung bemerkbar macht, die Marktamtorgane in Anspruch zu nehmen, da diese von Seiten des Bürgermeisters zur Hintanhaltung von Preistreiberereien strikte Weisungen erhalten haben. Die Vorstehenden der Hausfrauenorganisationen wiesen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß durch die Abberufung der Männer sich vielfach die Notwendigkeit herausstellen wird, die auf dem Großmarkt gekauften Gemüse und Obstwaren durch Frauen mittels Handwagen in die äußeren Bezirke zu befördern, und regten die Benützung der Straßenbahn in den Morgenstunden an.

Der Bürgermeister gab ferner bekannt, daß er der Reichsorganisation der Hausfrauen zu Zwecken der Frauenhilfsaktion im Kriege

Sozialitäten in der Mädchenvolkschule 6. Bezirk, Gumpendorferstraße Nr. 4 überlassen werde. Er sprach den ausdrücklichen Wunsch aus, von den Hausfrauenorganisationen in seinem Bestreben, das ganze Arbeitsvermittlungswesen in Relation zu bringen, unterstützt zu werden, und es werden in dieser Angelegenheit eingehende Besprechungen mit dem Obermagistratsrat Dr. Dont gepflogen werden.

Bezüglich der Fürsorge für die Kinder der Einberufenen wird die Frauenhilfsaktion im Kriege gemeinsam mit den charitativen Vereinen zu einer Zentralisation dieses Zweiges der Frauenhilfsaktion beitragen.

Die Vorstehenden der Reichsorganisation der Hausfrauen wiesen auf die Notwendigkeit hin, dahin einzuwirken, daß der Ueberschuß der weiblichen Arbeitskräfte bewogen werde, die landwirtschaftliche Produktion so wie jetzt zur Erntezeit auch in Kriegszeiten zu sichern.

Der Bürgermeister machte die Delegation der Hausfrauen mit der Schaffung des Kriegsfürsorgeamtes und der Auskunftsstelle im Kriegsministerium bekannt und besprach die Aufgaben der Zentralstelle für die Fürsorge der Familien der Einberufenen.

1/8 914

Die Preistreiberien der Lebensmittelwucherer.

Der Kaiser und die Lebensmittelteuerung.

Die Rathauskorrespondenz meldet: Im Verlauf der Ansprache des Kaisers an den Bürgermeister wies der Kaiser auch darauf hin, daß die Lebensmittelversorgung der Reichshauptstadt der Gemeindevvertretung wohl große Schwierigkeiten bereite, weil alles durch die Militärverwaltung in Anspruch genommen werde. Der Kaiser meinte, dieser Anlaß sei auch in ganz ungerechtfertigter Weise zu Preissteigerungen benützt worden, wie er in den Zeitungen gelesen habe. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte, daß gegen alle diese Preissteigerungserzesse mit aller Tatkraft und Strenge eingeschritten werde. Der Kaiser bemerkte dazu: Das ist auch ganz in der Ordnung, daß Sie so vorgehen; es ist nicht schön, daß es Leute gibt, die sich in so schwierigen Zeiten von ihrem Eigennuß leiten lassen und einen Vorteil für sich herauszuschlagen suchen.

Die Teuerung.

Auf den Lebensmittelmärkten war es gestern ruhig. Die Verkäufer enthielten sich zum großen Teil der schamlosen Preistreiberien. Vormittags besuchte auch der Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Großmarkthalle, den Viktualienmarkt und einige kleinere Märkte. Auf dem Kolonplatz beanstandete er einzelne Standbesitzer wegen ihrer hohen Preise und drohte ihnen, wenn nicht sofort eine Milderung der Preise eintrete, sie vom Markte wegzurufen. Auch die Vizebürgermeister Sierhammer und Hoff besuchten einige Märkte, fanden aber an den Preisen nichts auszufehen. Zu den gestern geschilderten Szenen auf dem Währinger Markt versichert uns der Besitzer des Marktstandes an der Ecke der Schopenhauerstraße und Rutschergasse, Herr Karl Rainz, unter Anführung einwandfreier Zeugen, daß nicht seine Frau die von uns angeführten beschimpfenden Äußerungen getan hat, sondern daß sie bei einem anderen Marktstand in der Nähe fielen und daß ihr Urheber ein von den Marktleuten selbst nicht ernstgenommener Mensch ist. Herr Rainz gibt zu, daß außer diesem auch noch ein anderer Marktstandbesitzer das Publikum in unanständiger Weise angefahren habe, ersucht uns aber, von der Nennung dieses Herrn für diesmal noch Abstand zu nehmen.

Die Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs protestierte ebenfalls gegen die Preistreiberien und forderte von der Regierung, der Landesverwaltung und der Gemeindeverwaltung, gegen den Lebensmittelwucher mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Zwangsmitteln einzuschreiten. Sie weist in ihrer Eingabe darauf hin, daß diese Preistreiberien dadurch verursacht werden, daß alle kaufmännischen Schlüsse in Kriegszeiten usancemäßig außer Kraft treten, die Kartelle und Großkapitalisten die geschlossenen Mengen an ihre Abnehmer nicht zu liefern brauchen und daher die günstige Gelegenheit haben, ihre lagernden großen Vorräte bis zu dem Zeitpunkt aufgestapelt und gesperrt zu halten, bis der dringendste Bedarf eintritt und die Preise hinaufgetrieben werden können. Es darf jetzt wohl erwartet werden, daß die Regierung und der Bürgermeister mit aller Energie gegen die Preistreiberien auftreten werden. Aber auch die Konsumenten müssen mithelfen, indem sie nicht unnütz Vorräte einkaufen und dadurch zu neuen Preistreiberien Gelegenheit bieten. In der schweren Zeit ist es dringend notwendig, daß jedermann seine Ruhe bewahrt und niemand den Kopf verliert.

Großmarkthalle — Viktualienmarkt.

In der Viktualienhalle wurden gestern folgende Preise verzeichnet: Auszugmehl 56 Heller per Kilogramm; die Mehlmehlschleifer behaupten, diesen Preis auf die Dauer nicht aufrecht erhalten zu können, da sie selbst das Mehl mit 60 Heller kaufen müssen. Weizenpreis 52 Heller, Reis 72 Heller, Bohnen 64 Heller, Erbsen ganz 52 Heller, Erbsen gespalten 60 Heller, Linsen 88 Heller. Erdäpfel wurden mit 20 bis 24 Heller, Primaware bis zu 28 Heller das Kilogramm verkauft. Eier wurden zu 25 Stück für 2 Kronen geboten. Gurken kosteten 6 bis 24 Heller das Stück. Die Steigerung der Preise ist bisher größtenteils auf die stürmische Nachfrage nach Marktware Anfang der Woche zurückzuführen. Es kam vor, daß einzelne Konsumartikel von den Käufern selbst im Preise gesteigert wurden. So wurde bester Filz in der Fleischhalle von der Bevölkerung in die Höhe getrieben, indem sie höhere Angebote machte, als notiert waren. Schweineschmalz stellte sich auf 1 Krone 60 Heller bis 1 Krone 80 Heller, Bauchfilz auf 1 Krone 80 Heller bis 2 Kronen.

Speckfilz auf 1 Krone 70 Heller bis 1 Krone 80 Heller, kleines Fett auf 1 Krone 60 Heller bis 1 Krone 70 Heller. Die Fleischpreise hatten etwas angezogen, nachdem die Austriebsverhältnisse auf dem Viehmarkt ungünstig sind. Alles kommt jetzt darauf an, daß die Ware zufuhr nach Wien keine Hemmung erfährt. Die Preise sind im allgemeinen höher als im vorigen Jahre, dürften aber, wenn die Beschickung der Märkte keine Wendung zum Schlechteren nimmt, nicht sprunghaft gesteigert werden. Schlimm steht es allerdings mit Mehl und es muß alles aufgewendet werden, den Markt mit diesem notwendigen Lebensmittel zu versehen. Die Konsumenten müssen sich vor allem hüten, durch Gewaltkäufe die Mehlnappheit noch deutlicher hervortreten zu lassen, da sonst die Spekulation mit riesig hohen Preisen einsetzen würde.

Keine Gemmeln mehr!

Das Permanenzcomité der Bäckergeroffenschaft hat beschlossen, von heute Samstag abend an, angeblich infolge mangels an Arbeitskräften die Erzeugung des kleinen Gebäcks (Gemmeln u. s. w.) einzustellen und nur noch sogenanntes „Kriegsbrot“ — Weißgebäck in Beckenform — herzustellen. Hoffentlich werden die Bäckermeister dieses Kriegsbrot nicht teurer rechnen, als es unbedingt nötig ist.

1./8. 1914.

**Die Approvisionnementfrage.
Die Situation auf den Märkten.**

Wien, 1. August.

Die niederösterreichische Statthalterei hat heute bezüglich der in St. Marx abzuhaltenden Märkte folgende Kundmachung erlassen: Aus Approvisionierungsrücksichten wird hinsichtlich der Abhaltung der Klauenviehmärkte auf dem Zentralviehmarkte in St. Marx in Wien bis auf weiteres folgendes angeordnet:

a) Es sind abzuhalten die freien Rindermärkte am Montag, Donnerstag und Samstag und der Rinderkontumazmarkt am Samstag.

b) Die Schaf- und Schweinemärkte am Dienstag, Donnerstag und Samstag jeder Woche zu den normalen Marktzeiten.

Außerdem wird der Wiener Magistrat ermächtigt, ausnahmsweise in jenen Fällen, welche für die Approvisionierung besonders wichtig sind, den Abverkauf von Schlachtvieh in St. Marx noch an anderen Tagen und über die normale Marktschlußzeit hinaus zu bewilligen und die Abfuhrfrist für Vieh vom Zentralviehmarkte in Wien notwendig angemessen zu verlängern.

Die Statthalterei findet aus Approvisionierungsrücksichten bis auf Widerruf zu gestatten: Daß Schlachtrinder, Schlachtschafe und Schlachtschweine, welche aus Gemeinden stammen, in denen die Maul- und Klauenseuche nicht herrscht, in Niederösterreich auf dem Triebwege zu Approvisionierungszwecken nach Wien und Wiener-Neustadt gebracht werden, wenn die Seuchenfreiheit des Herkunftsortes auf den Viehpässen amtlich bestätigt erscheint und wenn die Tiere auf dem Triebwege verseuchte Gemeinden nicht passieren, der Verkauf der Tiere auf dem Triebwege (Notfälle ausgenommen) sowie der Hausierhandel mit derlei Tieren strengstens untersagt ist.

Solches nach Wien und Wiener-Neustadt im Triebwege gebrachtes Vieh unterliegt, wenn es aus Ungarn stammt, der Grenzbeschau. In Wien oder Wiener-Neustadt auf diesem Triebwege eingelangtes Vieh ist je nach dem Befunde auf dem freien Markte, auf dem Kontumazmarkte, beziehungsweise auf die Kontumazmarkt-Abteilung oder in das Schlachthaus, beziehungsweise Sanitätsschlachthaus zu überweisen.

Markt Am Hof.

Auf den heutigen Nachmarkt wurden von Bavern zirka 38.000 Kilogramm Kartoffel gebracht. Dank dieses Umstandes und dank der energischen Intervention der diensthabenden Beamten, Marktamtinspektor Weinlich, Marktämterkommissäre Thimann und März, war es möglich, den Engrospreis wie folgt zu regulieren: Rote Kartoffel 10 S., gelbe Kartoffel 14 S., Kipfler 20 S. per Kilo.

Dementsprechend haben sich auch die Detailpreise ermäßigt und stellen sich jetzt bereits ebenso wie vor Ausbruch des Krieges. Die Verkäufer fügten sich anstandslos den Weisungen der Marktorgane, das einkaufende Publikum war hochbefriedigt und bereitete den Beamten des Marktamtes Ovationen. Es hat sich heute auf dem Markte Am Hof auch nicht der geringste Zwischenfall ergeben.

Naschmarkt.

Seitens des Marktamtes auf dem Naschmarkt wird folgendes bekanntgegeben: Da von auswärts für den Fall, daß die einzelnen Eisenbahnlinien frei werden, Anfragen bezüglich der Modalitäten einlangen, unter denen Ware nach Wien gebracht werden kann, wird darauf hingewiesen, daß Produzenten, die sich als solche mit einer Bestätigung des Bürgermeisterramtes ausweisen müssen, nach erfolgter Anmeldung beim betreffenden Marktamte mit ihren selbst gezeigten Waren die Wiener Märkte besuchen können.

Der Verkehr auf dem Naschmarkte widelte sich heute vollkommen ruhig ab. Große und berechtigte Klage wird bloß über das Verjagen der Verkehrsmittel geführt.

Die Approvisionnement Wiens.

Die Worte des Kaisers.

Zu Ergänzung des gestrigen Berichtes wird uns noch mitgeteilt: Im Verlaufe der Ansprache, mit der der Kaiser den Bürgermeister auszeichnete, wies der Monarch auch darauf hin, daß die Approvisionnement der Reichshauptstadt der Gemeindeverwaltung wohl große Schwierigkeiten bereite, weil alles durch die Militärverwaltung in Anspruch genommen werde. Der Kaiser meinte, dieser Anlaß sei auch in ganz ungerechtfertigter Weise zu Preissteigerungen benützt worden, wie er in den Zeitungen gelesen habe. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte, daß gegen alle diese Preissteigerungserzesse mit aller Energie und Strenge eingeschritten werde. Der Kaiser bemerkte dazu: „Das ist auch ganz in der Ordnung, daß Sie so vorgehen. Es ist nicht schön, daß es Leute gibt, die sich in so schwierigen Zeiten von ihrem Eigennutze Letzten lassen und einen Vorteil für sich herauszuschlagen suchen.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner auf dem Weißgerbermarkt.

Gestern früh inspizierte der Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Viktualienmarkt auf dem Radetzkyplatz unter den Weißgerbern. Der Bürgermeister begab sich zu den einzelnen Ständen und befragte die Verkäufer über die Preise, die gegenwärtig verlangt werden. Eine Verkäuferin, die den Bürgermeister nicht kannte, wies in unziemlichen Worten die vermeintliche „Neugierde“ des ihr fremden Bürgermeisters ab. In energischem Tone erteilte ihr der Bürgermeister hierauf einen gebührenden Verweis betreffs ihres Verhaltens und der ungerechtfertigten Preise und stellte ihr weitere Maßregeln in Aussicht. Von dort aus beging der Bürgermeister auch weitere Stände und tadelte bei einer andern Verkäuferin in schärfster Weise die unverantwortliche Höhe der Preise und das Nichtansprechen derselben. Besonders hinsichtlich der Kartoffelpreise erklärte der Bürgermeister bezidiert, daß mit dem unangemessenen Hinausschnellen der Teuerung bei den wichtigsten Artikeln für die arme Bevölkerung entschieden gebrochen werden müsse. Von dort aus begab sich Dr. Weiskirchner in die im Verbindungsbahnviadukt untergebrachten Stände, die er gleichfalls besichtigte. Das Publikum begrüßte das Erscheinen des Bürger-

meisters und dankte ihm für seine energischen Interventionen. — Vizebürgermeister Hierhammer inspizierte in gleicher Weise die Märkte am Yppenplatz, in der Brunnengasse und in Rudolfsheim. — Vizebürgermeister Hof inspizierte vorerst die Märkte in Floridsdorf und in der Brigittenau und begab sich sodann auf den Naschmarkt, den er in allen seinen Teilen auf das eingehendste besichtigte und auch dort eine ziemliche Beruhigung konstatierte.

Landeskomitee für wirtschaftliche Mobilisierungsvorsorgen.

In der in der Statthaltereie gestern abgehaltenen Sitzung unterzog das Komitee insbesondere die Artikel Mehl und Kartoffel einer neuerlichen eingehenden Erörterung und stellte fest, daß die Kartoffelpreise seit zwei Tagen dank der im Komitee besprochenen und sofort in Vollzug gesetzten Maßregeln wieder bedeutend gesunken sind und nahezu den normalen Stand erreicht haben, weiter, daß für die nächsten Tage die Zufuhr größerer Mengen von Kartoffeln in sicherer Aussicht steht. Hinsichtlich des Mehles wurde konstatiert, daß dormalen eine größere Quantität in Wien vorhanden ist, als nach den ursprünglichen Erhebungen zu vermuten war, so daß auch in dieser Richtung eine namhafte Preissteigerung vorläufig nicht gerechtfertigt wäre und voraussichtlich auch unterbleiben wird.

Im Anschluß hieran wurde neuerlich die Frage der Maximaltarife angeschnitten, und es werden die erforderlichen Erhebungen in kürzester Zeit abgeschlossen sein. Das Eisenbahnministerium hat durch die Verlautbarung von Kundmachungen für die Transporte der wichtigsten Lebensmittel, und zwar in einem zum Bedarf der Heeresverwaltung größtmöglichen Ausmaße vorgesorgt. Die Handels- und Gewerbekammer errichtet im Einvernehmen mit dem Eisenbahnministerium ein Zentralauskunftsbureau für die jeweilig vorhandenen Transportmöglichkeiten. Schließlich wurde die durch die Gemeinde Wien veranlaßte Vermehrung der Viktualienmärkte behufs leichteren Abfahes an die Konsumenten zur Kenntnis gebracht.

Erzeugung von Kriegsgebäck.

Das Permanenzkomitee der Bäckergenossenschaft hat beschlossen, ab heute abend infolge mangels an Arbeitskräften die Erzeugung des kleinen Gebäcks einzustellen und nur mehr sogenanntes „Kriegsbrot“ (in Wedenform) zur Ausgabe zu bringen.

2/8 914

Großmarkthalle — Vidualienmarkt.

In der Vidualienhalle wurde gestern in den Frühstunden Auszugmehl mit 52 Heller für das Kilogramm notiert. Es war also um sechs Heller billiger als am Tage zuvor. Dagegen wurde aber übereinstimmend von den Kleinhändlern mitgeteilt, daß die Großhändler Mehl unter 58 bis 60 Heller für das Kilogramm nicht liefern. Eier wurden abermals 25 Stück für 2 Kronen geboten, Erdäpfel kosteten durchschnittlich 26 Heller ein Kilogramm. Die Milch wurde mit 29 Heller per Liter ausbezogen. Hülsenfrüchte und Gurken wiesen keine Preisveränderung auf. In der Großmarkthalle stellte sich Schweineschmalz auf 1 Krone 80 Heller, Filz auf 1 Krone 68 Heller. Die Fleischzufuhr stellte sich wie folgt dar: 286 Tonnen galizischer, 55 Tonnen ungarischer, 24 Tonnen mährischer Herkunft. Die Marktlage ist im großen ganzen keine besorgniserregende, doch müssen die größten Anstrengungen gemacht werden, daß die Zufuhr nicht unterbrochen wird. Von der günstigsten Wirkung zeigen sich die Preisnotierungen, indem die Kontrolle der Oeffentlichkeit Preistreiberien hindert.

* * *

Erzeugung von Kriegswurstwaren.

Die Vorsteherung der Fleischelchergenossenschaft hat beschlossen, ab morgen Montag infolge Mangels an Arbeitskräften die Erzeugung der sogenannten Wandwurstwaren einzustellen und werden fortan nur folgende Wurstgattungen erzeugt: Pariser, feine und runde Extrawurst, Knackwürste Braunschweiger, geselchte Blutwürste, eventuell Prehwurst.

Die Approvisionnement im Kriege.**Eine kaiserliche Verordnung gegen den Lebensmittelwucher.**

In den letzten Tagen wurde die Wahrnehmung gemacht, daß die Produzenten sowie die Händler mit Lebensmitteln in einigen Verwaltungsgebieten die gegenwärtigen kriegerischen Verwicklungen zu eigennützigen Zwecken durch Ausbeutung der Bevölkerung ausnützten, indem sie die Preise der am Lager befindlichen Waren nach ihrem Belieben erhöhten, die vorhandenen Vorräte verheimlichten und beunruhigende Gerüchte über Mangel an Lebensmitteln verbreiteten.

Da die Regierung bisher keine ausreichende legale Handhabe hatte, um diesen bedauernswerten Erscheinungen im Interesse der Konsumenten und der öffentlichen Ordnung mit allem Nachdruck entgegenzutreten zu können, hat sich die Notwendigkeit ergeben, gesetzliche Anordnungen zu erlassen, die den Lebensmittelwucher unter Strafe stellen, die ungesunde Spekulation mit den unentbehrlichen Bedarfsgegenständen in diesen ernsten Zeiten verhindern und die anstandslose Approvisionnement der Gemeinden sichern. Diesen Zweck verfolgt die nachstehende kaiserliche Verordnung, mit welcher für die Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse Bestimmungen über die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen getroffen werden.

Durch die kaiserliche Verordnung wird der politischen Landesbehörde das Recht eingeräumt, jederzeit die Aufnahme der im Lande befindlichen Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, worunter die zur Befriedigung notwendigen Lebensbedürfnisse für Menschen und als Nahrungsmittel für Haustiere dienenden Waren verstanden werden, anzuordnen und die Vorräte besichtigen zu lassen.

Für Erzeuger, Händler, Lagerhäuser und sonstige Verkehrsunternehmungen, die unentbehrliche Bedarfsgegenstände vorrätig oder für andre in Verwahrung halten, wird die Verpflichtung statuiert, nach Anordnung der Aufnahme der Vorräte der politischen Bezirksbehörde die Menge und Gattung ihrer Vorräte in der festgesetzten Frist bekanntzugeben. Die Verletzung dieser Auskunftspflicht wird im administrativen Strafverfahren nach Ermessen der politischen Behörde entweder mit einer Geldstrafe bis zu tausend Kronen oder mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft.

Um die Approvisionnement der Gemeinden zu sichern, legt ferner die kaiserliche Verordnung nach dem Muster des Gesetzes vom 26. Dezember 1912 betreffend die Kriegseinstellungen, den Erzeugern, Händlern und Verkehrsunternehmern auch die Pflicht auf, ihre Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, falls deren anderweitige Beschaffung nicht tunlich erscheint, über Anforderung

der politischen Landesbehörde gegen eine vorläufige, im administrativen Wege festzusetzende Vergütung für die Zwecke der Approvisionnement zu überlassen.

Wer diese Pflicht verletzt oder als Unterlieferant oder Vermittler die Lieferung der Vorräte für die Approvisionnement bereitet, seine Vorräte verheimlicht, für unentbehrliche Bedarfsgegenstände in Ausnützung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse offenbar übermäßige Preise fordert oder in Absicht den Preis in die Höhe zu treiben, die Waren aufkauft oder unwahre Nachrichten verbreitet, macht sich einer strafbaren Handlung schuldig, die im allgemeinen als Vergehen mit strengem Arrest von einem Monat bis zu einem Jahre gerichtlich bestraft wird. Neben der Freiheitsstrafe kann in diesen Fällen auch eine Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Kronen verhängt, der Verfall der dem Täter gehörigen Vorräte zugunsten des Staates für die Zwecke der Versorgung der Bevölkerung ausgesprochen und auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

Diese Maßnahmen, welche in der Preistreibererei der letzten Tage ihre Begründung finden, sollen in der bevorstehenden schweren Zeit eine Beruhigung der Bevölkerung herbeiführen und den Notstand, den jeder Krieg unvermeidlich zur Folge hat, nach Möglichkeit mildern.

Die kaiserliche Verordnung lautet:

Auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. V. Nr. 141, finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Aufnahme der Vorräte.**§ 1.**

Die politische Landesbehörde ist ermächtigt, fallweise oder regelmäßig wiederkehrende Aufnahmen der Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen anzuordnen.

Unter unentbehrlichen Bedarfsgegenständen werden hiebei, wie auch sonst in dieser Verordnung die zur Befriedigung notwendiger Lebensbedürfnisse für Menschen und als Nahrungsmittel für Haustiere dienenden Waren sowie auch Sachen verstanden, aus denen solche erzeugt werden.

§ 2.

Nach Kundmachung einer solchen Anordnung sind Erzeuger, Händler, Lagerhäuser und Verkehrsunternehmungen, die unentbehrliche Bedarfsgegenstände in eigenen oder fremden Räumen vorrätig oder für andre in Verwahrung halten, verpflichtet, der politischen Bezirksbehörde den Vorrat nach Menge und Gattung binnen der in der Kundmachung bestimmten Frist anzuzeigen.

Wer andern gehörige Vorräte in Verwahrung hat, ist verpflichtet, den Verfügungsberechtigten anzugeben.

Die politische Bezirksbehörde ist berechtigt, auch ohne vorherige Kundmachung von einzelnen auskunftspflichtigen Personen oder Unternehmungen die Angabe ihrer Vorräte unter Stellung einer bestimmten Frist zu verlangen.

Die politische Landesbehörde ist berechtigt, die Aufnahme der Vorräte in der Kundmachung auf jene Kategorien auskunftspflichtiger zu beschränken, bei denen nach dem Umfang ihres Betriebes größere Vorräte voranzusehen sind oder zu einer derartigen Beschränkung die politischen Bezirksbehörden bei Verlautbarung der Kundmachung zu ermächtigen.

Die politische Behörde kann die Vorräte jederzeit besichtigen und bei unterbliebener oder wahrheitswidriger Anzeige auf Kosten der Partei feststellen.

§ 3.

Wer die von ihm geforderten Angaben nicht innerhalb der gesetzten Frist liefert, die an ihn gerichteten Fragen zu beantworten sich weigert oder sie unrichtig beantwortet, wird von der politischen Bezirksbehörde nach ihrem Ermessen entweder mit einer Geldstrafe bis zu 1000 K. oder mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft.

Versorgung der Gemeinden mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen.**§ 4.**

Die politische Landesbehörde wird ermächtigt, Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen (§ 2, Absatz 1) von Erzeugern und Händlern zur Versorgung von Gemeinden anzufordern und die Erzeuger und Händler zur Lieferung zu verpflichten, wenn die Waren anderweitig zu einem angemessenen Preise nicht beschafft werden können. Die politische Landesbehörde hat vor ihrer Entscheidung das Einvernehmen mit der Militärverwaltung zu pflegen. Ueber Bedarfsgegenstände, die sich in Verwahrung öffentlicher Lagerhäuser oder einer öffentlichen Verkehrsunternehmung befinden, kann eine derartige Verfügung nur mit Genehmigung oder auf Weisung des Ministeriums des Innern getroffen werden.

Eine Beschwerde gegen die Verfügung der politischen Landesbehörde ist unzulässig.

Die politische Landesbehörde kann mit Genehmigung oder auf Weisung des Ministeriums des Innern diese Befugnis auch zur Versorgung einer Gemeinde ausüben, die nicht in ihrem Verwaltungsbereich liegt.

Die Vergütung für die angeforderten Waren ist unter Ruziehung der Besitzer und der Gemeinde,

für die die Vorräte bestimmt sind, von Sachverständigen nach dem gemeinen Werte festzustellen; sofern nicht ein anderes Uebereinkommen zustande kommt, hat die Gemeinde den Preis vor der Uebergabe bar zu bezahlen oder die binnen 14 Tagen vom Tage der Uebergabe zu leistende Zahlung sicherzustellen. Die politischen Behörden haben sich zur Feststellung der Vergütung nach Möglichkeit der gerichtlich bestellten Sachverständigen zu bedienen.

Wer sich durch den Preis, den die Sachverständigen festgestellt haben, beeinträchtigt erachtet, kann binnen 60 Tagen vom Tage der Uebergabe der Ware seinen Anspruch vor Gericht geltend machen. Die Verpflichtung zur Lieferung wird dadurch nicht aufgeschoben.

Verletzung einer Lieferungsspflicht.

§ 5.

1. Wer vorsätzlich die in einem Vertrage mit einer öffentlichen Behörde oder in einem auf Grund des § 4 erteilten behördlichen Auftrage begründete Pflicht verletzt, unentbehrliche Bedarfsgegenstände zu liefern,

2. der Unterlieferant, Vermittler oder Bedienstete bei einer solchen Lieferung, der vorsätzlich durch Verletzung seiner Pflichten die Leistung gefährdet oder vereitelt,

wird wegen Vergehens mit strengem Arrest von einem Monate bis zu einem Jahre bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Kronen verhängt werden.

Verheimlichung von Vorräten.

§ 6.

Wer entgegen der ihm obliegenden Verpflichtung zur Auskunftserteilung vorsätzlich die in seinem Besitze oder in seiner Verwahrung befindlichen Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen der Behörde verheimlicht, wird wegen Vergehens mit strengem Arrest von einem Monate bis zu einem Jahre bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Kronen verhängt werden.

Derselben Strafe unterliegen Personen, die in Vertretung der zur Auskunft Verpflichteten handeln und sich einer derartigen Verheimlichung schuldig machen.

Preistreiberei.

§ 7.

1. Wer in Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse für unentbehrliche Bedarfsgegenstände offenbar übermäßige Preise fordert, wird wegen Uebertretung mit Arrest von einer Woche bis zu sechs Monaten bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu zweitausend Kronen verhängt werden.

2. Der rückfällige Täter wird wegen Vergehens mit strengem Arrest von einem Monate bis zu einem Jahre bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Kronen verhängt werden.

§ 8.

1. Wer unentbehrliche Bedarfsgegenstände aufkauft oder deren Erzeugung oder Handel einschränkt, um ihren Preis auf eine übermäßige Höhe zu treiben,

2. wer unwahre Nachrichten verbreitet oder ein anderes Mittel der Irreführung anwendet, um eine Teuerung von unentbehrlichen Bedarfsgegenständen zu bewirken,

wird wegen Vergehens mit strengem Arrest von einem Monate bis zu einem Jahre bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Kronen verhängt werden.

Verfall der Vorräte und Verlust einer Gewerbeberechtigung.

§ 9.

In den Fällen einer Verurteilung nach den §§ 5 bis 8 kann im Urteile der Verfall der dem Täter gehörigen Vorräte zugunsten des Staates ausgesprochen werden. Der Staat hat die verfallenen Vorräte zur Versorgung der Bevölkerung zu verwenden.

Auch kann auf den Verlust einer Gewerbeberechtigung erkannt werden.

§ 10.

Das Verfahren wegen der in den §§ 5 bis 8 angeführten strafbaren Handlungen steht den Gerichten zu.

§ 11.

Die Regierung ist ermächtigt, diese kaiserliche Verordnung ganz oder teilweise für das gesamte Gebiet der im Reichsrate vertretenen Königreiche

und Länder oder nur für einzelne Verwaltungsgebiete durch Verordnung außer Kraft zu setzen.

§ 12.

Die kaiserliche Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

§ 13.

Mit dem Vollzuge sind der Minister des Innern und die andern beteiligten Minister beauftragt.
Wien, am 1. August 1914.

Franz Josef m. p.

4/8 914

Feststellung der Vorräte von Lebensmitteln.

Die Statthalterei erläßt folgende Kundmachung:

Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 1. d. wird angeordnet, daß in Wien die Vorräte an folgenden unentbehrlichen Bedarfsgegenständen bei den im § 2 der kaiserlichen Verordnung erwähnten Personen und Unternehmungen von Zeit zu Zeit festgestellt werden: Kohle, Brennholz, Petroleum, Benzin, Spiritus, Mehl, Getreide, Säfsenfrüchte, Milch und alle Milchprodukte, Fleisch, Wildbret, Geflügel, Speisefette, Speiseöle, Salz, Zucker, Kaffee, Reis, Gewürze, Kartoffeln, Eier, Gemüse, Schlacht- und Stiechvieh, Milchkuhe, Gaser, Heu, Alee, Stroh, Mais, Kleie, Futtermehl. Die schriftlichen Anzeigen haben beim Wiener Magistrat, Abteilung 9, zum erstenmal heute Dienstag und weiterhin Dienstag jeder Woche immer bis längstens 12 Uhr mittags einzulangen. Die Anzeige hat den Vorrat nach Menge und Gattung, wie er sich am Schluß des vorhergegangenen Montags stellt, auszuweisen.

Bekanntlich wird man für falsche Angaben, die man in einer solchen Anzeige macht, streng bestraft.

Wiener Marktbericht vom 1. August.

Die Oesterreichische Verkaufsgesellschaft für landwirtschaftliche Produkte, Wien, Großmarkthalle, veröffentlicht folgende

Großhandelspreise:

Die Preise verstehen sich in Kronen ab Wien.

Obst. Äpfel, Strudler, gemischte Sorte, K 38.— bis K 44.—, Birnen, Florentiner (Italiener in Körben), K 34.— bis K 42.—, Muskateller (Tiroler in Körben) K 30.— bis K 38.—, gewöhnliche Marktware (in Körben) K 24.— bis K 40.—. Alles per 100 Kilogramm.

Gemüse. Kartoffeln, Speise, Rosen, K 10.— bis K 18.—, gelbfleischige K 12.— bis K 20.—, Kipfler K 12.— bis K 20.—,

Zwiebel K 24.— bis K 28.—, Knoblauch K 50.— bis K 60.—, Kraut K 6.— bis K 10.—. Alles per 100 Kilogramm. Kohl K —.04 bis K —.06, Kohlrüben K —.02 bis K —.03 per Stück. Gurken K 8.— bis K 10.— per 100 Kilogramm. Hauptessalat K —.02 bis K —.03, Endivienessalat (Kochsalat) K —.02 bis K —.03 per Stück. Fiolen, grüne, K 28.— bis K 32.—, gelbe K 28.— bis K 32.—. Alles per 100 Kilogramm.

Eier. Fehware 25 $\frac{1}{2}$ Stück K 2.—, Kistenware per 1440 Stück je nach Qualität K 102.— bis K 106.—.

Butter. I (inländisch) K 310.— bis K 320.—, II (inländisch) K 290.— bis K 300.—, III Tischbutter K 260.— bis K 280.—, IV Kochbutter K 220.— bis K 250.—, Einschmelzbutter K 140.— bis K 160.—, Butterschmalz I K 245.— bis K 260.—, Butterschmalz II K 215.— bis K 225.—.

Infolge der außergewöhnlichen Verhältnisse sind die Zufuhren in vielen Produkten noch immer gering. Besonders in Obst, das in normalen Zeiten in größeren Mengen auf die Märkte zugeführt wurde, macht sich ein ziemlich Mangel fühlbar. Kartoffeln wurden in den letzten Tagen wieder reichlicher zugeführt und sind gegen Anfang der Woche im Preise stark gesunken. Butter und Eiereingänge haben nachgelassen und die Preise für diese Produkte eine wesentliche Erhöhung erfahren.

Vom Favoritener Markt.

Wir haben am Freitag von einer Szene bei dem Stande des Fleischverschleifers auf dem Eugenplatz Josef Luhan (nicht: Lunja) erzählt. Frau Luhan ist nun gestern bei uns erschienen und hat uns versichert, daß ihre allerdings nicht geschmackvolle Bemerkung nicht böse gemeint war, die Worte sind ihr nur als eine wienerische Redensart entchlüpft. Man möge also der Frau in ihrem Handel keine Schwierigkeiten machen und den Vorfall vergessen.

4. 8. 14

Die Vorsteher der Approvisionierungsgewerbe im Rathhaus.

Gestern fand im Rathhaus unter Vorsitz des Bürgermeisters eine Besprechung mit den Vorstehern der Approvisionierungsgewerben, Genossenschaften und den Vertretern der Milchgroßhandlungen statt, an der sich auch der Präsident des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft Landtagsabgeordneter Kornel Spitzer und für die Wiener Handelskammer Sekretär Pistor beteiligten.

Der Bürgermeister verwies auf die Notwendigkeit der Vorsorge für die Approvisionierung Wiens während der nächsten Zeit und teilte die bereits bekannte Bereitstellung der niederösterreichischen Landesbahnen (im Marchfeld und Wien-Freßburg) mit. Der Bürgermeister gab ferner bekannt, daß er auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 1. d. bereits eine Aufnahme der wichtigsten Lebensmittelvorräte in den Lagerhäusern und Großhandlungen angeordnet habe und ersuchte die Erschienenen, ihre Anschauungen über die zu treffenden Maßregeln bekanntzugeben. Bei der darauffolgenden Erörterung wurde mit Rücksicht auf die vorhandenen Vorräte und die Möglichkeit ihrer Ergänzung festgestellt, daß zu unmittelbaren Besorgnissen hinsichtlich der Approvisionierung Wiens vorläufig kein Anlaß sei. Doch wurde zur Behebung einiger Schwierigkeiten, insbesondere der Viehzufuhr aus Ungarn und Italien, und bezüglich des durch Landsturmeinberufungen verursachten Leutenmangels im Fleischergewerbe die Intervention des Bürgermeisters erbeten, die dieser auch bereitwilligst versprach.

Dem vielfach fühlbaren Fuhrwerksmangel wird durch die von der Handelskammer ins Leben gerufene Fuhrwerkszentralstelle nach Möglichkeit abgeholfen werden.

Bezüglich der Milchversorgung wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Hausfrauen ihren Milchbedarf für jeden Tag immer schon in der Früh decken, da eine tägliche mehrmalige Zufuhr unmöglich sei.

Vizebürgermeister Raim verwies auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Betriebes der Eiswerke, damit die Lebensmittelvorräte nicht verderben. Der Präsident des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft kais. Rat Spitzer knüpfte daran die Bitte, der Bürgermeister wolle überhaupt seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die Industriebetriebe nicht durch allzu starke Einberufung von Maschinenpersonal zum Stillstand gebracht werden und daß Industrie und Handel sobald als möglich über die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs beruhigt werden.

Zum Schluß versicherte der Bürgermeister die Versammelten, daß er für die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche auf das nachdrücklichste eintreten werde, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch einiges Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Organisationen die schweren Wirkungen des Krieges auf das Wirtschaftsleben möglichst gemieden werden, und stellte eine neuerliche Besprechung für die nächste Zeit in Aussicht.

Die Approvisionnement von Wien.

Wien, 3. August.

Gestern fand im Rathaus unter dem Vorzuge des Bürgermeisters eine Besprechung mit den Vorstehern der Approvisionierungs-Gesellschaften und den Vertretern der Milchgroßhandlungen statt, an der auch der Präsident des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, kaiserlicher Rat Spitzer, und für die Wiener Handelskammer Sekretär Pistor teilnahmen. Der Bürgermeister verwies auf die Notwendigkeit der Vorsorge für die Approvisionnement Wiens während der nächsten Zeit und teilte die bereits bekannte Bereitstellung der niederösterreichischen Landesbahnen (im Marchfeld und Wien-Preßburg) mit. Der Bürgermeister gab ferner bekannt, daß er auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 1. August d. J. bereits eine Aufnahme der wichtigsten Lebensmittelvorräte in den Lagerhäusern und Großhandlungen angeordnet habe. Bei der darauffolgenden Erörterung wurde mit Rücksicht auf die vorhandenen Vorräte und die Möglichkeit ihrer Ergänzung festgestellt, daß zu unmittelbaren Besorgnissen hinsichtlich der Approvisionnement Wiens vorläufig kein Anlaß sei. Doch wurde zur Behebung einiger Schwierigkeiten, insbesondere der Viehzufuhr aus Ungarn und Italien, und bezüglich des durch Landsturmeinberufungen verursachten Leutenmangels im Fleischnahrungsgewerbe die Intervention des Bürgermeisters erbeten, die dieser auch versprach. Dem vielfach fühlbar werdenden Fuhrwesenmangels wird durch die von der Handelskammer ins Leben gerufene Fuhrwerkzentralstelle nach Möglichkeit abgeholfen werden. Bezüglich der Milchversorgung wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Hausfrauen ihren Milchbedarf für jeden Tag immer schon in der Früh decken, da eine tägliche mehrmalige Zufuhr unmöglich sei. Vizebürgermeister Raim verwies auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Betriebes der Eiswerke, damit die Lebensmittelvorräte nicht verderben. Der Präsident des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft kaiserlicher Rat Spitzer knüpfte daran die Bitte, der Bürgermeister wolle überhaupt seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die Industriebetriebe nicht durch allzu starke Inanspruchnahme von Maschinenpersonal zum Stillstande gebracht und daß Industrie und Handel so bald als möglich über die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs beruhigt werden. Zum Schluß versicherte der Bürgermeister die Versammelten, daß er für die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche auf das nachdrücklichste eintreten werde, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch einiges Zusammenwirken aller in Betracht kommenden Organisationen die schweren Wirkungen des Krieges auf das Wirtschaftsleben möglichst gemieden werden, und stellte eine neuerliche Besprechung für die nächste Zeit in Aussicht.

* * *

In der gestern abgehaltenen Sitzung des Landeskomitees für wirtschaftliche Mobilisierungsvorfragen wurden die durch die seither angeordnete allgemeine Mobilisierung geänderte Sachlage auf dem Gebiete der Approvisionnement und die Verpflichtungen erörtert, welche nach der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln, den Erzeugern, Händlern und Unternehmungen hinsichtlich solcher Artikel obliegen. Anlangend die Transportverhältnisse wird getrachtet werden, auch unter den gegenwärtigen Umständen noch ein Fahrprogramm für den Bahntransport mit Lebensmitteln unter Vorbehalt aufzustellen und zu publizieren. Zur zweckmäßigen Verwendung der noch vorhandenen bespannten Fuhrwerke für Zwecke der Approvisionnement wird eine gemeinsame Aktion der in Betracht kommenden Faktoren eingeleitet, auch auf die Inanspruchnahme der Landesbahnen und städtischen Straßenbahnen (Lastenauto) für den Lebensmitteltransport wird Bedacht genommen werden. Von der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer ist vor kurzem eine Zentralauskunftsstelle errichtet worden, welche die Produzenten und Händler über die Ein- und Verkaufsgelegenheiten, Organisationen und über die Transportverhältnisse informiert. Ferner hat die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in ihrem Bureau eine Vermittlung für alle jene zum Kriegsdienste nicht herangezogenen Personen beiderlei Geschlechtes eingerichtet, welche sich zu landwirtschaftlichen Arbeiten, wenn auch als ungeschulte Kräfte, verbinden wollen.

Die Situation auf dem Rindermarkte.

Mit dem Schlachtviehmarkte in der abgelassenen Woche verglichen, war der Gesamtaustrieb diesmal (einschließlich des Austriebes auf dem Kontumazmarkte) um 2507 Stück Schlachtvieh größer als in der abgelassenen Woche. Ungeachtet des bedeutenden Angebotes blieb jedoch die Stimmung im allgemeinen fest, da ebenso wie Montag zuvor viel Kauflust herrschte und für die Konservenfabriken ebenfalls Einkäufe vorgenommen wurden. Was Primaware, wie überhaupt alle besseren Qualitäten anbelangt, wickelte sich der Verkehr auf der Basis der gestiegenen Montagpreise glatt ab und nur in den letzten Stadien des Verkehrs schwächte sich

die Stimmung, da die Nachfrage abzunehmen begann, ein wenig ab. Was Stiere anbelangt, war die Tendenz durchaus fest und die Eigier konnten die hohen montägigen Notierungen nicht nur voll behaupten, sondern in manchen Fällen auch mehr erzielen. Der heutige freie Markt war um zirka 1200 Stück regulärer Ware stärker besetzt als der vorwöchige freie Markt, und zwar wurden um 1527 Stück Ochsen, 463 Stiere, 472 Kühe und 45 Büffel mehr aufgetrieben.

Transportvermittlungsstelle für Approvisionierungsmittel.

Gestern fand in den Räumen der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer über Anregung der Gesellschaften der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer eine Besprechung statt, zu welcher auch andere Interessenten erschienen waren. Es wurde beschlossen, eine Transportvermittlungsstelle ausschließlich für Approvisionierungsartikel zu errichten.

Die hier in Frage kommenden Transporte sollen sich nicht nur auf Wien, sondern auch auf Entfernungen bis 100 Kilometer erstrecken. Die interessierten Kreise, welche Approvisionierungsartikel zur Verführung bringen wollen, und jene Fuhrwerke, welche Bezüge zur Verfügung haben, werden aufgefordert, sich unverzüglich dieser Einrichtung bedienen zu wollen.

Zu diesem Zwecke versammeln sich die Interessenten vom 4. d. anfangen täglich im Gebäude der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, 1. Bezirk, Stubenring 8/10, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags im 1. Stock, Beratungszimmer II, behufs unmittelbarer gegenseitiger Fühlungnahme. Auswärtige Interessenten wollen ihre Anträge schriftlich stellen.

Die Vereinbarungen über Preis usw. bleiben den Interessenten vorbehalten.

Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen für die Kriegsdauer.

Die Statthalterei erläßt folgende Kundmachung: Im Grunde der kaiserlichen Verordnung vom 1. August d. J. wird angeordnet, daß im Gebiete der Stadt Wien die Vorräte an nachbenannten unentbehrlichen Bedarfsgegenständen bei den im § 2 der bezogenen kaiserlichen Verordnung erwähnten Personen und Unternehmungen periodisch festgestellt werden: a) Brennmaterialien (Kohle, Brennholz, Petroleum, Benzin, Spiritus), Mehl, Getreide, Hülsenfrüchte, Milch und alle Milchprodukte, Fleisch, Wildpret, Geflügel, Speisefette, Speiseöle, Salz, Zucker, Kolonialwaren (Kaffee, Reis, Gewürze), Kartoffel, Eier, Gemüse, Schlacht- und Stechvieh, Milchkühe; b) Hafer, Heu, Alee, Stroh, Mais, Kleie, Futtermehl. Die schriftlichen Anzeigen haben beim Wiener Magistrat, Abteilung 9 (1. Bezirk, Reneß Rathhaus, Stiege 5, 2. Stock), und zwar: zum erstenmal Dienstag den 4. d. und weiterhin Dienstag jeder Woche immer bis längstens 12 Uhr mittags einzulangen. Die Anzeige hat den Vorrat nach Menge und Gattung, wie er sich mit Geschäftsschluß des vorangehenden Montags stellt, auszuweisen.

№. 3. 2173/1.

Kundmachung.

(Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgegenständen für Kriegsdauer.)

Im Grunde des § 1 der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, R.-G.-Bl. Nr. 194, findet die k. k. n.-ö. Statthalterei anzuordnen, daß im Gebiete der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die Vorräte an nachbenannten unentbehrlichen Bedarfsgegenständen bei den im § 2 der bezogenen kaiserlichen Verordnung erwähnten Personen und Unternehmungen periodisch festgestellt werden.

Die in Frage kommenden Bedarfsartikel sind:

- a) Brennmaterialien (Kohle, Brennholz, Petroleum, Benzin, Spiritus), Mehl, Getreide, Hülsenfrüchte, Milch und alle Milchprodukte, Fleisch, Wildbret, Geflügel, Speisefette, Speiseöle, Salz, Zucker, Kolonialwaren (Kaffee, Reis, Gewürze), Kartoffel, Eier, Gemüse, Schlacht- und Stechvieh, Milchkühe;
- b) Hafer, Heu, Klee, Stroh, Mais, Kleie, Futtermehl.

Die schriftlichen Anzeigen haben beim Wiener Magistrate, Abteilung IX (I., Neues Rathaus, V. Stiege, 2. Stock), und zwar zum erstenmale **Dienstag den 4. August 1914**, und weiterhin **Dienstag** jeder Woche immer bis längstens 12 Uhr mittags einzulangen.

Die Anzeige hat den Vorrat nach Menge und Gattung, wie er sich mit Geschäftschluß des vorangehenden Montags stellt, auszuweisen. (M. Abt. IX, 3915.)

Von der k. k. n.-ö. Statthalterei.

Wien, am 2. August 1914.

1-1

5/8 914

Die Approvisionnement im Kriege.**Approvisionnementverkehr für Wien.**

Behufs Approvisionnement der Stadt Wien werden ab 6. d. auf sämtlichen nach Wien führenden Linien der österreichischen Staatsbahnen sowie auf den Linien der Südbahn und der Eisenbahn Wien-Uspang eine Anzahl besonderer Approvisionnementzüge in Verkehr gesetzt werden, deren Fahrplan in den aufgesetzten und unter einem in den Stationen ausgehängten Plakate ersichtlich gemacht ist.

Im Interesse einer übersichtlichen Zusammenfassung dieser Züge wurden drei Plakate aufgelegt, und zwar:

1. für den Bereich der Südbahn und der Eisenbahn Wien-Uspang;
2. für den Bereich der westlichen und südlichen Linien der österreichischen Staatsbahnen und
3. für den Bereich der nördlichen und nordöstlichen Linien der österreichischen Staatsbahnen.

Bei diesen Zügen können sämtliche in der Kundmachung betreffend die Beförderung von Approvisionsartikeln während der Mobilisierung angeführten Artikel zur Aufgabe gelangen.

Es wird jedoch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Militärverwaltung sich nach Bedarf die eventuelle Inanspruchnahme einzelner Züge für Zwecke der Beförderung von militärrarischen Transporten vorbehalten hat und die Eisenbahnverwaltungen für den allfälligen Ausfall solcher Züge keine Haftung übernehmen.

Der Statthalter an den Vorsteher der Fleischelbgergenossenschaft.

Statthalter Dr. Freiherr v. Wienert hat an den Vorsteher der Genossenschaft der Fleischelbger in Wien Rudolf Bierödl folgenden Erlaß gerichtet:

„Die Mobilisierung hat die unausbleibliche Folge, daß der gewerblichen Tätigkeit jeder Art zahlreiche Arbeitskräfte entzogen werden, wodurch die Erzeugung und der Vertrieb wichtiger Bedarfsartikel für den Augenblick erschwert wurde, eine Lage, die durch zweckmäßige Organisation der Arbeit gewiß sehr wesentlich gebessert werden kann. Es ist mir nun zur Kenntnis gelangt, daß Sie, verehrter Herr Vorsteher, in Ihrer Genossenschaft mit Energie und Umsicht eine solche Organisation ins Werk gesetzt, daß Sie insbesondere frühere Genossenschaftsmitglieder zur Unterstützung von Geschäftsfrauen herangezogen, nach Möglichkeit den Gemeinschaftsbetrieb eingeführt haben und in jeder Weise bestrebt sind, den Gewerbebetrieb in Ihrer Genossenschaft in Gang zu halten. Ich spreche Ihnen für diese Haltung in ernster Zeit meinen allerwärmsten Dank aus und kann es nur mit Freude begrüßen und als günstiges Zeichen betrachten, daß es in Wien Männer gibt, die, wie Ihr Vorbild zeigt, auf der vollen Höhe ihrer Aufgabe stehen. In gleicher Weise danke ich allen, die Ihre Aktion mit Verständnis aufnehmen und sich der von Ihnen geführten Sache widmen. Möge Ihr Beispiel Nachahmung finden und mögen die Gewerbege nossenschaften sich als wadere Förderer der vaterländischen Interessen erweisen.

Wienert h m. p.“

Eine Transportvermittlungsstelle für Lebensmittel.

Gestern fand in den Räumen der niederösterreichischen Handelskammer auf Anregung der Genossenschaften der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer eine Besprechung statt, zu der auch andere Interessenten erschienen waren. Es wurde beschlossen, eine Transportvermittlungsstelle ausschließlich für Approvionierungsartifel zu errichten.

Die hier in Frage kommenden Transporte sollen sich nicht nur auf Wien, sondern auch auf Entfernungen bis hundert Kilometer erstrecken. Die interessierten Kreise, die Approvionierungsartifel zur Verführung bringen wollen, und jene Fuhrwerke, die Bezüge zur Verfügung haben, werden aufgefordert, sich unverzüglich dieser Einrichtung bedienen zu wollen.

Zu diesem Zwecke versammeln sich die Interessenten vom 4. d. anfangen täglich im Gebäude der Handelskammer, I. Stubenring Nr. 8/10, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags im ersten Stock (Beratungszimmer II) behufs unmittelbarer gegenseitiger Fühlungnahme. Auswärtige Interessenten wollen ihre Anträge schriftlich stellen.

Die Vereinbarungen über Preise z. bleiben den Interessenten vorbehalten.

6/8 14

Nr. 215

Wien, Donnerstag

Die Approbitionierung im Kriege.

In der gestrigen Sitzung des permanenten Wirtschaftskomitees für Industrie, Gewerbe und Handel, an welcher in Vertretung des Handelsministeriums Sektionschef v. Kreuzhuber und namens der Postverwaltung Ministerialbizeselektär Kirschbaum teilnahmen, teilte Handelskammersekretär Dr. Bistor über die Verhandlungen des Approbitionierungslandeskomitees mit, daß bereits für die wichtigsten Strecken, auch für die Stadtbahn, der Fahrplan für die Approbitionierungszüge veröffentlicht wurde; dadurch erfährt die Versorgung der Stadt Wien mit Lebensmitteln eine wirksame Förderung und Sicherung. Zur Beförderung mit diesen Zügen werden auch alle Arten von zur Verfrachtung der Güter dienenden Emballagen (namentlich Säcke) zugelassen; dank einer weiteren Verfügung des Eisenbahnministeriums braucht in Zukunft bei der Versendung von Artikeln der Approbitionierung keine eigene Bescheinigung beigebracht zu werden, sondern über die Versendungsmöglichkeit entscheidet das Aufgabebamt.

*** Sichern wir uns die Nahrungsmittel!**
Daß in der Bevölkerung allgemeines Verständnis dafür herrscht, wie ungeheuer wichtig, ja ausschlaggebend es ist, daß für die Einbringung der Ernte und den rechtzeitigen Anbau ausgiebig gesorgt wird, das bezeugen uns die zahlreichen Zuschriften, die wir in dieser Sache Tag für Tag erhalten. Es ist natürlich ganz unmöglich, alle Vorschläge und Anregungen, die da gegeben werden, zu publizieren, zumal in Anbetracht der den Zeitungen durch die Verhältnisse auferlegten Raumbeschränkung. Wer einen brauchbaren Vorschlag gefunden zu haben glaubt, möge sich an eine der errichteten drei Zentralstellen für Hilfs- und Fürsorgeaktionen wenden, beziehungsweise, wenn es sich um die Vermittlung von Arbeitskräften für die Ernte handelt, an die k. l. Landwirtschaftsgesellschaft, die sich als Zentralstelle zur Vermittlung von Arbeitskräften für das Land konstituiert hat. Es wird in einiger der Zuschriften darauf hingewiesen, daß es in Wien gewiß viele Dienstmädchen gibt, die vom Lande stammen, mit der Arbeit in der Landwirtschaft vertraut sind und augenblicklich in Wien entbehrlich wären. Aber neben den entbehrlichen gibt es noch zahlreiche stellenlose Mädchen in der Stadt, die alle zur Feldarbeit auf dem Lande verhalten werden könnten. Dasselbe gilt vom männlichen Personal. Es wäre Unvernunft und geradezu ein Verbrechen an der Allgemeinheit, wollte man jetzt, wo auf dem Lande die größte Not an Arbeitskräften herrscht, die Arbeitslosigkeit in der Stadt mit Unterstützungen zu mildern suchen, statt den Beschäftigungslosen den Platz anzugeben, wo Arbeit zu finden ist und wo man ihrer dringend bedarf. Für landwirtschaftliche Arbeiten kommen hauptsächlich in Frage: Kinderlose Frauen, Mütter erwachsener Kinder, junge Männer von 14 bis 19 Jahren und Arbeitslose. Eine der Zuschriften macht darauf aufmerksam, daß die größeren Gutsbesitzer derzeit noch viel schlimmer daran seien als die Mehrzahl der Kleinen, weil sie der Leutenmangel viel schwerer treffe. Sei dem, wie immer, gewiß ist, daß im Interesse der Ernährung unseres Volkes und um von ihm Leuerung und Hungersnot im nächsten Jahre fernzuhalten, alles aufgeboten werden muß, daß die landwirtschaftlichen Arbeiten durch die Einberufungen keinen Eintrag erleiden. Die Sorge für die Nahrungsmittel ist ein besonders wichtiger Teil des Kriegsdienstes und der Vaterlandsverteidigung.

7./8. 1914

Die Approbitionierung im Kriege. Stellenlose für Feldarbeiten.

Wir erhalten zu dem erflossenen Gesetze über landwirtschaftliche Arbeiten die Anregung, daß man schon bei Zeiten, wenn die Kräfte nicht ausreichen, die Leute aus andern Berufen dazu „assentiert“. Einer der wichtigsten Punkte im Kriegsjahr ist die Ernährungsfrage für Militär und die zivile Bevölkerung. Geht die Erzeugung von Nahrungsmitteln nicht ohne Zwangsmaßnahmen, dann müssen Gesetze helfen. Fast alle Schauspieler, das technische Personal der Bühnen, viele Angehörige des Gasthausbetriebes, reisende Kaufleute usw. wurden stellenlos. Sie müßten es in erster Linie als Erlösung aus dem Nichtstun betrachten, wenn sie zu gesunden Feldarbeiten herangezogen werden.

Ein Appell des Industriellenverbandes.

Der Ausschuß des Wiener Industriellenverbandes hat seine Mitglieder aufgefordert, die Betriebe, wenn auch mit herabgesetzter Arbeitszeit aufrechtzuerhalten, um auf diese Weise der herrschenden Arbeitslosigkeit soweit Einhalt zu tun, als es überhaupt in der Macht seiner Mitglieder steht. Es ist andererseits aber wünschenswert, daß alle diejenigen industriellen Arbeiter, für welche keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, ehestens in ihre Heimatsorte abreisen, um bei den Erntearbeiten dem drückenden Mangel an Arbeitskräften abzuhelpen.

7./8. 1914.

Die Lebensmittelversorgung Wiens.

Nach einer Mitteilung der Zentraltransportleitung sind die Linien der niederösterreichischen Landesbahnen Korneuburg—Mistelbach—Hohenau, Gänserndorf—Mistelbach, Stammersdorf—Schweinbarth — Zistersdorf — Pörsdorf sowie Wien Großmarkthalle—Preßburg bis auf weiteres für den Transport von Approximationsartikeln benutzbar.

Auf mehreren Marktplätzen waren gestern schon blaue Tafeln marktämtlich aufgestellt, auf denen die Preisnotierungen der allerwichtigsten Viktualien, wie sie zulässig erscheinen, mit Freibeide vermerkt waren. So waren Erdäpfel per Sack mit 18 Heller (gelb), 16 Heller (weiß) und 14 Heller (rot) verzeichnet. Auch grüne und gelbe Fisiolen sind vermerkt, ebenso Zwiebel,

letztere mit 24 Heller pro Kilogramm. Die Preistafeln fanden seitens des Publikums große Aufmerksamkeit und bildeten für die Käufer einen wichtigen Anhaltspunkt.

In einer Sitzung des Gremiums der Kaufmannschaft teilte Präsident Spitzer bezüglich der Maßnahmen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers mit, daß bereits bei 29 Firmen eine Aufnahme der Mehlvorräte stattgefunden habe. Es wurde das Vorhandensein von genügenden Vorräten konstatiert, so daß dermal kein Anlaß zur Festsetzung eines Maximaltarifes gefunden wurde. Bei dieser Gelegenheit stellte der Präsident fest, daß die Preistreiberien nicht von den Zwischenhändlern, sondern von den Produzenten ausgegangen seien.

Die Milchpreise in Wien bleiben gänzlich unverändert. Der teilweise Milchmangel ist hauptsächlich auf das Sauerwerden der Milch zurückzuführen, das wieder mit den Zugverspätungen und der verspäteten Ausladung zusammenhängt. Dem konsumierenden Publikum wird empfohlen, die gelieferte Milch jezt sofort abzukochen und kühl zu stellen. Die Molkeereien und Großhändler beabsichtigen jedenfalls das Mögliche zur Regelung des Milchverkehrs zu tun. Besonders wird an das Entgegenkommen der Behörden appelliert werden, damit nicht früh ankommende Züge mit Milch infolge der Verlegung mit anderen Zügen erst vormittags an die Ausladerampe gelangen. Schon zur Verhütung des eigenen Schadens werden die Milchgroßhändler entsprechende neuerliche Schritte bei den Behörden zur klaglosen Abfertigung der Transporte unternehmen.

Abw. 8/8 914

Lebensmittel für Wien.

Die „Korrespondenz Wilhelm“ schreibt:

Das unter der Leitung der niederösterreichischen Statthalterei tagende Landeskomitee für wirtschaftliche Mobilisierungsvorfragen, dem unter anderen auch der niederösterreichische Landesauschuß, die Gemeinde Wien, die Handels- und Gewerbekammer, die Landwirtschaftsgesellschaft und der Landeskulturrat angehören, hat sich in wiederholten Beratungen intensiv mit jenen Maßregeln befaßt, die zur Vermeidung eines in den obwaltenden Umständen nicht gerechtfertigten Hinrutschens der Lebensmittelpreise nötig werden könnten. Auf Grund einer genauen Erhebung der Engrospreise hat das Komitee festgestellt, daß derzeit die Lebensmittel im Detailhandel an das konsumierende Publikum im allgemeinen zu angelegenen Preisen abgegeben werden. Insofern dies in einzelnen Fällen etwa nicht zutreffen sollte, wird an das Publikum der Appell gerichtet, jeden Fall einer Preistreiberei dem bei dem magistratischen Bezirksamt bestehenden Marktamtungesamt zur Kenntnis zu bringen. Solche Anzeigen, welche mit der genauen Adresse des Angezeigten sowie auch des Anzeigers zu versehen wären, würden den Behörden die Möglichkeit bieten, gegen solche Personen, die sich einer Ausnützung der gegenwärtigen Lage zu eigennützigen Zwecken zuschulden kommen lassen sollten, pflichtgemäß mit aller Strenge einzuschreiten, wofür die kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914 R. G. Bl. Nr. 194 eine ausreichende gesetzliche Grundlage bietet. Nach § 7 dieser Verordnung kann nämlich jedermann, der in der Ausnützung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse für unentbehrliche Bedarfsgegenstände offenbar übermäßige Preise fordert, schon im ersten Falle dieser Übertretung mit Arrest bis zu sechs Monaten und außerdem mit Geld bis zu 2000 K. bestraft werden. Weiter kann nach § 9 der erwähnten Verordnung der Verlust der Gewerbeberechtigung und der Verfall der dem Täter gehörigen Vorräte zugunsten des Staates ausgesprochen werden. In diesem Falle werden die verfallenen Waren zur Versorgung der Bevölkerung verwendet. Das Landeskomitee, das bis auf weiteres täglich um 9 Uhr früh zu einer Beratung zusammentreten wird, hat alle nötigen Schritte zu einer nach Möglichkeit klaglosen Approbitionierung Wiens eingeleitet und wird auch weiterhin sein vollstes Augenmerk darauf richten, daß ein Ansteigen der Preise über das durch die obwaltenden besonderen Umstände gerechtfertigte Maß wirksam verhütet werde. Dies wird sowohl im Wege der Vorjorge für entsprechende Zufuhren, als auch durch strenges Einschreiten gegen jedwede ungerechtfertigte Preistreiberei geschehen.

Abendbl. 8./8. 14.

Lebensmittel für Wien.

Das unter der Leitung der niederösterreichischen Statthalterei tagende Landeskomitee für wirtschaftliche Mobilisierungsvorsorgen, dem unter anderem auch der niederösterreichische Landesauschuß, die Gemeinde Wien, die Handels- und Gewerbekammer, die Landwirtschaftsgesellschaft und der Landeskulturrat angehören, hat sich in wiederholten Beratungen intensiv mit jenen Maßnahmen befaßt, welche zur Vermeidung eines in den obwaltenden Umständen nicht gerechtfertigten Hinausschnellens der Lebensmittelpreise nötig werden könnte. Auf Grund einer genauen Erhebung der Großpreise hat das Komitee festgestellt, daß derzeit die Lebensmittel im Detailhandel an das konsumierende Publikum im allgemeinen zu angemessenen Preisen abgegeben werden. In soweit dies in einzelnen Fällen etwa nicht zutreffen sollte, wird an das Publikum der Appell gerichtet, jeden Fall einer Preistreiberei dem bei dem Magistratischen Bezirksamte bestehenden Marktamte ungesäumt zur Kenntnis zu bringen. Solche Anzeigen, welche mit der genauen Adresse des Angezeigten sowie auch des Anzeigers zu versehen wären, würden den Behörden die Möglichkeit bieten, gegen solche Personen, die sich eine Ausnützung der gegenwärtigen Lage zu eigennütigen Zwecken zuschulden kommen lassen sollten, pflichtgemäß mit aller Strenge einzuschreiten, wofür die kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914, RGW. Nr. 194, eine ausreichende gesetzliche Grundlage bietet.

Nach § 7 dieser Verordnung kann nämlich jedermann, der in der Ausnützung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse für unentbehrliche Bedarfsgegenstände offenbar übermäßige Preise fordert, schon im ersten Falle dieser Übertretung mit Arrest bis zu sechs Monaten und außerdem mit Geld bis zu 2000 K. bestraft werden. Weiter kann nach § 9 der erwähnten Verordnung der Verlust der Gewerbeberechtigung und der Verfall der dem Täter gehörigen Vorräte zugunsten des Staates ausgesprochen werden. In diesem Falle werden die verfallenen Waren zur Versorgung der Bevölkerung verwendet. Das Landeskomitee, das bis auf weiteres täglich um 9 Uhr früh zu einer Beratung zusammentreten wird, hat alle nötigen Schritte zu einer nach Möglichkeit tagelangen Approvisionierung Wiens eingeleitet, und wird auch weiterhin sein volles Augenmerk darauf richten, daß ein Ansteigen der Preise über das durch die obwaltenden besonderen Umstände gerechtfertigte Maß wirksam verhütet werde. Dies wird sowohl im Wege der Vorsorge für entsprechende Zufuhren als auch durch strenges Einschreiten gegen jedwede ungerechtfertigte Preistreiberei geschehen.

Die Approvisionnement Wiens.

Gegen ungerechtfertigte Preistreibereien.

Das unter der Leitung der niederösterreichischen Statthalterei tagende Landeskomitee für wirtschaftliche Mobilisierungsvorsorgen hat sich in wiederholten Beratungen intensiv mit jenen Maßregeln befaßt, welche zur Vermeidung eines in den obwaltenden Umständen nicht gerechtfertigten Hinausschnellens der Lebensmittelpreise nötig werden könnte. Auf Grund einer genauen Erhebung der Engrospreise hat das Komitee festgestellt, daß derzeit die Lebensmittel im Detailhandel an das konsumierende Publikum im allgemeinen zu angemessenen Preisen abgegeben werden. In soweit dies in einzelnen Fällen etwa nicht zutreffen sollte, wird an das Publikum der Appell gerichtet, jeden Fall einer Preistreiberei dem bei dem magistratischen Bezirksamte bestehenden Marktante ungesäumt zur Kenntnis zu bringen. Solche Anzeigen, welche mit der genauen Adresse des Angezeigten, sowie auch des Anzeigers zu versehen wären, würden den Behörden die Möglichkeit bieten, gegen solche Personen, die sich einer Ausnützung der gegenwärtigen Lage zu eigennütigen Zwecken zuschulden kommen lassen sollten, pflichtgemäß mit aller Strenge einzuschreiten, wofür die kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914 eine ausreichende gesetzliche Grundlage bietet. Nach § 7 dieser Verordnung kann nämlich jedermann, der in der Ausnützung der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse für unentbehrliche Bedarfsgegenstände offenbar übermäßige Preise fordert, schon im ersten Falle dieser Uebertretung mit Arrest bis zu sechs Monaten und außerdem mit Geld bis zu 2000 Kronen bestraft werden. Weiters kann nach § 9 der erwähnten Verordnung der Verlust der Gewerbeberechtigung und der Verfall der dem Täter gehörigen Vorräte zugunsten des Staates ausgesprochen werden. In diesem Falle werden die verfallenen Waren zur Versorgung der Bevölkerung verwendet. Das Landeskomitee, das bis auf weiteres täglich um 9 Uhr früh zu einer Beratung zusammentreten wird, hat alle nötigen Schritte zu einer nach Möglichkeit klaglosen Approvisionnement eingeleitet und wird auch weiterhin sein vollstes Augenmerk darauf richten, daß ein Ansteigen der Preise über das durch die obwaltenden besonderen Umstände gerechtfertigte Maß wirksam verhütet werde. Dies wird sowohl im Wege der Vorsorge für entsprechende Zufuhren, als auch durch strenges Einschreiten gegen jedwede ungerechtfertigte Preistreiberei geschehen.

8. VIII. 14.

Die Patrioten.

Das Eisenbahnministerium veröffentlicht folgende Mitteilung:

Gelegentlich der militärischen Einrückungen sind einige Fälle der Ueberhaltung eingerückter Militärpflichtiger durch die Bahnhofsrestaurateure vorgekommen. Die betreffenden Restaurateure wurden exemplarisch bestraft; im Falle der Wiederholung solcher Unregelmäßigkeiten wird mit der sofortigen Entziehung der Konzession zum Restaurationsbetrieb vorgegangen werden.

Zeit wär's, daß das Eisenbahnministerium bald und tüchtig dreinführe. Auch der Alkoholunfug ist stark. In Deutschland ist seit dem ersten Tage der Mobilisierung der Alkoholausfuhre in den Bahnwirtschaften ausnahmslos eingestellt, dagegen ist überall reichlich für gutes, frisches, gesundes Wasser gesorgt.

„Bosniaken“ — vier Deka schwer.

Der Bäckermeister Ernest Scheller in der Hütteldorferstraße, an der Ecke der Ameisgasse, erzeugt die unter dem Namen „Bosniaken“ bekannten Wecken, die vier Heller kosten, mit einem Gewicht von bloß einundvierzig Gramm, also vier Dekagramm leicht. Ein solcher Wecken ist bei weitem nicht so groß als ein sogenanntes mürbes Weckerl. Da die „Bosniaken“ aus schwarzem Mehl erzeugt werden, kann der Bäcker ganz gut bestehen, wenn er sie achtzig Gramm schwer macht. Die Anrufe des Bürgermeisters, die Bevölkerung nicht auszubeuten, stoßen bei vielen Geschäftsleuten auf taube Ohren. Aus dem Unglück und der Not der anderen wollen eben viele Gewissenlose reichen Gewinn ziehen.

8/VIII 1914

**Leihweise Ueberlassung der Dispositions-
pferde.**

In dem Bestreben, die Approbitionierung Wiens in einer mit den militärischen Interessen vereinbarlichen Weise zu fördern, hat das Kriegsministerium verfügt, daß von den Dispositions-
pferden im Bereiche der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an Parteien (Firmen, Fabriken, Lieferanten etc.) soweit es die Verhältnisse zulassen, Pferde leihweise zur Verfügung gestellt werden.

Dafür gelten folgende Bestimmungen: 1. Der Gesuch um leihweise Ueberlassung, ist direkt an die Dritte Abteilung des k. u. k. Kriegsministeriums zu richten. 2. Die Bewerber haben sich zu verpflichten, die Pferde in jenem Zustande zu erhalten, in welchem sie dieselben übernehmen. Sollte nachgewiesen werden, daß der Bewerber bei Erkrankungen oder Umstehen eines dieser Pferde während der Leihzeit ein Verschulden trifft, so ist derselbe ersatzpflichtig. 3. Jedwede Erkrankungen oder das Umstehen eines Pferdes ist seitens der Partei sofort der Dritten Abteilung des Kriegsministeriums telephonisch bekanntzugeben. 4. Die leihweise Ueberlassung eines Pferdes an eine andre Partei seitens des Bewerbers ist unstatthaft. 5. Ueber Aufforderung des Kriegsministeriums sind die Pferde seitens der Bewerber zu der vom Kriegsministerium festgesetzten Stunde auf den vom Kriegsministerium bestimmten Ort ungesäumt vorzuführen oder vorzuführen zu lassen. 6. Die Pferde werden gelegentlich der Ausgabe auf den Vorderhufen mit folgenden Fußbrandzeichen versehen: rechter Vorderhuf „D“, linker Vorderhuf „die fortlaufende Zahl (1, 2, 3, usw.).“

9/8 914

Die Approbitionierung im Kriege. Zufuhr von Lebensmitteln mit Ruder- schiffen.

Da die Verfrachtung der Vorräte an Obst, Gemüse, Kartoffeln u. aus Nieder- und Oberösterreich im Eisenbahnverkehr vielleicht für längere Zeit in Frage gestellt sein dürfte, hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Aktion eingeleitet, um den Transport von Lebensmitteln aus den Landgemeinden längs der Donau im Wege der Ruderschiffahrt sicherzustellen. Durch das Entgegenkommen des Statthalters wurde die regelmäßige Oeffnung der Schleusenanlage beim Sporn in Ruzdorf und die gebührenfreie Durchfahrt der Ruderschiffe mit Approbitionierungsartikeln erreicht. Die Mitwirkung der Landesauschüsse für Ober- und Niederösterreich sowie der landwirtschaftlichen Korporationen wird zur Förderung dieser Aktion in Anspruch genommen werden. Für die Errichtung entsprechender Verfestungs- und Vermarktungsplätze an beiden Ufern des Donaukanals wird vorgesorgt werden.

9./8. 1914.

Die Lebensmittelpreise für Berlin.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth und des Bürgermeisters Reide fand im Rathaus eine dreistündige Sitzung zur Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Nahrungsmittel in Berlin beziehungsweise Groß-Berlin statt, an der mehrere Stadträte, der Direktor des städtischen Vieh- und Schlachthofes, der Direktor der städtischen Markthallen, Vertreter der Landwirtschaft und des Großhandels von Getreide und Mehl, des Fleischer- und Bäckergerwerbes, des Kolonialwarenhandels und andere teilnahmen. Als Höchstpreise, wenn solche überhaupt festzusetzen nötig sein würde, was jedoch nach dem Lebensmittelvorrat unwahrscheinlich ist, sollen für das Pfund vorgeschlagen werden:

Roggenmehl	22	Pfennig
Weizenmehl	27	"
Roggenbrot	17	"
Weizenbrot	20	"
Salz	16	"
Kochzucker	30	"
Stückzucker	35	"
Eier für das Stück	10	"

Für Kartoffeln wurde zunächst auf vier Tage der Höchstpreis von 6 Pf. für das Pfund vorgeschlagen. Man erwartet, daß infolge von großen Zufuhren in der allernächsten Zeit der Preis bedeutend herabgehen wird. Zu weiterer Verhandlung wurde beschlossen, in einigen Tagen wiederum eine Sitzung abzuhalten.

Zufuhr von Lebensmitteln nach Wien.

Da die Verfrachtung der Vorräte an Obst, Gemüse, Kartoffeln usw. aus Nieder- und Oberösterreich im Eisenbahnverkehr vielleicht für längere Zeit in Frage gestellt sein dürfte, hat der Bürgermeister eine Aktion eingeleitet, um den Transport von Lebensmitteln aus den Landgemeinden längs der Donau im Wege der Rudererschiffahrt sicherzustellen. Durch das Entgegenkommen des Statthalters wurde die regelmäßige Doffnung der Schleusenanlage beim Sporn in Nußdorf und die gebührenfreie Durchfahrt der Ruderchiffe mit Approvionierungsartikeln erreicht. Die Mitwirkung der Landesauschüsse für Ober- und Niederösterreich sowie der landwirtschaftlichen Korporationen wird zur Förderung dieser Aktion in Anspruch genommen werden.

Abwoll. 11/8 914

Die Detailhändler und die Preisbewegung im Lebensmittelhandel.

In der letzten Vorstandssitzung der Genossenschaft der nichtprotokollierten Handelsleute erstattete der Vorsteher als Mitglied des Landeskomitees für wirtschaftliche Mobilisierungsfragen auch einen eingehenden Bericht über die zur Sicherung der Approvisionnement Wiens für die Zeit des Krieges getroffenen besonderen Maßnahmen. Da die Lebensmittelhändler auf einem exponiertem Posten stehen und allen Unmut, der in der Bevölkerung hie und da wegen der Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bei der Approvisionnement laut wird, in erster Linie, wenn auch unverschuldet, über sich ergehen lassen müssen, somit auch ihren Anteil an den Folgen des Krieges zu tragen haben, appellierte der Vorsteher an das patriotische Pflichtbewußtsein der Genossenschaftsmitglieder, damit alles vermieden werde, was auch nur den Schein erwecken könnte, als ob irgend ein Detailhändler die Bedrängnis der Allgemeinheit für selbstsüchtige Zwecke ausnützen wolle. Dabei stellt der Vorsteher fest, daß einige im ersten Eindruck nach Verlautbarung der Mobilisierung vorgekommene Fälle von Preistreibern erfreulicherweise vereinzelt blieben und daß auch diese hauptsächlich auf offenen Märkten vorkamen und durch den Ansturm der Bevölkerung nach Voreinkäufen hervorgerufen wurden. Die Detailhändler werden sich in dieser tiefsten und schicksalsschweren Zeit gewiß auch mit dem kleinsten Umsatzen begnügen, müssen aber verlangen, daß die in steigender Tendenz befindlichen engros Einkaufspreise für Mehl und andere wichtige Nahrungsmittel durch entsprechende Verlautbarungen der Bevölkerung bekanntgegeben werden, damit nicht ihnen unverdientermaßen das Odium der Preissteigerung aufgeladen werde. Die Bevölkerung soll es wissen, daß die Mühlen heute für das Mehl im Großhandel 54 bis 55 Kronen für 100 Kilogramm verlangen und daß der Detailhändler kein Bucherer ist, wenn er für dieses Mehl 56 Heller für 1 Kilogramm zu verlangen gezwungen ist. Bei einer Festsetzung der Einkaufspreise haben die Detailhändler gegen Maximaltarife für den Kleinverkauf keinerlei Einwendung zu erheben.

11. 8. 1914

Die Approvisionierungsorgen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die Vorgänge an der hiesigen (Wiener) Getreidebörse nehmen die ganze Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise in Anspruch. Sofort nach Erscheinen des Kriegsmanifestes haben alle Warenbesitzer ihren Kunden die Lieferung von Getreide, Weizen, Korn, Hafer, Mehl, Hülsenfrüchten u. auf Grund ihrer Jahreschlüsse verweigert mit der Motivierung, daß das Aerar diese Borräte requiriert hat, was aber den Tatsachen nicht entspricht, denn das Aerar hat wohl sehr viel requiriert, aber für die Approvisionierung Wiens und Niederösterreichs noch genügend übrig gelassen. Selbstverständlich war die Folge, daß jeder Konsument bestrebt war, sich seinen Bedarf um jeden Preis zu beschaffen. Die Preise stiegen und steigen täglich in horrender Weise. So konnte es beispielsweise vorkommen, daß die Konsumenten Mehl, obwohl sie es mit K. 40.— bis K. 42.— geschlossen hatten, mit K. 54.— bis K. 55.— bezahlen müssen. Auf Schlussverkäufe konnten sie kein Mehl bekommen, aber jetzt müssen sie K. 55.— bezahlen. En détail kostet das Mehl jetzt 60 S. pro 1 Kilogramm. Hafer, den die Konsumenten mit K. 17.40 geschlossen hatten, müssen sie jetzt mit K. 24.— bezahlen. Bohnen, welche K. 20.— kosteten, werden jetzt mit K. 50.— bis K. 60.—, alles pro 100 Kilogramm, bezahlt; in entsprechender Weise haben sich alle Konsumartikel verteuert. Die Spekulation ist in einer Weise angefaßt, daß sie nicht nur eine Gefahr für die militärische Versorgung der Armee bildet. Sie bildet eine große Gefahr für die Volkswirtschaft, denn so hohe Mehlpreise, so hohe Futterpreise, so hohe Kornpreise hat es nicht einmal in den großen Notjahren gegeben. Sie bildet eine um so größere Gefahr, als die Volkswirtschaft sich in dem jetzigen Moment des europäischen Krieges ohnedies in der allerschwierigsten Situation befindet und Folgen von unberechenbarer Wirkung zeitigen kann, wenn die Regierung nicht rasch und mit aller Energie eingreift. Die Warenbesitzer reden sich darauf aus, daß die im großen und ganzen gute Ernte mangels Arbeitskraft nicht ausgedroschen werden kann, daß der Dekonom keine Zeit habe und andre Ausreden mehr. Es ist bezeichnend, daß das Aerar in Budapest in Entrepôts befindliche 30,000 Meterzentner Weizen a K. 14.25, 100,000 Meterzentner Hafer a K. 9.75,

Korn a K. 11.—, alles pro 50 Kilogramm, requiriert und diese Preise einfach festgesetzt hat. Der Staat, der in kriegerischen Zeiten nie kleinlich ist, hat diese Preise stipuliert. Das entspricht, mit 50 S. pro 50 Kilogramm Fracht gerechnet, in Wien

- Weizen . . . K. 14.75,
- Hafer . . . K. 10.25,
- Korn . . . K. 11.50

Dabei hat Ungarn heuer eine schwach mittlere Ernte eingebracht, während Oesterreich eine gute Ernte eingebracht hat. Was geschieht aber hier?

Hier wird für Weizen K. 15.50 bis K. 17.—, für Hafer K. 11.75 bis K. 12.—, für Korn K. 11.50 bis K. 12.— gefordert, und wer es haben muß, der muß nolens volens diese Preise bezahlen. Dabei eine Warenknappheit zu Beginn der Ernte, welche ungeheuer groß ist, weil selbst diese Preise den Warenbesitzern noch zu klein sind, und die durch Zurückhaltung der Waren eben eine Gefahr für das Aerar, das nicht genügend Waren bekommt, sowie für die Volkswirtschaft bildet.

Eine Steuerung ist nur möglich, wenn die Regierung Maximalpreise stipuliert, wie selbe schon in einigen Gemeinden eingeführt sind, und zwar auf jener Höhe, welche das Aerar als Requirierungspreise festgesetzt hat. Diese Preise sind an und für sich hohe, mit denen jeder sehr zufrieden sein kann. Es ist der Volkswirtschaft geholfen, es ist der Landwirtschaft geholfen, es ist dem Aerar geholfen, welches nicht durch die Spekulation ausgebeutet werden kann.

Es ist sicher, daß sich das Aerar damit einverstanden erklären muß, da, wenn die Spekulation keine Aussicht hat, auf die Dauer höhere Preise durchzusetzen, endlich mit den Waren herausrücken muß. Die Volkswirtschaft wird sich wohl schweren Herzens dazu entschließen, aber wenn man durchblicken lassen wird, daß später eventuell die Maximalpreise noch herabgesetzt werden, wird sie sich vorläufig begnügen. Die Landwirtschaft bekommt sehr hohe Preise, muß zufrieden sein, und der Handel kann sich dann auch wieder entwickeln, nachdem die Gefahr nicht besteht, daß die Waren, die er angeschafft, im Requisitionswege vom Aerar beansprucht werden zu Preisen, die ihm großen Verlust bringen. Kurz und gut, die Maximalpreise sind eine große Notwendigkeit, und die Regierung hat die Pflicht, sie sofort in Wirksamkeit treten zu lassen.

Wilhelm Rauders.

11. Nov. 14.

Ein Aufruf der Agrarier.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Die agrarische Zentralstelle, die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien und der Allgemeine Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften Oesterreichs haben folgenden Aufruf erlassen:

„Landwirte! Bauern Niederösterreichs! Der langersehnte Augenblick für jeden patriotisch fühlenden Oesterreicher, welcher Nation und Partei er auch immer angehören möge, ist gekommen — die Kriegserklärung ist erfolgt. Unser erhabener Herr und Kaiser ruft seine Völker zu den Waffen, um dem verbrecherischen Treiben der serbischen Regierung, ihren Anschlägen auf Dynastie und Vaterland durch die Gewalt der Waffen ein Ende zu bereiten. Wir haben in Zeiten des Friedens es oft betont, daß die Wehr- und Nährkraft unseres Staates im Bauernstande ruht. Nun liegt es an uns, da, wo das Vaterland ruft, durch Einsetzung aller unserer Kräfte diese Aufgabe voll und ganz und mit Opfermut zu erfüllen. Landwirte, Bauern Oesterreichs! Auf zum Kampfe, Kaiser und Vaterland bedarf eures starken Armes! Schart euch um die ruhmvolle Fahne des Habsburgerreiches, ein übermüthiger Kleinstaat hat es versucht, sie in den Kot zu zerren! Das Blut eines erlauchten Sprossen unseres Kaiserhauses und seiner hochherzigen Gemahlin schreit nach Sühne und Vergeltung! Verlasset freudigen Herzens Haus und Feld, vertauschet frohen Mutes den Pflug mit dem Schwerte, kämpfet für die heilige Sache, für Kaiser und Reich! Ihr, die ihr in Friedenszeiten als Nährstand eine Grundfeste des Staates bildet, bewährt euch auch auf dem Felde der Ehre, im Wehrstand, nach alten Traditionen, als die nimmer wankende Stütze Oesterreichs Kaiserthrones und unseres geliebten Vaterlandes.

Aber auch ihr, die ihr zurückbleibt, Männer und Frauen, wenn Väter, Söhne und Brüder in den Kampf ziehen, nehmt alle Kraft zusammen, um Haus und Feld zu betreuen, verdoppelt eure Kraft, ihr Greise, Frauen und Kinder, um die auf dem Felde stehende Ernte möglichst schnell und ungechmälert einzubringen, handelt es sich doch um die Sicherstellung der Verpflegung des Heeres und die Approbisionierung der städtischen Bevölkerung in der Weise, daß nicht durch eine ungerechtfertigte Preissteigerung der Nahrungsmittel diese Faktoren in empfindlicher Weise geschädigt werden.

Die große, für Oesterreichs Zukunft so bedeutungsvolle patriotische Bewegung erfordert es, daß selbst unsere vitalsten agrarischen Interessen hintan gestellt werden. Die Landwirte müssen sich in dieser Zeit, in der es sich um die heiligsten Güter des Vaterlandes handelt, mit der konsumierenden städtischen Bevölkerung solidarisch erklären.

Die anstandslose, selbst mit den größten Opfern durchgeführte Approbisionierung der Städte durch uns Landwirte ist heute eine agrarische Ehrenpflicht.

Unsere agrarische Parole lautet nach wie vor: Gut und Blut für Kaiser und Vaterland!

Für die agrarische Zentralstelle, die Ehrenpräsidenten: Karl Fürst Auersberg, Alfred Simitsch Reichsritter von Söhnenblum.

Für die k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien, der Präsident Bernhard Freiherr von Ehrenfels, der Generalsekretär Regierungsrat Prof. J. Häusler.

Für den Allgemeinen Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften Oesterreichs, der Generalanwalt Dr. Paul Freiherr v. Stöckl.

12/8 914

Der Krieg und die Approvisionierung.**Aufnahme des Approvisionierungsverkehrs auf der Südbahn.**

Die k. k. priv. Südbahngesellschaft hat ungeachtet der intensiven Inanspruchnahme ihrer Linien durch den Kriegsverkehr am 11. d. den seit der allerhöchst angeordneten Mobilisierung beschränkt gewesenen Approvisionierungsverkehr dahin umfangreich erweitert, daß bis auf weiteres alle in der „Rundmachung, betreffend die Beförderung von Approvisionierungsartikeln und Lokalreisenden während der Mobilisierung“ besonders benannten Approvisionierungsartikel nunmehr von und nach sämtlichen österreichischen Stationen der Südbahn und deren österreichischen Lokal- und Nachtbahnen zur Beförderung übernommen werden.

Außerdem wurde gleichzeitig aber auch der lokale Güterverkehr nach und von sämtlichen österreichischen Stationen der k. k. priv. Südbahngesellschaft und den von ihr betriebenen österreichischen Lokal- und Nachtbahnen untereinander bis auf weiteres in vollem Umfange auf-

genommen und der Reisegepäckverkehr bei den Lokalpersonenzügen zugelassen.

Dieser unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen aufgenommene, verhältnismäßig umfangreiche Verkehr wird angesichts der nur in geringer Zahl zur Verfügung stehenden Betriebsmittel nur aufrechtgehalten werden können, wenn das verfrachtende Publikum in Berücksichtigung dieser außergewöhnlichen Verhältnisse die Eisenbahnverwaltung in ihrem Bestreben, die Interessen des Publikums und der Industrien im weitestgehenden Maße wahrzunehmen, kräftigst unterstützt.

Verzögerungen in der Be- und Entladung der Wagen (es werden zumeist nur offene Wagen beigelegt werden können), nicht rasche Abfuhr der Güter, unvollkommene Anlieferungen von zu einer Sendung gehörigen Teilen usw. könnten Stauungen in den Magazinen, auf den Verladeplätzen und Geleisen herbeiführen, die die höhere Benützung der Eisenbahn in Frage stellen und zur Restringierung oder gänzlichen Einstellung des Zivilverkehrs führen könnten.

Es ergeht daher an das verfrachtende Publikum der Appell, durch Hintanhaltung von Verzögerungen oder Störungen in der unerläßlich beschleunigten manipulativen Abwicklung des Güterdienstes mitzuwirken an dem Bestreben der Eisenbahnverwaltung, den Zivilverkehr, soweit dies nach Maßgabe und Zulässigkeit der militärischen Inanspruchnahme unter den derzeitigen Verhältnissen überhaupt möglich ist, aufrechtzuerhalten.

12/8 914

Der Krieg und die Märkte.

Der gestrige Rudolfsheimer Markt war gut besetzt. Das Angebot befriedigte den Bedarf vollständig. Die Preise waren nicht höher als an den vorangegangenen Markttagen, es machte sich eher eine Neigung zum Sinken bemerkbar. Gelbe Kartoffeln kosteten 18 bis 20 Heller, Kipfler 24 Heller. Grüne Fisiolen wurden für 28 Heller, grüne Erbsen mit 36 Heller verkauft. Spinat wurde zu 30 Heller, Paradeisäpfel zu 48 bis 52 Heller angeboten. Italienische Zwiebel kosteten 30 Heller, bulgarische 32 Heller, ägyptische 40 Heller. 25 bis 27 Eier wurden zu zwei Kronen angeboten. Der Preis von Gurken und frischem Traut war gegen die vorangegangenen Markttag merklich gesunken. Mehl wurde für 52 bis 54 Heller angeboten. Die Kauflust war nicht stürmisch, so daß zu Preissteigerungen kein Anlaß war. Selbst die Geflügelpreise bewegten sich in sehr mäßigen Grenzen, trotzdem eine gewisse Zurückhaltung in der Beschickung des Marktes mit Geflügel bemerkbar war.

Auf dem heutigen Vorkensviehmarkt sind die Preise nur um eine Kleinigkeit gestiegen. Für die nächste Woche sind, da wieder die Verladungen stattfinden können, starke Zufuhren und insolgedessen Ermäßigung der Preise zu erwarten.

In den Angaben über die Preise ist in der Samstagnummer ein Irrtum unterlaufen. Es waren als Mehlspreise 48, 50 und 52 Heller angeführt. Das Mehl war aber teurer. Soweit welches zu bekommen war, betrug der Preis 53 bis 56 Heller. Jetzt ist der Preis im Großhandel 55 bis 56 Heller.

Im Bahnhof Seehendorf kommen täglich größere Rücksendungen von frischen Eiern an. Von heute Mittwoch angefangen werden die Eier auch im kleinen, und zwar im Gasthof Ebenberger, Meidling, Breitenfurterstraße Nr. 103, verkauft.

* * *

Wirte, die die Soldaten übers Ohr hauen.

Immer wieder hört man von Geschäftsleuten, die glauben, daß jetzt eine Zeit für besondere Profitmacherei gekommen sei. Das Traurigste daran ist, daß sie es auf die wenigen Heller der Soldaten abgesehen haben. Eine Abteilung von Soldaten, die jetzt auf dem Baarberg in Favoriten liegt, weiß davon ein Stückchen zu erzählen. Es gibt dort einige Wirte, die von den Soldaten für ein Krügel Bier statt 18 Heller 22 Heller verlangen. Für ein Stückchen Käse getrauen sie sich 30 und 40 Heller zu fordern. Wiederholt kam es deshalb in manchen Gasthäusern schon zu lebhaften Szenen. Es ist schon dazu gekommen, daß Unteroffiziere die Soldaten vor dem Besuch solcher Gasthäuser warnen. Hoffentlich gelingt es den Ausgebeuteten, diese Herren Wirte, die jetzt ihren Schnitt machen wollen, eines Besseren zu belehren.

13/8 914

Die Märkte.

Auf dem Naschmarkt gab es gestern ungewöhnlich große Zufuhren von Gemüse. Fast wie in normalen Zeiten waren an der eingewölbten Wienzeile die Gemüsevorräte aufgehäuft. Aus dem Marchfeld und den nahen ungarischen Grenzorten waren Bauern mit großen Wagenladungen gekommen. Infolgedessen sind die Gemüsepreise auf dem Naschmarkt schon so weit zurückgegangen, daß sie den Marktpreisen in Friedenszeiten entsprachen. Es kostete das Kilogramm Schnittbohnen 24 Heller, Erdäpfel 14 bis 16 Heller, vier schöne Kohlrüben bezahlte man mit 20 Heller. Für ein Stück Kraut wurden 8 bis 16 Heller gefordert, Gurken waren schon für 12 und 14 Heller das Kilogramm erhältlich. Karotten und gelbe Rüben wurden in Mengen angeboten, auch Salat war nicht selten; von Paradiesäpfeln kostete das Kilogramm 40 Heller. Und dennoch war der **A b s a t z j e h r s w a c h**. Viele Verkäufer klagen, daß sie nicht auf ihre Spesen kommen, weil die Leute so wenig kaufen. Deshalb mußten große Mengen von Gemüse wieder zurückgeführt oder auf dem Markte aufbewahrt werden. Die **N o t** zwingt viele Leute, zu sparen. Sie schränken sich so ein, daß nun auch die Grünwaren zu normalen Preisen wenig Abnehmer finden.

Nur das **O b s t** ist viel **z u t e u e r**. Heuer ist ein fruchtbares Obstjahr wie schon lange nicht. Viele Bäume biegen sich unter der Last der Früchte. Marillen waren noch vor wenigen Tagen am Naschmarkt für 26 bis 34 Heller das Kilogramm zu haben. Sie sind nun schon auf 40 Heller und mehr gestiegen. Äpfel und Birnen bekommt man jetzt zumeist nicht unter 40 bis 56 Heller, obwohl davon heuer Ueberfluß ist. Die Marktleute behaupten, daß die Obstzufuhren nicht reichlich genug seien, um die Preise herabzusetzen. Auf dem Naschmarkt sind jedoch die Obstzufuhren nicht gering. Die Obstspekulanten versuchen aber, aus dem Kriege Nutzen zu ziehen. Sie werden sich wohl verrechnen, denn in kurzer Zeit werden auch nicht allzu viele Leute in der Lage sein, das jetzt so teure Obst zu kaufen.

Das Spirituskartell hat gestern den Preis des Spiritus um **z w e i u n d z w a n z i g** Prozent erhöht. Ein besonderer Grund für die Erhöhung des Preises wurde den Abnehmern nicht angegeben.

13. VIII. 1914

Ein Appell des Ersten Wiener Konsumvereines an seine Mitglieder.

Der Vorstand des Ersten Wiener Konsumvereines wendet sich mit einem Aufrufe an seine Mitglieder, in dem es heißt:

„Auch wir hatten zunächst unter der Ungunst der Verhältnisse schwer zu leiden. Wurden uns doch durch die Mobilisierung die Mehrzahl der geschulten männlichen Angestellten und der größte Teil des Pferdmaterials plötzlich entzogen. Hartgeldmangel, der durch die ungenügende Vorsorge der Banken hervorgerufen war, nicht minder wie die plötzliche Panik auf dem Lebensmittelmarkte, die viele Konsumenten zu überstürzten Angstkäufen veranlaßte, sowie die geringen Vorräte in den Sommermonaten nötigten uns zu sofortigen Maßregeln und Beschränkungen. In jenen Artikeln, welche täglich frisch vom Markte bezogen werden, wurden uns durch das Schwanken der Marktpreise Veränderungen aufgezwungen. Ueberdies mußten wir in Mehl höher gehen, da hievon nur mehr die Restvorräte der vorjährigen Ernte zur Verfügung stehen und von den Lieferanten zum Teil zurückgehalten, zum Teil zu enormen Preisen ausgebaut werden. Wir müssen auch nachdrücklich vor den Vorratskäufen in diesem Artikel warnen, da er für uns vor Einbringung der neuen Ernte nur mehr schwer und in kleinen Partien erhältlich ist. Wenn die Mitglieder nur ihren normalen Bedarf kaufen, werden

wir voraussichtlich immer Mehl haben. Mehlvorräte in den Wohnungen werden im Sommer leicht schlecht. Keine Angstkäufe, keine Ungeduld, keine Panik!

(11660.) Bürgermeister Dr. Weiskirchner referiert über den Bericht der Marktamts-Direktion in Angelegenheit der Steigerung der Lebensmittel. Es wird beschlossen, den Herrn Bürgermeister zu ermächtigen, allen jenen Händlern auf Märkten, welche mit einer unberechtigten Steigerung der Preise vorgehen, die Standentziehung anzudrohen und im Wiederholungsfall dieselbe vorzunehmen.

(Schluß der Sitzung.)

74/8 1914

Die Approvisionierung Wiens.

Auf dem Naschmarkt waren gestern die Gemüsezufuhren sehr stark, so daß die Preise erheblich fielen. In Obst ist bei dem Angebot ein Sinken der Preise zu bemerken. Die Vicebürgermeister Hierhammer und Hoff inspizierten den Markt. Auf dem Popenplatz war gleichfalls sehr starke Zufuhr an Gemüse zu konstatieren. Der Rindermarkt war sehr gut. Es war ein neuer Auftrieb von 588 Stück und die Preise gingen für Primachsen um 2 Kronen zurück. Konservenwaren stiegen um 2 Kronen. Für die nächste Zeit ist eine weitere Besserung zu erwarten. Auch auf dem Borstenviehmarkt, der bekanntlich Dienstag ausverkauft wurde, stand eine neue Zufuhr von 1500 Stück zur Verfügung. Der Markt war lebhaft und in Jungschweinen neuerlich etwas höher. Fettschweine sind genügend vorrätig und dürften, da nun die Bahnen einigermaßen entlastet sind, in den nächsten Wochen in größeren Mengen aufgetrieben werden, so daß wir mit Schweinefleisch und Schmalz ausreichend versorgt sein werden. Die Qualitätsprodukte vom Jungschwein werden nur in zahlungsfähigen Kreisen vermischt werden.

Auf dem Bahnhofe in Hezendorf langten heute wieder größere Mengen frische Eier an. Um diese Eier, die zu billigen Preisen zu haben sind, den breitesten Schichten des Publikums zugänglich zu machen, hat der Bürgermeister verfügt, daß diese Eier nicht nur im Gasthause Ebenberger, 2. Bez., Breitenfurterstraße 108, zum Verkaufe gelangen, sondern auch auf nachfolgenden Marktplätzen erhältlich sind: 2. Bezirk, Karmelitermarkt; 3. Bezirk, vor der Markthalle auf dem Porphusplatz; 6. Bezirk, vor der Markthalle in der Esterhazygasse; 7. Bezirk, vor der Markthalle in der Neustiftgasse; 16. Bezirk, auf dem Markte am Pppenplatz; 17. Bezirk, auf dem Markte am Dornerplatz und 20. Bezirk auf dem Markte in der Pantobergasse. Zu diesem Behufe wird auf jeden der genannten Plätze ein Wagen mit Eier dirigiert.

14/8 914

Der Krieg und die Approbationierung.

Auf dem Raschmarkt waren gestern die Gemüsezufuhren sehr stark, so daß die Preise erheblich fielen. In Obst ist bei steigendem Angebot ein Sinken der Preise zu bemerken. Die Vizebürgermeister Hierhammer und Hof inspizierten gestern den Markt. — Auf dem Popenplatz waren gleichfalls sehr starke Zufuhren an Gemüse zu konstatieren. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat gestern früh den Rudolfsheimer Markt besucht.

Auf dem gestrigen Rindermarkt war ein neuer Auftrieb von 588 Stück und die Preise gingen für Primoochsen um 2 K. zurück. Konservenwaren stiegen um 2 K. Auch auf dem Borstenviehmarkt, der bekanntlich Dienstag ausverkauft war, stand eine neue Zufuhr von 1500 Stück zur Verfügung.

Die Mehlvorräte bei den Bäckern.

Die Vorsteherung der Wiener Bäcker-genossenschaft veröffentlicht folgende Mit-

teilung an das Publikum: „Wir machen hiemit das P. T. Publikum aufmerksam, daß die Bäcker heute oftmals nicht in der Lage sind, Mehl an die Kunden abzugeben. — Der Mehlbedarf wurde seitens des Publikums bisher meist bei Mehlhändlern, Fabriksniederlagen und Konsumvereinen gedeckt. Heute, wo eine andauernde Knappheit der Mehlvorräte sich fühlbar gemacht hat und der Bedarf bei den genannten Bezugsquellen oft nicht gedeckt werden kann, wendet sich das Publikum an die Bäcker, welche diesem Ansturm zu entsprechen nicht in der Lage sind. Dem Bäcker obliegt in der gegenwärtigen schwierigen Zeit in erster Linie die Pflicht, für die Aufrechterhaltung seines Betriebes vorzusorgen; die Beschaffenheit seines Mehlvorrates ist mit außerordentlich großen Schwierigkeiten verbunden. Er hat zunächst auch seine stabilen Kunden zu befriedigen und ist daher nur sehr schwer in der Lage, Mehl in mehr oder minder großen Quantitäten an dritte Personen abzugeben. Das P. T. Publikum wird daher ersucht, diese Schwierigkeiten zu berücksichtigen und die Bäcker nicht für dieselben verantwortlich zu machen. In der nächsten Zeit dürfte nach Behebung der Verkehrsschwierigkeiten der bisherige Notstand behoben sein. Es ist daher auch gar kein Anlaß für das Publikum, größere Vorräte anzuhäufen, da hiedurch nur die Materialknappheit gesteigert würde. Die Bäckermeister werden nach wie vor sich bestreben, ihren Verpflichtungen gegenüber dem konsumierenden Publikum nach Möglichkeit entsprechen.“

19./8. 1914.

Die Approvisionierung.

Der gestrige Borstenviehmarkt war weit über Erwarten reichlich besetzt. Nicht bloß 18.500 Mettschweine, sondern auch 4300 Jungschweine, letztere größtenteils kroatischer Provenienz, wurden zu Markte gebracht. Infolgedessen beobachteten die Preise sinkende Tendenz und es werden im Laufe dieser Woche Schweinefleisch und Schweinefett billiger zu haben sein.

Auf dem Naschmarkt, welchen Bürgermeister Dr. Weissfischer und Vizebürgermeister Hof inspizierten, waren abermals reichliche Gemüsezufuhren vorhanden, wenn sie auch die gestrigen nicht voll erreichten. Mit Obst war der Markt besonders stark aus Südungarn besetzt. Eier, für welche die Exportmöglichkeit entfällt, wurden 10 Stück um 1 Krone gehandelt.

Nicht minder stark waren die Zufuhren von Gemüse und Kartoffeln auf dem Lerchenfeldermarkt, welchen Vizebürgermeister Hirschammer inspizierte. Vom Seehendorfer Bahnhofe kamen 40.000 Stück Eier. Der Marktbesuch war ein ungemein starker, da vorgestern und gestern Unterhaltungsbeiträge an die Familien eingerückter Reservisten zur Auszahlung gelangten. Milch war auf den Märkten in vollkommener genügender Menge vorhanden. Es hat übrigens in diesem wichtigen Artikel an Zufuhr niemals gemangelt, doch langten infolge der großen Militärtransporte die Milchsendungen in Wien verspätet und wegen der großen Hitze in sauerem Zustande an. Eine Besserung hat das inzwischen eingetretene kühlere Wetter bewirkt.

22./8. 1914.

Die Approvisionnement Wiens.

In der Großmarkthalle sind neuerlich große Schweinezufuhren eingetroffen; infolgedessen fiel der Preis des Schweinefleisches abermals um 12 Heller per Kilogramm. Auch Rindfleisch wurde billiger. Auf den Gemüsemärkten waren Gemüse, Kartoffeln und Obst in reichen Mengen vorhanden. Gurken waren um 4 Heller per Kilogramm zu haben.

Sehr knapp sind die Zufuhren in Butter. Die Großhändler haben bei der Regierung interveniert und es dürfte von Deutschland die Durchfuhr freigegeben werden, worauf wiederum dänische und holländische Butter ausreichend eingeführt werden wird.

Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung, die Direktion der städtischen Stellwagenunternehmung zu ermächtigen, der niederösterreichischen Molkerei für den Milchtransport zum Zwecke der Approvisionnement der Stadt die nötige Bespannung (Pferde und Kutscher) zur Verfügung zu stellen.

22./8. 1914.

Approvisionnement Wiens.**Von den Märkten.**

In der Großmarkthalle sind neuerlich große Schweinezufuhren eingetroffen. Infolgedessen fiel der Preis des Schweinefleisches abermals um 12 Heller pro Kilogramm. Auch Rindfleisch wurde billiger. Auf den Gemüsemärkten waren Gemüse, Kartoffeln und Obst in reichen Mengen vorhanden. Gurken waren um 4 Heller pro Kilogramm zu haben. Sehr knapp sind die Zufuhren in Butter, da in diesem Artikel die Einfuhr vollständig abgeschnitten ist. Die Großhändler haben bei der Regierung interveniert, und es dürfte von Deutschland die Durchfuhr freigegeben werden, worauf wiederum dänische und holländische Butter ausreichend eingeführt werden wird.

Die Fleischversorgung der Monarchie.

Von einem angesehenen Viehkommissionär erhalten wir bezüglich der voraussichtlichen Fleischversorgung der Monarchie im Kriege folgende Mitteilungen:

Eine Not an Fleisch ist selbst bei sehr langer Dauer des Krieges nicht zu befürchten. Wohl sind wir von jeder Einfuhr abgeschnitten, denn das wenige, was Rumänien uns zu bieten vermag, ist für uns infolge unserer günstigen Verhältnisse unverwendbar, aber Ungarn, und besonders Südungarn, hat einen solchen Reichtum an Rindern und Schweinen, daß wir dem längsten Krieg ruhig entgegensehen können. Eine Unterbindung des Transports durch militärische Maßnahmen wird natürlich immer die Zufuhren beeinflussen und somit Preiserhöhungen bewirken, doch wäre dies nur vorübergehend, und darum können die Preise eine unerhörte Höhe niemals erreichen. Eine Fleischnot dürfte selbst unter den schlechtesten Umständen nicht eintreten, höchstens ein Mangel an Primaware. Die Viehkommissionäre haben in finanzieller Hinsicht einen großen, erst nach Beendigung des Moratoriums zu übersehenden Schaden erlitten, da sie sowohl Abnehmern kreditieren als auch den Einsendern Vorläufe geben müssen.

Die Lebensmittelpreise.

Wien, 21. August.

Die Versuche, die kurz nach dem Kriegsausbruche auf den Märkten für einzelne Lebensmittel gemacht worden sind, aus einer von übertriebener Aengstlichkeit hervorgerufenen stürmischen Nachfrage Nutzen zu ziehen, indem die Preise verschiedener wichtiger Bedarfsartikel erhöht wurden, sind teils an der Einsicht der Bevölkerung, teils an der Kontrolle der Aufsichtsorgane gescheitert. Heute kann man wenigstens im allgemeinen sagen, daß die Lebensmittelpreise nicht einer ungewöhnlichen Steigerung unterliegen und daß den Erhöhungen auf einzelnen Gebieten auch Rückgänge gegenüberstehen. Für die Einbringung der Ernte war diesmal die Witterung ganz besonders günstig, und der Getreidehandel könnte sich in absehbarer Zeit in einer normalen Bahn bewegen, wenn die volle Transportmöglichkeit gegeben wäre, wie überhaupt dieser Umstand bei einer Anzahl von Branchen eine entscheidende Rolle spielt. Sind einmal die jetzigen Stauungen überwunden und kann die Ware wieder ordnungsmäßig an ihren Bestimmungsort gelangen, dann wird sich natürlich der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage einfacher und leichter vollziehen. Die Getreideernte ist für sehr lange Zeit ausreichend und es ist daher nicht damit zu rechnen, daß etwa eine Knappheit Preissteigerungen hervorrufen würde. Zur Kontrolle der Märkte, die bereits eingeleitet ist, erscheint vor allem die Kenntnis der verfügbaren Lebensmittelvorräte von Wichtigkeit. Bei einzelnen Artikeln, insbesondere bei Mehl, wo die Preissteigerung verhältnismäßig am stärksten war, ist diese Aufnahme der Vorräte zum Teile durchgeführt, bei anderen Lebensmitteln noch nicht. Eine Anregung verschiedener Kreise ging dahin, einer Steigerung durch die Festsetzung von *Maximalpreisen*, vor allem für Mehl, entgegenzuwirken, doch scheint dieser Plan nicht mehr im Vordergrund zu stehen. Unverständlich ist die Tatsache, daß man bisher nicht ebenso wie in Deutschland die *Lebensmittelzölle* aufgehoben hat. Dort sind die Agrarier gewiß ein überaus einflußreicher Stand, und an ihrer ablehnenden Haltung ist in den Zeiten der Krise die Durchführung des in weiten Bevölkerungsschichten allgemein geäußerten Wunsches gescheitert. Als jedoch der Krieg ausbrach, haben die deutschen Landwirte ohne den leisesten Widerstand die Aufhebung der Lebensmittelzölle als eine Maßregel entgegengenommen, die durch die außerordentlichen Verhältnisse bedingt gewesen ist. Die deutsche Regierung hat sich hierbei nicht etwa darauf beschränkt, einzelne Nahrungsmittel herauszugreifen, sondern hat die Beseitigung der Zölle im allerweitesten Umfange verfügt. Auch hier muß diese Frage den Gegenstand der Erwägungen gebildet haben, doch ist daraus, daß man bisher nichts von einer solchen Anordnung vernommen hat, der Schluß zu ziehen, daß die Verhandlungen, die darüber geführt worden sein müssen, keine Übereinstimmung gebracht haben dürften.

Betrachten wir nun die Preisbewegung auf den einzelnen Lebensmittelmärkten. Wenn früher die Beschickung der Viehmärkte keine starke war, so erklärt sich das hauptsächlich durch die verringerte Beladungsmöglichkeit. In dieser Richtung ist nun eine Besserung eingetreten, es konnten Sendungen, die in den beiden vorangegangenen Wochen zurückbleiben mußten, nach Wien befördert werden und der Antrieb war daher in dieser Woche mehr als ausreichend. Das hatte Preisrückgänge für alle Viehgattungen zur Folge, die für den lokalen Verbrauch in Betracht kommen. Noch immer ergibt sich jedoch eine nicht unbedeutliche Differenz zwischen den Preisen, die das Lebendvieh vor Ausbruch des Krieges und in der letzten Woche hatte. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Rindviehpreis im Laufe eines Jahres erheblich zurückgegangen ist, so daß sich der jetzige Stand tief unter dem Niveau am Ende des Jahres 1913 bewegt. Die Fleischpreise haben sich im Laufe des letzten Jahres trotz des Rückganges für Lebendvieh nicht ermäßigt und auch jetzt ist eine Aenderung nicht zu verzeichnen. Wichtig ist die Rückwirkung des preissturzartigen Rückganges für Fettschweine, da infolgedessen auch die Fettprodukte im Detailhandel etwas billiger geworden sind. Schweinefett und Schweinefäls, die in jedem Haushalte eine Rolle spielen, stellen sich im Preise ein wenig niedriger. Schweinefett kostete in der vorigen Woche etwa 1 Krone 90 Heller bis 2 Kronen 12 Heller, jetzt 1 Krone 80 Heller bis 2 Kronen; Schweinefäls ist von 1 Krone 92 Heller bis 2 Kronen 20 Heller auf 1 Krone 88 Heller bis 2 Kronen 6 Heller, Schweinespeck von 1 Krone 80 Heller bis 2 Kronen in der Vorwoche auf 1 Krone 80 Heller bis 1 Krone 90 Heller in dieser Woche zurückgegangen. Ungünstiger für die Verbraucher ist die Preisbewegung in Mehl, Hülsenfrüchten und Butter. Insbesondere beim Mehl, einem der allerwichtigsten Bedarfsartikel, ist seit Beginn des Krieges eine ständige Preissteigerung zu verzeichnen, die erst in den letzten Tagen, aber auch nicht allseits, einer gewissen Ermäßigung Platz gemacht hat. Vor Beginn des Krieges war der Detailpreis für Mehl noch 44 bis 46 Heller; heute verkaufen große wirtschaftliche Vereinigungen das Mehl mit 58 bis 60 Heller, doch ist es vielfach im Detailhandel zu 54 Heller erhältlich. Der Preis der Hülsenfrüchte ist durch die Unmöglichkeit neuer Importe stärker beeinflusst worden. Namentlich Erbsen sind im Detailhandel wesentlich teurer geworden und kosten heute 80 Heller per Kilogramm, während sie am Beginne dieses Monats mit 70 bis 72 Heller verkauft wurden. In ähnlicher Weise hat sich auch die Preisbewegung in Linsen und Fischen gestaltet. Gestiegen ist der Detailpreis der Butter. Die Molkereien haben den Vertrieb stark verringert und die Erzeugung ist daher unzureichend. Da aus Dänemark und Holland Importe nicht bewerkstelligt werden können, fehlt ein Gegengewicht bei

der Preisbildung. Am Ende des Vormonats war der Detailpreis für Butter noch 3 Kronen 20 Heller per Kilogramm. Seither hat er sich auf 3 Kronen 80 Heller bis 4 Kronen erhöht. Unverändert ist der Milchpreis geblieben, was selbstverständlich für die weitesten Bevölkerungsklassen von Bedeutung ist.

Im Gegensatz zu verschiedenen früher erwähnten Artikeln sind einzelne wichtige Lebensmittel in den letzten Wochen billiger geworden. In erster Linie sind hiebei Eier zu erwähnen. Am 30. Juli bekam man im Großverkehr 12½ Stück Strohwareneier exklusive Packung für eine Krone, am 19. August 15½ Stück. Kistenware notierte am 30. Juli 100 bis 104 Kronen für eine Kiste von 1440 Stück inklusive Packung, am 19. August 60 bis 80 Kronen. Die Ursache der Bewegung liegt in dem verminderten Konsum des Inlandes und in der Einstellung der Ausfuhr. In der letzten Zeit sind die auf verschiedenen Bahnhöfen zurückgebliebenen Sendungen von Eiern aus russisch-Polen auf die Wiener Märkte in Folge Verfügung der hiesigen Behörde gebracht und direkt ab Waggon an die Konsumenten verkauft worden. Der Zuckerpreis ist ebenso wie jener des Kaffees im Detailhandel unverändert geblieben. Die Notwendigkeit, die Zufuhren von Reis aus den wichtigsten überseeischen Produktionsgebieten, aus Indien und Ceylon, zu beziehen, hat angesichts der Sperrung der Schifffahrt zu einer Knappheit und zu einer Preissteigerung geführt. Die inländischen Reisschälmaschinen haben in den letzten Tagen die Preise um 8 bis 9 Kronen per 100 Kilogramm erhöht. Auf den Viktualienmärkten hat sich die Situation schon in der Vorwoche wesentlich gebessert. Die Zufuhren steigen täglich und die Preise der meisten Artikel sind daher erheblich gesunken. Die heurige Ernte in Gemüse, Kartoffeln und Obst war eine außerordentlich günstige, während im Vorjahre der Ertrag sehr unbefriedigend war. Aus der statistischen Aufstellung des Marktamtes auf dem Naschmarkt, der für die Gemüse- und Obstversorgung Wiens hauptsächlich in Betracht kommt, geht hervor, daß die Preise der meisten Gemüse- und Obstsorten sich gegenwärtig wesentlich billiger stellen als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Nachstehende Tabelle zeigt die Preisbewegung.

	Preise Ende August 1913	Preise Ende August 1914
Runde Kartoffeln	12 bis 15 S.	14 bis 16 S.
Kipfler	20 " 24 "	24 " "
Paradiesäpfel	18 " 24 "	20 " 30 "
Spinat	40 " 56 "	30 " 40 "
Kochäpfel	30 " 68 "	32 " 60 "
Ungarische Aprikosen	80 " 1 K.	36 " 56 "
Grüne Bohnen	14 " 24 S.	16 " 22 "
Grüne Erbsen mit Hülsen	30 " 40 "	28 " 32 "
Kohl	5 " 10 "	4 " 8 "
Weißes Kraut	8 " 12 "	10 " 14 "
Rotes Kraut	16 " 26 "	20 " 30 "

Die runden Kartoffel hatten in den ersten Tagen des laufenden Monats in Folge der Verkehrsschwierigkeiten das außerordentlich hohe Niveau von 28 Heller per Kilogramm erreicht. Sie sind aber seither, wie aus der obigen Zusammenstellung ersichtlich ist, außerordentlich stark zurückgegangen. Die Preisentwicklung der Viktualien in den nächsten Monaten wird hauptsächlich davon abhängig sein, ob, wie vielfach angeregt wurde, für den Anbau des Wintergemüses entsprechend vorgesorgt werden wird. Von besonderer Wichtigkeit wird jedoch für die Preisbewegung in vielen Lebensmitteln die Einsicht sein, daß durch eine aus übertriebener Angstlichkeit veranlaßte Anhäufung von Lebensmitteln der Preis selbstverständlich eine starke Steigerung erfahren muß. Jedermann, der weit mehr Lebensmittel einkauft, als für den Bedarf einer absehbaren Zeit nötig ist, verteuert damit sich und allen anderen den Preis der Lebensmittel. Dieses ungerechtfertigte System war ein entscheidender Grund dafür, wenn kurze Zeit nach Ausbruch des Krieges die Lebensmittelpreise vielfach raschen Steigerungen unterworfen waren.

22./8. 1914.

Die Approbationierung im Kriege.**Ein Aufruf an die Landwirte.**

Der Ackerbauminister hat im Wege der politischen Landesstellen nachstehenden Aufruf an die Landwirte Oesterreichs gerichtet:

„Eine große, aber ernste Zeit stellt an die Landwirte Oesterreichs schwere Anforderungen. Tausende Bauern stehen in Waffen und kämpfen tapfer für die Ehre und die Größe unsres Vaterlandes. Aber unvermindert obliegt den Landwirten Oesterreichs die Aufgabe, Sorge zu tragen dafür, daß das ruhmvolle Heer und das im Lande verbliebene Volk nicht Hunger leide.

Dieser hehren Pflicht genügt die landwirtschaftliche Bevölkerung in diesen Tagen in segensreicher Weise, indem sie die Ernte, die Gott uns heuer in reichem Maße gab, von gutem Erntewetter begünstigt, emsig unter das schützende Dach bringt.

Die kräftigsten Arme haben die Sense mit dem Schwert vertauscht. Aber Greise, Frauen und Kinder spannen ihre schwachen Kräfte an und erzielen mit bewunderungswürdigem Erfolg jene, die für Kaiser und Reich, für die eigene Scholle und die Freiheit des Bauern in den Kampf zogen.

So erscheint fast in allen Teilen unsres weiten Vaterlandes die Ernte dieses Jahres gesichert.

Damit aber dürfen wir uns nicht begnügen und nicht etwa unter den überwältigenden Eindrücken dieser Tage der kommenden Zeiten vergessen. Wenn wir auch zuversichtlich hoffen, daß uns, bevor noch die ersten Saaten grünen, die Segnungen des Friedens wieder beschieden sind, müssen wir doch dafür sorgen, daß das nächste Jahr uns wirtschaftlich gerüstet finde und nicht nach den Schrecken des Krieges das Elend des Hungers Einzug halte. Die Vorräte der diesjährigen Ernte werden teilweise aufgebraucht, die Zufuhren vielleicht noch gehemmt sein.

Es handelt sich jetzt darum, trotz des Fehlens vieler starker Bauernarme, trotz des Mangels an Pferden, mit allen Kräften das Feld so zu bestellen, daß es im nächsten Jahre so reiche Frucht trage, als es der Segen des Himmels nur immer gestattet. Auch die schwerste Sorge, auch der tiefste Kummer darf die Arbeit des Säendens nicht hemmen, und unter gegenseitiger Hilfeleistung müssen alle Schwierigkeiten überwunden werden.

Es handelt sich aber auch weiter darum, daß wir heuer das gerade säen, was wir im nächsten Jahr am meisten brauchen werden: Früchte, die zur täglichen Nahrung des Menschen am notwendigsten sind. Darum bauet vor allem Weizen, Roggen, Kartoffeln und Hülsenfrüchte, um die durch die Viehzucht und Milchwirtschaft geschaffenen Nahrungsmittel des Volkes, welche vielleicht infolge der jetzigen Anforderungen der Kriegsführung dann teilweise weniger reichlich verfügbar sein könnten, wirksam zu ergänzen. Bauet auch Mais, wo euch dies das Klima gestattet. Der Anbau all dieser Früchte wird sich übrigens unter den gegebenen Verhältnissen auch als besonders gewinnbringend erweisen.

Beschränket — soweit es die notwendige Bedachtsnahme auf die gesamte Volkswirtschaft gestattet — den Anbau von Pflanzen, die für ein Volk, das vom Kriege heimkehrt, weniger wichtig sind.

Seid eingedenk der Pflichten, die euch als dem Nährstande des Staates zukommen, und das gesamte Volk wird es euch danken.“

23/8. 1914.

Mahnahmen für die Approvisionierung.

Nach einem Erlaß des Ministers des Innern vom 18. d. hat die Zentraltransportleitung im Wege des Eisenbahnministeriums und der ungarischen Generalinspektion für Eisenbahn und Schifffahrt an alle Bahnverwaltungen die nötigen Verfügungen erlassen, um sowohl die Beförderung von Approvisionierungsartikeln als auch von Gütern und Frachtsendungen jeder Art in jenem Umfange zu ermöglichen, als es die klaglose Durchführung aller militärischen Transporte gestattet. In Zukunft werden daher alle an das Kriegsministerium, die Zentraltransportleitung, die Feldtransportleitungen, die Eisenbahnlinienkommandos gerichteten Gesuche und Zuschriften um Beistellung von Wagen, um Zulassung von Gütern zum Transport etc. keine Beantwortung mehr finden; derlei Anfordrungen sind ausschließlich an die betreffenden Bahnverwaltungen zu richten. Welche Artikel als Approvisionierungsgüter gelten, bestimmt in Oesterreich das Eisenbahnministerium, in Ungarn die Landwirtschaftskommission in Budapest. Diese Stellen entscheiden über bezügliche Eingaben sowie über Gesuche um die Einreihung approvisionierungsbedürftiger Objekte in die betreffenden Kundmachungen. Hinsichtlich der für Heereszwecke bestimmten Lieferungen gilt der bisherige Vorgang, daß die Ansuchen um Beförderung solcher Sendungen vorerst durch die zuständige militärische Ressortstelle zu bestätigen sind; die weitere Erledigung erfolgt durch die Ziviltransportleitung.

In wenigen Tagen dürfte, wie wir hören, die Möglichkeit gegeben sein, Kohlentransporte aus Oberschlesien nach Wien einzuleiten, nachdem die Freigabe des Kohlenexportes aus Oberschlesien nach Oesterreich-Ungarn vor einiger Zeit erreicht wurde. Das Ausmaß der Kohlenbezüge wird jedoch zunächst auf etwa 500 Waggon pro Tag beschränkt sein, während diese Transporte sich in normalen Zeiten auf etwa 3000 Waggon pro Tag erstrecken.

Vorschläge für die Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Es gibt in der Geschichte der zivilisierten Nationen keinen Krieg, der in das normale ökonomische Leben so tiefgehende Störungen hineingebracht hat wie der jetzige. Entzieht er doch eine unerhörte Zahl von Arbeitskräften mit einemmal der Produktion, in Europa vielleicht zwanzig Millionen Menschen. Eine der Lebensbedingungen der modernen Wirtschaft, die innige weltwirtschaftliche Verbindung aller großen Produktionszweige miteinander, ist unterbunden. Nie war der internationale Handel eine größere Notwendigkeit, nie war er mehr unterbrochen als jetzt.

Da werden alle Grundsätze hinfällig, die in der kapitalistischen Gesellschaft während des Friedens das ökonomische Getriebe beherrschen. Selbst neutrale Staaten sehen sich genötigt, die Heiligkeit des Eigentums und der freien Konkurrenz anzutasten, zum Beispiel durch Erlaß von Ausfuhrverboten und Moratorien. In den kriegführenden Staaten selbst muß man noch weiter gehen.

Die Sozialdemokratie wirft sich mit ganzer Kraft auch im Kriege auf solche Fragen friedlichen Schaffens,

und hier kommt ihr zugute, daß ihr Denken gewohnt ist, noch mit anderen Produktionsformen zu rechnen als den kapitalistischen.

So erwog man in unseren Reihen sofort alle Maßnahmen, die bei längerer Fortdauer des Krieges erforderlich sind, um die Nahrungsmittelversorgung zu sichern. In einzelnen Gebieten ist man bereits gezwungen gewesen, zu der Festsetzung der Preise mancher Nahrungsmittel zu schreiten. Aber die Preisfixierung darf sich nicht auf den Zwischenhandel beschränken. Wie den Konsumenten vor der Uebervorteilung durch den Zwischenhandel, so muß man diesen vor der Uebervorteilung durch Großhandel und Produzenten schützen. Ja selbst zum Schutze des Produzenten sind Maximalpreise für seine Produktionsmittel erforderlich.

Die Maximalpreise verhindern jedoch bloß, daß der Käufer zu hohe Preise zahlt; sie geben ihm nicht die Gewißheit, daß er die verlangte Ware erhält. Die Gefahr würde nur verschoben, nicht beseitigt, wenn die Produzenten verpflichtet würden, jedem Privaten so viel von ihren Produkten zu verkaufen, als er verlangt. Das würde dahin führen, daß einzelne wohlhabende Zwischenhändler oder Konsumenten ihrerseits große Vorräte anlegten und die besitzlose Masse, die von der Hand in den Mund lebt, leer ausginge. So ergibt sich die Notwendigkeit der Vertauschungspflicht, aber nur an öffentlichen Institutionen, die die erworbenen Produkte dann je nach Bedarf umsetzen oder verteilen, entweder direkt oder durch die Organe des Zwischenhandels und der Konsumgenossenschaften.

Das alles bezieht sich indes nur auf die vorhandenen Vorräte an Nahrungsmitteln. Ihre Menge würde durch solche Maßregeln nicht vermehrt. Maximalpreise könnten sogar auf manchen Produktionszweig hemmend einwirken, wenn nach wie vor der Profit die einzige Triebkraft der Produktion bleibt. Es wird daher dringend notwendig, daß die öffentliche Gewalt in den Produktionsprozeß selbst eingreift, sowohl verbotend als positiv zwingend. Es muß verboten werden, daß Produkte, die der Ernährung der Menschen oder des Nutzviehes dienen könnten, anderen weniger wichtigen oder ganz überflüssigen Zwecken zugeführt werden, wie etwa der Produktion von Branntwein. Selbst die Produktion von Zucker könnte eingeschränkt werden. Oesterreich führt in normalen Zeiten Zucker aus. Ist nicht eine gewaltige Konsumsteigerung im Inland durch Preisherabsetzung zu erreichen, dann müßten die überschüssigen Zuckerrüben der Verfütterung für Milch- und Fleischvieh zugeführt werden, nicht etwa für die Produktion zu künftiger Ausfuhr verwertet werden.

Die Milchproduktion ist ausschließlich nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht nach dem Profitinteresse der Besitzer der Milchkuhe einzurichten. Daher müßte jede ungerechtfertigte Schlachtung solcher Kühe verhindert werden.

Zu diesen Verboten hätten sich positive Maßregeln zu gesellen, so vor allem die Verpflichtung, die Brauchfelder sofort mit rasch wachsenden Futterkräutern und Gemüsen zu bestellen, die noch im Laufe dieses Herbstes zum Konsum geeignet werden. Zur Erleichterung des Betriebes der kleinen Besitzer ist erforderlich die Freigebung der Wälder und Moore zur Streugewinnung.

Endlich müßte man trachten, die Produktivkräfte zu vermehren, die der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Einbringung der Ernte, sondern auch um deren Nutzbarmachung, um die Saatbestellung, um die Vorbereitung der künftigen Ernte. Diese Aufgabe ist bereits vor allem von den Gewerkschaften in tatkräftigster Weise in die Hand genommen worden. Soll sie aber in vollem Umfang erfolgreich durchgeführt werden, so werden Maßnahmen erforderlich, die die Anziehungskraft der ländlichen Arbeit erhöhen, die Arbeitsfreudigkeit steigern und die ländlichen Arbeitgeber hindern, ihre Arbeiter in altgewohnter Weise zu behandeln. Die Sicherung eines Minimallohnes, die Aufhebung der Gesindeordnung und der sonst bestehenden Ausnahmengesetze gegen Landarbeiter sind dringende Forderungen geworden.

Dazu hätte sich zu gesellen die Vermehrung der ländlichen Produktionsmittel. Da es sich jetzt nicht um Hilfe für die Besitzer, sondern für die Gesamtheit handelt, so kommen auch Geldvorschuße in Betracht, die der einzelne nach seinem Belieben verwendet. Vorschickung der Produktionsmittel in natura ist viel zweckmäßiger, namentlich die Lieferung von Dünger und Saatfrucht an die kleinen Besitzer. Nicht minder notwendig wäre die Beschaffung von Maschinen, schon wegen des Mangels an Menschen und Gespannen. Die landwirtschaftlichen Maschinen, die unverkauft auf Lager stehen, könnten vom Staate oder anderen öffentlichen Korporationen der Produktion zugeführt werden. Die bereits in Betrieb stehenden Maschinen müßten aufs intensivste ausgenutzt werden. Heute werden die meisten Maschinen nur von ihrem Besitzer allein benützt. Die öffentliche Gewalt hat dafür zu sorgen, daß sie auch für andere Landwirte arbeiten können. Jetzt, nach der Ernte, wird es namentlich notwendig, daß die Dampfdreschmaschinen noch weit mehr als bis jetzt auch den kleineren Landwirten zugänglich werden. Bei der eintreffenden Bestellung könnten Dampf- und Motorvläue

eine ausgedehnte Verwendung finden, wenn ihre Besitzer nicht nach Willkür über sie verfügen dürfen.

Zur Vermehrung der Nahrungsmittel vermögen auch die städtischen Gemeinden beizutragen, so wenn sie, soweit als möglich, die Küchenabfälle zur Produktion von Schweinefleisch und Kaninchenfleisch verwenden.

Alles das ist noch lange kein Sozialismus. Es handelt sich um bloße Notstandsmaßnahmen. Manches ist schon in Angriff genommen, von den Gewerkschaften, von den Gemeinden, von Behörden. Aber man wird weiter gehen müssen, sobald die Not drängt. So lange sollte man jedoch nicht warten. Jeder Tag des Zauderns kann unwiederbringliche Möglichkeiten verloren gehen lassen.

Die Sozialdemokratie verlangt eingreifende Maßnahmen, um die Versorgung der Volksmasse mit Lebensmitteln zu sichern. Diesem Verlangen einen konkreten Ausdruck zu geben hat der reichsdeutsche Parteivorstand Forderungen zur Lebensmittelversorgung aufgestellt. Sie werden auch für uns Bedeutung gewinnen und darum geben wir sie wieder:

Landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln.

I. Maßnahmen zur Regelung der Produktion.

1. Organisierung der Einbringung der Ernte und ihrer Aufbarmachung.

2. Feststellung der Pflicht der Landwirte zu bestimmten Arten der Produktion. Sofortige Bebauung der Brachfelder mit rasch wachsenden Futterkräutern und Gemüsen, Organisierung der Vieh- und Milchproduktion.

II. Maßnahmen zur Beschaffung von Produktionsmitteln.

1. Lieferung von Dünger und Saatfrucht durch öffentliche Institutionen und Regelung ihrer Verwendung.

2. Lieferung von Maschinen durch Kommunalverbände an die Besitzer zu intensiver Anwendung.

3. Freigebung der Wälder und Moore zur Streugewinnung.

III. Beschaffung von Arbeitskräften.

1. Regelung der Anwerbung.

2. Sicherung eines Minimallohnes.

3. Aufhebung der Gesindeordnungen und der Ausnahmsgesetze gegen Landarbeiter.

IV. Vorschriften über die Verwendung von Produkten.

Ausschluß von Kurioffeln und Getreide von der Branntweinproduktion, Regelung der Einschränkung der Produktion von Bier, Zucker, Stärke.

V. Verpflichtung der Landwirte zum Verkauf ihrer Produkte an öffentliche Institutionen (Reich, Land, Gemeinden).

VI. Preisfestsetzung für Produktionsmittel und Produkte, für Produzenten und Zwischenhändler.

VII. Produktion der Lebensmittel und Regelung des Umsatzes durch Kommunen.

VIII. Entsprechende Anwendung auf Fischerei, Forstwirtschaft, Kohlenproduktion, chemische Industrie.

Die Lebensmittelversorgung der Monarchie während des Krieges.

Aus Brünn wird uns geschrieben: Die hiesige Handelskammer publiziert eine Darlegung über die Lebensmittelversorgung der Monarchie, der folgendes zu entnehmen ist: Nach den zuverlässigen amtlichen statistischen Nachweisungen, welche ihre Stütze in den Anschauungen der maßgebendsten Autoritäten auf landwirtschaftlichem Gebiete finden, ist Oesterreich-Ungarn imstande, seinen Bedarf an Lebensmitteln im Inlande zu decken, auch wenn der Krieg länger als ein Jahr dauern würde. Was die Getreideversorgung anlangt, so waren in den letzten zwei Jahren laut der amtlichen Ernte- und Außenhandelsstatistik über 99 Prozent der Weizen-, Roggen- und Hafervorräte Oesterreich-Ungarns inländischen Ursprunges. Gerste wird in solchen Mengen produziert, daß sie nicht nur den Inlandsbedarf deckt, sondern noch überdies in großen Quantitäten zum Export gelangt. Die Maisproduktion Oesterreich-Ungarns hat im letzten Jahrzehnt einen Zuwachs von mehr als 50 Prozent zu verzeichnen, so daß im Bedarfsfalle auch Gerste und Mais zur Beimischung bei der Brotbereitung in hinreichenden Mengen zur Verfügung stehen.

Die Fleischversorgung gestaltet sich derzeit ebenfalls günstig und die Viehpreise weisen gegenüber dem Vorjahre eine nicht unbedeutende Ermäßigung auf. Auch bei den andern landwirtschaftlichen Produkten deckt die Ernte der Monarchie den Bedarf und die wenigen Artikel, bei denen dies nicht zutrifft, lassen sich durch andre Produkte, welche in reichlichen Mengen vorhanden sind, ersetzen. Die landwirtschaftlichen Korporationen sorgen mit Unterstützung der Regierung und aller berufenen Faktoren dafür, daß die heurige Ernte voll eingebracht und die Vorbereitungen für die nächstjährige Ernte rechtzeitig getroffen werden.

Auch für den Fall längerer Kriegsdauer.

Budapest, 31. August.

Der Direktor des Landes-Agrikulturvereines Julius v. Rubinek beschäftigt sich im „Röztelek“ mit der Frage, ob die Produktion der Monarchie für den Fall, als sich der Krieg hinziehen sollte, imstande sein würde, den Brot- und Fleischbedarf der Bevölkerung zu decken. Der Autor des Artikels gelangt zu dem Schlusse, daß diese Frage zu bejahen sei, da während des Krieges der Konsum auf der ganzen Linie abgenommen habe, weil sich alle Welt einschränke.

Die Armee im Felde konsumiere wohl mehr, als wenn die Leute zu Hause geblieben wären; da aber begründete Hoffnung vorhanden sei, daß sich die Kriegsführung ständig auf fremden Gebieten abspielen werde, werden einen Teil der Approvisionierung der Truppen die von ihnen besetzten Gebiete liefern müssen, was auch die Preise der Lebensmittel vom Gesichtspunkte der Konsumenten günstig beeinflussen werde. Die Deckung des Fleischbedarfes der Monarchie gebe zu ernststen Besorgnissen keinerlei Anlaß, denn wir haben bisher ständig für den Export produziert; dieser sei aber jetzt unmöglich geworden, so daß Fleisch reichlich vorhanden sei. Was aber die Brotfrüchte anlange, betrage die Weizen- und Roggenproduktion der Monarchie ungefähr 95.2 Meterzentner. Der durchschnittliche Weizen- und Roggenkonsum betrug in den Jahren 1904 bis 1909 95.62 Millionen, in den Jahren 1909 bis 1912 aber 107.74 Millionen Meterzentner. Ungarn werde heuer kaum mehr Weizen haben, als im Jahre 1909, in welchem Jahre 34 Millionen Meterzentner produziert wurden. Damals wurden in das gemeinsame Zollgebiet etwa 10 Millionen Meterzentner Weizen eingeführt. Es wäre jedoch ein großer Irrtum anzunehmen, daß unser Importbedarf an Brotfrucht auch heuer so viel betragen werde, da der Konsum infolge der verschlechterten Erwerbsverhältnisse in großem Maße abgenommen habe. Unter den obwaltenden Verhältnissen werde also unsere Weizen- und Roggenproduktion zur Deckung unseres Brotbedarfes genügen, da auch die als Ersatz der Brotfrüchte in Betracht kommenden Mais- und Kartoffelpflanzen eine reiche Ernte versprechen und die Armee einen Teil ihres Bedarfes auf fremdem Gebiete zu decken vermag. Es könne nach all dem festgestellt werden, daß das Zollgebiet den Bedarf des Konsums selbst dann werde in vollem Maße decken können, wenn der Krieg noch Monate lang dauern sollte.

4./9. 1914.

Die Konsumvereine und der Krieg.

Von der Zentralstelle der Wiener Konsumvereine wird uns geschrieben:

Sonntag fand im großen Sitzungssaal des Ersten niederösterreichischen Arbeiterkonsumvereines eine Versammlung aller weiblichen Vertrauenspersonen (Mitglieder des Aufsichtsrates, Delegierte und Filialcomitémitglieder) des Ersten niederösterreichischen Arbeiterkonsumvereines, des Konsumvereines „Vorwärts“, des Fünfhäuser und des Donaustädter Konsumvereines statt, in der über die mannigfachen Schwierigkeiten, unter denen die Genossenschaften jetzt zu leiden haben, eingehend gesprochen wurde. Es wurden den Vertrauenspersonen auch Verhaltensmaßregeln für die nächste Zukunft gegeben. Einberufen war diese Versammlung von der Zentralstelle für genossenschaftliche Werbe- und Bildungsarbeit. Die Genossinnen Marschal, Huber, Ringhofer und Seb bildeten das Präsidium.

Keine Angstkäufe!

Die Referentin Freundlich hob hervor, daß die vier Genossenschaften ihren Aufgaben unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen bis jetzt gerecht geworden sind. Wenn trotzdem in einzelnen Fällen Unzufriedenlichkeiten vorgekommen sind, so trägt nicht immer die Genossenschaftsleitung, sondern meist ein großer Teil der Mitgliedschaft Schuld. Dieser Vorwurf gilt besonders für das Verhalten vieler Mitglieder beim Einkauf der Waren. Ein großer Teil der Mitglieder hat in den ersten Tagen der Mobilisierung große Mengen von Waren gekauft in der vollständig unbegründeten Angst, später keine Nahrungsmittel mehr zu bekommen. Darum brauchte der Konsumverein „Vorwärts“ in der ersten Woche nach der Mobilisierung 750 Säcke Mehl (gewöhnlich 240), 5 Waggons Zucker (gewöhnlich 2), 100 Säcke Reis (gewöhnlich 40), 200 Säcke Hülsenfrüchte (gewöhnlich 20), 3200 Kilogramm Kaffee (gewöhnlich 2000).

Durch diesen unsinnigen Vorgang wurde anderen Mitgliedern die Ware entzogen. Wie unbegründet die Angst der Mitglieder war, beweist der Umstand, daß jetzt, nachdem vier Wochen seit der Mobilisierung ins Land gezogen sind, all die Waren, die da in großen Mengen auf gekauft wurden, jederzeit in den Filialen der Vereine zu bekommen sind. Die Mitglieder der Konsumvereine werden noch einmal eindringlichst darauf aufmerksam gemacht, nur Waren für den normalen Bedarf zu kaufen. Für die geordnete Approvisionnement während des Krieges wird, wie die Regierung versichert, gesorgt sein. Durch den Ankauf großer Mengen von Waren werden diese dem Markte entzogen und es entsteht dann durch den Mangel an Waren nicht nur die Gefahr einer Verteuerung, sondern den Verwaltungen der Vereine wird es auch schwer gemacht, die notwendigen Mengen immer rechtzeitig herbeizuschaffen. Außerdem müssen die Mitglieder berücksichtigen, daß die meisten Waren durch längere Lagerung in oft ungeeigneten Räumen dem Verderben preisgegeben sind und der Schaden dann doppelt ist.

Wenn in den vergangenen Wochen oder aber in der Zukunft eine oder die andere Ware ausgehen sollte, so darf deswegen auch nicht gleich eine unberechtigte Kritik an den Leistungen der Genossenschaften geübt werden. Vorerst versorgt man die Arme. Oft kam es in der letzten Zeit vor, daß ein Konsumverein unter großen Schwierigkeiten einige Waggons teures Mehl ankaufte, um die erhöhten Ansprüche zu befriedigen. In der letzten Minute kam die Heeresverwaltung und nahm die Waggons in Beschlag. Dagegen ist man ohnmächtig. Nicht nur daß gerade die wichtigsten Nahrungs- und Bedarfsartikel von den Erzeugern und Großhändlern ungeheuer verteuert wurden unter Verzugung darauf, daß Waren nicht eingeführt werden können, sie sind auch oft um teures Geld sehr schwer zu bekommen.

Die Spareinlagen.

Die Schwierigkeiten im Einkauf erhöhen sich noch dadurch, daß seit Erlassung des Moratoriums die Waren sofort bezahlt werden müssen. Die Lieferanten von Zucker, Mehl, Milch, Hülsenfrüchten, Kohle müssen zuerst das Geld haben, dann liefern sie die Ware. Bevor also die Genossenschaften das Geld eingenommen haben, müssen sie bezahlen.

Am besten bewiesen die Konsumvereine ihre Lebensfähigkeit aber bei der **Auszahlung der Spareinlagen**. Trotzdem der Andrang so wie bei den Sparkassen und Banken in den ersten Tagen der Mobilisierung so groß war, daß auch die Genossenschaften gezwungen wurden, die Höhe der Abhebungen zu beschränken, hat sich die Mitgliedschaft schon beruhigt und es werden wieder beträchtliche Einlagen gemacht. Immerhin wurden von den vier Genossenschaften bis jetzt hohe Summen an Spareinlagen anstandslos zurückbezahlt. Wenn man bedenkt, daß die Spareinlagen nicht in Barm vorrätig gehalten werden, sondern meist im Geschäft, im Hausbesitz, in Betrieben investiert sind und daher nicht flüssig gemacht werden können, und wenn man weiter in Betracht zieht, daß seit dem Kriegsbeginn all die gelaufenen Waren im Vorhinein bezahlt werden mußten, so ist die **klaglose Auszahlung so hoher Beträge, ohne jede fremde Hilfe, aus eigener Kraft, jedenfalls eine bedeutende Leistung der wirtschaftlichen Organisation der Wiener Arbeiterschaft.**

Bei dieser Gelegenheit muß aber den Mitgliedern wieder gesagt werden, daß kein Grund vorhanden ist, den Genossenschaften die Spareinlagen, die sie gerade in dieser so schwierigen Zeit am notwendigsten brauchen, zu entziehen und sie entweder in andere Institute zu tragen oder, wie es die besonders kriegslichen machen, zu Hause aufzubewahren. Wenn irgendetwas, so ist gerade in der Zeit, die wir jetzt durchleben, Solidarität notwendig. Jene Mitglieder, die jetzt unberechtigt von ihren Spareinlagen Beträge abheben, schwächen unbewußt ihr eigenes Institut, nützen sich persönlich aber gar nicht. Im Kriege kann der Besitz einer Genossenschaft eher an Wert gewinnen als verlieren. Die eigenen Unternehmungen der Genossenschaft sind auch in Kriegszeiten die sicherste Anlage der Sparer.

Vorgen ist nicht möglich.

Einen ziemlich breiten Raum in der Versammlungsdebatte nahm die Frage der Kreditgewährung und des Vorstufes auf den Geschäftsanteil in Anspruch. Not und Glend sind groß und werden noch größer werden. Die Frauen der Eingelassenen Klagen, daß sie oft zu lange auf die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge warten müssen und nichts mehr zum Leben haben. Die Arbeitslosen, die noch schlechter daran sind, weil sie gar nichts bekommen, sie alle verlangen Kredit. So menschlich begreiflich dieses Verlangen ist — wenn ihm willfahrt würde, wäre das der sichere Ruin der Genossenschaften. Die Konsumvereine sind nicht imstande, in Kriegszeiten für die Arbeitslosen und Hungernden zu sorgen. Das können sie nicht leisten und ist auch nicht ihre Aufgabe. Pflicht des Staates ist es, für Arbeit, Verdienst und Unterstützung des Volkes Sorge zu tragen, und dieser Pflicht wird die Regierung wohl gerecht zu werden suchen. Aufgabe der Konsumvereine ist es in dieser schweren Zeit, alle Anstrengungen zu machen, um die Mitglieder, und nur diese, während der Kriegsdauer und auch unmittelbar nachher mit Waren zu versorgen und ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Preise der Lebensmittel nicht eine ungebührliche Höhe erreichen. Ihre Aufgabe wird es sein, die Interessen der Mitglieder in noch erhöhtem Maße zu schützen gegen alle Gefahren dieser Zeit. Die Vereinsleitungen sind sich dieser Pflicht bewußt. Sie werden unsere wirtschaftlichen Organisationen trotz Schwierigkeiten zielicher verwalten. Das können sie aber nur mit Hilfe der gesamten Mitgliedschaft.

Verbet Mitglieder!

Durch das Einrücken vieler Mitglieder zum Kriegsdienst und durch die Verringerung der Kaufkraft werden die Genossenschaften zunächst in starkem Maße an Umsatz verlieren, während die Unkosten dieselben bleiben, ja sich erhöhen. Dem kann nur dadurch gesteuert werden, daß nunmehr erstens die gesamte Kaufkraft der Mitglieder auch wirklich der Genossenschaft zugute kommt und zweitens der Genossenschaft als Ersatz für die Schwächung eine größere Zahl neuer Mitglieder zugeführt wird. Jedes Mitglied ist zu dieser Arbeit im Interesse der Organisation verpflichtet. Wird dies unterlassen, so muß der Umsatz im Verhältnis zu den Einnahmen steigen. Die Mitgliedschaft hat dann die Nachteile zu tragen. **Solidarität und Treue verlangen wir jetzt mehr denn je von unseren Genossenschaftlern. Wenn die Genossenschaften diese harte Probe schlecht bestehen, so werden die Wiener**

Arbeiter nach Ablauf dieser Krise in verstärktem Maße gezwungen sein, ihre wirtschaftlichen Interessen durch kapitalistische Unternehmungen schädigen zu lassen. Hoffen wir aber, daß wir diese Prüfung gut bestehen und daß die ganze proletarische Bewegung, stark und einig, die Wirrsale des Weltkrieges überdauert.

An der sehr ernst und sachlich geführten Debatte beteiligten sich die Genossinnen Huber, Ringhofer, Fleischner und die Genossen Wilhelm, Sommer, Schnöpl und Menges. Dieser gab Aufschluß über die Preissteigerungen. Befriedigt von der Versammlung und dem Versprechen, daß jede auf ihrem Posten stehen werde, verließen die Trägerinnen der Wiener Genossenschaftsbewegung die Versammlung.

Der Krieg und die Nahrungs- sorgen.

Vom k. k. Universitätsprofessor Dr. Johann Ude, Graz.

Jeder urbefangene Leser wird mir von vornherein zugeben, daß es im höchsten Grade unbedenklich und besonders jetzt in die erschrecklichen Zeiten des Krieges unverantwortlich ist, wenn viele Millionen Meterzentner der wertvollsten und notwendigsten Nahrungsmittel einfach rein vernichtet werden. Geht ein solches himmelschreiendes, die Volkswohlfahrt tief schädigendes Vorgehen müßten, so sollte man glauben, die Behörden energisch einschreiten. Allein die zuständigen Behörden gestatten ruhig, daß diese vielen Millionen Meterzentner von Nahrungsmitteln nicht nur bloß vernichtet werden, sondern sie sehen ruhig zu, daß aus diesen vernichteten Nahrungsmitteln ein unheimlich wirkendes Gift hergestellt wird, welches vom Volk noch um teures Geld gekauft wird. Viele Millionen Meterzentner von Getreide, Kartoffeln und Obst werden den Jahrgängen von den Bierbauern und Schnapsbrennern und Mostbereitern vernichtet und daraus Alkoholgetränke, Bier, Schnaps, Wein, Most bereitet. Viele Tausende von Familien könnten von dem Getreide, von den Kartoffeln und von dem Obst leben, das in so unverantwortlicher Weise der Volkswirtschaft entzogen wird, um daraus gichtführende Getränke herzustellen. Denn bei der Bierbereitung geht der weitaus größte Teil der wertvollen Nährbestandteile der Gerste zugrunde; beim Schnapsbrennen wird der ganze Nährwert der Kartoffel, beziehungsweise des Getreides und der Zwetschken vernichtet; ebenso gehen die herrlichen Nährstoffe der Trauben, Äpfel und Birnen bei der Mostbereitung zugrunde. An die Stelle der vernichteten Nährstoffe tritt das verderbliche Alkoholgift, das im Wein, im Most, im Bier und im Schnaps enthalten ist. Das Bier also ein „flüssiges Brot“ zu nennen, ist einfach eine wissenschaftlich nachgewiesene lausliche Lüge. Denn 1 Liter des besten Bieres enthält nach Professor v. Diebig nicht einmal soviel Nährwert als eine halbe Semmel.

Ich will hier nur kurz anführen, wieviel Getreide und Kartoffeln in Deutschland und in Oesterreich durch die Bierbrauer und durch die Schnapsbrenner vernichtet und dadurch dem Volkswohl entzogen werden. Durch die Bierbrauer in Deutschland wird jedes Jahr fast der 15. Teil des gesamten mit Getreide bebauten Ackerlandes, das ist die Menge von Getreide, die auf einer Bodensfläche von rund 1.100.000 Hektar angebaut ist, das ist die entsetzliche Menge von rund 16 Millionen Meterzentnern Getreide, vernichtet. Für die Herstellung von Schnaps verbrauchen die Schnapsbrenner in Deutschland alljährlich die Menge von Kartoffeln, die auf einer Bodensfläche von beinahe 600.000 Hektar angebaut ist, das ist rund 26 Millionen Meterzentner Kartoffel, die durch das Brennen ganz und gar vernichtet werden. Denn der Schnaps hat kein Fünkchen von Nährbestandteilen. Aus diesen vernichteten Getreide- und Kartoffelmengen werden 38.000.000 Hektoliter Bier und 272.500.000 Liter Schnaps hergestellt. Von dieser Menge Getreide und von dieser Menge Kartoffeln, die alljährlich in Deutschland zur Herstellung des wertlosen Bieres und des noch wertloseren Schnapses vernichtet werden, könnten jährlich, man höre und staune, 13.500.000 Menschen sich für ein ganzes Jahr ernähren.

In Oesterreich werden jährlich 10¹/₂ Millionen Meterzentner Getreide und über 34 Millionen Meterzentner Kartoffel von den Bierbauern und Schnapsbrennern vernichtet, also eine Menge von Getreide, das auf einer Bodensfläche von rund 730.000 Hektar und eine Kartoffelmenge, die auf einer Bodensfläche von fast 800.000 Hektar gebaut ist. Aus diesen Riesensmengen vernichteten Getreides und vernichteter Kartoffel stellen die österreichischen Brauer und Schnapsbrenner jährlich 24.700.000 Hektoliter Bier und 357.000.000 Liter Schnaps her. Wieviele Millionen Menschen könnten von diesem 10¹/₂ Millionen Meterzentnern Getreide und

von diesen 34 Millionen Meterzentnern Kartoffeln leben, wenn sie nicht von den Brauern und Schnapsbrennern in Alkoholgift verwandelt würden.

Wer diese Tatsachen sich in unbereinigter Weise vor Augen führt, kommt zu dem einzig richtigen Schluß, daß ein solches Vorgehen eine Vergeudung größter wirtschaftlicher Werte bedeutet, Verluste, die in gar keinem Verhältnis stehen zu dem Wert des Alkohols, der an Stelle der vernichteten, das heißt der Volksernährung entzogenen Getreide- und Kartoffelmengen tritt. Wenn auch viele Menschen vom Alkoholgewerbe leben, so müssen wir doch bedenken, wie viel Schäden und Unglück der Alkoholenutz in unserem Volke Jahr für Jahr anrichtet. Die Steuern, die der Staat aus der Alkoholproduktion bezieht, machen, in sich betrachtet, zwar ein hübsches Einkommen aus, aber es ist ein Geld, an dem der gesundheitliche, wirtschaftliche und moralische Ruin vieler Tausender von Menschen klebt. Und wenn wir nun weiter bedenken, daß wir in einer wirtschaftlichen Krise uns befinden, in die uns die Kriegslage gebracht hat, so ist es doppelt zu beklagen, daß in dieser Zeit der wirtschaftlichen Not solche zum Leben von vielen Millionen von Menschen ausreißend und unbedingt notwendige Nahrungsmittel ihrem eigentlichen Zweck entzogen und zum Volksgift verarbeitet werden. Wie wünschenswert wäre es z. B., wenn ein großer Teil des Obstes gehärtet würde. Wie dankbar würden unsere verwundeten Soldaten dafür sein. Den Alkohol kann jeder Mensch entbehren, das Brot aber nicht.

Im Namen vieler Tausender, die durch den Krieg brotlos geworden sind, im Namen des allgemeinen Volkswohles, im Namen der Nächstenliebe muß daher jeder Volksgenosse Protest erheben gegen diese Verschleuderung von Volksgeldern. Jeder Landmann möge seine Vorräte von Getreide und Kartoffeln und Obst namentlich in diesen teuren Zeiten unter keinen Umständen zur Alkoholbereitung hergeben. Mögen auch unsere Behörden im Interesse des Gemeinwohles darauf hinarbeiten, daß der unsinnigen Vernichtung unserer wertvollsten Nahrungsmittel ein wirksamer Damm entgegengesetzt werde. Wir brauchen Getreide und Kartoffeln und Obst zum Essen, nicht aber zur Herstellung eines Volksgiftes Alkohol. Besser ist es, wenn alle Brauereien stille stehen, wenn alle Schnapsbrenner ihr Gewerbe einstellen müssen, als daß Millionen von Menschen in bitterster Not darben müssen, weil es ihnen an Brot gebricht und weil sie keine Kartoffeln haben, um ihren Hunger zu stillen. Wir glauben, gegen eine solche Logik kann doch niemand auch nur den leisesten Einwand erheben. Ist aber diese Logik einwandfrei, so muß nach dem Grundsatz, wir müssen um zu wollen, in dieser Angelegenheit umgehend gehandelt werden. Auch die Bierbrauer und die Schnapsbrenner, die sozial fühlen, werden mir recht geben.

6./9. 1914.

* (Getrocknete Bierhefe als Nahrungs- und Futtermittel.)

Professor Dr. W. Cluβ von der k. k. Hochschule für Bodenkultur veröffentlicht in der gestern erschienenen Nummer des „Militärarzt“ einen Artikel, dem folgendes zu entnehmen ist: Bei den derzeitigen Verhältnissen ist die Sicherung nicht nur der Verpflegung und Verköstigung von Heer und Marine, sondern auch der Volksernährung überhaupt geradezu eine Lebensfrage sowohl für die Monarchie wie für das verbündete Deutsche Reich geworden. Unter diesen Umständen dürfte es gewiß angezeigt sein, auf eine Nährstoffquelle hinzuweisen, welche schon seit urdenklichen Zeiten fließt, jedoch erst in neuester Zeit in ihrer vollen Bedeutung erkannt worden ist. Ich meine damit einen Edelpilz, den wir als „Hefe“ bezeichnen und von dem unser Gärungsgewerbe jahraus, jahrein ungeheure Mengen im Ueberschuß — daher der Name „Zuwachshefe“ — erzeugt. Ihre Eiweißstoffe insbesondere entsprechen nicht denjenigen der anderen pflanzlichen Nahrungsmittel, sondern denen des Fleisches. Im Geschmack steht sie dem Fleisch nahe und ist wie dieses nicht nur ein Nahrungs-, sondern auch ein Anregungsmittel. Sie ist also der gegebene Fleischersatz! Das Nährverhältnis von Nährhefe zu frischem Fleisch stellt sich wie folgt: Mittelfettes Rindfleisch enthält 1'37 Kalorien per 1 Gramm = 1370 per Kilogramm, Nährhefe enthält 4'22 Kalorien per 1 Gramm = 4220 per Kilogramm, demnach entspricht 1 Kilogramm Nährhefe 3'3 Kilogramm Fleisch. Hefe ist, selbst wenn der Preis noch bedeutend höher (das Berliner Institut nimmt 5 Mark per 1 Kilogramm) per 1 Kilogramm wäre, viel billiger als Fleisch! Was ihre Anwendung betrifft, so eignet sich die Nährhefe in erster Linie zur Herstellung von solchen Speisen, die gewohnheitsmäßig unter Verwendung von Fleisch oder Fleischbrühe bereitet werden, also zur Herstellung von Suppen, Saucen, Ragouts, aber auch von Klößen, Würsten, Biddings, Kates, Gemüse, Kartoffelspeisen und so weiter. Die Hefeverwertungsabteilung des Instituts für Gärungsgewerbe, Berlin hat bereits schon vor Jahren eine Sammlung preisgekrönter Hefeschreizepte herausgegeben und wir werden vielleicht an späterer Stelle Gelegenheit nehmen, auf die küchentechnische Anwendung der Hefe näher einzugehen. Den besten Beweis für den Gebrauchswert der Trockenhefe in der Küche liefert die Tatsache, daß in Deutschland heutzutage der Bedarf an Nährhefe bei der großen Nachfrage nach derselben kaum zu decken ist und daß eine ganze Reihe öffentlicher Anstalten, darunter mehrere große Kranken- und Versorgungshäuser, dieselbe ständig in Gebrauch führt. In viel größerem Maßstabe noch wie als Nahrungsmittel hat sich die Trockenhefe, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns in Oesterreich als Futtermittel eingeführt. Daß sie sich geradezu hervorragend bewährt hat bei der Schweine-, Rinder-, Hammel- und Geflügelzucht, beziehungsweise Mast, sei nur nebenbei hier erwähnt und gleich auf den Kernpunkt eingegangen, nämlich den Haferersatz bei der Pferdesütterung. Von den vielen Futterstoffen, welche zu letzterem Zwecke mit mehr oder minder günstigem Erfolg schon herangezogen worden sind, hat keines auch nur annähernd sich derart bewährt wie die Trockenhefe! Es kann nach zahlreichen Erfahrungen, insbesondere an Arbeitspferden, ohne Bedenken — ja sogar mit Vorteil — bis zur Hälfte der Haferration durch Trockenhefe ersetzt werden. Leider existieren bis jetzt in Oesterreich nur eine geringe Anzahl von Hefetrocknungsanstalten, während in Deutschland bereits 15 bis 20 Trocknereien in Betrieb sind. Trotzdem kann kein Zweifel darüber vorliegen, daß auch unsere Gärungsindustrie, falls sie entsprechende Anregung und Unterstützung ihrer — nebenbei gelagert gänzlich selbstlosen (Brüder Reininghaus, Groß z. B. stellt für das große Kriegshospital Nr. 7 in Wien Nährhefe kostenlos zur Verfügung) — Bestrebungen von maßgebender Seite findet, in kurzer Zeit in der Lage sein wird, ihre Leistungsfähigkeit zu vervielfachen und so neue Nähr- und Futterstoffquellen zu erschließen zum Wohl und Segen für Volk und Heer!

Die Kriegssorgen im Lande.

Permanenter Dienst in den Ministerien.

Für die Führung eines großen europäischen Krieges auf den Grundlagen von heute fehlt es an geeigneten Vorbildern; vor ganz neuen schwierigen Problemen sehen sich vor allem die militärischen Faktoren, da jetzt zum erstenmal das moderne Artilleriegeschütz ausgeprobt werden soll, das Auto ist als neues vorzügliches Schnellverkehrsmittel in den Dienst der Operationen gestellt, das Flugschiff hat der Kavallerie einen Teil der Claireurarbeit abgenommen. Unter völlig geänderten Bedingungen treten die Flotten in den Krieg. Doch auch die für die innere Verwaltung der Staaten verantwortlichen Faktoren haben mit den modernen Verhältnissen zu rechnen, ohne sich immer auf Erfahrungen aus früherer Zeit stützen zu können. Daß die politischen Behörden und die öffentlichen Verkehrsbetriebe im höchsten Grade zur direkten Mitarbeit an den mit der Mobilisierung verbundenen Maßnahmen in Anspruch genommen werden, ist nicht neu. Doch auch alle anderen Verwaltungsgebiete haben jetzt ihre besonderen neuen Aufgaben erhalten, die zum größten Teil auf neu geschaffenen Gesetzen, wie insbesondere dem Kriegsdienstleistungsgesetz und dem Gesetz betreffend die Versorgung der Reservistenfamilien, beruhen. Die Arbeiten, die sich hieraus für alle Zentralstellen ergeben, sind so enorm, daß sie nur unter Aufwendung ganz außerordentlicher Mittel bewältigt werden können.

Im Kriegsministerium, wo die Departements vergrößert werden mußten, wird seit Wochen buchstäblich Tag und Nacht unter der größten Selbstaufopferung der Offiziere und des sonstigen Personals gearbeitet. Viele Departements mußten, da im neuen Ministerialgebäude der Raum zu enge wurde, anderwärts untergebracht werden. Neue Abteilungen, wie die für die Kriegsuperwachung und die Kriegsfürsorge, mußten errichtet werden, denen sich ein ganz unheurer Wirkungskreis eröffnete. Die Organisation des Kriegsfürsorgeamtes, dem im Schwarzschanerhause im neunten Bezirk Räume zugewiesen worden sind, ist derzeit noch nicht abgeschlossen, voraussichtlich wird es in gewissem Sinne die Zentralstelle für alle Wohltätigkeitsaktionen und -Institute werden, gleichgültig, ob diese amtlichen oder privaten Charakters sind. Um eine raschere Auskunftserteilung über die Allokationen der einzelnen Departements im Kriegsministerium und über die in Verwendung stehenden Persönlichkeiten zu ermöglichen, erwies sich die Errichtung einer besonderen Auskunftsstelle als notwendig, die sich im ersten Bezirk, Wiberstraße Nr. 11, befindet. Auch das Landesverteidigungsministerium hat ein immer wachsendes Arbeitspensum aufzuarbeiten, auch hier ist das Personal genötigt, auf jede Last zu verzichten. Im Kriegs- und im Landesverteidigungsministerium gibt es Offiziere, die sich in den Arbeitsräumen provisorische Schlafstellen errichten, um den Zeitverlust des Weges nach der Privatwohnung zu ersparen.

Auch die Anforderungen, die an die Zivülvverwaltung gestellt werden, haben eine riesenhafte Steigerung erfahren. Dies gilt in erster Reihe für das Ministerratspräsidium, wo ein permanenter Dienst eingeführt ist, für das Ministerium des Innern, das Handels- und das Eisenbahnministerium. Ein Mangel an Arbeitskräften hat sich trotzdem bisher an keiner dieser Stellen fühlbar gemacht, hauptsächlich deshalb, weil gewisse Departements, deren Arbeiten mehr statistischer oder kontrollierender Natur sind, jederzeit ihr Personal für die Erledigung der wichtigeren und dringlicheren, mit dem Krieg in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten zur Verfügung stellen können.

8/9. 1914.

Der Lebensmittelwucher.

Offiziell wird verlautbart:

Noch immer kommen Fälle vor, daß von einzelnen Personen die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Lage zur eigenen Bereicherung ausgenützt und mißbraucht wird, indem für wichtige Approvisionierungsartikel, vor allem für Lebensmittel, ungerechtfertigt hohe Preise gefordert werden.

Dem verwerflichen Treiben derartiger Elemente muß mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. In dieser Absicht hat das Ministerium des Innern die in Betracht kommenden Behörden angewiesen, den Preistreibern mit unnachsichtlicher Strenge zu begegnen. Hierbei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Strafbestimmungen der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914 auch auf Produzenten und Großhändler Anwendung finden.

5/9. 1914

Die Approvisionierung Wiens.

Die gestrigen Viehmärkte nahmen infolge schwacher Beschädigung einen ungünstigen Verlauf, doch sind die gegenwärtigen Detailpreise des Fleisches auf solchem Niveau, daß eine Erhöhung derselben nicht eintreten dürfte. Besonders unzulänglich war der Auftrieb in Fettschweinen. Von diesen waren 2000, von Fettschweinen etwa 8000 auf dem Marke und infolge dieses außerordentlich schwachen Auftriebes mußten einzelne Fleischhändler ohne Schweine heimkehren. Selbstverständlich stieg unter diesen Umständen der Preis, und zwar um 10 bis 12 Heller, doch bleibt er damit immer noch um reichlich 20 Heller hinter den in Friedenszeiten erreichten Höchstpreis zurück. Auf dem Rindermarke waren etwa über 4000 Stück aufgetrieben und dieser Auftrieb hätte für den verringerten Fleischbedarf Wiens genügt, doch muß jetzt auch mit den Konservenfabriken gerechnet werden, welche behufs Verproviantierung unserer kämpfenden Soldaten an jedem Markttage starke Posten kaufen. So stiegen denn auch hier die Preise um 4 bis 6 Kronen und in Konservenwaren um 8 Kronen per Meterzentner.

Nach Meldungen aus Budapest wurden dort mehrfache Posten Rinder und Schweine für den Wiener Markt verladen. Die Vialienmärkte waren ausreichend besetzt, die Preise blieben unverändert.

Keine Vorratskäufe auf dem Rindermarke.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Magistratsdirektor nachstehenden Erlaß gerichtet: Durch Erhebungen des Marktamtes am heutigen Tage wurde festgestellt, daß auf dem Rindermarke im großen Umfange Vorkäufe insbesondere für Zwecke von Konserverzeugung abgeschlossen wurden. Abgesehen davon, daß derartige Vorkäufe dem § 16 der Marktordnung für den Zentralviehmarkt zuwiderlaufen, sind sie bei der herrschenden Marktlage geeignet, die Konzentration des Angebotes zu vermindern und so die

Preisbildung nachteilig zu beeinflussen. Ich ersuche Sie, Herr Magistratsdirektor, derartigen Ungünstigkeiten auf dem Zentralviehmarke mit aller Energie entgegenzutreten und die entsprechende Veranlassung zu treffen, daß die Bestimmungen der Marktordnung in Zukunft auf das genaueste beobachtet werden.

Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.

Noch immer kommen Fälle vor, daß seitens einzelner Personen die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Situation zur eigenen Bereicherung ausgenützt und mißbraucht wird, indem für wichtige Approvisionierungsartikel, vor allem für Lebensmittel, ungerechtfertigt hohe Preise gefordert werden. Dem verwerflichen Treiben derartiger Elemente muß mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. In dieser Absicht hat das Ministerium des Innern die in Betracht kommenden Behörden angewiesen, den Preistreibern mit unnachlässiger Strenge zu begegnen. Hierbei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Strafbestimmungen der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1894, insbesondere jene des § 7, auch auf Produzenten und Großhändler Anwendung finden.

10/9. 1914.

Verhandlungen wegen Aufhebung der Lebensmittelzölle in Oesterreich-Ungarn und einiger Ausfuhrverbote in Deutschland.

Es war eine imposante Kundgebung, die vor einiger Zeit in der Börse für landwirtschaftliche Produkte stattfand. Die berufenen Vertreter aller produzierenden Stände hatten sich dort versammelt, um zur Frage der Aufhebung der Getreidezölle Stellung zu nehmen. Deutschland ist bekanntlich bald nach Beginn des Krieges zu dieser Maßregel geschritten. Es hat nicht nur die Getreidezölle, sondern die Lebensmittelzölle überhaupt aufgehoben. Auch Vieh, Fleisch, Fische, Hülsenfrüchte, Kartoffeln und andre Lebensmittel können jetzt zollfrei die Grenzen Deutschlands passieren. In der Wiener Versammlung hat man die Beseitigung der Getreide- und Futtermittelzölle verlangt, und zwar unter ausdrücklicher Zustimmung des Vertreters der landwirtschaftlichen Zentralkommission, was gewiß mit allgemeiner Befriedigung begrüßt wurde.

Die Resolution, die die Versammlung einstimmig faßte, ist der Regierung unterbreitet worden mit dem Ersuchen, die fragliche Verfügung zu treffen. Wie wir erfahren, wäre die österreichische Regierung geneigt, dem Verlangen im großen und ganzen zu entsprechen. Eine derartige Verfügung ist jedoch, wie wir bereits dargelegt, wegen der Einheit des Wirtschaftsgebietes an die Zustimmung der ungarischen Regierung gebunden. Man hat sich also von Wien nach Budapest wegen dieser Zustimmung gewendet, sie jedoch bisher nicht erhalten. Offenbar tritt da der mächtige Einfluß der ungarischen Agrarier hindernd in den Weg. Und doch handelt es sich dabei um eine Maßregel, die im Interesse der ganzen konsumierenden Bevölkerung in beiden Staaten der Monarchie gelegen ist.

Wie unzutreffend auch in diesen außerordentlichen Zeiten stellenweise die Auffassung ungarischer Agrarier in derartigen Fragen ist, dafür mag die folgende, uns als verbürgt bezeichnete Tatsache dienen: Bei den Kämpfen mit und in Serbien ist auch eine Herde Ochsen gefangen und als Kriegsbeute über die Grenze getrieben worden. Darob nun ernstliche Beschwerde seitens der ungarischen Agrarpartei, daß entgegen den Vereinbarungen, denen gemäß Lebendvieh die Grenzen nicht passieren darf, die Ochsenherde trotzdem ungeschlachtet ins Vertragzollgebiet gelangt! Man sieht, es gibt auch heitere Momente in dieser tiefsten Zeit.

Unter solchen Verhältnissen mag es nicht wunder nehmen, wenn die Verhandlungen mit Ungarn wegen Aufhebung der Getreidezölle nicht recht vom Flecke kommen. Parallel damit laufen auch noch andre Verhandlungen zwischen Wien und Budapest. Es handelt sich dabei, wie wir ebenfalls ausführlich mitgeteilt, um die Aufhebung oder wenigstens Milderung gewisser Ausfuhrverbote Deutschlands, solcher Verbote nämlich, die sich auf Rohstoffe beziehen, deren unsere Industrie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe bedarf. Auch diese Verhandlungen mit Deutschland kommen nicht recht vorwärts, weil Ungarn hinsichtlich gewisser Kompensationen, die Deutschland als Gegenleistung für die Aufhebung des Ausfuhrverbotes verlangt, einen in der Situation und mit Rücksicht auf das gemeinsame Wirtschaftsgebiet zwischen den beiden Staaten der Monarchie nicht gerechtfertigten einstimmigen Standpunkt einnimmt.

Man hat an hiesiger zuständiger Stelle die Hoffnung nicht aufgegeben, im Wege fortgesetzter Verhandlungen mit Ungarn die Hindernisse, die der Aufhebung der Getreidezölle in der Monarchie und den Vereinbarungen mit Deutschland hinsichtlich der Ausfuhrverbote entgegenstehen, aus dem Wege zu räumen. Die bisherigen Verhandlungen bedeuten gewissermaßen Vorstadien. Wir sind jedoch überzeugt, daß die angestrebte Verständigung erreicht werden wird, wenn der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza, dessen großzügige Auffassung und Führung derartiger Fragen noch jedesmal gewürdigt werden konnte, durch ein entscheidendes Votum die angemessenste Lösung herbeiführen wird.

11./9. 1914.

* (Die Ernährung in der Kriegszeit.) Dr. v. d. Velde empfiehlt den jetzt Zurückgebliebenen, die vorwiegend ältere Männer, Militäruntaugliche, Frauen und Kinder sind, die vom Notstande betroffen werden und Schwierigkeiten in der Ernährung haben, die vegetarische Diät. Wenn es auch wahr sein sollte, daß hervorragende geistige, sowie körperliche Leistungen, die Raschheit des Entschlusses verlangen, etwas Fleischgenuß erheischen, so kommt dies alles für die Zurückgebliebenen nicht in Betracht. Sie sollen also getrost vegetarisch leben und, wenn sie dabei ihre Schmerzbüchse einbüßen, um so besser! Die Aerzte müssen die Augen darüber öffnen, daß die vegetarische Diät keine Hunger- und Elendskost ist. Die Redaktion der „Arztlichen Rundschau“ erinnert daran, daß ein großer Teil unserer Brauereien und Mälzereien den Betrieb teils eingestellt, teils erheblich eingeschränkt hat, daß daher eine gewaltige Menge von Gerste im Lande ist, welche vermahlen und teils gebacken, teils zu Mehlspeisen verarbeitet werden kann. Knödel und Klöße aus Gerstenmehl sind viel leichter ausnuzbar als die von Weizenmehl zubereiteten. Das Gerstenmehl hat weiter den Vorteil, daß es weit billiger und in der Küche ausgiebiger ist, als Weizenmehl, freilich nicht so blendend weiß, dafür aber kerniger und würziger schmeckend. Die weitverbreitete Meinung von dem großen Nährwert der Hülsenfrüchte wird dadurch wieder hinfällig, daß Hülsenfrüchte für längere Zeit nicht täglich genossen werden können, weil sie teils stopfend wirken, teils auch Unbehagen erregen. Wohl aber sind sie in Abwechslung mit Mehlspeisen aus Gerstenmehl recht gut zu ertragen.

* (Die Approvisionierung.) Die Eventualität einer vorübergehenden Fleishteuerung ist bereits wieder vorüber, da im Laufe der Woche größere Nachschübe an Rindern stattgefunden haben. So waren für den Nachmarkt sowie für den heutigen Kontumazmarkt je 800 Rinder aufgetrieben. Für den Montagmarkt erwartet man neuerlich 6000 Stück. Für den Vorstenviehmarkt rechnet man auf 12- bis 13.000 Fettschweine und etwa 4000 Jungschweine. Die Zufuhren in die Großmarkthalle waren größer als der Bedarf und so sind die Preise für Rindfleisch und Schweinefleisch um 6 Heller per Kilogramm zurückgegangen. In Grünwaren, Kartoffeln und Obst sind die Zufuhren sehr reichlich und die Preise billig. Eier: 12 bis 13 Stück für 1 Krone; Butter erheblich billiger. Mit Kaffee ist Wien noch auf ein halbes Jahr versorgt. Auch eine weitere Kaffee-einfuhr werde durch den Krieg nicht unmöglich gemacht, wohl aber erheblich verteuert. Im übrigen habe es sich gezeigt, daß der Verbrauch von Bohnenkaffee seit Beginn des Krieges auffallend gestiegen ist, während die Surrogate weniger gekauft werden.

Revolution in der Küche.

Ein Reformator des Genusses.

Es ist zweifellos, daß der Krieg auch im Reiche der Gastronomie tief einschneidende Veränderungen mit sich bringen wird. In den kriegsführenden Nationen ist eine starke Boykottbewegung gegen die Produkte aus Feindesland im Entstehen und nimmt jeden Tag an Intensität und Ausbreitung zu. Man wird bei uns auf französischen Champagner und französischen Kognak, auf die Trüffel des Perigord und tapfer auch auf russischen Kaviar verzichten. In England hat, wie aus London geschrieben wird, die Popularität des deutschen Pieres mit einem Schläge aufgehört, von allen Tafeln wird der Rheinwein verbannt und schweren Herzens entsagen die Engländer den Straßburger Gansleberpasteten und den deutschen Würsten.

In Wien ist das serbische Reisleisch längst von allen Speisarten gestrichen worden und die vornehmen Restaurants beginnen schon mit der Fremdwörterei auch in der Küche aufzuräumen und setzen Speisefolge statt Menü.

Wenn aber auch die Produkte der einzelnen Länder nicht mehr über die Grenze sollen, die Technik und die Kunst der französischen Küche wird sich nicht so leicht durch etwas anderes und Besseres ersetzen lassen. Allerdings ist eine grundlegende Umwälzung im Küchenwesen gerade durch den Krieg in ihres Entstehens Maienblüte geknickt worden. Es waren alle Anzeichen vorhanden für eine Revolution der kulinarischen Wissenschaft, und ein Mann war aufgetreten, der vielleicht unter günstigeren, friedlichen Umständen wie ein neuer Moses die in der Tradition verflauten Köche und Feinschmecker in das Land der Verheißung geführt hätte. Dieser Mann war ein Herr Jules Maincave; sein Auftreten war ganz und gar umstürzlerisch, und er prophezeite eine für unseren Gaumen nie geahnte Zukunft. Herr Maincave ging von der unbestreitbaren Tatsache aus, daß die Kochkunst sich seit Jahr-

zehnten, ja seit Jahrhunderten in allzu engen Bahnen, in allzu stark begrenzten Gebieten bewegte. Sie ist im Konservativismus erstarrt. Die ganze heutige Kochkunst, sagte Herr Maincave, behilft sich mit etwa zwei Duzend Gerichten, die gelegentlich leicht variiert und immer neu getauft werden, so daß es wirklich an der Zeit ist, Neues zu erfinden. Vor allem neue Mischungen. Es ist ganz unbegreiflich, warum die heutige Küche gewisse Mischungen duldet und anpreist, und andere grundlos verabscheut und unversucht läßt. Essig und Del zum Beispiel scheinen durchaus zusammengehörig. Aber warum schreit man davor zurück, Fleischbrühe mit Rum zu versehen? Man kann sich nichts Delikatere denken, als eine Kalbsnuß in Absinth, einen Rindsbraten in Kümmel, den man — schon um die ewigen pommes frites zu vermeiden — mit gefüllten Bananen und Gruyèrkräse garniert. Ein wenig Schwül wird einem freilich zumute, wenn einem der Reformator dann ein Heringspüree mit Erdbeergelee anpreist. Aber Sardinien mit Camembert können gewiß vorzüglich schmecken und eine Tomateneiscreme mit altem Kognak übergossen muß nicht übel sein.

Die große Tat des Herrn Maincave ist aber die Einführung neuer Gerichte in die Kochkunst. Er geht dabei von dem psychologisch und physiologisch unanfechtbaren Satz aus, daß die Nase beim Essen die ausschlaggebende Rolle spielt. Wie nahe Schmecken und Riechen verwandt sind, ist längst erwiesen worden. Es ist also ein Unsinn, sich auf die uralten aromatischen Gewürze, wie Thymian, Lorbeer usw., zu beschränken. Die moderne Chemie gestattet es ja, ohne den geringsten Schaden für den Magen, alle bekannten Parfüms auch zum Kochen zu verwenden. Ein Kalbsknickel mit Menthe, ein junges Suhm mit Maiglöckchenessenz, ein Gulasch, bei dem der üppige Geruch der Tuberole sich harmonisch mit dem scharfen Paprika vereint, sind unvergleichliche Lederbissen. Herr Maincave hat schon eine ganze Menge neuerartiger Rezepte ausgearbeitet und die Grundsteine einer ganz neuen Kochkunst festgelegt; besonders auf ein Rezept ist er sehr stolz und behauptet, daß es alle bisherigen Genüsse des Gaumens in den Schatten stellt. Es handelt sich um eine neue Art von Roastbeef, die noch ungetauft ist. Man schneide das Roastbeef, das von erster Güte sein muß, noch roh in ganz feine runde Scheiben und lasse diese etwa zehn Stunden lang in einer Brühe liegen, die man folgendermaßen bereitet: zwei Glas Madeira, zwei Glas Eau de Viech, 35 Gramm haschierte rohe Schnecken, 275 Gramm kleingehackte Kresse, 125 Gramm schwarzer Rettich, 150 Gramm Büree von gelben Rüben, drei Zwiebel, ein Viertel Glas Anisette, zwei bis drei Tropfen Angostura. Nach zehn Stunden brät man die also imprägnierten Scheiben und übergießt sie dabei langsam mit der Sauce. Ein anderes Rezept bedeutet eine ganz neue Art in der Zubereitung von Fischen. Herr Maincave löst die Filets von Seezungen sorgfältig ab und legt Kopf und Gräten beiseite, zu späterem Gebrauch. Die Filets werden zuerst für kurze Zeit in Rum gelegt, dann herausgehoben und angezündet. Vorher hat man Kopf und Gräten im Mörser fein zerstoßen und bestreut nun damit die Filets, die in einer Creme von Erdbeeren und Tomaten brennend angerichtet werden. Der Meister legt großen Wert darauf, bei seinen Fischgerichten Kopf und Gräten nie fortzuwerfen. Sie enthalten nämlich, wie er behauptet, sehr wertvolle Nährstoffe und ein besonders aromatisches Salz. Nach dem großen Aufsehen zu schließen, das die Theorien und praktischen Versuche des Reformators hervorriefen, hätte vielleicht Paris in der nächsten Saison im Zeichen dieser gastronomischen Revolution gestanden. Nun aber sieht es ganz so aus, als ob man die ebenso aparten, aber viel weniger gustiösen Menüs und Rezepte aus der Zeit der Belagerung wieder hervorjuchen müßte. Man ist in Paris sehr besorgt wegen der Verproviantierung der Hauptstadt, und vielleicht wird Herr Maincave an den Tieren des zoologischen Gartens seine Kochkünste zeigen müssen.

23./9. 1914.

Gegen die Preisfreiberei bei Lebensmitteln.

Auf der am 17. d. Mts. abgehaltenen Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Centralgenossenschaft des Bayerischen Bauernvereins für Ein- und Verkauf e. G. m. b. H. in Regensburg — auf der auch festgestellt werden konnte, daß es bei dem Institut während der kritischen Tage um die Mobilmachung keinen Ansturm auf die Kassen gegeben hat, daß vielmehr die Abhebungen normal waren wie in Friedenszeit — sprach Dr. Heim sehr treffende Worte gegen die Preisfreiberei in Getreide. Er führte aus:

Es ist gewiß gerechtfertigt, daß in einer Zeit, wo der Bauer solche Opfer bringen muß, er für seine Produkte speziell für die Körner- und Brotfrüchte höhere Preise bekommt, als er sie in Friedenszeiten bekommen hätte. Aber alles hat seine Grenzen und es werden jetzt Preise für Getreide verlangt, die nicht mehr gerechtfertigt sind. Aus einer Gegend von Bayern, wo wir ein Lagerhaus haben, — ich will die Gegend nicht nennen — haben Bauern erklärt: „Wir geben unseren Weizen erst ab, wenn er 15 und 20 Mark kostet.“ Das wird nicht kommen; aber etwas anderes kann kommen. Der ganze Bauernstand muß schließlich unter diesen Wucherforderungen einzelner leiden, denn diese Brotmacherer scheinen nicht zu wissen, daß durch Gesetzeskraft die Preise festgesetzt werden können, daß durch Gesetzeskraft zu den festgesetzten Preisen den Bauern das Getreide weggenommen werden kann. Ich darf hier sagen, daß bezüglich der Frage, welche Höchstpreise gerechtfertigt sind, seitens der Behörde schon alle Feststellungen gemacht wurden. Was dann kommt, ist gewiß nicht besser, als wenn wir einen freien Markt haben. Bereits ist in einem Bauernnachbarland, in Hessen, der Höchstpreis z. B. für Roggen festgesetzt. Was würde aber dem Bauernstand dadurch geschadet, wenn die Gabsucht einzelner seine Mitglieder dazu führen würde, gesetzlichen Zwang anzuwenden. Was würde der ganze Bauernstand für alle Zukunft, auf Jahrzehnte hinaus darunter zu leiden haben. Daran denken diese Leute nicht. Jedem ehrlichen Freund des Bauernstandes macht diese Frage ernste Sorge. Der Bauernstand muß beweisen, daß er auf andere Stände Rücksicht nimmt. Wir brauchen die anderen Stände in andern Zeiten wieder. Denken Sie nur an die Neuregelung der Handelsverträge und der Zollverträge nach dem Krieg. Der Bauernstand hat heute nicht mehr die Mehrheit im Deutschen Reiche. Der Landwirtschaft gehört heute nur noch ungefähr der 4. Teil der Bevölkerung an. Wir brauchen die andern Stände und das dürfen wir auch im gegenwärtigen Augenblick nicht vergessen. Wir leben nicht nur für den Tag.

Das sind vortreffliche Mahnungen. Aber offenbar ist das Uebel, gegen das Dr. Heim sich hier so energisch wendet, doch zu verbreitet, als daß mit Mahnungen allein geholfen werden könnte, zumal Herr Dr. Heim damit anscheinend ziemlich allein steht. Die unerhörte Preissteigerung für Getreide, die in Deutschland eingetreten ist und bereits zu einer scharfen Verteuerung des Mehls und zu einer Erhöhung des Brotpreise geführt hat, zeigt, daß dem allgemeinen Uebel wohl nicht anders als durch allgemeine, das heißt staatliche Maßnahmen abgeholfen werden kann. Wir verweisen dafür auf die eingehenden Erörterungen im Ersten Morgenblatt vom 18. d. M. und im Zweiten Morgenblatt vom 19. d. M.

□ München 22. Septbr. (Priv.-Tel.) Der Magistrat in Augsburg hat beschlossen, da die Fleischpreise den Vieheinkaufspreisen gegenüber zu hoch sind, die Metzger zu ermahnen. Sollte diese Mahnung erfolglos bleiben, so wird die städtische Fleischverkaufsstelle wieder eröffnet werden.

Die Lebensmittelversorgung Wiens.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an das Finanzministerium eine dringende Eingabe gerichtet, in der er mit dem Hinweis auf den Bedarf von Schokolade das Ministerium ersuchte, dafür zu sorgen, daß der Zoll für Kakaobohnen auf Kriegsdauer durchwegs auf den für die Einfuhr zur See bestimmten Satz von 48 Kronen pro 100 Kilogramm ermäßigt werde. — Der Stadtrat beschloß in seiner heutigen Sitzung nach einem Berichte des B. R a i n, die Regierung zu ersuchen, die Linienerverzehrungssteuer für Fische ohne Verzug wenigstens auf Kriegsdauer aufzuheben. Gleichzeitig erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, auf den Zuschlag zur Verzehrungssteuer zu verzichten.

Maßregeln zur Verbilligung der Lebensmittelpreise.

Von Professor Dr. Rudolf Kobatsch.

Wien, 25. September.

Daß neben der militärischen auch die wirtschaftliche, finanzielle und technische Kriegsbereitschaft eines Landes für den Ausgang eines Krieges von größter Bedeutung ist, bedarf keines näheren Beweises. Daß Oesterreich-Ungarn wirtschaftlich, finanziell und technisch weit besser gerüstet war, als man selbst hierzulande glaubte, ist ebenfalls erwiesen, wenngleich wir diese Bereitschaft begreiflicherweise nicht in jenem gigantischen Ausmaße erzielen konnten, wie das mit uns verbündete Deutsche Reich. Doch dürften wir wieder wirtschaftlich und finanziell besser gerüstet sein als unsere Gegner.

Eines der wichtigsten Elemente der wirtschaftlichen Rüstung ist nun die Möglichkeit, Armee und Volk während des Krieges ausreichend zu ernähren. Auch in dieser Hinsicht stehen wir nicht ungünstig da. Wie wichtig gerade die Ernährungsfrage für die Kriegsbereitschaft ist, möge nur der eine Hinweis darauf lehren, daß dieses Problem gerade für Großbritannien bekanntlich eine Existenzfrage ist und daß unsere Gegner nicht müde werden, in der bekannten falschen Weise unsere Ernährungsmöglichkeit in Abrede zu stellen. Professor Charles Michet will zum Beispiel dartin, daß Deutschland in absehbarer Zeit Schwierigkeiten in dieser Richtung haben werde. Daß diese entstellenden Behauptungen für Deutschland nicht zutreffen, wurde in der großen deutschen Presse bereits einwandfrei nachgewiesen. Aber auch in Oesterreich-Ungarn ist die Ernährungsmöglichkeit vollausgegeben. Kürzlich hat an dieser Stelle Hofrat Stoklasa nachgewiesen, daß gerade die heurige Getreideernte in Oesterreich und in Ungarn hinreicht, um den normalen Nahrungsmittelbedarf zu decken. Wohl aber ergeben sich angesichts der außerordentlichen Verhältnisse wichtige Aufgaben der Wirtschaftspolitik, um zu verhindern, daß die Preise der wichtigsten Lebensmittel eine ungerechtfertigte Erhöhung erfahren, wodurch viel mehr Schaden gestiftet würde, als wenn es sich um einen wirklichen Mangel an Brotfrüchten handelte.

Und in der Tat müssen wir feststellen, daß hinsichtlich des wichtigsten Nahrungsmittels, der Brotfrüchte, in der letzten Zeit eine Preissteigerung zu verzeichnen ist, welche durch die natürlichen Marktverhältnisse nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Die amtlichen Notierungen der Budapester Getreidebörse vom 23. d. für Weizen betragen 35 Kronen 60 Heller bis 36 Kronen per 100 Kilogramm, Roggen notierte von 26 Kronen 70 Heller bis 27 Kronen 20 Heller, Mais von 17 Kronen 80 Heller bis 18 Kronen 40 Heller. Wenn man sich erinnert, daß noch im Jahre 1913 der Durchschnittspreis von Weizen nur 24 Kronen 62 Heller ab Wien war und von Budapester Roggen 18 Kronen 92 Heller, so sind das Preiserhöhungen, welche sich nicht rechtfertigen lassen, da das Angebot kein geringeres wurde und der Bedarf nicht in diesem außerordentlichen Maße gestiegen sein kann.

Diese Erhöhung der Getreidepreise zeigt sich auch in den Mehlpreisen, welche bekanntlich ebenfalls außerordentlich anzogen. Der Detailpreis des Mehles beträgt zwischen 55 und 58 Heller per Kilogramm.

Auch das Deutsche Reich beschäftigt sich mit der stark zunehmenden Preissteigerung und selbst sehr handelsfreundliche Blätter empfehlen ernsthaft eine Reihe von Maßnahmen zur Beseitigung dieser Uebelstände. Dort wird ein Weizenpreis von 240 Mark per Tonne, welcher am 10. August l. S. notierte, schon als übermäßig hoch bezeichnet, ebenso auch der darauf aufgebaute Mehlpreis (zum Beispiel für Roggenmehl 30 Mark, zu Zeiten sogar 42 Mark per 100 Kilogramm). Es wird gefordert, daß die Regierung mit der Festsetzung von Höchstpreisen vorgehe und man berechnet, daß ein Preis von 220 bis 225 Mark für Weizen und von rund 200 Mark für Roggen durchaus entsprechend wäre. Deutschland hat zwar bekanntlich die Getreidezölle, und zwar unter ausdrücklicher Zustimmung auch seiner Landwirte, bereits suspendiert, es könnte also die Weltpreissparität voll und ganz zum Ausdruck gelangen, wenn nennenswerte Einfuhren aus dem Auslande möglich wären. Gleichwohl wird darauf verwiesen, daß die Differenz zwischen den Berliner und den Chicagoer Weizenpreisen von 80 auf 69 Mark per Tonne zurückgegangen ist. Das amerikanische Getreide vermag eben seine bisherigen Ausfuhren nur in geringem Maße aufrecht zu erhalten; auf den Bahnen stehen Tausende von mit Weizen beladenen Güterwagen, die nicht zur Küste geschafft werden können, weil die Verschiffungsgelegenheit fehlt. In der deutschen Presse wird ausgeführt, daß die Möglichkeit bestehe, Höchstpreise für das Getreide festzusetzen und zu diesen Preisen die Abgabe des Getreides zu erzwingen. Das Brotgetreide sei tatsächlich vorhanden und es erscheine als eine selbstverständliche Forderung, daß es in der Kriegszeit der großen Masse der Bevölkerung zu erschwinglichen und gerechten Preisen zur Verfügung gestellt werde.

Wenn wir prüfen, welche Maßnahmen für Oesterreich-Ungarn in Betracht kommen, so muß abermals die zeitweilige Aushebung unserer Getreidezölle erörtert werden, die ja von den wirtschaftlichen Korporationen wiederholt begehrt wurde, aber, wie verlautet, bisher an dem Widerstande der ungarischen Landwirtschaft gescheitert sein soll. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß wir trotz des Krieges gewisse, wenn auch bescheidene Getreideimporte erzielen könnten, so wäre anzustreben, daß wenigstens eine ausgiebige Ermäßigung der Getreidezölle für ein Kontingent der Einfuhr fremden Getreides zugelassen werde.

Maßnahmen zur Verbilligung der Lebensmittel.

Als ein weiteres Mittel der Abwehr kommt die erwähnte Festsetzung von Höchstpreisen, und zwar nicht etwa bloß im Detailhandel, sondern auch im Großhandel in Betracht, aber auch noch andere Mittel. Die kaiserliche Verordnung vom 1. August l. J. ermächtigt die politischen Landesbehörden, fallweise oder regelmäßig wiederkehrend die Aufnahme der Vorräte unentbehrlicher Bedarfsgegenstände anzuordnen, Erzeuger, Händler, Lagerhäuser und Verkehrsunternehmungen zu verpflichten, den politischen Bezirksbehörden den Vorrat nach Menge und Gattung anzuzeigen und die Vorräte jederzeit zu beschützen. Ferner wird die Landesbehörde ermächtigt, Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen von Erzeugern und Händlern zur Versorgung von Gemeinden anzufordern und die Erzeuger und Händler zur Lieferung zu verpflichten, wenn die Ware anderweitig zu einem mäßigen Preise nicht beschafft werden kann. Die Vergütung für die angeforderte Ware ist nach dem gemeinen Preise von Sachverständigen festzustellen. Die Verordnung enthält weiter sehr strenge Strafbestimmungen, falls jemand die Lieferpflicht verletzt, Vorräte verheimlicht oder Preistreiberei übt, das heißt, offenbar übermäßige Preise fordert, unentbehrliche Bedarfsgegenstände ankauft, deren Erzeugung oder Handel einschränkt, diesbezüglich unwahre Nachrichten verbreitet usw. Die ungarische Regierung kann gemäß Gesetzartikel 53 vom Jahre 1912 anordnen, daß im Kriegsfall Höchstpreise für die notwendigsten Verpflegungsartikel von dem Ministerium, beziehungsweise der Verwaltungsbehörde festgesetzt werden.

Daß ähnlich wie in Deutschland auch bei uns die derzeitigen hohen Getreidepreise wenigstens zum Teile auf ungerechtfertigte Zurückhaltung des Angebotes zurückzuführen sind, darf um so weniger einem Zweifel unterliegen, als kürzlich ein ungarisches Fachblatt („Közlelet“) selbst „denjenigen Landwirte, welche über Getreideüberfluß verfügen, auffordert, diesen in Verkehr zu bringen, weil die weitere Erhöhung der Getreidepreise von der Heeresverwaltung nicht geduldet werden könnte und diese neuerdings zu einer Preisfestsetzung und Requisition greifen würde“. Wenn wir uns von unseren Vorräten befreien, so erfüllen wir eine vaterländische Pflicht, ohne daß uns aus der Preisgestaltung ein Nachteil treffen würde.“

Als ein sehr weitgehender Vorschlag wurde auch eine bereits in der Schweiz, allerdings einem hauptsächlich auf fremdes Getreide angewiesenen Lande, durchgeführte Maßnahme empfohlen. Dort verkauft der Staat Getreide bis auf weiteres zu bestimmten Preisen, ebenso wurden die Höchstverkaufspreise der Müller (für Gries und Feinmehl mit 38 Francs, für Kleie mit 12 Francs per 100 Kilogramm ab Mühle ohne Sach) festgesetzt, also niedrigere Preise als die bei uns geltenden und die früher erwähnten für Deutschland vorgeschlagenen Höchstpreise. Der schweizerische Staat kauft inländisches mahlfähiges Getreide zu festen Preisen und wer vom Staate ausländisches Getreide erhält, ist verpflichtet, auch inländisches Getreide vom Bund zu beziehen. Sämtliche Mühlen dürfen nur noch eine Sorte Mehl (Vollmehl) herstellen.

Neben der Sorge für die Hintanhaltung ungerechtfertigt hoher Getreide- und Mehlpreise erstreckt sich aber die wirtschaftliche Bereitschaft auch auf die nächste Ernte. Unser Ackerbauministerium und die landwirtschaftlichen Korporationen haben auf diesem Gebiete bereits eine erspriessliche Tätigkeit zu entfalten begonnen und es ist von größter Wichtigkeit, daß diese Maßnahmen möglichst rasch zur Durchführung gelangen, sei es, daß es sich um die zweckmäßigste Art der Bebauung, sei es, daß es sich um die Bereitstellung von Sämereien, von Kunstdünger handelt (an Stelle des schwer erhältlichen Salpeterdüngers Bereitstellung von Stickstoffdünger, schwefelsaurem Ammoniat und dergleichen und im Zusammenhang damit vermehrte Kokszeugung). In dieser Hinsicht arbeiten auch die verantwortlichen Stellen im Deutschen Reiche bereits mit zielbewusster Emsigkeit.

Es ist selbstverständlich, daß ebenso wie für das allerwichtigste Nahrungsmittel, für das Brot, auch für die übrigen wichtigen Bedarfsgegenstände in ähnlicher Weise gesorgt werden muß. Die staatliche und kommunale Wirtschaftspolitik kann auch hier eine Reihe von Maßnahmen treffen und ist ja auch bereits an deren Durchführung. Ebenso arbeiten die großen wirtschaftlichen Verbände und die Konsumentenorganisationen in gleichem Sinne. Hier soll nur auf eine, wie es scheint, besonders wichtige Frage hingewiesen werden, auf die Bereitstellung einer genügenden Menge Fleisches. Abgesehen von der Herstellung des Konervenfleisches und Heranziehung von Ersatznahrungsmitteln (Wildpret, Fische usw.) und abgesehen von den Vorschlägen, welche kürzlich in der Wiener Gemeindeverwaltung erstattet wurden (zeitweilige Beseitigung gewisser Einkommensteuern), ist hier von besonderer Wichtigkeit, daß ähnlich wie in Deutschland auch bei uns einem eventuellen Viehmangel rechtzeitig vorgebeugt werde. Der deutsche Bundesrat hat bereits Anfang August ein Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Vieh erlassen, das heißt es wurden die Schlachtungen von Kälbern, welche weniger als 75 Kilogramm Lebendgewicht haben, und von weiblichen noch nicht sieben Jahre alten Kindern zunächst für die Dauer von drei Monaten verboten. Ausnahmen im einzelnen Falle, namentlich im Falle von Rotschlachtungen, sind zugelassen. Ebenso kann für die Schlachtung von Schweinen eine Beschränkung eintreten. Die Brünnner Handels- und Gewerbekammer und andere Körperschaften haben bei unserer Regierung ähnliche Maßnahmen angeregt.

Aus dem Dargestellten ergibt sich, daß bei einmütigem Zusammenwirken aller zuständigen Behörden und Interessentenverbände, namentlich auch bei einsichtsvoller Behandlung dieser Frage seitens der ungarischen Behörden und Interessenten, jede Ernährungsgefahr für Oesterreich-Ungarn als ausgeschlossen zu betrachten ist, so daß

die wirtschaftliche Kriegsbereitschaft in diesem Belange auch bei uns als gegeben erachtet werden kann, gewiß ein für die militärischen Erfolge sehr wesentlicher, und zwar in günstigem Sinne in Betracht kommender Umstand.

27. 19. 1914.

Die Nahrungsmittelversorgung unserer Verbündeten.

Wien, 25. Septbr. (W. D. Nichtamtlich.) In einem in der „Neuen Freien Presse“ erschienenen Artikel beschäftigt sich der Agrarchemiker Stollaja, Professor an der Prager Technischen Hochschule, mit der Frage der Fleischverpflegung der österreichisch-ungarischen Monarchie für die Kriegszeit. Nach seinen Zusammenstellungen existiert in Oesterreich-Ungarn und Bosnien eine solche Menge Vieh, daß der Fleischbedarf Oesterreich-Ungarns, das bezüglich des Fleischverbrauchs unter allen Staaten an achter Stelle steht, vollständig gedeckt ist, daß also die Monarchie genügend Lebensmittel für 1914 besitzt, ohne auf die Einfuhr aus anderen Ländern angewiesen zu sein. Wenn schließlich ein Teil der außerordentlich großen Rübenanbaufläche mit Brotfrüchten bebaut würde, wäre auch bei einer längeren Dauer des Krieges nicht der geringste Grund zu Besorgnissen hinsichtlich der Verpflegung vorhanden. Was die Düngung anlangt, so wird hervorgehoben, daß 1913 Oesterreich-Ungarn ungefähr 900 000 Meterzentner Ammoniumsulfat erzeugte, wovon 700 000 Meterzentner nach Deutschland und Italien ausgeführt wurden. Dagegen betrug die Einfuhr von Chilisalpeter nach Oesterreich-Ungarn im Jahre 1912 rund eine Million Meterzentner. Da aber Stickstoff in der Form von Ammoniumsulfat auf die Erhöhung der Pflanzenerzeugung und die Qualität des Ertrages die gleiche Wirkung ausübt wie Stickstoff in Form von Chilisalpeter, so könnte Oesterreich-Ungarn sich mit Leichtigkeit von der Einfuhr des letzteren freimachen und seinen Bedarf an Stickstoff zur Düngung selbst decken.

29./9. 1914.

**Günstige Ernteberichte aus Kroatien
und Slavonien.**

Agram, 29. September. (Korr.-Bur.) Die Regierung hat die nötigen Verfügungen getroffen, damit im ganzen Lande die Felder rechtzeitig bestellt werden. Nach den einlaufenden Berichten der Bezirksbehörden ist der größte Teil der Winter-saaten schon bestellt, die Pflaumenernte ist in Kroatien und Slavonien heuer außerordentlich ergiebig. Zwetschen wurden massenhaft geerntet und die Fabrikation von Pflaumenmus geht in großem Umfang vor sich. In den meisten Gegenden wird auf eine gute Mittelernte gerechnet. Der größte Teil der Weingärten, die nicht durch Hagel beschädigt wurden, steht sehr gut. Grummet gab eine ausgiebige Fehsung und ist bei vollkommen trockener Witterung eingebracht. Die Viehstände sind groß und die Viehpreise vollkommen normal. Eine große Menge von Hornvieh und Borstenvieh steht zum Export bereit. Vorräte für die Bevölkerung sowie Futtermittel sind in reichlicher Maße vorhanden.

Überwachung der Lebensmittelpreise.

Die vom Berliner Magistrat eingesetzte und unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Albert Schulze stehende Kommission zur Überwachung der Lebensmittelpreise hat wieder getagt. Sie konnte erfreulicherweise feststellen, daß nun auch die Kleinhandelspreise im Bäckereigewerbe im Sinken begriffen sind. Man war der Ansicht, daß dies hauptsächlich auf den bekannten Erlaß des Oberkommandos zurückzuführen sein dürfte. Man verkannte jedoch nicht, daß ein wirklich durchgreifender und dauernder Erfolg dieses Erlasses nur dann gewährleistet sei, wenn seine einzelnen Bestimmungen streng durchgeführt würden. Die Kommission wird es sich angelegen sein lassen, auf eine Durchführung des Erlasses bei den Bäckereigewerbetreibenden zu achten und die Verkaufsstellen dauernd zu überwachen. Es wird hierbei auf die Mitwirkung des Publikums gerechnet. Es sei darauf hingewiesen, daß die Benachrichtigung des nächsten Polizeireviers genügt, um ein Einschreiten zu veranlassen. Denselben Erfolg hat eine Anzeige an den Magistrat.

Kriegsteuerung.

Seit etwa zwei Wochen ist eine ganze Anzahl von Lebensmitteln stetig im Preise gestiegen. Hauptsächlich die Cerealien, die auf dem Boden der Monarchie gewonnen werden, haben eine beträchtliche Verteuerung erfahren, die von den Verkäufern durch die Kriegslage, in erster Linie durch die verminderten Zufuhrmöglichkeiten begründet wird.

Am empfindlichsten macht sich augenblicklich die Teuerung beim M e h l bemerkbar. Ein Kilogramm Mehl mittlerer Sorte kostet heute 58 bis 60 Heller. Zu Beginn des Krieges betrug der Preis 40 Heller. Die unabwiesbaren Folgen der Verteuerung des Mehles machten sich in einer Verkleinerung des Gebäckes geltend. Die Brotlaibe sind sichtlich zusammengeschrumpft und die Semmeln nahezu um ein Drittel kleiner geworden. In anderen Städten der Monarchie, so in Budapest, haben manche Bäcker zu einem anderen Auskunftsmittel gegriffen: Sie ließen den Brotlaiben die alte Größe, verschlechterten aber dafür die Qualität. Das Publikum ist damit ebensowenig einverstanden wie mit der Wiener Praxis.

Fühlbar wurde in den letzten Tagen auch eine Verteuerung einzelner G e m ü s e s o r t e n und der Hülsenfrüchte. Ein Häuptel Kraut wird jetzt auf offenem Markt mit 30 Heller bezahlt, gegen einen Friedenspreis von 12 Heller. Ein Häuptel Kohl kostet 12 Heller, das Dreifache des früheren Preises. Die Erklärung für diese starken Steigerungen liegt in der vielfachen Unterbindung der Zufuhren durch den Krieg. Bei den Hülsenfrüchten ist der Grund der Teuerung darin zu suchen, daß Galizien, ein Hauptproduzent in diesem Artikel, gegenwärtig für die Lieferung nicht in Betracht kommt. Besonders teuer sind L i n s e n geworden. Sie kosten pro Kilogramm 1 Krone 12 Heller, früher 60 bis 80 Heller. Für ein Kilogramm B o h n e n werden 56 Heller bezahlt, gegen 40 bis 48 Heller vor zwei Monaten.

Relativ gering ist die Preiserhöhung beim R e i s, trotzdem die überseeische Zufuhr nicht mehr funktioniert. Der Preis ist hier um 8 Heller pro Kilogramm gestiegen. Nicht ungünstig ist die Situation auf dem inländischen K a f f e e m a r k t, obwohl auch hier die Versorgung der Monarchie ausschließlich auf dem Wege der überseeischen Einfuhr vor sich geht. Die großen Wiener Kaffee-Importeure haben bisher die Preise im allgemeinen gehalten. Für die mittleren und guten Sorten gilt jetzt noch ein Preis zwischen 4 und 6 Kronen pro Kilogramm. Eine Verteuerung ist hier bloß insofern zu verzeichnen, als die billigen Sorten in der Preislage von 3 bis 4 Kronen nicht mehr auf Lager sind. Es wird auch in den Kreisen der Importeure versichert, daß in absehbarer Zeit eine Verteuerung nicht zu erwarten ist, da in Hamburg und Triest sehr große Vorräte lagern.

Z u c k e r ist seit Kriegsausbruch um 2 Heller pro Kilogramm gestiegen. In der allernächsten Zeit tritt eine weitere Erhöhung um 4 Heller ein. Der Zucker wird dann 90 Heller pro Kilogramm kosten.

Von den wichtigen Nahrungsmitteln ist bloß das F l e i s c h nicht verteuert worden. Eine Steigerung des E i e r p r e i s e s (etwa 2 Heller pro Stück) ist auf Zufuhrschwierigkeiten zurückzuführen.

Wiener Gemeindevertreter beim Ministerpräsidenten.

Durchführung dringender Regierungs- maßnahmen.

Mittwoch vormittag erschienen die Obmänner der gemeinderätlichen Parteien, und zwar Oberkurator Leopold Steiner, Dr. Hein und Reumann, unter Führung des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner bei dem Ministerpräsidenten

Grafen Stürgkh, um die Forderungen und Wünsche der Gemeinde in Ansehung verschiedener Maßnahmen für die Approvisionierung Wiens und zum Schutze Wiens vor Seuchengefahr zu unterbreiten. Bei der Unterredung waren der Minister des Innern Freiherr v. Seibold, Handelsminister Dr. v. Schuster, Ackerbauminister Dr. Jenker und der Leiter des Finanzministeriums Freiherr v. Engel anwesend. Vor allem erneuerte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Forderungen der Gemeinde Wien nach Aufhebung der Getreidezölle und verlangt von der Regierung die Einführung von Höchstpreisen im Großhandel mit Getreide sowie die Bestimmung eines Mahllohnes für die Mühlen. Sowohl der Bürgermeister wie die Gemeinderäte führten an der Hand von Beispielen den Nachweis, daß die steigende Tendenz der Getreide- und Mehlpreise zu Besorgnissen Ursache gebe und daß es hoch an der Zeit sei, daß die Regierung mit entscheidenden Maßnahmen eingreife.

Unter Hinweis auf die von der Gemeinde Wien bereits überreichte Petition wegen Aufhebung der Verzehrungssteuer für Wildbret ergab die Diskussion, daß die Regierung die Geneigtheit zeige, auf dieses Petition einzugehen. Die Vertreter der Gemeinde forderten aber auch ein Ausfuhrverbot für Wildbret und Geflügel, da nur durch ein solches, in Verbindung mit der Aufhebung der Verzehrungssteuer, eine ausreichende und billige Fleischapprovisionierung Wiens durch Girsche und Hasen zu gewärtigen sei. Im Zusammenhang damit wurde auch die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf das vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Ackerbauministerium überreichte Gesuch der Gemeinde Wien um Bewilligung zur Einfuhr von 1000 Tonnen argentinischen Fleisches gelenkt und um dessen aufrechte Erledigung nachdrücklich gebeten.

Einen breiten Raum in der Besprechung mit den Vertretern der Regierung nahm die Frage der galizischen Flüchtlinge ein, und erklärten alle Vertreter der Gemeinde mit Entschiedenheit, daß es nicht angehe, weiter den Zuzug nach Wien zuzulassen, da Wien bereits überbesetzt sei und ohnehin den sanitären Anforderungen nicht mehr genügt werden könne. Ebenso wurden die Vorkehrungen gegen Infektionskrankheiten besprochen, bei welcher Gelegenheit die Vertreter der Regierung die Absicht äußerten, eine große Anzahl von Spitalsbaracken in Wien mit einem Fassungsraum von 10,000 Betten zu bauen.

Die Unterredung dauerte 2½ Stunden.

Salzfäcke.

Im Auftrage der k. k. n.-ö. Statthalt. vom 26. September 1914, Z. XII-2560 (M. Abt. XVII, 3067) wird Nachstehendes bekanntgegeben:

Während des Krieges sind infolge der verhinderten überseeischen Zufuhr des Rohstoffes für die Zutfabrikation beim Salz-Verschleiß Schwierigkeiten in Bezug auf die Beschaffung von Salzfücken keineswegs ausgeschlossen.

Es ist daher eine möglichst sparsame Gebahrung mit den Salzfücken auch seitens der salzkaufenden Handelskreise unbedingt notwendig.

Die von den Alpinen Salinen salzkaufenden Handelskreise werden deshalb hiemit dringend aufgefordert, die leeren Salzfücke von ihren Kunden womöglich wieder zurückzufordern, um sie der Salzverfrachtung nicht zu entziehen. Es ist dies im eigenen Interesse der Kaufleute gelegen, denen das Salz bei einem etwa dennoch eintretenden Säckenmangel lose in Waggonen verladen zugestellt werden müßte.

* (Die Approvisionnement Wiens.) Die Vorsitzenden der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs Helene Granitsch und Fanny Freund-Marcus sprachen gestern beim Bürgermeister Dr. Weisskirchner vor, um denselben zu bitten, daß er im Interesse der Wiener Bevölkerung Vorsorge treffe für Verkehrs erleichterungen im Kohlenvertrieb, da durch Affentierung der Pferde die Fuhrwerke außerstande sind, den Bestellungen der Konsumenten nachzukommen. Die Hausfrauen machten den Vorschlag, der Bürgermeister möge Wagen der elektrischen Straßenbahn zur Nachtzeit dem Kohlenvertrieb zur Verfügung stellen und an der Peripherie der Stadt kommunale Rutschen und Verladepfätze anlegen lassen, von wo aus die Zustellung der Kohlen mittelst Handwagen zu bewerkstelligen wäre. Der Bürgermeister, der diesen Pläne wohlwollend gegenübersteht, ersuchte die Hausfrauen, ihm Vorschläge geeigneter Magazine und Plätze (an den Straßenbahnlinien gelegen) in den einzelnen Bezirken zu machen, da er sich von einer solchen Dezentralisation tatsächlich eine Erleichterung der bestehenden Schwierigkeiten, die bereits in einem exorbitant hohen Kohlenpreis zum Ausdruck gekommen, verspricht. Die Frauen verlangten ferner die Befürwortung eines Gesetzesentwurfes bezüglich der Entziehung der Erdäpfel zur Schnapsbereitung und anderen industriellen Zwecken, weil die Verwendung der Erdäpfel als Nahrungsmittel in diesem Zeitpunkte in weitestem Ausmaß dringend notwendig erscheint. Der Bürgermeister, welcher auf seine diesbezüglichen Bemühungen hinwies, betonte den Mangel an entsprechenden Betrieben zur Herstellung von Trockenkartoffeln und Mehl, deren es in Deutschland mehrere hundert, bei uns aber nur sechs gäbe. Die Frauen wiesen auf die große Eierteuerung hin und baten den Bürgermeister, dafür zu sorgen, daß die in den Kühlhäusern aufgestapelten Vorräte — zu Spekulationszwecken zurückgehalten — schon jetzt dem Konsum zugeführt werden können. Auch der unbeschränkten Eierausfuhr müsse Einhalt getan werden. Bezüglich der Versorgung Wiens mit Wildpret besprach der Bürgermeister die umfassenden Maßregeln, die diesfalls von der Kommune eingeleitet

werden. Er versprach, auch dem Wunsche der Frauen nach Förderung der Kaninchenzucht im Weichbilde der Stadt Rechnung zu tragen und erwähnte, daß in den Schrebergärten überall Ansätze für die Aktion gegeben seien.

9. / X. 1914.

Kohlen-, Zucker- und Eierversorgung.**Die Hausfrauen beim Bürgermeister.**

Die Vorsitzenden der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, Helene Granitsch und Fanni Freund-Marcus, sprachen gestern beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor, um ihn zu bitten, daß er im Interesse der Wiener Bevölkerung Vorkehrungen für Verkehrserschwerungen im Kohlenvertrieb, da durch Assentierung der Pferde die Fuhrwerker außerstande sind, den Bestellungen der Konsumenten nachzukommen. Die Hausfrauen machten den Vorschlag, der Bürgermeister möge Wagen der elektrischen Straßenbahn zur Nachtzeit dem Kohlenvertrieb zur Verfügung stellen und an der Peripherie der Stadt kommunale Rutschen und Verladeplätze anlegen lassen, von wo aus die Zustellung der Kohlen mittelst Handwagen zu bewerkstelligen wäre.

Der Bürgermeister, der diesem Plan wohlwollend gegenübersteht, ersuchte die Hausfrauen, ihm geeignete Magazine und Plätze (an den Straßenbahnlinien gelegen) in den einzelnen Bezirken namhaft zu machen, da er sich von einer solchen Dezentralisation tatsächlich eine Erleichterung der bestehenden Schwierigkeiten, die bereits in einem exorbitant hohen Kohlenpreis zum Ausdruck gekommen sind, verspricht.

Ferner ersuchten die Frauen den Bürgermeister namens der Wiener Konsumenten, Stellung zu nehmen gegenüber der ganz ungerechtfertigten Zuckerpreiserhöhung, die um so weniger begründet erscheint, als es sich jetzt doch nur um den Verkauf aufgestapelter Vorräte handelt, für die der Vorwand einer infolge des Krieges verteuerten Produktion wohl nicht zutrifft. Wie groß die Vorräte infolge der gesperrten Ausfuhr sein mögen, geht schon aus dem Umstand hervor, daß die Zuckerindustriellen bekanntlich die Möglichkeit erwogen, in diesem Jahre die Kampagne überhaupt nicht zu eröffnen. Die Hausfrauen baten den Bürgermeister, eventuell von dem Entzignungsrecht der Gemeinde unter Einführung von Maximalpreisen Gebrauch zu machen. Die Frauen verlangten die Befürwortung eines Gesetzes bezügl. der Entziehung der Erbsäcke zur Schnapsbereitung und anderen industriellen Zwecken, weil die Verwendung der Erbsäcke als Nahrungsmittel (Trockenkartoffeln zur Mehlerzeugung) in diesem Zeitpunkt in weitestem Ausmaß dringend notwendig erscheint.

Der Bürgermeister, der auf seine diesbezüglichen Bemühungen hinwies, betonte den Mangel an entsprechenden Betrieben zur Herstellung von Trockenkartoffeln und Mehl, deren es in Deutschland mehrere hundert, bei uns aber nur sechs gebe.

Die Frauen wiesen auch auf die große Eierverknüpfung hin und baten den Bürgermeister, dafür zu sorgen, daß die in den Kühlhäusern aufgestapelten Vorräte — zu Spekulationszwecken zurückbehalten — schon jetzt dem Konsum zugeführt werden können. Auch der unbeschränkten Eierausfuhr müsse in dieser Zeit der abgeschnittenen Zufuhr Einhalt getan werden.

Bezüglich der Versorgung Wiens mit Wildbret besprach der Bürgermeister die umfassenden Maßnahmen, die diesfalls von der Kommune eingeleitet werden. Er versprach auch, dem Wunsche der Frauen nach Förderung der

Kaninchenzucht im Reichsbild der Stadt Rechnung zu tragen, und erwähnte, daß in den Schrebergärten überall Ansätze für die Aktion gegeben seien. Zur Propagierung von **Sammelfleisch** sollen demnächst populäre Demonstrationen der geeigneten rationellen Zubereitung stattfinden.

11. / X. 1914.

Die Bewegung der Lebensmittelpreise.

Verteuerung des Zuckers. — Aufhebung der Getreidezölle.

Die Regulierung des Preisniveaus der Lebensmittel bildet im Kriege gewiß noch mehr als unter normalen Verhältnissen mit einer der Hauptaufgaben der verantwortlichen Organe. Im allgemeinen läßt sich wohl nach wie vor noch konstatieren, daß auf den einzelnen Gebieten, von gewissen Ausnahmen abgesehen, eine unmotiviertere Preissteigerung größeren Stils nicht zu verzeichnen ist.

Auf eine Ausnahme haben dieser Tage Vertreter des Oesterreichischen Wirtschaftsvereines das Augenmerk des Ministerpräsidenten gelenkt. Die Zuckerpreise haben in der letzten Zeit die Richtung nach aufwärts eingeschlagen. Erst kürzlich ist das Zuckerkartell mit einer Erhöhung vorgegangen und hat diesen Schritt mit der durch die Betriebseinschränkung verbundenen Steigerung der Produktionskosten zu motivieren versucht. Die Deputation des Oesterreichischen Wirtschaftsvereines, als deren Wortführer eine anerkannte Autorität in wirtschaftlichen Fragen fungierte, hat auf die Unbegründetheit dieses Vorganges hingewiesen und betont, daß bei der Unterbindung jeglichen Exports eine Preissteigerung in Inland um so ungerechtfertigter sei, als ja die hinreichend vorhandenen Vorräte dem militärischen Konsum ausschließlich zur Verfügung stehen.

Die Zuckerindustrie hat bei den Verhandlungen wegen Errichtung der Darlehenskasse eine Hauptrolle gespielt. Es ist gewiß freudig zu begrüßen, daß ihr durch Belehnung der Vorräte die glatte Abwicklung der Kampagne gewährleistet wird. Denn nicht nur der gedeihliche Bestand dieses bedeutenden Industriezweiges, sondern auch das Wohl und Wehe vieler Tausende kleiner Existenzen hängt davon ab. Sache der staatlichen Darlehenskasse aber, bei deren Geschäftsbekämpfung jeder einseitige Standpunkt naturgemäß ausgestaltet ist, wird es sein, eine reinliche Scheidung zu ziehen zwischen denjenigen Vorräten, deren Belehnung einem dringenden Bedürfnisse entspricht und denjenigen, bei denen eine Belehnung, und sei es bewußt sei es unbewußt eine Beeinträchtigung des Konsums zur Folge haben könnte. Dies gilt natürlich ganz allgemein und nicht nur für spezielle Gebiete. Bei der Zuckerindustrie aber wird die Regierung, deren Augenmerk nunmehr von berufener Seite darauf gelenkt wurde, besonderen Anlaß haben, der Ursache der Preissteigerung nachzugehen und eventuell durch geeignete Vorkehrungen ein Fortschreiten in der einmal eingeschlagenen Richtung zu verhindern.

Der weiteren Verteuerung eines anderen wichtigen Konsumartikels soll die in dieser Woche erfolgte Aufhebung der Getreidezölle einen Niegel vorschieben. Diese Maßregel wird allerdings von verschiedenen Seiten als verspätet bezeichnet, da die Bezüge aus Rumänien, das gegenwärtig als einziges Reservoir in Betracht kommt, derzeit wegen Transportschwierigkeiten gesperrt sind. Eine Vermehrung der verschiedenen Getreidevorräte ist aber für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Dazu hätten die Verhandlungen, die durch den Widerstand gewisser Kreise verzögert wurden, weit früher beendet werden müssen. Eine Folge aber wird die nunmehrige Verfügung gewiß nach sich ziehen, die nicht verfehlt wird, das Preisniveau zu beeinflussen. Die in spekulativer Absicht zurückgehaltenen Vorräte werden jetzt, wo die Gefahr einer Einfuhr als Schreckgespenst, wenn auch am ganz fernem Horizont steht, allmählich doch dem Verkehr zufließen und so zumindest eine weitere Preissteigerung verhindern. Und schließlich gibt es ja noch andere Mittel, um der Preistreiberei, die in dieser Zeit mehr denn je als ein Unflug betrachtet werden muß, Herr zu werden: Festsetzung von Maximalpreisen und Deklarationszwang für vorhandene Getreidevorräte, um solche dann eventuell im Wege des Kriegseistungsgesetzes zu requirieren. Der Anfang ist jedenfalls gemacht, und es ist zu hoffen, daß man bei dieser Reform, wenn sie sich als halbe erweisen sollte, nicht stehen bleiben wird.

Eine kaiserliche Verordnung für wirtschaftliche und Approvisionierungsmaßregeln.

Wien, 13. Oktober.

Heute wird eine kaiserliche Verordnung verlautbart, durch welche die Regierung mit Rücksicht auf die Kriegslage ermächtigt wird, die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, ferner zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen. Bei Uebertretungen solcher Verordnungen können Geldstrafen bis zu 5000 Kronen und Arreststrafen bis zu sechs Monaten von den Verwaltungsbehörden verhängt werden.

Vor kurzem wurde die Regierung durch eine kaiserliche Verordnung ermächtigt, Verfügungen hinsichtlich des Warenverkehrs zu treffen. Die heutige Verordnung gestattet ihr, alle möglichen Maßregeln zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens und der Approvisionierung zu treffen. In letzterer Richtung liegt es nahe, an Maximalpreise für Getreide und Mehl zu denken. Tatsächlich finden Konferenzen über diese Frage statt, bei der alle in Betracht kommenden Gesichtspunkte erwogen werden, unter andern auch die Möglichkeit, solche Maximalpreise selbst dann einzuführen, wenn in Ungarn die gleiche Maßregel nicht beschlossen wird. Allein die Erlassung einer solchen Verfügung scheint in Oesterreich noch nicht unmittelbar bevorzustehen, wenn gleich es nicht unwahrscheinlich ist, daß hier Höchstpreise für Getreide und Mehl festgestellt werden dürften. Die erste Verordnung, die man auf Grund der heute verlautbarten kaiserlichen Verordnung erlassen wird, dürfte wahrscheinlich dem Deklarationszwange für die Verwendung einer Gerstenbeimischung beim Weizenmehl gelten. Durch die heute veröffentlichte, allgemein gehaltene kaiserliche Verordnung will die Regierung sich die Möglichkeit sichern, alle ihr notwendig erscheinenden wirtschaftlichen Maßregeln mittels einer einfachen Ministerialverordnung in Kraft zu setzen. Die Regierung kann nach der heutigen kaiserlichen Verordnung Uebertretungen in den früher angeführten Grenzen bestrafen.

Kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914

mit welcher die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen.

Auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel 1. Die Regierung wird ermächtigt, durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, ferner zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen. Zur Mitwirkung bei der Durchführung der bezüglichen Maßnahmen können auch Gemeinden verpflichtet werden.

Artikel 2. In den zu erlassenden Verordnungen können für Uebertretungen Geldstrafen bis zu 5000 K. oder Arreststrafen bis zu sechs Monaten festgesetzt werden, die von den Verwaltungsbehörden zu verhängen sind.

Artikel 3. Die auf Grund dieser kaiserlichen Verordnung erlassenen Verordnungen sind nach Wiedereintritt normaler Zustände sofort außer Kraft zu setzen.

Artikel 4. Diese kaiserliche Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft. Mit dem Vollzuge sind die beteiligten Minister betraut.

Wien, am 10. Oktober 1914.

Franz Joseph m. p.

Stürgkh m. p., Georgi m. p., Hohenburger m. p., Heinold m. p., Forster m. p., Hussarek m. p., Trnka m. p., Schuster m. p., Zentner m. p., Engel m. p., Morawski m. p.

15. / x. 1914.

**Allgemeine Aufnahme der Vorräte
an Lebensmitteln.**

Offiziell wird verlautbart:

Um einen Ueberblick über die im Inlande vorhandenen Vorräte an Brotfrucht und Mehl zu gewinnen und die Grundlagen für die von der Regierung geplanten Maßnahmen gegen die allgemein beklagten Preistreibereien in diesen wichtigsten Artikeln des Lebensbedarfes zu beschaffen, hat das Ministerium des Innern auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, RSB. Nr. 194, eine allgemeine Vorratsaufnahme hinsichtlich Getreide und Mehl angeordnet.

Hiebei wurde insbesondere aufgetragen, gegen Vorratsverheimlichungen mit der Erstattung der gerichtlichen Strafanzeige vorzugehen.

Die Gestaltung der Lebensmittelpreise.

Von Dr. Karl Klosek.

Konsulent der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer.

Wien, 14. Oktober.

Die durch den Krieg hervorgerufene grundstürzende Aenderung in eingelebten handelspolitischen und verkehrs- politischen Verhältnissen hat dem Lebensmittelmarkt die volle Aufmerksamkeit nicht nur der berufenen Behörden, sondern auch der gesamten Oeffentlichkeit zugewendet. Es ist gewiß von Interesse, den in der Preisbildung zutage tretenden Effekt aufzuzeigen, der einerseits aus der auf besondere gesetzliche und administrative Maßnahmen gestützten behördlichen Einflußnahme, andererseits aus dem durch den Krieg vielfach berührten Wirtschaftsleben entspringt. Es sollen hiebei die Preise der wichtigsten Lebensmittel, solcher, bei welchen eine Festhaltung normaler oder annähernd normaler Preise möglich war, und anderer, bei welchen dies aus wiederholt erörterten Ursachen bisher nicht gelungen ist, in ihrer Gestaltung dargestellt und, wo erforderlich, den Preisen des Vorjahres gegenüber gehalten werden.

Ein Blick auf die nachstehenden Tabellen zeigt, daß die von den weitesten Kreisen der Oeffentlichkeit bei Kriegsausbruch gehegten und vielfach in Angstkäufen betätigten Besürchtungen durch die Tatsachen nicht bestätigt wurden. Diese Besürchtungen erstreckten sich zunächst auf Brotskrümte und in weiterer Folge auf Mahlprodukte und schienen nicht unbegründet, da zur Zeit der Kriegserklärungen die Ernte in Mitteleuropa zum größten Teil nicht eingebracht war, die Hereinbringung der Erntevorräte durch Arbeitermangel für technisch erschwert angesehen wurde und die plötzlich erfolgte Einstellung des Eisenbahnverkehrs, zum Teil auch des Schiffsverkehrs zu den erwähnten Besorgnissen beitrug. Wenn gleichwohl die folgenden Tabellen ein scharfes Ansteigen der Getreidepreise erkennen lassen, so müssen die Ursachen hiesür in anderen, unten zu besprechenden Verhältnissen gesucht werden.

Es kostete Weizen prompt oder auf nahe Lieferung :

	Wien: Stonakischer und Schüttler	Prag:	Budapest: Banater
	Kronen		
31. Januar ..	23.90	22.45	23.45
28. Februar ..	25.25	23.40	24.93
28. März	15.85	24.45	25.60
25. April	26.90	25.75	26.18
30. Mai	29.15	26.60	28.28
27. Juni	28.30	27.20	27.25
24. Juli	27.95	26.70	27.95
29. August ..	32.20	31.30	31.70
28. September	39.—	—	—

Roggen zeigt nachstehende Ziffern :

	Wien: Niederösterreich	Prag:	Budapest:
	Kronen		
31. Januar ..	17.95	17.60	17.50
28. Februar ..	19.05	19.60	18.20
28. März	19.50	20.20	19.40
25. April	20.60	20.80	20.15
30. Mai	21.50	22.—	20.80
27. Juni	20.50	20.55	19.20
24. Juli	20.55	20.70	19.03
29. August ...	23.30	23.50	22.45
28. September	29.—	—	—
9. Oktober ..	31.—	—	29.40

Diese amtlich notierten Preise wurden jedoch vielfach bedeutend überboten.

Es zeigt sich, daß die Getreidepreise durch das Erntergebnis nicht ausreichend erklärt erscheinen. Wurde doch die Ernte vielfach als sehr gut, wenn nicht als ausgezeichnet bezeichnet. Es kann vielmehr jenen Vermutungen eine Begründung nicht abgesprochen werden, welche die Höhe der Getreidepreise mit einem auf spekulative Rücksichten zurückgehenden Mangel an greifbarer Ware erklären. Die Eigener des Getreides halten mit ihren Vorräten zurück, ja sie haben das eingebrachte Getreide vielfach noch nicht einmal ausgedroschen. Es ist klar, daß sich diese Verhältnisse in den Mehlpreisen zum Ausdruck bringen müssen. Die nachstehende Darstellung der Mehlpreise beschränkt sich auf den für den allgemeinen Konsum maßgebenden Kleinhandel, wenngleich nicht verkant werden kann, daß die Preisbildung im Kleinhandel mitunter wesentlich von anderen Momenten beeinflusst wird als von der momentanen Preislage im Großhandel. Immerhin dürfte die Fehlgrenze im großen und ganzen keine allzu bedeutende sein.

Es kostete in Wien 1 Kilogramm Mehl im Kleinhandel in Hellern :

	Weizen- grieh	Auszug- mehl	Rund- mehl	Emmel- mehl	Schwarz- mehl
Ende Januar....	36-42	36-38	33-36	30-34	26-30
Februar...	36-42	34-38	32-36	30-34	28-30
März.....	36-42	34-38	32-36	30-34	28-30
April.....	36-42	34-38	32-36	30-34	28-30
Mai.....	40-46	40-46	39-42	36-40	30-36
Juni.....	42-48	42-48	40-44	38-40	30-36
Juli.....	42-54	42-56	—	—	—
August....	56-60	56-60	50-54	48-50	—
September.	—	60-62	56-58	—	—

Die Tabelle zeigt deutlich das Emporschnellen der Mehlpreise in verhältnismäßiger Parallelität mit der Steigung der Getreidepreise und sie zeigt in dem plötzlichen ruckweisen Anschwellen des Preisniveaus den Zusammenhang der Preisbildung mit den vorhandenen Vorräten.

Es ist klar, daß das zuletzt festgestellte Niveau der Getreide- und Mehlpreise und die Besorgnis vor weiterer Steigerung nach Abhilfe drängt. Fürs erste haben beide Regierungen eine solche in der bereits erfolgten Aufhebung der Getreidezölle zu finden geglaubt. Allein ein derartiger Schritt hätte naturgemäß nur dann auf unmittelbaren und radikalen Erfolg Aussicht, wenn er eine ausreichende Versorgung aus dem Auslande zur sofortigen Folge haben könnte. Auch ohne weitere Ausführungen ist es klar, daß in naher Zeit auf eine solche Konsequenz, einen nennenswerten Import, kaum zu

15. / x. 1914.
 die Erfüllung der Lebensmittelpolitik

rechnen ist. Unter diesen Umständen müßte die Aufhebung der Getreidezölle eine gute Absicht bleiben, was sich auch darin gezeigt hat, daß die Verlangsamung des Ausfuhrverbotes die Notierungen nicht zu beeinflussen vermochte. Es ist vielmehr für die nächste Zeit eine Beeinflussung der Preislage nicht so sehr von dem Heranziehen ausländischer Produkte, als vielmehr von dem Greifbarwerden im Inlande vorhandener Vorräte zu erwarten. Diesen letzteren Erfolg herbeizuführen scheint nur eine Maßnahme geeignet, welche es unrentabel macht, das im Inlande vorhandene Getreide zum Schaden der Allgemeinheit in selbstsüchtigem Interesse aufzuspeichern. Diese Maßregel ist einzig und allein die Normierung von Maximaltarifen. Hierbei wird man sich selbstverständlich ebenso sehr von dem Interesse der Landwirtschaft als auch des legitimen Handels und nicht zuletzt der Konsumenten im weitesten Sinne des Wortes leiten lassen müssen. Die legislative Festlegung der Maximaltarife könnte nicht unwirksam unterstützt werden durch Maßnahmen auf eisenbahntarifarischem Gebiet. In diesem Belang findet sich ein Vorbild in Anordnungen der deutschen Eisenbahnverwaltungen. Es ist gewiß nicht ohne Interesse, daß seit 22. August l. J. in Deutschland eine ganze Reihe von weitgehenden Tarifierabsetzungen für Roggen und Weizen, auch für Roggenmehl und Weizenmehl eingeführt worden ist. Der Eisenbahntarif vermag bekanntlich, wie die Geschichte der Tarifpolitik an zahlreichen Beispielen lehrt, preisermäßigend einzuwirken.

Ein anderes Bild zeigen die Preisverhältnisse für Fleisch. Während bei Getreide der Import zu allen Zeiten eine große Rolle spielt, die Importmöglichkeit jedenfalls auf die Preisbildung von großem Einfluß ist, vollzieht sich bei Fleisch die Versorgung ganz vorwiegend durch das Inland. Die Einstellung des Güterauslaufes mit dem Ausland, die im Getreideverkehr so schwerwiegende Konsequenzen hat, bot bei dem Artikel Fleisch durch Beschränkung der Exportmöglichkeit vorübergehend Vorteile.

Diese Sachlage im Zusammenhange mit auf den Verkehr in Vieh und Fleisch bezüglichen Maßnahmen der Eisenbahnverwaltungen und anderer Behörden zeitigten im Fleischgroßhandel zeitweise sogar erhebliche Preisermäßigungen, während der Kleinhandel stabile, von der Kriegslage unberührte Preise forderte.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Marktlage. Es notierte im Großhandel in der Wiener Großmarkthalle:

	Rindfleisch		Kalbfleisch	Schaf- und Lammfleisch	Schweinefleisch
	vorderes	hinteres			
Ende Januar...	64-192	80-220	80-220	48-140	130-230
Februar...	60	220	80-220	36-136	136-220
März.....	70-190	108-220	80-220	110-144	150-240
April.....	76-192	112-216	70-220	120-160	144-260
Mai.....	72-200	84-212	56-220	100-152	140-240
Juni.....	72-180	96-220	80-140	132-244	140-188
Juli.....	80-198	104-230	88-220	108-140	136-250
August....	60-200	112-220	80-215	76-154	108-230
September.	100-220	70-240	120-220	-	140-250

Im Kleinhandel, und zwar in den Bänken der Wiener Fleischhauer und Fleischverarbeiter, kostete das Fleisch:

	Rindfleisch		Kalbfleisch	Schaf- und Lammfleisch	Schweinefleisch
	vorderes	hinteres			
Ende Januar...	160-220	180-260	160-260	100-180	180-300
Februar...	160-220	180-260	160-260	100-180	180-300
März.....	160-220	180-260	160-260	100-180	180-300
April.....	160-220	180-260	160-260	100-180	180-300
Mai.....	160-220	180-260	160-260	100-180	180-300
Juni.....	160-220	180-260	160-260	100-180	180-300
Juli.....	180-220	200-260	-	-	180-300
August....	180-200	200-260	160-260	-	160-300
September.	180-200	200-260	160-260	-	160-300

Von den sonstigen Lebensmitteln seien zunächst noch Kartoffel erwähnt. Diese notieren im allgemeinen zu denselben Preisen wie im Vorjahre. Hingegen weisen Eier Preissteigerungen gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres auf. Butter notiert im allgemeinen zu denselben Sätzen wie im Vorjahre. Als besonders erfreulich kann hervorgehoben werden, daß die Milchpreise sich im Detail auf normaler Höhe halten und daß Milch en gros sich sogar etwas verbilligt hat.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß bei einer Reihe wichtiger Lebensmittel empfindliche Schwankungen der Preislage im allgemeinen bisher vermieden werden konnten, ein Erfolg, der im Vergleich zu den Verhältnissen in großen Konsumplätzen anderer kriegsführender Staaten nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es ist klar, daß die Preisbildung der wichtigsten Lebensmittel, Brotgetreide und Mahlprodukte, im Vordergrund des Interesses der Allgemeinheit und der Fürsorge der Behörden steht und daß auf diesem Gebiet große Fragen noch zu lösen sind. Die Aufhebung der Getreidezölle scheint, wie schon oben ausgeführt, keinesfalls als ausreichendes Mittel, einen Rückgang der derzeitigen Preise zu bewirken oder ein weiteres Ansteigen hintanzuhalten.

Nach dieser Richtung — es sei nochmals wiederholt — scheint die Einführung von entsprechenden Maximaltarifen für das Rohprodukt und für das Finalprodukt im Groß- und im Kleinhandel allein geeignet, das Element der Spekulation aus der Preisbildung auszuschneiden und die vorhandenen Vorräte zu angemessenen Preisen in die letzte Hand zu bringen.

187 X 1914

Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Auf dem Getreidemarkte zeigen die Preise nach wie vor eine steigende Tendenz, und diese Tatsache wirkt naturgemäß auch auf den Mehlspreis zurück. Eine erhebliche Teuerung ist ferner bei einem anderen wichtigen Bedarfsartikel, bei Eiern, zu beobachten. Was den Getreidemarkt betrifft, hat die Aufhebung der Zölle bisher auf die Preisgestaltung keinen Einfluß ausgeübt. Man beschäftigt sich daher jetzt intensiver mit der Frage der Feststellung von Maximalpreisen, welche bereits in das Stadium hoher Aktualität gelangt ist. Die Ansicht gewinnt immer mehr an Boden, daß ohne eine solche Maßregel eine Besserung in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sei. In dieser Woche wurde bekanntlich eine allgemeine Vorratsaufnahme in Getreide und Mehl angeordnet. Es dürfte sich auch nach Beendigung der Feldarbeiten zeigen, inwieweit die bisherigen kleinen Zufuhren, beziehungsweise Anerbietungen, auf einer Zurückhaltung der Produzenten beruhen. Es fehlt nicht an Vertretern der Anschauung, daß die Bestimmung von Höchstpreisen gleichzeitig die Anordnung des Abgabeszwinges empfehlen. Die nach dieser Richtung bestehende Unsicherheit veranlaßt zu einer gewissen Reserve, ohne den Preisstand beeinflussen zu können, weil eben die Nachfrage das Angebot noch immer übersteigt. Auch in Deutschland ist die Frage der Höchstpreise noch nicht endgültig gelöst, man erwartet indes in Kürze eine Entscheidung. Die deutschen Getreidepreise verfolgen langsam, aber andauernd eine aufwärtsstrebende Richtung, weil auch im Nachbarreich das Angebot dem Bedarf nicht entspricht. Die jüngste Oktoberernte der Kartoffelernte Preußens ergab zirka 342 Millionen Meterzentner gegen 326 Millionen im September und 392 Millionen Meterzentner im Vorjahre. Der Ausfall von zirka 50 Millionen Meterzentner gegen die vorjährige allerdings sehr große Ernte, wird jedoch durch viel bessere Qualitäten reichlich ausgeglichen. Die von Chicago und Newyork gemeldeten Kurssteigerungen sind teils auf eine gute Exportnachfrage, teils auf spekulative Käufe zurückzuführen. Bemerkenswert ist die anhaltende Zunahme der sichtbaren Weizenbestände in Nordamerika, wodurch die amtlich ermittelten Mengen nunmehr 96 Millionen Bushel gegen 89 Millionen Bushel im Vorjahre betragen. Die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Argentinien gewinnen nunmehr an Interesse. Die Weizenanbaufläche ist geringer als im Vorjahre, das Wetter wird indes für die jungen Saaten als günstig bezeichnet. In Urstrahlen wird über großen Regenmangel geklagt, so daß sich bei längerer Dauer der Trockenheit die Aussichten noch mehr vermindern würden.

Wie erwähnt wurde, bewirkt die Preisbewegung des Getreidemarktes auch eine Teuerung des Mehles. Die Mehlspreise sind in der letzten Woche in Wien und Budapest um rund 2 K. per Meterzentner gestiegen und haben einen außerordentlich hohen Stand erreicht. Mullermehl, das am Beginn des Krieges in Budapest 20 K. per 50 Kilogramm gekostet hatte, wurde gestern und heute zum Preise von 30 bis 31 K. per 50 Kilogramm gehandelt. Die Ursache der Erhöhung aller

Mehlorten liegt nahezu ausschließlich in dem fortgesetzt unzureichenden Angebot an Weizen und Roggen. Die Mühlen können sich die erforderlichen Quantitäten an Getreide schwer beschaffen, da die Landwirte die Verkäufe stark eingeschränkt haben. Die Nachrichten über die bevorstehende Festsetzung von Maximalpreisen hatten zwar zur Folge, daß sich das Angebot einige Tage hindurch etwas hob; die offerierte Menge reicht aber für den Bedarf nicht voll aus. Bei Weizen beträgt die Preissteigerung seit Kriegsbeginn 1600 K. per Waggon, bei Roggen 1400 K.

Die Eierpreise sind in den letzten zwei Monaten um zirka hundert Prozent gestiegen. Rohe Ware, die im August zirka 80 bis 90 K. per 1440 Stück gekostet hatte, steht heute zum Preise von 160 bis 180 K. im Verkehr. Der Preis der sortierten Ware hat sich in dem gleichen Zeitraum von 100 auf 200 K. erhöht. Die Ursache liegt teils in den großen Eierexporten nach Deutschland, teils in der Einstellung der bisherigen Importe aus Rußland. Schon am Beginn des Krieges waren zahlreiche deutsche Händler in Oesterreich und namentlich in Wien eingetroffen und haben hier größere Mengen von ungarischen und steirischen Eiern angekauft. Die Ausfuhr nahm in den ersten Kriegswochen keinen größeren Umfang an, da für jeden Export, der vier bis fünf Waggons überstieg, eine spezielle Bewilligung erforderlich war und der Nachweis erbracht werden mußte, daß die Eier für die Verproviantierung des deutschen Heeres oder für Zwecke der Volksernährung unbedingt gebraucht werden. Seit zehn Tagen ist der Eierexport nach Deutschland vollständig freigegeben worden. Infolgedessen hat die Ausfuhr nach Deutschland stark zugenommen. Deutsche Händler haben in den letzten Tagen in Wien unter anderem die gesamten im städtischen Kühlhause lagernden Eier zu dem relativ hohen Preise von 160 K. per Kiste erstanden. Der Einkaufspreis dieser Eier, die im März und April eingelagert wurden, hatte sich auf 105 bis 110 K. per Kiste gestellt. Ferner hat das Ausbleiben der getrockneten Ware, der sogenannten „Schwimmer“, infolge der jetzigen Unmöglichkeit des Imports einen Einfluß auf die Preise geübt. In sonstigen Jahren hatten die Importe in dieser Jahreszeit wöchentlich etwa 20 bis 25 Waggons betragen. Andererseits ist jedoch zu berücksichtigen, daß die früher ziemlich bedeutenden Eierexporte nach England, die im Herbst die Höhe von 40 bis 50 Waggons per Woche erreicht hatten, heuer infolge des Krieges eingestellt sind und diese Mengen der Versorgung des heimischen Konsums zugute kommen. Die weitere Preisgestaltung wird hauptsächlich von dem Verlauf der Witterung abhängen. Falls das Wetter mild bleibt, dürften die Preise auf dem gegenwärtigen Stande verharren, andernfalls wären nach der Ansicht der Eierfirmen weitere Preissteigerungen wahrscheinlich.

Ueber die Getreidepreissteigerung in Berlin wird uns von dort folgendes telegraphiert:

Die Getreidepreise verfolgen neuerdings eine steigende Tendenz infolge andauernder Käufe der Rüstungsplätze und Westdeutschlands. Heute wurden Weizen und Roggen um zirka 4, Gerste um 2, Hafer um 4 Mark höher bezahlt.

Getrocknete Bierhefe als Nahrungsmittel.

Als eine der derzeit wichtigsten Lebensfragen mag wohl die einer geordneten Verpflegung des Militärs, nicht minder aber auch der sonstigen Bevölkerung anzusehen sein. Wenn auch in Oesterreich jetzt und für absehbare Zeit ein Mangel an Nahrungsmitteln, und zwar in erster Linie an Fleisch, nicht zu befürchten ist, so darf doch im Interesse eines gesunden und kräftigen Viehstandes, dessen man auch in Friedenszeiten in ausgiebiger Weise bedarf, nicht allzu unökonomisch gewirtschaftet werden. Diese Einsicht veranlaßte die maßgebenden Faktoren schon vor längerer Zeit, das Studium einer energischen Abhilfe in Angriff zu nehmen.

Einer unserer hervorragendsten Kenner der Ernährungfrage speziell in Kriegszeiten, der o.ö. Professor an der Hochschule für Bodenkultur und Mitglied des Lebensmittelbeirates im Ministerium des Innern, Doktor Adolf Cluß, hielt nun, diesen Stoff eingehend behandelnd, gestern mittag im Restaurant Tischler, 1. Bezirk, Schauergasse 6, einen sehr lehrreichen mit einer Kostprobe verbundenen Vortrag, in dem er eingehend schilderte, daß selbst bei wesentlicher Einschränkung der Fleischkost und mit Verwendung von getrockneter Bierhefe dem Volke und — was speziell in den jetzigen Kriegszeiten am meisten Geltung findet — den im Felde stehenden Soldaten eine ebenso gesunde Nahrung geboten werden kann. Zur praktischen Verwertung der Trockenhefe führte der Vortragende aus, daß die Nährhefe (also so, wie sie in Gebrauch genommen werden kann) prozentuell enthält: Eiweiß 54 (bei mittelgutem Rindfleisch 21), Asche 7 (1.5), Fett 3 (5.5), stickstofffreie Extraktstoffe 28 (—), Wasser 8 (72). Die Eiweißstoffe der Nährhefe insbesondere entsprechen nicht denjenigen der anderen pflanzlichen Nahrungsmittel, sondern denen des Fleisches. Im Geschmack steht sie dem Fleische nahe und ist wie dieses nicht nur ein Nahrungsmittel, sondern auch ein Anregungsmittel. Sie ist also **der gegebene Fleischersatz**. Das Nährwertverhältnis von Nährhefe zu frischem Fleische stellt sich, wie folgt: mittelfettes Rindfleisch enthält 1.37 Kalorien per Gramm = 1370 per Kilogramm, Nährhefe enthält 4.52 Kalorien per Gramm = 4520 per Kilogramm. Demnach entspricht 1 Kilogramm Nährhefe 3.3 Kilogramm Fleisch. Im Preise stellt sich diese Nähr-

hefe zu mittelgutem Rindfleisch ungefähr 1 zu 2.9, zu Rindfleisch bester Qualität 1 zu 4.3, womit der Beweis erbracht erscheint, daß mit Nährhefe eine bedeutende Ersparnis erzielt wird. Was die Anwendung der Hefe betrifft, so eignet sie sich in erster Linie zur Herstellung von solchen Speisen, die gewohnheitsmäßig unter Verwendung von Fleisch oder Fleischbrühe zubereitet werden, also von Suppen, Saucen, Ragouts, aber auch von Würsten, Puddings, Kuchen, Gemüse, Kartoffelspeisen und so weiter. So erscheinen also durch die Verwendung von Trockenhefe Vorteile geboten, die ihre Verwendung auch in den ärmeren Schichten der Bevölkerung ermöglichen.

Die hierauf folgenden Kostproben errangen sich den ungeschmälerten Beifall der Geladenen. Unter diesen sah man: k. k. niederösterreichischen Statthalter Freiherrn von Wienert, Ackerbauminister Jenker, Botschaftsrat Prinz Stollberg, Sektionschef Dr. Ertl samt Frau, den Chef der ökonomischen Sektion im Kriegministerium Jarzebecki, Oberstabsarzt Dr. Fischer (Ministerium für Landesverteidigung), Sektionschef Dr. Seidl, Hofwirtschaftsdirektor Hofrat v. Prileczky, Statthaltereirat Lander, die Ministerialräte Baron Sacken und v. Hafeler, die Regierungsräte Wittmann, Schwarz, Stift (Ackerbauministerium), Stockert (Kriegsfürsorgeamt) und Heß, die Hofräte Delwein und Pockels, die Gemahlin des Bürgermeisters Frau Berta Weiskirchner, die Bizebürgermeister Hof und Rain, Oberstadtphysikus Obersanitätsrat Dr. Böhm, Obermagistratsrat Dr. Dont, Marktamtndirektor Kommerzialrat Adolf Bauer, Landeschulrat Dr. Steinball, Landesjäulrat Direktor Doktor Becker, Inspektor der landwirtschaftlich-chemischen Versuchsstation Dr. Ritter v. Czadel, Vorsteher der Gastwirtgenossenschaft Otmav Penz u. v. a.

21./X. 1914.

Ein neues Nahrungsmittel.

Von Hofrat Professor Artur Delwein.

Wien, 21. Oktober.

Die Landwirtschaftliche Gesellschaft hat am Montag eine Kostprobe für Nahrungsmittel mit Bierhefe veranstaltet, an welcher der Ackerbauminister Dr. Zentler, Statthalter Freiherr v. Bienerth und zahlreiche Herren und Damen teilnahmen. Bei dieser Kostprobe wurde Nährhefe als Zusatz zur Herstellung von Suppen, die sonst unter Verwendung von Fleisch und Fleischbrühe bereitet wurden, wie namentlich Suppen, Saucen, Ragouts u. s. w. vorgeführt. Professor Doktor A. Cluβ gab in einem interessanten und lebendigen Vortrag die näheren Erklärungen. Die Hefe ist eine Nährstoffquelle, die große Mengen von Eiweiß enthält. Die Nährhefe hat, verglichen mit mittelfettem Rindfleisch, folgende Zusammenziehung in Prozenten:

	Eiweiß	Asche	Fett	Stickstofffreie Extraktstoffe	Wasser
Nährhefe	54	7	3	28	8
Rindfleisch	21	15	55	—	72

In diesen Ziffern dokumentiert sich der hohe Wert dieses neuen Nährstoffes. Dieser in der Nährhefe enthaltene Eiweißstoff entspricht nicht dem in den pflanzlichen Nahrungsmitteln auch vorkommenden Eiweiß, sondern dem des Fleisches. Diese Nährhefe ersetzt also tatsächlich die Fleischnahrung. 1 Kilogramm mittelfettes Rindfleisch leistet an Wärmewert 1370 Kalorien, 1 Kilogramm Nährhefe leistet an Wärmewert 4520 Kalorien, das ist ein 3-facher kalorischer Nährwert. Rechnet man den Preis der Nährhefe mit 3 K. per Kilogramm, wie sie heute von der k. k. Landwirtschaftlichen Gesellschaft bezogen werden kann, und den Preis des Rindfleisches auch mit 3 K., so bewertet sich der gleiche Nährwert in der Hefe nur mit einem Drittel der Kosten des Fleisches. Nach Geheimrat M. Delbrück (Berlin) erzeugt die gesamte Gärungsindustrie jährlich 2000 Millionen Kilogramm Frischhefe, die Brauindustrie Oesterreich-Ungarns allein rund 30 Millionen Kilogramm. In Deutschland sind schon sechzig Fabriken mit der Erzeugung dieses Nährstoffes beschäftigt, in Oesterreich nur die Firma Gebrüder Reininghaus in Graz, die bereits das Kriegshospital Nr. 7 in Wien kostenlos mit dieser Nährhefe versorgt. Die Wiener Brauereien wollen ihre Nährhefe während des Krieges kostenfrei zur Verfügung stellen. Die Nährhefe ist auch ein vollwertiger Ersatz für Bicetin, Sanatogen, Somatose, ein ausgezeichnetes diätetisches Mittel zur Kräftigung unterernährter Individuen. Die deutsche Armee verwendet jetzt die Bierhefe als Suppenkonserven, ferner als stärkenden Zusatz zum Armeebrot. Auch bei uns kann sie bei der Ernährung des Heeres und auch der zivilen Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen und in den jetzigen schweren Zeiten von großer Bedeutung sein.

21./X. 1914.

Borraterhebungen zur Lebensmittelfürsorge.

Die hauptstädtische Gemeindeverwaltung ist, wie aus dem letzter Tage veröffentlichten „Kriegsbericht der Stadt Wien“ zu ersehen war, eifrig bestrebt, die Unbilden und Gefahren, welche der städtischen Lebensmittelversorgung aus den Kriegsergebnissen erwachsen und drohen, möglichst zu beseitigen, und mit vollem Eifer und Recht wurde in dem erwähnten Bericht festgestellt, daß, obgleich die zehnte Kriegswoche hinter uns liegt, von einer eigentlichen Kriegsnöte in Wien bisher nicht viel zu verspüren war. Daß dies auch weiterhin so verbleibe, ist naturgemäß im dringendsten Interesse der Hauptstadt und ihrer Bewohner gelegen.

Nun unterliegt es aber keinem Zweifel, daß alle die städtische Lebensmittelversorgung betreffenden Maßnahmen, sowohl in Hinsicht auf die Preis-

bewegung und die Preisbestimmung, wie andererseits rücksichtlich der Vorratsbeschaffung und Sicherung, insofern solche Maßnahmen von der Gemeinde in eigenen Wirkungskreis getroffen werden, erst dann von vollem Erfolg begleitet sein können, wenn dieselben von weiter reichenden staatlichen Verwaltungsmaßnahmen in der gleichen Richtung unterstützt werden. Geradezu als Schulbeispiel stellt sich diesbezüglich die Frage der Brot- und Mehlversorgung dar. Die anhaltende Steigerung der Brotpreis- und Mehlpreise hat zu beachtlichen Preistreibern in diesen Lebensmitteln geführt, und selbst die — vielleicht auch in einem zu späten Stadium — erfolgte Aufhebung der Getreidezölle hat bisher keine Milderung dieser für die städtische Lebensmittelversorgung höchst unersetzlichen Situation herbeigeführt.

Hier setzt nun eine Aktion der Regierung ein, welche die Hintanhaltung weiterer Preistreibern in Brotpreisen und Mehl in erster Linie und im weiteren Verfolge eine Verebilligung dieser wichtigen Nahrungsartikel bezweckt. Das Ministerium des Innern hat, wie gemeldet wurde, auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 1. August 1914, RG. Nr. 194, eine allgemeine Vorratsaufnahme hinsichtlich Getreide und Mehl angeordnet. Bei Vorratsverheimlichung wurde angeordnet, mit der Erstattung der gerichtlichen Strafanzeige vorzugehen. In Wien ist naturgemäß der Magistrat mit der Durchführung der Vorratsaufnahme betraut und sind die dies betreffenden Weisungen schon ergangen. Es mag in diesem Stadium von allgemeinem Interesse sein, auf den Inhalt einer vom deutschen Bundesrat Anfang Oktober dieses Jahres erlassenen Verordnung, welche dem gleichen Zwecke dient, hinzuweisen. Dieselbe besagt, daß während der Dauer des gegenwärtigen Krieges den von den Landeszentralbehörden bestimmten Behörden jederzeit Auskunft über die Vorräte an Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere an Nahrungs- und Futtermitteln aller Art sowie an rohen Naturerzeugnissen, Heiz- und Leuchtstoffen zu geben ist. Zur Auskunft verpflichtet sind: 1. landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmer, in deren Betrieben die Gegenstände erzeugt oder verarbeitet werden; 2. alle, die solche Gegenstände aus Anlaß ihres Handelsbetriebes, oder sonst des Erwerbes wegen in Gewahrsam haben, kaufen oder verkaufen; 3. Kommunen, öffentlichrechtliche Körperschaften und Verbände.

Sehr beachtenswert sind die Bestimmungen über die Vorratsangaben. Auf Befragten sind anzugeben: 1. die Vorräte, die dem Befragten gehören oder die er in Gewahrsam hat; 2. die Mengen, auf deren Lieferung er Anspruch hat; 3. die Mengen, zu deren Lieferung er verpflichtet ist. Die Anfrage kann ausgedehnt werden auf folgende Punkte: 1. wer die Vorräte aufbewahrt, die dem Befragten gehören; 2. wem die fremden Vorräte gehören, die der Befragte aufbewahrt; 3. wann die Vorräte abgegeben werden können; 4. für welchen Zeitpunkt die Festsetzungen vereinbart sind, und 5. wofür früher angemeldete Vorräte abgegeben sind. Die anfragende Behörde ist berechtigt, zur Nachprüfung der Angaben die Vorratsräume des Befragten untersuchen und seine Bücher prüfen zu lassen. Jedes weitere Eindringen in die Vermögensverhältnisse ist unstatthaft. Wer die auf Grund dieser Verordnung gestellten Fragen nicht in der gesetzten Frist beantwortet oder wer wesentlich unrichtige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Durchführungsmaßnahmen der von unseren Verwaltungsbehörden angeordneten Vorratsaufnahme dürften sich in gleicher Richtung bewegen. Im Deutschen Reich sowohl wie hier sind darin vorbereitende Schritte zu erheblichen Behufs Bestimmung von Höchstpreisen für einzelne Lebensmittel und Nahrungsartikel, im Falle sich dazu bei fortschreitender Preissteigerung die Notwendigkeit ergeben sollte. Im gegebenen Falle kämen dann die verschiedenen Stadien der Produktion, des Handelsvertriebes und des Detailverkaufs für die Höchstpreisbestimmung in Betracht. In Deutschland sind bereits an verschiedenen Orten Höchstpreisbestimmungen durch die Militärkommanden erfolgt.

* Die Lebensmittelversorgung der Großstadt Wien. Handelskammerrat **B a h** st führte in seinem, am 21. d. im Wiener Gewerbeverein gehaltenen Vortrag über diese Frage aus: Bezüglich der Approvisionierung Wiens muß mit Rücksicht darauf, daß das Ende des Krieges nicht abgesehen werden kann, die äußerste Vorsicht empfohlen werden. Es muß getrachtet werden, die Approvisionierung vom Auslande unabhängig zu machen, beziehungsweise zu erhalten. Hinsichtlich der Fleischversorgung wird die Vorsorge für hinreichenden Nachwuchs an Schlachtvieh die wichtigste Aufgabe aller berufenen Faktoren sein. Das von der Regierung erlassene Verbot der Kälberschlachtung dient diesem Zwecke. Beim Verbrauch von Getreide und Mehl wird auch an die Heranziehung von Ersatzmitteln geschritten werden müssen. Als solche kommen hauptsächlich Gerste und Kartoffel in Betracht. Es wäre daher in erster Linie ein Verbot des Verbrauches von Kartoffeln für industrielle Zwecke (zur Spiritus-erzeugung) anzustreben. Im Haushalte wäre die möglichste Sparsamkeit beim Verbrauch von Mehl und die größere Verwendung von Gemüse zu empfehlen; dabei wäre zur Hebung des Nährwertes bei der Zubereitung der meisten Gemüsearten die Zugabe von Zucker empfehlenswert. Der Redner kam auf Grund seiner Darlegungen zu dem Schlusse, daß die derzeit bestehenden Preise zwar teilweise hoch sind, aber als eine Folge des Krieges nicht hintangehalten werden können, und daß im übrigen ein vollständiger Mangel noch bei keinem wichtigen Nahrungsmittel eingetreten sei.

23./X. 1914.

(Die Approvisionnement von Wien während der Kriegszeit.) In der letzten Plenarversammlung des Wiener Handels- und Gewerbevereines am 21. d. hielt Handelskammerrat B a b s t einen Vortrag über obiges Thema. Er hob einleitend hervor, daß die Approvisionnement einer Zweimillionenstadt auch zur Friedenszeit einen großen Apparat erfordere, dessen ungestörte Funktion in der schweren Kriegszeit, die wir jetzt durchleben, von doppelter Wichtigkeit ist, denn die Ruhe und Ordnung in der Großstadt hänge hauptsächlich davon ab, daß der Hunger von der Bevölkerung ferngehalten werde. Redner gab dann einige Biffen über die Verbrauchsmengen der für Wien wichtigsten Nahrungsmittel, Fleisch, Mehl, Milch und Eier, bekannt und wandte sich dann der Versorgung der Stadt mit den einzelnen Bedarfsartikeln während der Kriegszeit zu. Was die Approvisionnement Wiens für die fernere Zeit betrifft, so muß mit Rücksicht darauf, daß das Ende des Krieges nicht abgesehen werden kann, die äußerste Vorsicht empfohlen werden. Es muß getrachtet werden, die Approvisionnement vom Auslande unabhängig zu machen, beziehungsweise zu erhalten. Hinsichtlich der Fleischversorgung wird die Vorsorge für hinreichenden Nachwuchs an Schlachtvieh die wichtigste Aufgabe aller berufenen Faktoren sein. Das von der Regierung erlassene Verbot der Kälberschlachtung dient diesem Zwecke. Bei Verbrauch von Getreide und Mehl wird auch an die Heranziehung von Ersatzmitteln geschritten werden müssen. Als solche kommen hauptsächlich

Gerste und Kartoffel in Betracht. Es wäre daher in erster Linie ein Verbot des Verbrauches von Kartoffeln für industrielle Zwecke (zur Spirituserzeugung) anzustreben. Im Haushalt wäre die möglichste Sparsamkeit beim Verbrauch von Mehl und die größere Verwendung von Gemüse zu empfehlen, dabei wäre zur Hebung des Nährwertes bei der Zubereitung der meisten Gemüsearten die Zugabe von Zucker empfehlenswert. Redner kam auf Grund seiner Darlegungen zu dem Schluß, daß die derzeit bestehenden Preise zwar teilweise empfindlich hoch sind, aber als eine Folge des Krieges nicht hintangehalten werden können und daß im übrigen ein vollständiger Mangel noch bei keinem wichtigen Nahrungsmittel eingetreten sei.

Die Einführung von Höchstpreisen für Lebensmittel.

Wien, 26. Oktober.

Unter dem Vorsitze des Handelsministers Doktor Schuster Edlen v. Bonnoit fand am 24. d. eine Beratung von Vertretern der österreichischen und der ungarischen Regierung in der Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel statt. Bei der Beratung wurde ein Einverständnis über die Grundsätze erzielt, die bei der Feststellung von Höchstpreisen anzuwendenden wären, falls sich die Regierungen zu dieser Maßnahme entschließen sollten.

In den Beratungen wurden alle Vorfragen, welche die Einführung von Höchstpreisen bezwecken, eingehend durchbesprochen. Die Dispositionen für die Maximalpreise sind, wie verlautet, in hiesigen maßgebenden Kreisen günstig. Als Voraussetzung wird jedoch erklärt, daß eine Uebereinstimmung mit Ungarn erzielt werden müsse, weil die einseitige Einführung von Höchstpreisen in Oesterreich zwar technisch durchführbar wäre, aber so gut wie wirkungslos bleiben müsse. Es verlautet, daß auch in Ungarn keine Abneigung gegen die Einführung von Höchstpreisen besteht. Man glaubt, daß der überwiegende Teil der ungarischen Landwirte ihr Getreide bereits verkauft hat und daß sich große Vorräte in den Händen von einzelnen Händlern befinden, welche vielfach dieselben zurückhalten, um von noch höheren Getreidepreisen Nutzen zu ziehen. Wenn sich diese Voraussetzung bestätigen sollte, was sich ja aus der im Zuge befindlichen Erhebung der Lagerbestände ergeben müßte, würde der Versuch unternommen werden können, diese Vorräte durch Aufstellung von Höchstpreisen verfügbar zu machen. Eine Voraussetzung bildet auch die Einführung von Höchstpreisen in Deutschland, die aber schon für die nächste Zeit als bevorstehend angenommen wird.

* (Die Frage von Höchstpreisen für Lebensmittel.) Unter dem Vorsitz des Handelsministers Dr. Schuster Edlen v. Bonnot fand eine Beratung von Vertretern der österreichischen und ungarischen Regierung in der Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Lebensmittel statt. Bei der Beratung wurde ein Einverständnis über die Grundsätze erzielt, die bei der Feststellung von Höchstpreisen anzuwenden wären, falls sich die Regierungen zu dieser Maßnahme entschließen sollten.

Die Approvisionnement.

Obwohl die letzten Vieh- und Schweinemärkte hohe Preise ergaben, bietet sich immer noch reichlich Gelegenheit zur billigen Versorgung mit Fleischkost. In der Großmarkthalle waren gestern Leber und Milz selbst in den kleinsten Quantitäten zu 70 Heller per Kilogramm zu haben. Die gesteigerte Zufuhr in diesen Sorten rührt daher, daß nimmehr auch die bei den Konservenschlachtungen in Bruck a. d. Leitha abfallenden inneren Teile nach Wien gebracht werden. Auch in Seefischen wächst die Zufuhr von Woche zu Woche; gestern wurde der Preis für billigste Sorte mit 70 Heller per Kilogramm wieder erreicht. Kalbfleisch war in großen Mengen vorhanden und wurde billig abgegeben. Nur Rind- und Schweinefleisch sowie Schweinefett waren teuer und wurden darum wenig gekauft. — In der gestrigen

Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins teilte der Vorsitzende Vizepräsident Regierungsrat Frik mit, daß sich die kriegswirtschaftliche Kommission des Vereins wiederholt mit der Frage der Lebensmittelversorgung, insbesondere der Brotversorgung, befaßt habe. Die Aufhebung der Zölle zeige, daß diese Maßregel nicht genügt, um dem Steigen der Getreide- und Mehlpreise Einhalt zu tun, weil bis auf weiteres keine Einfuhren aus fremden Ländern möglich sind. Es wurde daher, gleich den wirtschaftlichen Korporationen Deutschlands, gefordert, daß Höchstpreise, und zwar für den Großhandel in Getreide und Mehl, nicht etwa bloß für den Kleinverkauf des Mehles, festgesetzt werden. Da aber auch diese Maßnahme allein nicht ausreichen würde, um die Versorgung mit Brot günstiger zu gestalten, hat der Gewerbeverein gefordert, daß die Verwaltungsbehörden von ihrer Ermächtigung Gebrauch machen, die Vorräte bei den Produzenten und Händlern zu erheben, eine Maßnahme, die schon in Durchführung begriffen ist; ferner daß seitens der Verwaltungsbehörden die Regelung des Verbrauches und die richtige Verteilung der Getreide- und Mehlvorräte an die Verbraucher vorgenommen werde, und zwar am zweckdienlichsten durch die Ausübung des den Behörden gleichfalls zustehenden Rechtes der Lieferpflicht oder der zwangsweisen Angabe. Der Gewerbeverein ist ferner dafür eingetreten, daß die Erzeugung der feinsten Mehle möglichst eingeschränkt und nur einige wenige Typen hergestellt werden, um das Ausbeuteverhältnis zu verbessern und die Festsetzung der Höchstpreise sowie die Durchführung der Lieferpflicht zu erleichtern. Schließlich wurde vorgeschlagen, daß, ähnlich wie in Ungarn, auch bei uns die Verwendung der Kartoffeln zur Spiritusbereitung eingeschränkt werde, damit ein entsprechender Teil der Kartoffeln zu Mehl verarbeitet und auf diese Weise dem Brotkonsum dienlich gemacht werden könne.

5. / XI. 1914.

Der Lebensmittelmarkt Berlins.

In den Tagen der Mobilmachung und zu Beginn des Krieges, als die Heeresverwaltung sämtliche Eisenbahnen mit Beschlag belegte, stockte natürlich die Lebensmittelversorgung Berlins, und man war ausschließlich auf die Wagenzufuhren aus der nächsten Umgebung angewiesen. Trotzdem ist die Eisenbahnverwaltung von Anfang an bemüht gewesen, trotz der großen Truppentransporte nach Möglichkeit auch die Lebensmittelzufuhren zuzulassen, so daß die Zentralstelle für die Versorgung der Reichshauptstadt mit Lebensmitteln, die Zentralmarkthalle, niemals vollständig von Zufuhren abgesperrt gewesen ist. Wie stehen jetzt, nachdem der Krieg ein Vierteljahr gedauert hat, in dieser Hinsicht die Dinge, und wie sind die Aussichten für die nächste Zeit? Auf diese Fragen teilte uns eine auf dem Lebensmittelmarkt Berlins maßgebende Persönlichkeit folgendes mit:

Im allgemeinen kommen natürlich infolge des Kriegszustandes weniger Zufuhren an, und in den ersten Tagen hatte das auch auf die Preise Einfluß. Jetzt kann aber, was die inländischen Zufuhren an Lebensmitteln aller Art anlangt, von einem guten, zum Teil sogar sehr reichlichen Angebot gesprochen werden. Während allerdings Hülsenfrüchte, Erbsen, Bohnen, Linjen, nur sehr wenig und teuer zu haben sind, kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß in den letzten Tagen sehr große Kartoffelzufuhren erfolgt sind. Am letzten Sonnabend waren über 400 Wagen Kartoffeln am Markt. Die Zufuhren waren so stark, daß der Ostbahnhof zeitweise gesperrt werden mußte. Es liegt also kein Grund für eine Kartoffelsteigerung vor. Sehr gut sind auch die Zufuhren an Kohl und Kohlrüben. Was uns fehlen wird, ist italienischer Blumentohl. Während unsere Dösternte aber gut ausgefallen ist, stocken die Zufuhren von Südfrüchten fast ganz. Die Zufuhren an Fleisch sind ausreichend. Wild kommt nur knapp, weil jetzt natürlich weniger geschossen wird. Während hiesiges Geflügel reichlich, aber etwas teurer angeboten wird, sind Gänse knapp, da die großen Zufuhren aus Rußland fehlen. Infolgedessen wird der Gänsebraten in diesem Winter ein kostspieligeres Vergnügen. An Eiern, die in dieser Jahreszeit ja immer knapp sind, fehlen vor allem die großen Zufuhren aus Galizien.

Nahrungsmittelvorsorge.

Von Hugo Seemann, Hauptmann d. R.

Als ein deutscher Hauptmann gefragt wurde, wie lange der Krieg dauern dürfte, gab er ernststen Tons die Antwort: „Fragen Sie Gott!“ Trotz der großen und raschen Erfolge der deutschen und österreichischen Waffen wird sich niemand vermessen, ein rasches Ende des Kriegszustandes vorherzusagen, und man braucht noch lange kein Pessimist zu sein, wenn man damit rechnet, daß der Krieg den Winter überdauern wird. Werden wir auch dann noch genügend Lebensmittel haben, wenn hunderttausend Hände zum Acker und Säen fehlen, wenn feindliche Flotten die Zufuhr zur See unterbinden, wenn etwa gar Mißwachs eintritt. Der gute Wille anderer Berufsclassen, dem Bauern bei seiner Arbeit zu helfen, ist zwar sehr löblich, jedoch kaum besonders wirksam: pflügen, säen und die schwere Feldarbeit erlernt man nicht im Sandumdrehen, dazu braucht man Erfahrung und langjährige Übung.

Demnach müssen wir froh sein, wenn es der Landwirtschaft trotz Beistellung von Hilfskräften auch nur annähernd gelingt, den Anbau im bisherigen Umfang durchzuführen. Wie soll jedoch das Mehrerfordernis gedeckt werden, da Mann und Pferd in Kriegszeit weit reichlicher genährt werden müssen als sonst, da zahlreiche Kriegsgefangene zu versorgen sind, da manche Vorräte durch das wechselnde Kriegsalud zerstört werden? Was soll vollends dann geschehen, wenn die nächste Ernte mißraten würde?

Somit ist es ein Gebot der Klugheit, schon jetzt für einen Notvorrat zu sorgen; dies könnte folgendermaßen geschehen: Allorts gibt es Grundflächen, die nicht für den Anbau von Nahrungspflanzen ausgenutzt sind. So stolz eine Stadt oder eine Villenkolonie auf ihre prächtigen Gartenanlagen sein mögen, so wäre es doch eine Verschwendung, den hungrigen Blumen statt Brot zu bieten. Beiderseits der Bahngleise sind lange Streifen Landes nur stellenweise für Gärten der Bahnwächter ausgenutzt. Mancher sonnige Waldrand würde sich für den Anbau von Stangenbohnen eignen. Wie nützlich wäre es, wenn in jeder Gemeinde derartige anbaufähige Flächen ermittelt und dem Anbau zugeführt werden könnten; bei der allseits vorhandenen Opferwilligkeit würden sich wohl die meisten Besitzer bereit finden, derartigen Grund kostenlos auf Kriegsdauer zu Anbauzwecken herzugeben.

Die Bearbeitung des Bodens, die Düngung, der Anbau usw. erfolgt durch die Schulkinder unter Leitung des Lehrpersonals und sonstiger freiwilliger Aufsichtspersonen. Selbstverständlich wäre jedermann als Hilfskraft willkommen; nur müßte jedes planlose Arbeiten vermieden werden, weshalb den Anordnungen der von jeder Gemeinde zu bestimmenden Vertrauensmänner (kenntlich an einer weißblauen Kokarde) unbedingt Folge zu leisten ist. Es soll nicht mehr Grund in Bearbeitung angenommen werden, als sicher bewältigt werden kann; wer sich einmal der Sache angenommen hat, der betrachte es als Ehrenpflicht, bis zur Ernte mitzuwirken. Was gebaut wird, hängt vom Klima und der Bodenbeschaffenheit ab; wichtig ist, daß ein baldiges Erträgnis zu erhoffen ist und daß

die Früchte, soweit sie nicht zur Fütterung der Kaninchen verwendet werden, aufbewahrungsfähig und haltbar sind. Vor allem sind Schoten-gemüse anzubauen, die selbst in milderem Boden fortkommen, wenig Pflege beanspruchen, vom Frühjahr bis in den Spätherbst Früchte liefern und vermöge ihres Stickstoffgehaltes für Menschen und Tiere gleich nahrhaft sind.

Insofern die vorgezeichnete Jahreszeit keinen Anbau mehr gestattet, sind die Grundstücke soweit vorzubereiten, daß im Frühjahr sofort mit der Aussaat begonnen werden kann.

Besonderes Augenmerk wäre der Beschaffung reichlichen Düngers zu widmen. Mehr als bisher müssen alle humusbildenden Stoffe (vor allem Stallmist, dann Küchenabfälle, Federn, Horn-

späne, Kalk, Kehricht, Knochen, Delfuchen, Gemüßabfälle, Gras, Laub, Lederreste, Moos, Ruß, Sägespäne, Schlachtabfälle, Schlamm aus Teichen und Gräben, Wollabfälle, Lumpen usw.) gesammelt und zur Kompostbereitung verwertet werden. Würden sich die Stadtverwaltungen bereit finden, wenigstens auf Kriegsdauer Sammelkisten aufzustellen, deren Inhalt von den leeren Marktfuhrwerken aufs Land zu schaffen wäre, so könnte dem Boden viel Saft und Kraft zurückgegeben werden, falls jeder Haushalt die wertvollen Abfälle zu den Sammelstellen bringen würde; mag auch der einzelne Beitrag noch so klein sein, so wird die ständige Leistung vieler doch bald wertvolle Erfolge zeitigen.

Behufs Ergänzung des Fleischvorrates sollte ehestens in jeder Gemeinde ein Raum, der sich zur Aufstellung von Kaninchenbähältern eignet, ermittelt werden. Aus Brettern und Latten lassen sich leicht primitive Käfige zusammennageln. Die Pflege und Fütterung der Tiere erfolgt durch Schulkinder unter Leitung Erwachsener. Das Futter ist tunlichst den früher erwähnten eigenen Anpflanzungen zu entnehmen, sonst durch tägliches Sammeln von Haus zu Haus aufzubringen. Bezüglich Beschaffung der Zuchttiere wende man sich an einen der zahlreichen Kaninchenzüchtervereine, die sicherlich auch Anleitungen zur Pflege der Kaninchen zur Verfügung stellen werden.

Schlieflich wäre das Sammeln von Beeren, Säwäurern, Heilkräutern, Haselnüssen, Kastanien usw. zur Aufbesserung der Krankenkost, Herstellung von Fruchtconserven, Obstweinen und Heiltränken, als Futterersatz usw. zu empfehlen. Insofern nicht wohlthätige Hausfrauen die Beeren zum Einkochen übernehmen, um die Marmelade dem Kriegsvorortamt zur Verfügung zu stellen, möge jede Gemeinde eine Sammelstelle bestimmen, wo die übrigen Beeren sogleich ausgedreht und die sonstigen Ergebnisse der Sammelthätigkeit übernommen werden.

„Alles sehr schön!“ wird vielleicht jemand einwenden; „dazu braucht man aber eine weitverzweigte Organisation.“ Nun, machen wir es wie die Gemeinde, in der es zum erstenmal brennt: Löschen wir alle das Feuer und gründen wir dann erst die freiwillige Feuerwehr! Gegen jeden Vorschlag gibt es Einwände; recht behält der, der tatkräftig zugreift. Wenn es sich in jeder Gemeinde erst einmal regt und sichtbare Erfolge zutage treten, dann werden auch die Behörden, die opferwillige Arbeit wohl fördern, aber nicht anfeuern können, helfend eingreifen; dann werden sich Frachtbefreiung für die fertigen Produkte, Magazine an Zentralstellen, Kühlwaagons und Gefrierräume für die geschlachteten Kaninchen, Obmänner für größere Gruppen, kurz, eine ganze Organisation finden.

Die Landwirtschaft soll durch diese Aktion in keiner Weise geschädigt werden, da es sich doch nur um die Aufbringung von Notvorräten handelt. Deshalb sollen auch die gesammelten Vorräte zur Verfügung des k. u. k. Kriegsministeriums bleiben, damit sie nicht auf den Markt gebracht werden und preisdrückend wirken. Sollte der Feldzug wider Erwarten rasch beendet sein, sollten die Getreide- und Futtererzeugnisse des regelrechten Landbaues allein genügen, so könnte der Notvorrat den Landwirten unentgeltlich zu Futterzwecken über-

lassen werden: wir würden unseren braven Soldaten, wenn sie als Sieger in die Heimat zurückkehren, vom Herzen gern Mastochsenbraten vorsehen.

So mögen denn die zahlreichen Freistunden der Berufsclassen, die sonst an den Schreibtisch, die Werkbank oder Verkaufspudel gefesselt waren, in reger Feldarbeit zum Wohle des Vaterlandes verwendet werden. Unsere Männer ringen mutig und erfolgreich mit dem Feinde; unsere Frauen werden in den Spitalern die Verwundeten pflegen; die Alten und die Jungen, die nicht mehr oder noch nicht das Schwert schwingen können, die sollen, durch die weißblauen Armbinde zu einträchtigem Streben geeinigt, die Sorge um das tägliche Brot fernhalten.

8. XI. 1914.

Und in Oesterreich?

Fast unmittelbar nach Kriegsbeginn ist in Oesterreich das Verlangen nach Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide gestellt worden. Zunächst von den Konsumenten, die durch die Preistreiberien der Spekulation aufgeschreckt wurden, dann, je weiter die Erzeße in der Preisbildung ausarteten, auch von jenen Kreisen, die wir sonst als die gebornen Freunde teurer Brotfrucht kennen, von den Agrariern selbst. Und endlich, gegen das Ende des dritten Kriegesmonats, hörte man, daß die Frage von den Behörden ernstlich studiert, daß Verhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung stattfinden, daß die amtliche Festsetzung der Höchstpreise für Getreide unmittelbar bevorstehe. In den letzten Tagen haben sich große ungarische Mühlen geweigert, Mehl zu verkaufen, und haben diese Politik merkwürdigerweise damit begründet, daß sie nicht wüßten, zu welchem Preise sie den Weizen würden zahlen müssen. Heute aber hat die Börse, die in der vorigen Woche — in der Erwartung von Höchstpreisen — sich zu einem freilich recht unbedeutenden Entgegenkommen bereitgefunden hatte, keine Spur von Mengslichkeit mehr gezeigt. Im Gegenteil. Die Forderungen für alle Getreidearten, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, wurden beträchtlich in die Höhe gesetzt: für den Meterzentner Marchfelder Roggen zum Beispiel wurden 34 Kronen gefordert und bezahlt. Es scheint, daß sich die Börse vor den Höchstpreisen nicht fürchtet, daß sie entweder glaubt, daß diese Höchstpreise noch höher sein werden als die unerträglichen Preise, die heute gelten, oder daß die Verordnung schon so viele Hintertürchen offen lassen werde, als notwendig sind, damit sie unwirksam werde. Alles, was bis jetzt geschehen ist, besteht in der Vorschrift, daß vom 1. Dezember an dem Brotmehl eine bestimmte Menge von Gerstenmehl (oder Maismehl) zugesetzt werden muß. Aber wenn ein Meterzentner Gerste 30 Kronen kostet, so kann diese Maßregel offenbar zur Verteidigung der Brotpreise nichts oder fast nichts beitragen und ganz sicherlich muß sie von jenen als unzureichend betrachtet werden, die glauben, daß es sich in erster Linie nicht einmal so sehr um preispolitische Wirkungen als darum handelt, für die Ernährung unserer Bevölkerung planmäßige Vorsorge zu treffen.

In Oesterreich geschieht also vorläufig nichts und wir können nur hoffen, daß die verantwortlichen Stellen sich ihrer Verantwortung wohl bewußt und aus der genauen Kenntnis der Verhältnisse heraus zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß das Nichteingreifen des Staates die richtige und zweckmäßige Politik sei. In anderen Staaten denkt und handelt man anders.

In der Schweiz hat die staatliche Fürsorge sofort am Tage der Kriegserklärung zwischen Deutschland und Frankreich eingesezt. Die Schweiz erzeugt kaum ein Fünftel ihres Getreidebedarfes im eigenen Lande, sie ist also auf den Import von Getreide im höchsten Maße angewiesen. Das ist sonst die Aufgabe des privaten Handels und es würde den Händlern wohl auch während des Krieges möglich gewesen sein, Getreide in genügenden Mengen in die Schweiz zu bringen. Aber dann wäre das Schweizer Volk diesen Händlern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert gewesen. Was tut also der Bundesrat? Er übernimmt selbst die Einfuhr von Getreide, bewirkt durch ein Abkommen mit den kriegsführenden Staaten daß die vom Bunde gemieteten Dampfer auf der Seereise unbehindert bleiben und der Weizen, als dem Bunde gehörig, auf den französischen und

italienischen Bahnen prompt befördert wird. Diesen Weizen gibt der Bund den Mällern zum Preise von dreißig Franken für den Meterzentner unter der Bedingung, daß sie das Mehl zu dem vom Bund festgesetzten Preise von 38 Franken verkaufen. Es ist niemandem verboten, Weizen in die Schweiz zu importieren; aber da der private Händler mit Risiken zu rechnen hat, die der Bund nicht treffen können, so hat der Getreidehandel vollständig aufgehört. Der Bund hat, nicht rechtlich, aber praktisch, durch eine Verordnung von vierzig Druckzeilen das Getreidehandelsmonopol etabliert. Das „eidgenössische Amt für Getreideversorgung“ wird von dem Präsidenten der Züricher Getreidebörse Herrn Loosli geleitet. Acht Beamte genügen, um den ganzen Apparat zu bedienen, nicht bürokratisch-verzopft, sondern nach kaufmännischen Grundsätzen. Das Schweizer Volk freut sich seiner gesicherten Brotversorgung und zahlt für sein Brot einen Preis, der um die Hälfte billiger ist als in Oesterreich. Der Bund hat ein schwieriges Problem mit Ernst angepackt und glänzend gelöst.

In Deutschland sind Höchstpreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer festgesetzt worden, und zwar niedrigere Preise, als sie sich vorher im freien Handel gebildet hatten. Die Händler, die die Preise getrieben hatten, hatten eben den Schaden getragen. Parte Rückfichtnahme auf die Interessen der Händler ist der Regierung des Deutschen Reiches weniger wichtig erschienen als die Wahrung der Interessen des Volkes. Aber bei der Regulierung der Getreidepreise ist Deutschland nicht stehen geblieben. Es hat auch den Preis für Zucker normiert und hat in den jüngsten Tagen den Verkauf von Kartoffelmehl monopolisiert. Nachdem die Regierung dafür gesorgt hatte, daß im ganzen Reich Anstalten zum Trocknen der Kartoffeln errichtet werden, hat sie nun verfügt, daß alles Kartoffelmehl aus-

schließlich an eine von ihr gegründete und kontrollierte besondere Anstalt verkauft werden dürfe. Deutschland wird also viel billigeres Kartoffelmehl haben. In Oesterreich ist der Preis dieses wichtigen Ersatzmittels in den letzten vier Wochen um fast die Hälfte gestiegen. Denn es ist nichts geschehen, um die Produktionsmöglichkeiten zu vermehren.

In Oesterreich, und in Oesterreich allein, glaubt man, ohne das Eingreifen des Staates auskommen zu können. Auch die österreichischen Agrarier sind diesmal mit uns der Meinung, daß diese Politik weder der Landwirtschaft noch den Konsumenten nütze. Aber wenigstens die Börse hat ihre begeisterte Zustimmung kundgetan und die Preise steigen weiter und weiter.

11. / XI. 1914.

* (Die Hausfrauen und die Lebensmittelverteuerung.) Die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs hat durch ihre Vorsitzenden Frau Fanny Freund-Marcus und Frau Helene Granitsch beim Ackerbauminister Dr. Zenker und beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein Memorandum überreicht. Demselben entnehmen wir: Schon bei Ausbruch des Krieges sind wir Hausfrauen namens der Konsumentenschaft vorstellig geworden und haben die Notwendigkeit des Erlasses von Maximalpreisen für die wichtigsten Lebensmittel betont; wir haben ferner um die Erlassung eines Gesetzes, bezüglich die Entziehung der Erdäpfel zu industriellen Betrieben in vollem Umfange gebeten und auf die Notwendigkeit der Kleintierzucht im Weichbilde der Stadt Wien hingewiesen. Ebenso baten wir, die Regierung möge den Export von Eiern und Hülsenfrüchten nach Möglichkeit einschränken. Auch auf die Schwierigkeiten der Kohlenapprovisionierung haben wir hingewiesen und nicht nur um die entsprechenden Maßnahmen für die Erleichterung des Kohlenverkehrs in der Stadt selbst gebeten, sondern auch positive Vorschläge hierfür gemacht. Nun wird seit Wochen von den Konsumenten die Einführung der Maximalpreise vergeblich erwartet und verlangt, und da Mehlspreise, Hülsenfrüchtenpreise und Getreidepreise stetig steigen, sehen wir uns veranlaßt, um Maßnahmen zum Schutze der wichtigsten Lebensmittelpreise im Interesse der allgemeinen Volksernährung zu bitten. Wir finden die Maßnahmen umso dringender, als es sich einerseits um die gesamte Volksernährung handelt und andererseits die vielen Tausende rekonvaleszenter Soldaten, die im Interesse des Staates wieder wehrfähig gemacht werden wollen, bei der Höhe der heutigen Lebensmittelpreise und bei der fortschreitend drohenden Steigerung derselben einer eminenten Gefahr der Unterernährung ausgesetzt erscheinen. Gleichzeitig erklären wir Hausfrauen, daß es uns bisher gelungen ist, durch eine ausgezeichnete Organisation der Milchapprovisionierung den billigen Preis von 27 bis 31 Heller per Liter Vollmilch zu halten, daß aber, wenn nicht durch Maximalpreise für Futtermittel die Milchwirtschaft rentabler gestaltet wird, auch dieses wichtigste, hygienisch unerläßliche Volksnahrungsmittel in die Kriegspreissteigerung hineingezogen werden könnte. Leider hat die Abnahme der Rentabilität der Milchwirtschaft, die zu Notschlachtungen vielfach Anlaß gibt, eine Verbilligung des Detailsfleischpreises auf dem Wiener Markte nicht herbeigeführt. Wir verweisen auf die Steigerung der Eier- und Gemüsepriese, und müssen namens der Konsumentenschaft erklären, daß angesichts all dieser Marktpreisverhältnisse, welche das Haushaltungsbudget breiter Massen dauernd aus dem Gleichgewicht drängen, dringendst energische und wirksame Maßnahmen seitens der Behörden und der Regierung erforderlich erscheinen.

11./X. 1914.

Die Approvisionierung im Kriege.**Die Hausfrauen und die Maximalpreise.**

Die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs hat durch ihre Vorsitzenden Frau Fanni Freund-Markus und Frau Helene Granitsch beim Ueberbauminister Dr. Jenker und beim Bürgermeister ein Memorandum überreicht. Dem Memorandum entnehmen wir folgendes:

„Schon beim Ausbruch des Krieges sind wir Hausfrauen namens der Konsumentenschaft vorstellig geworden und haben die Notwendigkeit des Erlasses von Maximalpreisen für die wichtigsten Lebensmittel betont; wir haben ferner um die Erlassung eines Gesetzes in Bezug auf die Entziehung der Erdäpfel zu industriellen Betrieben in vollem Umfang gebeten und auf die Notwendigkeit der Kleintierzucht im Weichblde der Stadt Wien hingewiesen. Ebenso haben wir, die Regierung möge den Export von Eiern und Hülsenfrüchten nach Möglichkeit einschränken. Auch auf die Schwierigkeiten der Kohlenapprovisionierung haben wir hingewiesen und nicht nur um die entsprechenden Maßnahmen für die Erleichterung des Kohlenverkehrs in der Stadt selbst gebeten, sondern auch positive Vorschläge gemacht.

Die behördlichen Zusicherungen, daß mit der Einführung der Maximalpreise rechtzeitig eingesezt werden würde, hat uns Hausfrauen veranlaßt, die Konsumenten von den Voreinkäufen abzuhalten, und die Hausfrauen haben auch in ihrer Kriegsbudgetierung einen gesetzlichen Maximalpreis von 60 S. für ein Kilogramm Mehl als die Grenze angesehen. Nun wird seit Wochen von den Konsumenten die Einführung der Maximalpreise vergeblich erwartet und verlangt, und da die Mehlpreise, Hülsenfrüchtenpreise und Getreidepreise stetig steigen, sehen wir uns veranlaßt, um Maßnahmen zum Schutze der wichtigsten Lebensmittelpreise im Interesse der allgemeinen Volksernährung zu bitten. Wir finden die Maßnahmen um so dringender, als es sich einestheils um die gesamte Volksernährung handelt und anderseits die vielen Tausende rekonvaleszenter Soldaten, die im Interesse des Staates wieder wehrfähig gemacht werden sollen, bei der Höhe der heutigen Lebensmittelpreise und bei der fortschreitend drohenden Steigerung derselben einer eminenten Gefahr der Unterernährung ausgesetzt erscheinen.

Gleichzeitig erklären wir Hausfrauen, daß es uns bisher gelungen ist, durch eine ausgezeichnete Organisation der Milchapprovisionierung den billigen Preis von 27 bis 31 S. pro Liter Vollmilch zu halten, daß aber, wenn nicht durch Maximalpreise für Futtermittel die Milchwirtschaft rentabler gestaltet wird, auch dieses wichtigste, hygienisch unerläßliche Volksernährungsmittel in die Kriegspreissteigerung hineingezogen werden könnte. Leider hat die Abnahme der Rentabilität der Milchwirtschaft, die zu Notschlachtungen vielfach Anlaß gibt, eine Verbilligung des Detailsfleischpreises auf dem Wiener Markt nicht herbeigeführt.

Wir verweisen auf die Steigerung der Eier- und Gemüsepreise und müssen namens der Konsumentenschaft erklären, daß angesichts all dieser Marktpreisverhältnisse, welche das Haushaltsbudget breiter Massen dauernd aus dem Gleichgewichte drängen, dringendst energische und wirksame Maßnahmen seitens der Behörden und der Regierung erforderlich erscheinen.

Die Vorsitzenden der Reichsorganisation
der Hausfrauen Oesterreichs.“

17./XI. 1914

Die Lebensmittelpreise. Der Wiener Magistrat teilt mit: Auf den Märkten und in den Markthallen werden seit Kriegsbeginn die **Kleinhandelspreise** der wichtigsten Lebensmittel täglich in den Frühstunden vom Marktamt erhoben und auf eigenen Amtstafeln kundgemacht. Die Verkäufer sind außerdem gemäß § 52 der Gewerbeordnung verpflichtet, die Verkaufspreise bei den Ständen und Verkaufsplätzen anzuschreiben. Das Publikum wird hierauf aufmerksam gemacht und ersucht, alle Beschwerden wegen Nichteinhaltung der verlautbarten Kleinhandelspreise bei den Marktamtorganen des Bezirkes vorzubringen.

20. XI. 1914.

Die Versorgung von Neufölln mit Lebensmitteln. Die Kriegsnotstandskommission hat in Uebereinstimmung mit dem Magistrat einen Lieferungsvertrag über 30000 Zentner gute Eßkartoffeln und 500 Tonnen Isländer Fettheringe abgeschlossen. Die Ausgabe dieser Lebensmittel erfolgt nach einem Abkommen mit den Gemüse- und Kartoffelhändlern vom 1. Dezember d. J. ab durch die Gewerbetreibenden, die ihren Bedarf aus den städtischen Beständen gegen Barzahlung vom 20. November ab decken und alsdann regelmäßig ergänzen, so daß ein Mangel in der Lieferung nicht eintritt. Die als Ausgabestellen in Aussicht genommenen Geschäfte werden durch Anschläge gekennzeichnet werden. Um die jetzigen Preise für Brot und Backwaren beibehalten zu können, soll mit den Neuföllner Bäckermeistern eine Vereinbarung getroffen werden, daß das Mehl durch die Stadt für einen bestimmten

Preis an die Bäckermeister geliefert wird. Zur Durchführung dieser Absicht soll vorher den Vorstandsmitgliedern ein aus städtischem Roggen bereitetes Mehl geliefert und dessen Verwendbarkeit für die Herstellung der Backwaren ausprobt werden. — Ueber die Frage, ob die Lieferung der bisher von der Stadt verausgabten Margarine künftig durch die Kaufleute erfolgen soll, wurde die Beschlußfassung vorläufig ausgesetzt.

2./III. 1914.

* (Der Dezembermarkt im Kriegsjahre.) Die Störungen, denen die Marktzufuhr in der letzten Zeit ausgesetzt war, haben eine Reihe von Artikeln des Viktualienverkehrs unberührt gelassen. So werden Kraut, verschiedene Gemüse, auch Zwiebel, dann gangbare Obstsorten wie Birnen und Äpfel nicht teurer verkauft als im Vorjahre. Dagegen sind neuestens bezüglich anderer Artikel des Weihnachtsmarktes empfindliche Preissteigerungen, verursacht durch die Störung der Zufuhren, zu verzeichnen. So hat der Süßfrüchtenhandel, speziell in Ribeben, Datteln, Mandeln usw. einen großen Ausfall zu verzeichnen, da die Zufuhren aus der asiatischen Türkei größtenteils ausblieben. Vielfach ist nur ein Rest der alten Vorräte übrig geblieben. Die trockenen kalifornischen Zwetschken, sonst ein bevorzugtes Obst, sind ganz ausgeblieben und es sind nur mehr alte Vorräte vorhanden, die per Kilogramm von 2 Kronen auf 4 Kronen stiegen. Auch in Feigen ist die Zufuhr eine spärliche. Dagegen werden die aus Italien kommenden „Mishen“ und „Asperln“ fortgesetzt bezogen. Das kalifornische getrocknete Obst ist heuer ganz ausgeblieben. Bemerkenswert ist auch, daß sehr wenig getrocknete Schwämme auf den Märkten zu sehen sind. Im heurigen Kriegssommer hat es an Deuten gefehlt, die das Sammeln der Schwämme wie früher betrieben. Die Zufuhren an dänischer Butter sind nach wie vor namhafte. Trotzdem macht sich im Detailverkehr eine Preissteigerung geltend. Für ein Achtelkilo Teebutter, das gewöhnliche Maß des Einkaufes kleiner Haushaltungen, wurden bereits auf äußeren Bezirksverfleischstellen 63 Heller bezahlt. Eier sind bekanntlich bedeutend im Preise gestiegen. Während normal 25 Stück frische Ware für 2 Kronen zu haben waren, ist dieser Preis gegenwärtig nur mehr für 12 Stück maßgebend. Im Detailverfleisch ist der Preis von 20 Heller für ein Stück Tee-Ei nichts Seltenes mehr. Selbst das „Kalkei“, das früher 8 bis 9 Heller kostete, hat bereits den Preis von 16 Heller erreicht. Erdäpfel, die früher en gros um 8 Kronen für 100 Kilogramm zu haben waren, kosten jetzt 13 Kronen. Trotzdem ist keineswegs die „Einlagerung“ größerer Erdäpfelquantitäten in ungeeigneten Wohnräumen, wie dies seitens zahlreicher Hausfrauen geschieht, zu empfehlen, da die Erdäpfel leicht fleckig, säß und well werden. Vor einigen Tagen wurde der Verkaufspreis der auf den Markt gebrachten „Bauerungänse“ mit Kr. 1.60 per Kilogramm festgesetzt.

6. XII. 1914.

Sparsamkeit im Haushalt.**Ein Merkblatt der preussischen Regierung.**

Der preussische Handelsminister richtete an die Regierungspräsidenten nachstehenden Erlaß:

Wenn die im Lande vorhandenen Lebensmittel während der Dauer des Krieges ausreichen sollen, muß die ganze Bevölkerung sich stets und ständig der Verpflichtung bewußt bleiben, mit allen Nahrungsmitteln, namentlich aber mit dem Brot, häuslich älterisch umzugehen. Es kommt darauf an, in allen Kreisen das noch vielfach fehlende Verständnis dafür zu erwecken, daß jeder nach Kräften und Gelegenheit in der eigenen Familie und wo es auch immer sei, auf Sparsamkeit hinzuwirken hat. Jeder kann und muß durch pflegliches Umgehen mit der täglichen Nahrung für seinen Teil dem Vaterland einen Dienst erweisen. Die möglichst weite Verbreitung des beiliegenden Merkblattes wird zur Erreichung des Zieles beitragen. Es sollte daher in den Warteräumen der mir unterstellten Behörden, in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, auf den Versicherungsämtern, Krankenkassen, Volksschulen und Speiseanstalten, in den Arbeits-, Ankleide und Speiseräumen der industriellen Werke, in den Verkaufsräumen der Konsumanstalten oder Konsumvereine sowie in den Warteräumen der Arbeitsnachweise und der größeren gewerbmäßigen Stellenvermittler, kurz an allen Stellen, wo ein größerer Personenverkehr stattfindet, dies Merkblatt oder ein anderes ähnlicher Tendenz an leicht sichtbarer Stelle aushängen. Ferner ist allen Schülern und Schülerinnen der meiner Verwaltung unterstehenden Fach- und Fortbildungsschulen ein Abdruck des Merkblattes zu behändigen. Außerdem ist das Merkblatt in jedem Schulzimmer auszuhängen.

Das Merkblatt lautet:

„Deutschland steht gegen eine Welt von Feinden, die es vernichten wollen. Es wird ihnen nicht gelingen, unsere herrlichen Truppen niederzurufen, aber sie wollen uns wie eine belagerte Festung aushungern. Auch das wird ihnen nicht gelingen, denn wir haben genug Brotkorn im Lande, um unsere Bevölkerung bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Nur darf nicht vergeudet und die Brotrucht nicht an das Vieh verfüttert werden. Haltet darum haus mit dem Brot, damit die Hoffnungen unserer Feinde zuschanden werden.“

Seid ehrerbietig gegen das tägliche Brot, dann werdet Ihr es immer haben, mag der Krieg noch so lange dauern. Erzieht dazu auch Eure Kinder.

Verachtet kein Stück Brot, weil es nicht mehr frisch ist. Schneidet kein Stück Brot mehr ab, als Ihr essen wollt. Denkt immer an unsere Soldaten im Felde, die oft auf vorgeschobenen Posten glücklich wären, wenn sie das Brot hätten, das Ihr verschwendet.

Eßt Kriegsbrot; es ist durch den Buchstaben K kenntlich. Es sättigt und nährt ebenso gut wie anderes. Wenn alle es essen, brauchen wir nicht in Sorge zu sein, ob wir immer Brot haben werden.

Wer die Kartoffel erst schält und dann kocht, vergeudet viel. Kocht darum die Kartoffeln in der Schale. Ihr spart dadurch. Abfälle von Kartoffeln, Fleisch, Gemüse, die Ihr nicht verwerten könnt, werft nicht fort, sondern sammelt sie als Futter für das Vieh; sie werden gern von den Landwirten geholt werden.“

6./XII. 1914.

* Das Gastgewerbe und die Nahrungsmittel. Die Genossenschaft der Gastwirte und das Gremium der Hoteliers und Pensionsinhaber in Wien haben an ihre Mitglieder die Aufforderung gerichtet, im allgemeinen Interesse mit dem Verbrauch von Nahrungsmittel äußerst sparsam vorzugehen und nur so viel an Speisen vorzubereiten, als aufgebracht werden. Es sei dadurch mitzuwirken, daß alle Waren zu ihrem vollen Werte ausgenützt werden. Wenn das Publikum dabei mit- hilft, wird dies einen ökonomischen Verbrauch an Rohwaren ergeben, der gewiß für die weitere Preis- bildung derselben zum Vorteil aller Konsumenten maßgebend sein wird. Es ist wohl selbstverständlich, daß es sich dabei um die wichtigsten Nahrungsmittel, wie Fleisch, Fett, Butter, Eier, Mehl, Hülsenfrüchte, auch Kaffee usw. handelt. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Angelegenheit ist eine genaue Wirtschaftsfüh- rung sowie auch ein fester Zusammenhalt der Ge- nossenschaftsmitglieder unbedingt notwendig.

6. / VII. 1914.

Die Volksernährung im Kriege.

Merktblatt,

herausgegeben vom

Frankfurter Ärztlichen Verein in Verbindung mit der Städtischen Lebensmittelkommission.

Der Frankfurter Ärztliche Verein hat eine ständige Kommission für Volksernährungsfragen eingerichtet. Die Kommission ist gern bereit, Wünsche, Anregungen und Anfragen aus der Bevölkerung entgegenzunehmen. Die Kommission hat zunächst in gemeinsamer Beratung mit der Städtischen Lebensmittelkommission dieses folgende Merktblatt bearbeitet, das als Richtschnur dienen möge:

Nach Maßgabe der amtlichen Mitteilungen über die vorhandenen Vorräte besteht die angeordnete Gefahr des Aus Hungerns nicht. Vielmehr können wir bis zur nächsten Ernte gut durchhalten, wenn wir

1. die weniger vorhandenen Nahrungsmittel durch reichlicher vorhandene ersetzen,
2. im allgemeinen mit den vorhandenen Vorräten möglichst sparsam umgehen; sonst werden die Preise mancher Nahrungsmittel in einigen Monaten auf eine, für viele sehr unerwünschte Höhe hinaufgehen.

Für die einzelnen Nahrungsmittel kommen folgende Grundfälle in Betracht:

1. **Fleisch:** Es ist zu empfehlen, den Fleischgenuß im allgemeinen einzuschränken, insbesondere auch bei Kindern. Dies ist vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nötig, vom gesundheitlichen Standpunkt aus zulässig. Wir können den durchschnittlichen Fleischverbrauch ohne Bedenken auf die Hälfte des jetzt in Deutschland üblichen herabdrücken. Man bevorzuge das Fleisch ausgewachsener Tiere (Ochsen, Schweine, Hammel, ausgewachsenes Geflügel und Wild). Man vermeide das Fleisch junger Tiere (Kalber, Ferkel, junges Geflügel), die für die Aufzucht nötig sind. Kaninchen liefern ein billiges, wohlschmeckendes Fleisch; ihre in manchen Gegenden schon jetzt angeführte Zucht ist daher für die Zukunft anzuraten.

2. **Seefische:** Kabeljau, Stöckfische, Serringe sind ein wichtiger Ersatz für Fleisch.

3. **Eier:** Größte Sparsamkeit ist zu beobachten, da das Inland nur einen kleinen Teil des gewöhnlichen Eierbedarfs decken kann.

4. **Milch:** Milch und ihre Abarten stellen die billigste Eiweißnahrung dar, desgleichen Sauermilch, Molken, Magermilch und Buttermilch; die beiden letztgenannten enthalten noch die Eiweißkörper und den Zucker der Milch und sind daher gute Nahrungsmittel. Aber geht sparsam mit der Milch um! Auch Käse ist ein billiger Eiweißträger, insbesondere der sogenannte Magerkäse.

5. **Hülsenfrüchte:** Erbsen, Linsen, Bohnen werden meist aus dem Auslande eingeführt, sie sind jetzt sehr teuer und schwer erhältlich. Ihr stärkerer Anbau im Inland ist dringend notwendig.

6. **Fette:** Vor übertriebenem und verschwenderischem Gebrauch der Fette ist zu warnen, doch schalte man die Fette keineswegs aus der Kost ganz aus. Besondere Sparsamkeit ist geboten in bezug auf Butter, Rahm, ausländische Pflanzenfette, Schweineschmalz und Margarine, man bevorzuge Rinderfett, Mischungen von Del mit Rinderfett, Buchenöl, Sesamöl und das billige nahrhafte Ruspfeisefett. Ein wertvolles Ersatzmittel für Fett ist Zucker, der Nährwert von 2 g entspricht dem von 1 g Fett.

7. **Brot:** Die Weizenvorräte sind etwas knapp, von Roggen ist genügend vorhanden. Man schränke den Genuß von Weißbrot und Kuchen (reinem Weizengebäck) möglichst ein und bevorzuge Roggenbrot (sogenanntes Schwarzbrot, oder Roggenbrot); in ihm sind Roggen- und Weizenmehl zweckmäßig gemischt. Das hier übliche sogenannte gemischte oder Schlüßterbrot entspricht allen Anforderungen. Sehr zu empfehlen ist das Ganzkorn- und Vollkornroggenbrot; sie regen die Darmtätigkeit in willkommener Weise an. Der gewöhnlich vorgezeichnete Zusatz von Kartoffeln macht das Brot schmackhaft und erhält es länger frisch.

8. **Gerste, Hafer, Hirse** sind reichlich vorhanden und diese nahrhaften Nahrungsmittel sollten in verschiedenster Weise verwendet werden, namentlich für Kinder. (Grützen, Breie, Suppen, gemischte Mehl- und Milchspeisen.)

9. **Reis und Mais** sind sparsam zu verwenden.

10. **Kartoffeln** sind ausreichend vorhanden. Sie sind äußerst wertvolle Nahrungsmittel und können in den verschiedensten Zubereitungen genossen werden, namentlich ist der Zusatz von Fetten und Ölen zu empfehlen.

11. **Gemüse:** Vor allem kommen in Betracht die familiären Kohlsorten (namentlich Sauertraut, Weißkraut, Rotkraut usw.) und die sich durch ansehnlichen Zuckergehalt auszeichnenden Rüben (weiße Rüben, gelbe Rüben usw.) Von wildwachsenden Kräutern und Stauden können als Gemüse bzw. Salate verwendet werden: Löwenzahn, Brennessel, Sauerampfer, Wegbreite, Salbei und Gänsefuß, Pilze. Daß jeder zugänglichen Landes zum Anbau von Gemüse, Salaten usw. verwendet werden soll, wurde schon häufig betont.

12. **Kastanien:** Kastanien in gekochtem Zustande als Gemüse, noch besser als Brei, sind eine namentlich für Kinder nahrhafte und einstuweilen noch billige Frucht.

13. **Obst:** Obst ist in jeder Form aufs wärmste zu empfehlen; wegen seines Zuckergehaltes ist sein Nährwert bedeutend. Es darf angenommen werden, daß der größte Teil der reichen diesjährigen Ernte zu Dauerverräte verarbeitet wurde (Mus usw.) Man beachtete die noch vorhandenen Vorräte von reifen Äpfeln und Birnen und bereite aus ihnen Dörrobst, be sie verderben.

14. **Zucker:** Zucker ist eines unserer nahrhaftesten und bestimmtesten Nahrungsmittel. Er ist um so mehr zu empfehlen, als wir über sehr reiche Zuckervorräte verfügen und eine Preissteigerung nicht zu erwarten ist. Der Zuckerverbrauch ist in Deutschland noch sehr steigerungsfähig. Im Durchschnitt fallen in Deutschland pro Kopf 19 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung, in England und Amerika mehr als das Doppelte. Auch der Genuß von Honig und Kunsthonig ist sehr zu empfehlen, beides sind reine Zuckerlösungen.

15. **Kaffee, Tee, Kakao:** Wir sind bezüglich dieser Genussmittel ganz auf das Ausland angewiesen. Sparsamkeit ist uns mehr geboten, als die allerdingen noch reichlich vorhandenen Vorräte in erster Linie unseren Truppen im Felde zuteil kommen sollten. Zum Frühstück diene Milch, Milchsuppe, Hafergrütze, Roggenmehlsuppe. Dies entspricht alten deutschen Gewohnheiten und ist jetzt noch bei der bäuerlichen Bevölkerung Norddeutschlands üblich.

16. **Alkohol:** Man schränke den Genuß von Alkohol wesentlich ein, namentlich gelte das für Bier, Branntwein und Wisky, Gerste und Korn besser für die Ernährung der Menschen. Tiere verwendet werden können und sollen. Wer Alkohol nicht entbehren will, trinke lieber Wein, Lesselwein und reinen mit Wasser oder Mineralwasser verdünnt.

17. Man halte sich bei der Zusammensetzung der Kost nicht einzelne bestimmte Nahrungsmittel, sondern strebe an, die ist zu einer gemischten zu gestalten. Dies ist im Interesse Gesundheit notwendig.

18. **Sparsamkeit** walte beim Einkauf, beim Kochen und bei dem Essen. Man verschwende keine Nahrungsmittel, lasse keine ste überri und verkommen und man sei darauf bedacht, daß unvermeidlichen Küchenabfälle als Viehfutter verwendet werden.

Weitere Exemplare dieses Flugblattes sind auch das Städtische Amt, Rathaus (Kornmarkt), zu beziehen. Zuschriften sind zu richten an den Schriftführer der Kommission für Volksernährung im Preise des Frankfurter ärztlichen Vereins, Dr. med. Wilhelm Hanauer, euternweg 57.

Zur Auftrags des Ärztlichen Vereins: Die Kommission für Volksernährungsfragen: C. v. Rodeen, Vorsitzender. W. Hanauer, Schriftführer. Die Städtische Lebensmittelkommission: R. Scher, Vorsitzender.

Aus unseren Konsumenten-organisationen.

Der Krieg hat den Warenmarkt ebenso stark beeinträchtigt wie den Arbeitsmarkt. Die Störungen des Arbeitsmarktes beeinträchtigen die Organisationsarbeit unserer Gewerkschaften, die Störungen des Warenmarktes legen unseren Konsumvereinen große Mühen und Opfer auf, über deren Tragweite heute schon ein zusammenfassendes Urteil möglich ist.

Der Kriegsausbruch stört die Volkswirtschaft allenthalben durch die grundlose Veranlassung der Deffentlichkeit

im höheren Ausmaß, als seine tatsächlichen Eingriffe rechtfertigen. Obwohl es bei uns weder im Geld- noch im Warenverkehr irgendwo Panik gab, entstand in den ersten Tagen und Wochen bei den Schaltern und Laden der Wirtschaftsgenossenschaften, die zugleich Spar- und Konsumvereine sind, ein gewaltiger Andrang, der von den Verwaltungen und Bediensteten kaum zu bewältigen war, zumal da von den Angestellten ein hoher Prozentsatz einrückte und mit verminderten Ständen gearbeitet werden mußte. In ihre Nerven- und Arbeitskraft waren die höchsten Anforderungen gestellt; sie wurden auch zur Genugtuung der Mitgliedschaft fast ausnahmslos erfüllt.

Angeichts der drangvollen Zeit und der gehäuften Schwierigkeiten haben die Vorstände der vier Wiener Arbeiterkonsumvereine seit Kriegsbeginn wiederholt untereinander und mit der Großeinkaufsgesellschaft über jene Schritte Beschluß gefaßt, welche zur Sicherung des Bestandes der Wiener Konsumentenorganisation und zur tunlichst klaglosen Versorgung der Mitglieder mit Waren geboten waren. Das gemeinsame Vorgehen hat wiederholt gute Früchte getragen.

Das erste Problem, das am Tage des Kriegsausbruchs an die Vereine herantrat, war die Regelung des Spareinlagenverkehrs. Die Moratoriumsverordnungen behüteten zwar die Vereine vor dem Zwange, größere Anlagen flüssig zu machen und ihr Betriebskapital auszus schöpfen. Die Vereinsleitungen beschloßen jedoch, über die Grenzen, die das Moratorium zog, hinauszugehen. Viele Arbeiter, die selbst oder deren Söhne einrückten, bedurften Mittel zur Ausrüstung, die des Ernährers augenblicklich beraubten Familien mußten Woche für Woche mit einer Summe zur Bestreitung des Unterhalts ausgerüstet werden. Die vier Vereine vereinbarten ein gemeinsames Regulativ über die Auszahlung der Spareinlagen und führten es einheitlich durch. So gelang es ihnen, die anfängliche Verängstigung der Mitgliedschaften zu überwinden, die Grundlosigkeit aller Besorgnisse zu erweisen und die Einleger zufriedenzustellen.

Was die Vereine zu leisten hatten, war keine Kleinigkeit. So hat einer der vier Vereine an sechs aufeinanderfolgenden Tagen 18.000, 32.000, 29.000, 15.000, 20.000 und 45.000 Kronen ausbezahlt, in den vier Kriegsmontaten nacheinander 185.000, 166.000, 68.000 und 44.000 Kronen. Der größere Teil der ausgezahlten Einlagen diente dem Verzehr der unterhaltlos gewordenen Familien, ein Teil kehrte nach eingetretener Beruhigung wieder als Einlage zurück. Im ganzen dürfte von den Wiener Vereinen nicht viel unter einer Million ausbezahlt worden sein; eine beachtenswerte Leistung der Organisation, die vor allem dem solidarischen Vorgehen der Vereine und der Großeinkaufsgesellschaft zu danken ist. In den letzten Wochen ist überall ein nahezu normaler Zustand im Einlagenverkehr eingetreten, die Rückflüsse beginnen stärker zu werden, doch bedarf es geraumer Zeit und der eifrigsten Betätigung der Mitgliedschaft, um das Betriebskapital der Vereine wieder auf die alte Höhe zu bringen. Als Muster können dabei die Grazer Genossenschaftler gelten, die ihre Genossenschaft angesichts der Schwierigkeiten der Warenbeschaffung mit höheren Einlagen ausgerüstet haben, als sie vor Kriegsausbruch besaß.

Nicht geringere Schwierigkeiten als durch Angst- abhebungen bereiteten viele Mitglieder ihrem Verein durch die Angstläufe der ersten Tage. In übertriebener Furcht vor dem Ungewissen, das der Krieg bringen sollte, schleppten sie ohne Unterlaß Waren aus den Verkaufsläden, insbesondere Mehl und Petroleum. Während in einem der Vereine im Wochendurchschnitt des Vorjahres 24.000 Kilogramm Mehl bezogen wurden, stieg die Menge in der ersten Kriegswoche auf 50.000, in der zweiten auf 38.000 Kilogramm! Griech wurde das Zweieinhalbfache, Zucker mehr als das Doppelte, in einer Woche gar das Dreifache bezogen. Die Läden wurden geradezu über den Tag geplündert, noch bevor eine Höchstmenge per Mitglied festgestellt werden konnte. Im Handumdrehen waren die sonst ausreichenden Lager erschöpft, sie konnten aber, da damals der Bahnverkehr gesperrt war, nur mit den größten Anstrengungen ergänzt werden. Da die Angstläufe bei allen Detaillisten, nicht nur bei den Vereinen, alle Lager und damit die Vorräte des Wiener Marktes in kurzer Zeit geleert hatten, waren sie die Hauptursache der jäh einsetzenden Preis-

steigerung. Die Großisten wehrten sich gegen die Verschleppung der Vorräte durch unerschwingliche Preise, die Detaillisten (Vereine und Kaufleute) sowie vor allem die Konsumenten hatten den Schaden davon. Der Preis des Mehles zum Beispiel war im Großhandel in weniger Tagen von 43 auf 60 Kronen und mehr gestiegen — er zing dann vorübergehend zurück — und die Konsumenten merkten entsetzt den Schaden, den ihnen die Angstläufer angerichtet hatten.

Aber auch nach Ueberwindung der ersten Unruhigung und Störung sahen sich die Vereinsleitungen vor die schwierigsten Aufgaben gestellt. Ware war überhät schwer zu bekommen, selbst zu erhöhten Preisen. Der Wiener Warenmarkt erwies sich als nicht beweglich genug, um der plötzlichen großen Nachfrage der Militärverwaltung und dem gesteigerten Bedarf des Konsums zu genügen, die Militärverwaltung mußte zur Requisition greifen und vorübergehend fielen ihr auch Mehlquanten eines Konsumvereines anheim, die erst auf Intervention wieder frei wurden. Die Vereine und die Großeinkaufsgesellschaft hatten sich natürlich durch Schlüsse gedeckt gehabt. Die Schlüsse konnten von den Lieferanten oft nicht ausgeliefert werden und wurden storniert, die üblichen Zahlungsmodalitäten wurden aufgehoben und Vorauszahlung verlangt, neue Schlüsse für einzelne Waren, wie für Kohle, sind für größere Mengen oder längere Zeit nicht zu erlangen. Die Warenbeschaffung wurde zur ersten, aber auch zu schwierigsten Aufgabe der Verwaltung, hinter der alle anderen Genossenschaftsziele zurücktreten müssen. In gemeinsamer Beratung haben die Vereine festgestellt, daß die Lösung sein müsse: In erster Linie Ware! Die außerordentlichen Verhältnisse forderten auch außerordentliche Geschäftsgrundzüge. Während in Friedenszeiten die unverrückbare Regel genossenschaftlicher Praxis der Verkauf zu Tagespreisen ist, das heißt zu jenen Preisen, die auch die redliche, leistungsfähige Konkurrenz hält, und die Rückvergütung des so erzielten Ueberschusses, galt es diesmal, sich gegen die Preissteigerung durch den Markt zu wehren, wenn es auch Opfer kostete. Einer unserer Wiener Vereine

at uns seine Mehlschlüsse — es mußte bei den fortwährenden Schwankungen und den geringen auftreibbaren Mengen fast von Tag zu Tag geschlossen werden — und eine Preisnotierungen für Rullermehl zur Verfügung gestellt:

Einkaufspreis laut Schlus vom	Schlus Kronen per Zentner	Verkaufspreis Heller per Kilogramm
25. Juli	43.—	46
29. "	56.—	48
31. "	54.50	50
3. August	56.—	50
6. "	55.50	50
7. "	53.—	50
11. "	55.—	51
12. "	54.50	51
13. "	54.—	51
14. "	54.50	51
17. "	—	56
27. "	55.—	56
28. "	54.50	56
29. "	54.—	56
3. September	54.50	56
21. "	—	58
29. "	56.—	58
5. Oktober	57.—	60
19. "	61.—	—
26. "	—	62
31. "	—	64

Diese Zahlen beweisen, daß der Verein Rullermehl, um der Preistreiberei des Detailhandels entgegenzuwirken, im Detail unter dem Selbstkostenpreis verkauft, also direkte Opfer gebracht hat, um die Preise auf der früheren Höhe zu erhalten. Das gleiche erweisen seine Notierungen bei anderen Artikeln, das gleiche beweisen die Notierungen aller vier Konsumvereine. Bekannt ist, daß die genossenschaftlichen Brotfabriken nunmehr schon durch Wochen das Brotgewicht höher halten, als die Frucht- und Mehlpreise fordern. Unsere konsumgenossenschaftlichen Organisationen haben also, wie sich ziffermäßig nachweisen läßt, ohne Ansehen des Geschäftsergebnisses in diesem Kriegsjahr den Kampf um die Regulierung des Marktes nach unten und gegen die Feuerung aufgenommen und können darum mit Recht die verständnisvolle Unterstützung der Konsumenten bei dieser ihrer gemeinsamen Geschäftspolitik erwarten. Selbstverständlich bleibt diese durch die schuldige Rücksicht auf den Bestand und die Zukunft der genossenschaftlichen Organisationen eingeschränkt und es kann das Unmögliche nicht verlangt werden. Das ständige Ansteigen der Großhandelspreise zwingt auch unsere Vereine, zu folgen. Bei dem Streben, den Schwierigkeiten des Warenmarktes durch gemeinsames und solidarisches Vorgehen zu begegnen, leitet alle Vereinsverwaltungen der Gedanke, in erster Linie den Mitgliedern Ware zu sichern, und zwar zu erreichbar billigsten Preisen, während alle anderen geschäftlichen Rücksichten zurücktreten.

22./XI. 1914.

Die Regulierung der Lebensmittelversorgung.

Um die Durchhaltung der Volksernährung während der Kriegszeit sicherzustellen, haben eine Anzahl von Gelehrten und Politikern an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der sie folgende Maßnahmen als unbedingt notwendig empfehlen:

1. Die Neuregelung der Höchstpreise in den Bundesratsverordnungen vom 28. Oktober 1914, sowie Ausdehnung der Höchstpreise auf das aus ihnen hergestellte Mehl und Brot im Groß- und Kleinhandel.
2. Schnellige Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln und Kartoffelmehl im Groß- und Kleinhandel. Weitere Herabsetzung des Brennerkontingents für Kartoffelspiritus.
3. Stärkere Heranziehung des Hafers und der Gerste zur menschlichen Ernährung; Einschränkung der Verwendung der Gerste für Brauereizwecke eventuell mit Entschädigung der Brauereien und ihrer Arbeiterschaft.
4. Herabsetzung des Höchstpreises für Rohzucker und Raffinade unter Aufrechterhaltung des Ausfuhrverbots und Heranziehung des Rohzuckers für die Viehfütterung.
5. Je nach dem Ergebnis der Viehzählung vom 1. Dezember Minderung der Viehbestände zur Streckung der Futtervorräte. Verwertung der freiverbundenen Viehbestände durch Konfervierung seitens der Gemeinden und des Staates unter Festsetzung der Preise für Vieh und Fleischkonserven.
6. Uebernahme der für die Volksernährung notwendigen Vorräte, Regelung der Verteilung und des Verbrauchs durch die Reichs- und Landesregierungen mittels eigenen Ankaufs von Getreide und Mehl zu allgemeinem Gebrauch, unter Benützung der Gemeinden und Genossenschaften als Verteilungsstellen (Kopfquote).
7. Uebertragung der Aufgabe der Lebensmittelversorgung an eine Zentrale beim Reichsamt des Innern, die Exekutive besitzt und aus Mitgliedern der landwirtschaftlichen Genossenschaften, des Handels und der Konsumvereine zusammengesetzt ist.
8. Anpassung der Reichsunterstützungssätze für Kriegsteilnehmer an die Preisfestsetzungen der Bundesratsverordnungen vom 28. Oktober.

Die Eingabe ist unterzeichnet von Professor Dr. Brentano-München; Bergmann-Köln, Verband der christlichen Gewerkschaften; Dr. Adolf Braun-Nürnberg, Redakteur; Professor Dr. Dorn-Nürnberg; Dr. Heim-Regensburg; Professor Dr. Jaffé-München; Dr. Lederer-Heidelberg; Landtagsabgeordneter Dr. Lindemann-Stuttgart; Fabrikant Dr. Morgenstern-Fürth; Reichstagsabgeordneter Dr. Quaref-Frankfurt a. M.; Magistratsrat Ed. Schmidt-München; Reichstagsabgeordneter Simon-Nürnberg; Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum-Zehlendorf bei Berlin; Professor Dr. Singer-München.

26./XII. 1914.

Aus unserer Konsumentenorganisation.

Die Vorstände der Wiener Arbeiterkonsumvereine haben die größten Anstrengungen gemacht, ihre Geschäfts- und Produktionsbetriebe dem Zustand des Krieges so rasch als tunlich anzupassen und von den Vereinsmitgliedern und deren Haushaltungen die schweren Störungen der Volkswirtschaft und des Warenmarktes nach Möglichkeit fernzuhalten. Die zahlreichen Einrückungen aus dem Verkauf- und Bureaupersonal sowie aus den Betrieben der Eigenproduktion haben sie vor schwierige organisatorische, die Befriedigung der Spareinleger vor noch größere finanzielle Aufgaben gestellt. Beide wurden durch einverständliches Vorgehen mit Hilfe der solidarischen Unterstützung aller Faktoren gelöst. Augenblicklich stehen die kaufmännischen Schwierigkeiten im Vordergrund ihrer Bemühungen.

Die oberste Sorge der Verwaltungen ist heute die Warenbeschaffung. Sie ist schwierig für alle Arten von Waren, für die Kolonialwaren, deren Zufuhr über See unterbrochen ist, wie für die einheimischen Erzeugnisse, deren Bezugsbedingungen sich gänzlich geändert haben. Da einzelne Bahnlagen dauernd oder vorübergehend für Zivilfrachten gesperrt oder beschränkt sind, haben sich die Frachtrouten verschoben, die Frachtspeisen erhöht; die früher regelmäßige Beschickung des Marktes ist sprunghaft geworden. Die Zufuhr der Milch insbesondere wird leider täglich unregelmäßiger und unsicherer. Ostschlesische Kohle, die bisher fast allein den Wiener Hausbrand versorgte, kann gar nicht oder nur auf teuren Umwegen bezogen werden, die Zufuhr von inländischen Steinkohlen ist ganz unzulänglich und der Bezug von Braunkohlen noch nicht genügend organisiert. Die Mitglieder, welche sich über die Erschwernisse des Verkehrs aus den Nachrichten der Blätter nicht genügend unterrichten, müssen vom Verkaufspersonal von Fall zu Fall unterrichtet werden und haben nicht immer Zeit und Geduld, Aufklärungen zu vernehmen. Die Verkäufer, welche diese zu geben sich nicht verdrießen lassen, verdienen den Dank der Vereine.

Besondere Mühe erfordert die rechtzeitige Beschaffung von Kohle, Brennholz und Petroleum. Die Produktionsgebiete des Petroleums sind vorübergehend zum Kriegsschauplatz geworden, die Holzgewinnung ist infolge der Einrückung so vieler land- und forstwirtschaftlicher Arbeitskräfte stark eingeschränkt und Waggons zur Holzzufuhr stehen selbstverständlich nicht in so großer Zahl zur Verfügung wie in Friedenszeiten. Unter diesen Umständen kann die Konsumvereinsverwaltung von ihren Lieferanten pünktliche Erfüllung der Schüsse nicht erzwingen und muß daher, wie sie selbst Geduld haben und Rücksicht üben muß, Geduld und Rücksicht von den Vereinsmitgliedern erwarten.

Die stärkste Sorge für die Vereine ist, halbwegs preiswertes Mehl aufzutreiben. Zur großen Beunruhigung der Konsumenten steigt das Mehl im Großhandel noch

immer im Preise, es hat augenblicklich der Meterzentner Müller-Weizenmehl den seit Jahrzehnten unbefannten Preis von 70 Kronen für den Zentner bei waggonweisem Bezug erreicht, dabei haben die Budapester Mühlen zeitweise den Verkauf ganz eingestellt, weil sie den hohen Preisforderungen der Urproduzenten nicht mehr sich unterwerfen wollten. Die Konsumvereine, deren alte, billige Mehlschlüsse zu Kriegsausbruch storniert worden sind, haben durch Wochen der Preistreiberei dadurch zu begegnen gesucht, daß sie teilweise selbst zu Verlustpreisen Mehl abgegeben haben. Tatsächlich sind in Wien auch die Detailpreise, obschon sie an sich unerträglich hoch sind, noch immer hinter dem Steigen der Großhandelspreise zurückgeblieben. Das geht natürlich nur kurze Zeit. Die Vereine haben in der Erwartung, daß ehe baldigst Höchstpreise eingeführt werden, diese Verluste auf sich genommen, können jedoch, wenn behördliche Maßnahmen eine Senkung der Großhandelspreise nicht bewerkstelligen, das Vereinsvermögen, das ja nichts anderes ist als das Vermögen der Mitglieder, durch Untertagespreise nicht länger schädigen.

Das gilt auch für die genossenschaftliche Brot-erzeugung; die Konsumvereine haben Brotgewichte festgehalten, die konkurrenzlos sind, weil sie ohne Gewinn und ohne Deckung aller Selbstkosten kalkuliert sind. Auch hier waren die Vereinsleitungen von der Absicht bestimmt, die Detailpreise bis zur Verordnung der Höchstpreise selbst mit Opfern tunlichst niedrig zu halten, damit diese niedrigeren Preise bei der Bemessung der Höchstpreise zugrunde gelegt werden. Die Opfer sind gebracht, aber die Höchstpreise noch immer nicht verordnet.

Innerhalb der verflochtenen Woche kamen die Bilanzarbeiten in allen Vereinen zum Abschluß. Die Einrückung so vieler Haushaltungsvorstände oder ihrer Söhne kommt sowohl in der Mitgliederbewegung als auch in den Umsatzziffern zum greifbaren Ausdruck. Wie zu erwarten, hat bei der Wiener Arbeiterschaft eine starke Konsumeinschränkung stattgefunden. Die Mitgliedschaft der vier Wiener Vereine hat eine verschiedene soziale Zusammensetzung. In einigen Stadtgebieten überwiegt der stabile und hochqualifizierte, in anderen der den Kriegen stark unterworfenen und bewegliche Arbeiter. Verkaufsstellen, deren Mitgliedschaft in einer Kriegsindustrie arbeitet, weisen eher eine Konsumsteigerung auf, während andere den vollen Ausfall der Einrückung und der Arbeitslosigkeit tragen. Das geschäftliche Bild ist darum weder eindeutig günstig noch durchaus ungünstig. Im großen und ganzen ist das Ergebnis natürlich niedriger als im Vorjahr. Jedoch war, wie wir hören, keine Vereinsleitung genötigt, eine Dividende vorzuschlagen, welche hinter der vorjährigen um mehr als ein Prozent zurückbliebe. Der da und dort erörterte Vorschlag, mit Rücksicht auf die bevorstehende noch schlimmere Zeit und auf das starke Bedürfnis, ihr mit höherem Betriebskapital ausgerüstet entgegenzutreten, auch mit Rücksicht auf die Schwächung der Vereine durch die Spareinlagenkündigungen, diesmal keine Dividende auszuzahlen und die Geschäftüberschüsse ganz dem Reservefonds zuzuweisen, wurde zwar von allen Vereinsleitungen ernsthaft erwogen, aber wegen der Bedrängnis, in der sich auch die Familien der Mitglieder befinden, überall mit großen Mehrheiten abgelehnt. In den zwei nächsten Monaten werden die Vereinsleitungen in Mitgliederversammlungen — es handelt sich um etwa hunderttausend Mitglieder, zu denen gesprochen werden muß — über das abgelaufene Geschäftsjahr Bericht erstatten.

27./X. 1914.

Städtische Kriegsfürsorge- maßnahmen gegen die Lebensmittel- verteuerung.

Zu der seit Kriegsbeginn zu beobachtenden kontinuierlichen Steigerung der Getreide- und Mehlpreise ist in allerletzter Zeit auch eine plötzlich einsetzende Preissteigerung für verschiedene andre Nahrungs- und Lebensmittel hinzugekommen, **sprunghaft in manchen Fällen und recht empfindlich**

für die breiten Schichten der konsumierenden Bevölkerung. Hülsenfrüchte, Eier, Butter, Schweinefleisch usw. sind nach und nach nicht unerheblich im Preise gestiegen, wodurch die Hausführung der mittelständischen Wirtschaften in zunehmender Weise erschwert wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verteuerung der Lebensmittel vielfach durch Preistreiberien des Detailhandels und andererseits auch Preissteigerungen durch Angstkäufe wohlhabender und bemittelter Familien, welche letztere durch diese überflüssigen Vorratskäufe sich und andern die Lebensmittel zwecklos verteuern, herbeigeführt werden. Aber es kann keineswegs übersehen werden, daß alle diese Preissteigerungen in direktem oder indirektem Zusammenhang mit der kontinuierlichen Aufwärtsbewegung der Getreide- und Mehlpreise, wozu auch die der Kartoffelpreise getreten ist, stehen. Der Zusammenhang der Preissteigerung der verschiedenen Lebensmittel ist eine wissenschaftlich und durch praktische Erfahrung festgestellte Tatsache.

Die hauptstädtische Gemeindeverwaltung wendet diesen Vorgängen mit Rücksicht darauf, daß die Verhütung und Dintanhaltung der Lebensmittelverteuerung zu den wichtigsten Aufgaben der Kriegsfürsorge gehört, ihre erhöhte Aufmerksamkeit zu und drängt, gleichwie dies schon in einem früheren Zeitpunkte betreffs Aufhebung der Getreidezölle geschehen ist, auf die Festsetzung von Höchstpreisen für Brotfrüchte, Mehl und Kartoffeln hin. Die Dringlichkeit dieses an die Regierung gestellten Ansuchens wird durch den Umstand erhöht, daß die Aufhebung der Getreidezölle in einem Zeitpunkte erfolgte, der für die erfolgreiche Wirksamkeit dieser Maßnahme erheblich verspätet und deshalb erfolglos war, und nun ein ähnlicher Mißerfolg bei der Festsetzung der Höchstpreise verhütet werden soll. Dazu kommt noch, daß erst nach erfolgter Festsetzung der Höchstpreise im Großhandel auch ein behördlicher Einfluß auf die Bestimmung der Detailhandelspreise genommen werden kann.

Die Bestrebungen der österreichischen Regierung sind darauf gerichtet, bezüglich der ehehalbigigen Festsetzung von Höchstpreisen zur Vereinbarung gleichartiger Bestimmungen mit der ungarischen Regierung zu gelangen, was bei der bedeutenden Einfuhr von Getreide und Mehl aus der jenseitigen Reichshälfte von größter Wichtigkeit für die künftige Gestaltung dieser Preise ist. Nach den vorliegenden Meldungen ist die Aussicht auf ein baldiges Zustandekommen dieser Vereinbarungen vorhanden, worauf dann auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, RGZ. Nr. 274, mit welcher die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen, die betreffenden behördlichen Maßnahmen erfolgen werden. Nach Absatz 2 des Artikels 1 der zitierten kaiserlichen Verordnung können „zur Mitwirkung bei der Durchführung der bezüglichen Maßnahmen auch Gemeinden verpflichtet werden“, was vorausichtlich in diesem Falle geschehen wird.

Es mag am Platze sein, darauf hinzuweisen, daß der deutsche Reichstag schon am 4. August d. J. ein Notgesetz betreffend Höchstpreise für unentbehrliche Gegenstände des täglichen Bedarfs angenommen hat, welches im ersten Artikel besagt, daß für die Dauer des gegenwärtigen Krieges für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe Höchstpreise festgesetzt werden können. In den Ausführungsbestimmungen des Handelsministers zu diesem Gesetz wird die Festsetzung der Höchstpreise für den Kleinverkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs in den Städten über 10,000 Einwohner den Gemeindevorständen (Magistraten) übertragen. In Deutschland hat die Festsetzung von Höchstpreisen für Brotfrüchte und Mehl vielfach durch die militärischen Kommanden bereits stattgefunden. Auch dort wird verschiedentlich der Großhandel teilweise für die Brotverteuerung und die Verteuerung anderer Lebensmittel verantwortlich gemacht, was zu einer kürzlich erfolgten Bekanntmachung des Handelsministers Anlaß gegeben hat, in welcher gesagt wird, daß „solche Preistreiberien zu scharfen Gegenmaßnahmen nötigen, und um den Kleinhandel und die Verbraucher vor Uberteuering zu schützen, werden da, wo es nötig sein sollte, Höchstpreise für den Großhandel festgesetzt werden... Bei der Festsetzung von Höchstpreisen wird die normale Marktlage maßgebend sein und auf vorangegangene Preistreiberien keine Rücksicht genommen werden.“

In nächster Zeit ist auch in Wien durch den Einfluß behördlicher Maßnahmen eine Dintanhaltung weiterer Lebensmittelverteuerung zu erwarten, wobei die Bevölkerung noch besonders darauf aufmerksam gemacht und durch das städtische Marktamt ersucht wird, alle Beschwerden wegen

Nichteinhaltung der täglich erhobenen und amtlich verlautbarten Kleinhandelspreise bei den Marktorganen der Bezirke vorzubringen. Auch damit können Preistreiberien einzelner Verkäufere erfolgreich abgewehrt und die Gesamtheit der Konsumenten vor Schädigungen geschützt werden.

27./XI. 1914.

Aus unseren Konsumentenorganisationen.

Unter all den Schwierigkeiten der Warenbeschaffung, unter denen unsere Konsumvereine zu leiden haben, ist die Kohlenfrage augenblicklich die größte. Die Zufuhr von Steinkohle nach Wien, soweit Hausbrandkohle in Betracht kommt, ist außerordentlich erschwert, weil die preussisch-schlesischen Grubenverwaltungen nicht über genügend Waggons zur Verladung verfügen und weil überdies die Strecken nicht frei sind. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte, die Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft und die Konsumvereinsleitungen haben sich gemeinsam bei den in Betracht kommenden Behörden dafür eingesetzt, daß die Approvisionierung Wiens mit Hausbrandkohle sichergestellt werde; sie haben die Auskunft erhalten, daß sich das Arbeitsministerium mitten in einer Aktion befinde, das nötige Kohlenquantum täglich für Wien sicherzustellen, wobei allerdings nicht auf preussische Glanzkohle, sondern nur auf Braunkohle und inländische Steinkohle gerechnet werden könne.

Die Wiener Konsumvereine, die für rund hunderttausend Haushaltungen vorzusorgen haben, sind heute schon im Besitz fester Zusagen, daß auch ihr Bedürfnis befriedigt wird. Die Vereinsleitungen bitten daher die Mitglieder noch um einige Tage Geduld, bis die von der Behörde eingeleitete Aktion tatsächlich im Gange ist.

27. / 11. 1914.

Eine Konsumenten Zentrale.

Wie ein einheitliches Mitarbeiten der Konsumenten bei der Frage der Lebensmittel-Versorgung zu erzielen wäre, erörtert H. v. Gerlach, indem er schreibt:

Was ich in diesen Kriegszeiten herbeiwünsche, das ist eine Konsumenten-Zentrale, ein Ausschuß aller Konsumentenorganisationen, um einheitliche Aktionen bei allen Zentralbehörden, insbesondere bei Reichstag und Bundesrat in die Wege zu leiten. Freie Gewerkschaften und Deutscher Lehrerverein mögen sonst noch so wenig Berührung mit-

einander haben, Allgemeiner Bankbeamtenverband und Deutscher Bankbeamtenverein mögen einander sonst in noch so erbitterter Konkurrenz gegenüberstehen, die Handlungsgehilfenschaft mag noch so zerspalten sein, hier gibt es ein gemeinsames Arbeitsfeld. Alle Arbeiterberufsvereine, alle Angestelltenverbände, alle Beamtenvereinigungen, alle Konsumentenvereine sollten sich unter dem Druck der Kriegsnot vereinigen, um einen gemeinsamen, paritätischen Kriegsausschuß zu bilden. Nicht als Kampforganisation — die ist in diesen Zeiten nicht angebracht —, wohl aber als sachverständige Zentralinstanz für die berechtigten Interessen von Millionen und Abermillionen unserer Volksgenossen. Diese Konsumenten-Zentrale, oder wie man sie sonst nennen mag, böte das notwendige Gegengewicht gegen die sonst leicht überwiegende Macht der so wundervoll organisierten Produzenten dar. Sie wäre für unsere Reichsbehörde die berufene Stelle, wo sie sich über die Wünsche der Konsumenten unterrichten kann. Mir scheint, welche Organisation auch immer die Initiative zu einer derartigen Zusammenfassung aller Konsumenteninteressen ergreift, sie erwirbt sich ein Verdienst um das ganze Volk.

28. XI. 1914.

Getrocknete Bierhefe, ein neues Nahrungs- und Futtermittel.

Von Dr. Ad. Cluž.

ordentlicher öffentlicher Professor der Hochschule für Bodenkultur, Mitglied des Lebensmittelbeirates im k. k. Ministerium des Innern.

Angeichts der gegenwärtigen Kriegslage dürfte es angezeigt sein, auf eine Nährstoffquelle hinzuweisen, welche zwar schon seit uralten Zeiten fließt, jedoch erst in neuester Zeit in ihrer vollen Bedeutung erkannt worden ist. Wir meinen damit jenen Edelstoffs, den wir als Hefe bezeichnen und von dem das Gärungs- und Backgewerbe, jahtreil ungeheure Mengen im Ueberschusse erzeugt. Die Brauindustrie Oesterreich-Ungarns allein wäre in der Lage, rund 30 Mil-

lionen Kilogramm Maßhefe, entsprechend 4 bis 5 Millionen Kilogramm Trockenhefe mit 6 bis 10 Prozent Wassergehalt, abzugeben.

Die Nährhefe, aus Brauereihefe durch sorgfältige Reinigung, Entbitterung und Trocknung dieses Rohmaterials gewonnen, stellt ein gelblich-weißes Pulver von angenehmem aromatischem Geruch und nahezu unbeschränkter Haltbarkeit dar. Sie zeigt durchschnittlich ungefähr folgende chemische Zusammensetzung: 6 bis 8 Prozent Wasser, 52 bis 58 Prozent Rohweiß, 3 Prozent Fett, 25 bis 30 Prozent stickstofffreie Extraktstoffe (davon bis zu 20 Prozent Glykogen) und 7 bis 9 Prozent Asche. Wir ersehen daraus, daß die Trockenhefe ein äußerst hochwertiges Nahrungs-, beziehungsweise Kraftfuttermittel darstellt. Die Trockenhefe ist aber nicht nur ausgezeichnet durch einen hohen Gehalt an Eiweiß überhaupt, sondern insbesondere auch durch die außerordentlich günstige nähere Zusammensetzung der Stickstoffsubstanz, welche zu 80 bis 90 Prozent aus wirklichem verdaulichem Eiweiß besteht. Von großer Wichtigkeit ist ferner, daß das Hefe-eiweiß rund 25 Prozent Nucleine enthält und außerdem die Hefe recht beträchtliche Mengen von Lecithinen — zirka 2 Prozent der Trockensubstanz — aufweist. Substanzen, welche durch einen hohen Phosphorsäuregehalt ausgezeichnet sind. Vor allem zeigte es sich, daß die Hefe nicht nur als Nahrungs-, beziehungsweise Futtermittel, sondern auch — und zwar in geradezu hervorragendem Maße — als Genuß-, beziehungsweise Anregungsmittel wirkt. Ganz besonders gut bewährte sich ferner die Hefe als diätetisches Kräftigungsmittel, um durch Krankheit oder Unterernährung heruntergekommene Personen in kürzester Zeit wieder in die Höhe zu bringen. Nach dieser Richtung erwies sich die Nährhefe einer ganzen Reihe bekannter Kräftigungs- und Stärkungsmittel, wie Biocitin, Sanatogen, Somatose usw., bei einem nur zirka den zehnten Teil betragenden Preise, zum mindesten ebenbürtig. Als Heilmittel hat sich die Hefe speziell gegen jene Krankheiten bewährt, welche durch gewisse Gruppen pathogener Keime hervorgerufen werden, wie zum Beispiel bei der Bekämpfung von Furunkulose, Gonorrhoe, Akne, Phlegmone usw., aber auch von Stoffwechselkrankheiten, wie Anämie, Diabetes, Dyspepsie usw. Nennlich günstige Erfahrungen hat auch die Veterinärmedizin gemacht, welche vor allem bei der gefährlichsten Maul- und Klauenseuche bei Rindern die Heilwirkung von Hefe und Hefepräparaten feststellte. Entsprechend ihrer Zusammensetzung steht die Trockenhefe dem Fleisch am nächsten und kann insoweit in erster Linie als Ersatz für dieses wichtigste aller menschlichen Nahrungsmittel eintreten. Das Nährwertverhältnis von Nährhefe zu frischem Fleisch stellt sich wie folgt: Mittelfeines Fleisch enthält 1370 Wärmeeinheiten per Kilogramm, Nährhefe enthält 4520 Wärmeeinheiten per Kilogramm, demnach entspricht 1 Kilogramm Nährhefe 3,3 Kilogramm Fleisch! Wenn wir den Preis von 1 Kilogramm Nährhefe mit 3 K., den von mittelgutem Rindfleisch im Wiener Kleinhandel mit 2 K. 60 H., den von feinem Rindfleisch mit 3 K. 90 H. (notabene mit Zuzug) einlegen, so erhalten wir für 1 K. in Form von Nährhefe 1510 Kalorien, mittelgutem Rindfleisch 527 Kalorien, feinem Rindfleisch 351 Kalorien; demnach entspricht unter Berücksichtigung dieser Wärmewerte die für 1 K. erhaltene Hefemenge einem Quantum von mittelgutem Rindfleisch im Betrage von 2 K. 87 H., feinem Rindfleisch im Betrage von 4 K. 30 H., oder noch populärer ausgedrückt 1 K. Nährhefe für 3 K. einem Rindfleischwert von 8 K. 61 H., beziehungsweise 12 K. 90 H. Nährhefe ist also, selbst wenn, wie zu erwarten, ihr Preis noch bedeutend steigen wird, viel billiger als Fleisch. Die Nährhefe eignet sich in erster Linie zur Herstellung von solchen Speisen, die gewohnheitsmäßig unter Verwendung von Fleisch und Fleischbrühe bereitet werden, also zur Herstellung von Suppen, Saucen, Ragouts, aber auch von Klößen, Würsten, Puddings, Kales, Gemüse, Kartoffelspeisen usw. Den besten Beweis für ihre hervorragende Eignung als Nahrungs- und Kräftigungsmittel liefert die Tatsache, daß die Nährhefe nicht nur bereits für Truppenkörper des dritten Korps (Graz) Einführung gefunden hat, sondern auch in dem Reservehospital Nr. 7 und in einer ganzen Reihe von städtischen Ausspeisungsanstalten in Wien mit bestem Erfolge angewendet wird. Unsere Gärungsindustrie wird, falls sie entsprechende Anreize und Unterstützung ihrer, nebenbei gesagt vorläufig gänzlich selbstlosen Bestrebungen von maßgebender Stelle findet, in kurzer Zeit in der Lage sein, ihre Leistungsfähigkeit zu vervielfachen und so neue Nähr- und Futtermittelquellen zu erschließen zum Wohle und Segen für Volk und Heer!

28/11. 1914.

Die Lebensmittelsteuerung.

Was in Deutschland und bei uns zu ihrer Bekämpfung geschieht.

(Originalbericht des „Neuen Wiener Journals“.)

Die stets wachsende Lebensmittelsteuerung führte gestern zu einer Kundgebung im Niederösterreichischen Gewerbeverein Präsident Schiel, der zu Beginn der Plenarversammlung über dieses Thema sprach, führte aus: Die Frage einer auskömmlichen und preiswerten Lebensmittelversorgung wird immer dringender und es ist auf das lebhafteste zu bedauern, daß die von uns und anderer Seite bisher wiederholt vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse des Lebensmittelmarktes noch immer nicht zur Durchführung gelangt sind. Während auf der einen Seite unsere tapfere Armee außerordentlich schlagfertig ist und alles daransetzt, um Erfolge zu erzielen, während die Zivilbevölkerung sich an der Zeichnung für die Kriegsanleihe in überaus großer Zahl beteiligte, geschieht auf der anderen Seite außerordentlich wenig zugunsten unserer Lebensmittelversorgung.

Im Deutschen Reich sind bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, um Abhilfe zu schaffen. Man hält dort schon bei der Festlegung der Höchstpreise für Kartoffel, es ist ein Zweigbindikat für Kartoffelstrochnung gebildet worden, ferner erfolgt die Aufnahme der Vorräte an Getreide und Mehl bei allen Interessenten. Volkswirte aller parteipolitischen Richtungen haben an das Reichsamt des Innern eine Eingabe gerichtet, in der sie nicht nur Höchstpreise für eine Reihe von Lebens- und Futtermitteln, darunter auch die Herabsetzung der bereits geltenden Höchstpreise für Rohzucker, forderten, sondern auch die Uebernahme der notwendigen Vorräte, die Regelung der Verteilung und des Verbrauches durch die Reichs- und Landesverwaltung vorzuschlagen. Bei uns dagegen ist, abgesehen von der vollständig wirkungslosen Aufhebung der Getreidezölle, bisher nichts verfügt worden, ja man zögert noch immer mit der Maßnahme der Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide und Mehl. Die Folge davon ist, daß die vorhandenen Vorräte zum Teil zurückgehalten werden, während man noch immer mit dem Steigen der Preise rechnet. Es erscheint zu wenig Getreide und Mehl auf dem Markte. Von Tag zu Tag wachsen die Preise, und es stellt sich ein fühlbarer Mangel an diesem allerwichtigsten Lebensmittel ein.

Wir müssen daher wünschen, daß die von der Gemeinde Wien, von uns und anderen wirtschaftlichen Korporationen wiederholt geäußerten Vorschläge in raschster Zeit verwirklicht werden, da eine Verzögerung in dieser Angelegenheit ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler wäre. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

28. XI. 1914.

Die Lebensmittelteuerung.

Eine Kundgebung im Gewerbeverein.

Die stets wachsende Lebensmittelteuerung führte gestern zu einer Kundgebung im Niederösterreichischen Gewerbeverein. Präsident Schiel führte aus: Es ist auf das lebhafteste zu bedauern, daß die wiederholt vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse des Lebensmittelmarktes noch immer nicht zur Durchführung gelangt sind. Während auf der einen Seite unsere tapfere Armee außerordentlich schlagfertig ist und alles daransetzt, um Erfolge zu erzielen, während die Zivilbevölkerung sich an der Zeichnung für die Kriegsanleihe in überaus großer Zahl beteiligte, geschieht auf der

anderen Seite außerordentlich wenig zugunsten unserer Lebensmittelversorgung. Im Deutschen Reich sind bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden. Bei uns dagegen ist, abgesehen von der vollständig wirkungslosen Aufhebung der Getreidezölle, bisher nichts verfügt worden, ja man zögert noch immer mit der Maßnahme der Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide und Mehl. Die Folge davon ist, daß die vorhandenen Vorräte zum Teil zurückgehalten werden. Wir müssen daher wünschen, daß die von der Gemeinde Wien, von uns und anderen wirtschaftlichen Korporationen wiederholt geäußerten Vorschläge in raschster Zeit verwirklicht werden, da eine Verzögerung in dieser Angelegenheit ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler wäre. (Unhaltender, stürmischer Beifall.)

22 Heller für ein Tee-Ei.

Der Preis eines guten, frischen Eies, eines sogenannten Tee-Eies, ist jetzt auf 22 Heller gestiegen. Ein Koch-Ei kostet heute 20, ein Mittel-Ei 18 und ein Kalk-Ei 16 Heller. Damit ist ein Preisrekord erreicht, wie er noch nie da war. Die österreichischen Eierhändler führen diese exorbitanten Preise auf den enormen Eierexport aus Oesterreich-Ungarn nach Deutschland zurück. Vor vierzehn Tagen erst sind 37 Millionen Stück Eier nach Deutschland gegangen. Freilich hat uns Deutschland dafür den Baumwollimport erlaubt, so daß wir für unsere teureren Eierpreise ein höchst wichtiges Äquivalent haben. Die hohen Eierpreise sind aber ein Zeichen der ganz ungewöhnlichen Lage des Eiermarktes, die der Krieg geschaffen hat. In normalen Zeiten waren Galizien und Rußland die Hauptlieferanten für Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Jetzt müssen Ungarn, Steiermark und Tirol Oesterreich und Deutschland versorgen. Verschärft wird gerade jetzt die Situation durch die ungünstige Saison. Die Hühner sind im Mausen, und ehe sie nicht die Federn gewechselt haben, legen sie nicht halb so viel Eier als sonst. Im Januar werden sie wieder fleißiger, so daß wir für diese Zeit einige Hoffnung haben.

2./XII. 1914.

Gegen den Lebensmittelexport ins Ausland.

Die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs hat eine Bewegung eingeleitet, die verhindern soll, daß Lebensmittel den Weg ins Ausland finden. So oft für ein großes Lebensmittelquantum ein Ansuchen um Ausfuhrbewilligung vorliegen wird, werden sich die großen Konsumentenorganisationen zusammenschließen und die betreffenden Lebensmittel der heimischen Bevölkerung zu erhalten trachten. Wie wir erfahren, hat sich bereits ein praktischer Fall dieser Art ergeben. Die Vorsitzenden der Reichsorganisation wurden ins Ministerium des Innern berufen, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß um die Bewilligung zur Ausfuhr von 60.000 Kilogramm Gänselebern ange sucht wurde. Es wurde gleichzeitig die Frage aufgeworfen, ob man dieses fettreiche Nahrungsmittel nicht im Inland unterbringen könnte, da die Gänselebern sonst nach Straßburg wandern würden. Die Reichsorganisation hat sofort Verhandlungen mit den Lieferanten der Gänselebern eingeleitet, die jedoch noch zu keiner Einigung führten.

2./XII. 1914.

Die Approvisionierungsfrage.

Der Donauklub hat in seiner gestrigen Plenarsitzung die Approvisionierungsfrage zum Gegenstand einer eingehenden Beratung gemacht und schließlich den Beschluß gefaßt, das Ergebnis dieser Beratung dem Bürgermeister zu überreichen, damit dieser sich für die Durchführung der gestellten Anträge einsetzen könne. Was die Fleischapprovisionierung betrifft, so wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Ausfuhr von Mastochsen nur in einem geringen Umfang zulässig sein soll. Die zollfreie Einfuhr von Schweinen aus Deutschland erscheint schon deshalb erforderlich, weil mit der Zufuhr von Schweinen aus Rußland und Galizien für die nächste Zeit nicht gerechnet werden kann. Für die Verwendung von Schaf-, beziehungsweise Hammelfleisch sowie für eine rationelle Verwendung der „Kunerei“ möge eine kräftige Propaganda eingeleitet werden, weil dadurch der Preis des Fleisches verbilligt werden würde. Das Memorandum verbreitet

sich dann in die Einzelheiten des Transports und fährt fort: Um nun billiges Fleisch zu haben, müßte der kleinste Landwirt und Großgrundbesitzer verpflichtet werden, einen entsprechenden Viehstand dauernd zu halten. Es wäre daher angezeigt, wenn die Fabrikation des Kunstdüngers vom Staat monopolisiert und an die betreffende aderbautreibende Bevölkerung nur nach erbrachtem Nachweis, daß ihr Viehstand in einem ganz genau festzustellenden Verhältnis zu ihrem Besitzstand sich befindet, verabsolgt werden würde. Durch diese Maßnahme würde in absehbarer Zeit unser einheimischer Viehstand auf ein solches Niveau gebracht, daß zumindest der Fleischbedarf des eigenen Landes damit gedeckt wäre, andererseits würde sich der Staat durch die angeregte Monopolisierung des Kunstdüngers eine namhafte Einnahmsquelle verschaffen. Bezüglich der Getreidefrage schlägt die Eingabe eine Reihe von Maßnahmen vor, zum Beispiel Statuierung des Verkaufszwanges, Verbot von Ausfuhrbewilligungsscheinen für Gerste und Hülsenfrüchte, sofortige Ausfuhrverbote für Bohnen und Erbsen, Gerste und Mais, rücksichtsloses Ausfuhrverbot für Kartoffel. Da mit einem Anport der genannten Artikel auf absehbare Zeit nicht gerechnet werden kann und die höchste Sparsamkeit eintreten muß, damit die Bevölkerung mit den vorhandenen Mitteln ihr Auslangen findet, muß eine Einschränkung in gewissen Industrien vorgenommen werden. In erster Linie sollen weder Kartoffeln noch Mais oder sonstiges Getreide in so ausgiebiger Weise wie bisher für Industriezwecke verwendet werden dürfen. Das Memorandum schließt mit den Worten: Wenn die Einschränkungen des Konsums und die Ersparnisse in Berücksichtigung gezogen, wenn alle erforderlichen Maßregeln gründlich und sofort durchgeführt werden, so kann sowohl das Militär als auch die Zivilbevölkerung darauf rechnen, daß mit den vorhandenen Mitteln bis zu dem Moment, wo sich naturgemäß neue Hilfsquellen erschließen, das Auslangen gefunden werden kann.

2./XII. 1914.

Approvisionierungsangelegenheiten.**Beratung der freiheitlichen Gemeinderäte.**

In einer Sitzung der freiheitlichen Wiener Gemeinderäte erstattete Obmann Dr. Hein einen eingehenden Bericht über die bisherige Tätigkeit der im Rathause tagenden Obmännerkonferenz. Kais. Rat Fischer bezeichnete es als wünschenswert, durch Heranziehung von Hilfsrouten mehr Steinkohlen nach Wien zu befördern. Genossenschaftsvorsteher Eder besprach die Fleischapprovisionierung Wiens und verwies unter anderem auf die durch die gegenwärtige Konjunktur entstandene Schwierigkeit der Einfuhr von Schweinen aus Deutschland und auf den Export von Prima-Rindern nach Deutschland. An Stelle des Obmannstellvertreters Gemeinderates Volk, der auf den westlichen Kriegsschauplatz abgereist ist, um die Wirkungen unserer Mörserbatterien bildlich festzuhalten, wurde Gemeinderat Dr. v. Dorn in die Obmännerkonferenz entsendet. An die auf dem nördlichen Kriegsschauplatz befindlichen Verbandsmitglieder Bezirksvorsteher Dr. Blasel und Gemeinderat Woisl wurden Begrüßungsschreiben geschickt.

Eine Eingabe an den Bürgermeister.

Der „Donauklub“ hat in seiner gestrigen Plenarversammlung über Approvisionierungsangelegenheiten beraten und beschlossen, das Ergebnis dieser Beratung dem Bürgermeister zu überreichen. Wegen der Fleischapprovisionierung wurde gewünscht, daß die Ausfuhr von Mastochsen nur in einem geringen Umfange zulässig sein soll, weil dadurch der inländische Bedarf besser gedeckt werden könnte. Die einschlägigen veterinärpolizeilichen Vorschriften sollen zumindest solange milder gehandhabt werden, als die jetzigen außergewöhnlichen Verhältnisse andauern. Notwendig sei die zollfreie Einfuhr von Schweinen aus Deutschland, weil der inländische Austrieb nicht hinreicht und auf die Zufuhren aus Rußland und Serbien begreiflicherweise nicht gerechnet werden kann. Für die Verwendung von Schaf-, beziehungsweise Hammelfleisch, sowie die rationelle Verwendung der „Innerei“ möge eine kräftige Propaganda eingeleitet werden, weil dadurch der Preis des Fleisches verbilligt werden würde. Das Memorandum sagt: Um billiges Fleisch zu haben, müsse der kleinste Landwirt und Großgrundbesitzer verpflichtet werden, einen entsprechenden Viehstand dauernd zu erhalten. Es wäre daher angezeigt, wenn die Fabrikation des Kunsthüners vom Staate monopolisiert und an die betreffende ackerbau-treibende Bevölkerung nur nach erbrachtem Nachweis, daß sein Viehstand in einem ganz genau festzustellenden Verhältnis zu seinem Besitztum sich befinde, verabsolgt werden würde.

4./XII. 1914.

(Die Kohlen- und Milchnot.) Bürgermeister Dr. Wislikirchner beriet gestern mit den Vorsitzenden der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, den Frauen Helene Granitsch und Johann Freund-Marcus, über die zunächst zu ergreifenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Kohlen- und Milchversorgung. Er erklärte, daß von einer Kohlennot nur insofern gesprochen werden kann, als Mangel an Pferden und an Arbeitern für die Austragung der Kohlen besteht. Der Bürgermeister hat reichlich vorgesorgt, daß für die nächsten Monate der Kohlenbedarf Wiens durch die Gemeinde gedeckt erscheint. Ueber Vorschlag der Hausfrauen hat der Bürgermeister das Projekt der Kohlenzufuhr durch die Straßenbahn schon vor Wochen aufgegriffen und wird es halb der Verwirklichung zuführen. Auch versprach der Bürgermeister, die zur Straßenreinigung in Betrieb stehenden Cabswagen einige Tage der Woche für die bezirksweise Versorgung zugänglich zu machen. Die Hausfrauenorganisation wird ferner die für die Zulieferung der Kohlen in die Stadwerke ein Korbsystem einzuführen versuchen. Bezüglich der Milchfrage brachten die Hausfrauen folgendes vor: Die Milchproduktion geht im Vergleich zu Wien erschreckend zurück, weil die Bauern große Angstverkäufe von Kühen vornehmen. Gemäß dem letzten Marktbericht kamen unter 6000 Rindern 2200 Kühe, darunter 1600 trächtige Kühe, zur Schlachtung. Ferner verlangen die Hausfrauen wegen der hohen Futtermittelpreise Höchstpreise für Kleie und Beschränkung der Ausfuhrbewilligung sowie die Einführung von Surrogaten zu billigen Preisen. Auch wünschen sie eine mögliche Einschränkung der Schlagobersbereitung und werden in diesem Sinne bei der vom Ackerbauministerium einberufenen Enquete intervenieren. Da die Notzuschlächtungen vielfach auch auf das mangelnde Melkpersonal zurückzuführen sind, bat die Hausfrauen den Bürgermeister, er möge die städtische Dienstvermittlung anweisen, die vom Land kommenden und mit der Stall-

wirtschaft vertrauten, stellenlosen Dienstmädchen für Melkkurse vorzunehmen, welche letztere unter der Regide des Ackerbauministeriums rashestens in Betrieb zu setzen wären. Der Bürgermeister erwiderte den Frauen, daß er selbst mit dem Ackerbauminister die Gefahren der so stark anwachsenden Kuhzuschlächtungen besprochen und von ihm ausdrücklich verlangt habe, daß auf dem Verordnungsweg an die einzelnen Genossenschaften und Kleingemeinden aufklärende Flugchriften hinausgehen, welche die Bauern vor Angstverkäufen warnen sollen.

Der Krieg und die Approvisionnement.

Zur Beratung von Approvisionierungsfragen für Wien und zur Konstituierung einer Kriegskommission für Konsumenteninteressen fand gestern abends im Gewerbeverein eine Delegiertenkonferenz statt, zu der sich u. a. eingefunden hatten in Vertretung des Kriegsministeriums Militär-Oberintendant Schubert und Militär-Intendant Degiorgi, in Vertretung des Ackerbauministeriums Regierungsrat Schwarz, des Magistrates Obermagistratsrat Dr. Mayer, des niederösterreichischen Gewerbevereines Präsident Schick und Vizepräsident Regierungsrat Fritsch, der katholischen Frauenorganisation Prinzessin Klementine Metternich, Gräfin Gerda Walterskirchen, Frau Dr. Seich und Frau Retzlitzka.

Namens der Einberufer eröffnete Regierungsrat Fritsch die Konferenz mit einer Ansprache, in der er auf die Wichtigkeit der in Frage stehenden Approvisionierungsangelegenheiten und auf die Notwendigkeit des Schutzes der Konsumenteninteressen hinwies. Er besprach ferner die Aufgaben der zu gründenden Kriegskommission für Konsumenteninteressen, zu welcher alle Konsumentenorganisationen ohne Unterschied der Partei ihren Beitritt angemeldet haben. (Beifall.) Nach Begrüßungsansprachen der Gräfin Walterskirchen namens der katholischen Frauenorganisation und der Frau Granitsch namens der Reichsorganisation der Hausfrauen erstattete Professor Dr. Kobatsch das Referat über die Approvisionnement in der Kriegszeit. Er wies darauf hin, daß zu den Ursachen der exorbitanten Teuerung der Mangel an Angebot bei steigender Nachfrage, sowie der Mangel an hinreichenden Arbeitskräften zähle. Zur teilweisen Behebung der durch den Krieg hervorgerufenen Approvisionierungsschwierigkeiten empfahl Referent eine bessere Verteilung der Kriegsgefangenen und deren Verwendung zur wirtschaftlichen Arbeit und Festsetzung des Abgabenzwanges für Lebensmittel. In eingehender Weise beschäftigte sich der Redner mit der Lohnfahrwerksfrage und den internationalen Verkehrsfragen. Schließlich verlangte er eine strengere Handhabung der Ausfuhrverbote mit Ausschluß von Ausnahmen. (Beifall.)

Vorsitzer Dießel wies darauf hin, daß durch den großen Verbrauch von Spanferkeln zu Neujahr eine Not an Schweinen entstehen müsse und empfiehlt eine Agitation gegen deren Verbrauch, damit würde man der Volkswirtschaft einen Dienst erweisen.

Vorstandsmitglied der Bäckergenossenschaft Gies betonte, das Publikum dürfe von den Höchstpreisen keine Verbilligung der Preise des Gebäcks erwarten. Die Bäcker bringen derzeit die größten Opfer und arbeiten ohne jeden Nutzen.

Hierauf wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die „Kriegskommission für Konsumenteninteressen“ ihre Aufgabe dahin präzisiert, danach zu wirken, daß der Bevölkerung Wiens auch während des Krieges eine genügende Menge preiswerter Lebensmittel und anderer Bedarfsgegenstände zur Verfügung stehe. In diesem Sinne wird die Kriegskommission hauptsächlich anstreben eine Vermehrung der infolge des Krieges verminderten Zahl von Produzenten in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr, so z. B. die zweckmäßige Verwendung der Kriegsgefangenen für Herstellungs- und Vertriebsarbeiten, die Freigabe wenigstens einiger der so notwendigen Sammler der Milch von den Landwirten u. a. m.; eine Vermehrung der zur Verfügung stehenden Produkte, und zwar inländischer und ausländischer Produkte durch Förderung namentlich der land- und viehwirtschaftlichen Produktion dadurch, daß die Verwendung von zur Befriedigung der wichtigsten Lebensbedürfnisse dienenden Rohstoffen für minderwichtige Bedürfnisse eingeschränkt werde, weiters durch eine auf alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sich erstreckende amtliche Vorratshebung, sowie durch ein im gleichen Umfange geltend zu machendes Anforderungsrecht der Gemeinde, durch ein Verbot der Schlachtung von Röhren und durch eine schärfere Handhabung des Kälberschlachtungsverbotes, schließlich durch Festsetzung wirksamer Höchstpreise im Groß- und Detailhandel für Getreide, Mehl, Kartoffeln, Brot, Futtermittel (Kleie) und Brennmaterialien; durch den zollfreien Bezug wichtiger, im Inlande knapper Rohstoffe und anderer Gegenstände für den Lebensbedarf. Einen besseren Vertrieb der Produkte durch weitgehende Tarifbegünstigungen auf den Eisenbahnen, durch die Verwendung aller verfügbaren Lohnfahrwerke u. a. m.

Nach einem Schlußworte des Vorsitzenden Regierungsrates Fritsch wurde die Versammlung geschlossen.

* Eine „Kriegskommission für Konsumenteninteressen“. Für Montag berief der Gewerbeverein eine Versammlung ein, die eine „Kriegskommission für Konsumenteninteressen“ gründen sollte. Kriegsministerium, Uckerbauministerium, Magistrat schickten Vertreter, ebenso eine Reihe von Organisationen. Der Referent Professor Dr. Kobatsch und die nächste Rednerin Frau Freund-Marcus äußerten starke Hoffnungen, daß die Regierung viel tun werde, um die Teuerung einzubämmen. Dieser Meinung trat Dr. Karpeles, der Vertreter des Konsumvereines „Vorwärts“, entgegen. Er verwies auf das, was bisher nicht geschehen ist, und legte dar, daß es infolge des Ausnahmezustandes an den Mitteln fehle, auf die Regierung zu wirken. Seien doch auch Neuerungen der Wiener Gemeindevertretung über die Höchstpreise von der Zensur unterdrückt worden! Die „Kriegskommission“, die man gründen wolle, werde gar nichts ändern, und man hätte ebensogut wie zu dieser Sitzung zu einem „Zinsfuhrthee“ einladen können. Professor Kobatsch erwiderte sehr grob und sehr sinnlos. Er meinte, mit Leuten wie Dr. Karpeles könne man nicht arbeiten und man müsse froh sein, wenn sie nicht mitarbeiten. Genossin Popp legte gegen diese Form der Volemik Verwahrung ein und wies darauf hin, daß Dr. Karpeles, der als Vertreter von 50.000 Konsumenten gesprochen habe, schon viele Enttäuschungen erlebt und deshalb Grund habe, gerade jetzt keine Hoffnungen zu hegen. Trotzdem konstituierte sich die Versammlung als „Kriegskommission für Konsumenteninteressen“. Sie sprach in einer Resolution vor allem den Reichsbehörden die Anerkennung aus und verlangte dann eine Vermehrung der Arbeitskräfte durch Verwendung von Kriegsgefangenen und Entlassung von landwirtschaftlichen Arbeitern aus dem Kriegsdienst. Ferner wurden bereits oft angeregte Mahregeln zur besseren Ausnützung der Vorräte gefordert, dann Verbilligung und Verbesserung des Frachtverkehrs.

14. / XII. 1914.

Ein „Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen“ ist Sonntag in Berlin ins Leben getreten und hat seine Gründung dem Herrn Reichskanzler angezeigt. — Die Gewerkschaften und Arbeitervereine aller Richtungen, die großen Verbände der Konsumvereine und die meisten Privatangestelltenverbände, die größten Beamtenorganisationen haben bereits ihren Beitritt erklärt. Es gehören dem Kriegsauschuß außerdem auch an das Büro für Sozialpolitik, der deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, der deutsche Käuferbund, der Bund deutscher Frauenvereine. Schon heute stehen hinter der Bewegung Verbände mit über 6 Millionen Mitgliedern, die mit ihren Angehörigen mindestens 15 Millionen Konsumenten darstellen.

Als nächste Aufgabe hat sich der Ausschuß gesetzt: Eine Sammel- und Auskunftsstelle für alle Fragen der Volksernährung und des Massenbedarfs zu errichten, die Konsumenten aufzuklären und zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte zu veranlassen, den Behörden, Parlamenten und der Öffentlichkeit gegenüber als sachverständige Vertretung der Konsumenten tätig zu sein, gegen ungerechtfertigte Preiskreiberien sowie gegen Kriegswucher in jeder Form aufzutreten.

Die vorläufige Geschäftsstelle des „Kriegsauschußes für Konsumenteninteressen“ befindet sich in Berlin W. 30, Rollendorfstraße 29/30.

Rote Schleifen. Dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins zu Danzig hat der dortige Polizeipräsident mitgeteilt, daß er mit Rücksicht auf die veränderte politische Lage nichts mehr gegen das Tragen roter Franzschleifen einzuwenden habe.

15. / XII. 1914.

Ein Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Deutschland.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 13. Dezember. Heute ist hier ein Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ins Leben getreten und hat seine Gründung dem Reichskanzler angezeigt. Gewerkschaften, Arbeitervereine aller Richtungen, die großen Verbände der Konsumvereine, die meisten Vereinigungen der Privatangestellten und die größten Beamtenorganisationen haben ihren Beitritt erklärt. Dem Kriegsausschuß gehören außerdem das Bureau für Sozialpolitik, der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, der Deutsche Käuferbund und der Bund deutscher Frauenvereine an. Schon heute stehen hinter der Bewegung Verbände mit mehr als einer Million Mitglieder, die mit ihren Angehörigen mindestens 15 Millionen Konsumenten darstellen.

Der Ausschuß hat sich als nächste Aufgabe gesetzt, eine Sammel- und Auskunftsstelle für alle Fragen der Volksernährung und des Massenbedarfes zu errichten, die Konsumenten aufzuklären, einen vernünftigen Verbrauch aller Vorräte zu veranlassen, den Behörden, den Parlamenten und der gesamten Öffentlichkeit gegenüber als eine sachverständige Vertretung der Konsumenten tätig zu sein sowie gegen ungerechtfertigte Preistreibereien und Kriegswucher jeder Art aufzutreten.

Konsumregelung.

Die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Weltkrieges stellen die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, die durch den Krieg der feindlichen Mächte systematisch vom Weltmarkt abgeschlossen werden, vor neuartige Aufgaben. Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung beider Staaten mit Nahrungsmitteln ist eines der wichtigsten Probleme des Krieges. In Deutschland hat man die Bedeutung dieser Angelegenheit vom ersten Augenblick an erkannt und die notwendigsten Verwaltungsmaßnahmen mit großer Raschheit und Umsicht getroffen. In Oesterreich-Ungarn, wahrscheinlich infolge der Schwerfälligkeit des dualistischen Apparats, ist die Sache langsamer gegangen. Immerhin wurden auch bei uns schon am 1. November durch Verordnungen gewisse Einschränkungen des Weizen- und Roggenverbrauches bei der Broterzeugung vorgeschrieben, und überdies wurden Austausch und Zurücknahme des an Gastwirte und Händler gelieferten Weißgebäcks untersagt. Der Zweck dieser Verfügungen war: jeder Verschwendung im Brotruchtkonsum entgegenzuarbeiten. Vier Wochen später wurde, gleichzeitig mit der Feststellung der Höchstpreise für Getreide und Mehl, eine Vorschrift für die Mehlerzeugung erlassen, die eine ökonomische Verwendung und Mischung der verschiedenen Getreidesorten sichern soll. Mit diesen Verordnungen, die in den ersten Dezembertagen in Wirksamkeit traten, ist ein ganz neuer Weg beschritten worden, auf dem sich die neuere Gesetzgebung europäischer Staaten bisher nicht

versucht hatte: der Weg der gesetzlichen Konsumregelung. Behördliche Vorschriften über den Konsum, die in den kleinen, abgeschlossenen Gemeinwesen des Mittelalters nichts Seltenes waren, hätten natürlich in den großen, dem internationalen Verkehr geöffneten Staaten unserer Zeit gar keinen Sinn und Zweck. Aber der Krieg hat uns plötzlich wieder in Zeiten und Verhältnisse zurückgeworfen, die für immer überwunden sind. So lange dieser Krieg, so lange insbesondere die durch die britische Seeherrschaft bewirkte Zufuhrsperrung fort dauert, haben wir nur mit dem im Inland produzierten, durch unsere letzte Ernte gegebenen Nahrungsmittelvorrat zu rechnen. Und es ist unsere Pflicht, hiernach unseren privat- und volkswirtschaftlichen Haushalt ökonomisch einzurichten.

Daß mit dem gegebenen Vorrat das Auslangen gefunden werde, dazu kann gewiß jeder einzelne durch vernünftige Sparsamkeit und Einteilung beitragen. Auch die Vereinstätigkeit kann hier aufklärend und organisierend wirken und die Mängel, die aus der intellektuellen oder technischen Unzulänglichkeit der Privatfläche entspringen, einigermaßen ausgleichen. Der Hauptanteil an der schwierigen Arbeit der Konsumregelung wird aber unter allen Umständen der staatlichen Verwaltung vorbehalten bleiben müssen. Denn die Ueberführ über das vorhandene Gesamtquantum an Nahrungsmitteln, über die Proportion der verschiedenen Arten und Unterarten, die Möglichkeit, die lokale Verteilung der Vorräte genau zu erheben, die Autorität, sie nötigenfalls aus ihren Verstecken hervorzuziehen und ihre Ablieferung an den Markt zu erzwingen — das alles steht nur der Staatsgewalt zu und kann von ihr allein geleistet werden. Der ungarische Ackerbauminister wendet sich in einem heute veröffentlichten Aufruf an die Landwirte und ermahnt sie, auch für den eigenen Hausgebrauch die behördlichen Weisungen über die Mehlmischung zu befolgen und Getreidemengen, die über den eigenen Konsum hinausgehen, nicht versteckt zu halten. Aber mit dem Appell an die individuelle Einsicht werden die Behörden sich weder in Ungarn noch in Oesterreich auf die Dauer begnügen dürfen. Die Sicherheit der

Lebensmittelversorgung aller, der ländlichen wie der städtischen Volkskreise, erfordert unbedingt ein Eingreifen der Staatsgewalt und eine aus den gegebenen Vorräten und aus den Lehren der Nahrungsmittelchemie sich ergebende staatliche Regelung des privaten Konsums. Wir leben heute wie in einer großen, Gott sei Dank gut verteidigten und wohlverproviantierten Festung. Aber die Belagerung wird lange dauern, und da ist es Sache des Festungskommandos, für genaue Verteilung des Proviantes zu sorgen.

Zentralstelle für Volksernährung. Nachdem durch die Errichtung einer Zentralstelle für Seeresverwaltung der Versuch gemacht ist, allen Anforderungen der Seeresverwaltung während des Krieges gerecht zu werden, erweist sich in steigendem Maße eine reichsbehördliche Zentralstelle für die Kontrolle der Volksernährung als dringendes Bedürfnis. Es ist Pflicht der Zurückgebliebenen, den Kampf unserer Truppen durch zielbewusste wirtschaftliche Maßnahmen zu unterstützen, um so mehr, da zurzeit noch keineswegs abzusehen ist, wie lange der Krieg dauern wird. Die Reichsregierung hat sich dieser Erkenntnis nicht verschlossen, sondern durch Festlegung von Höchstpreisen, Verfütterungsverbot von Brotgetreide, Verordnungen über das Strecken von Mehl u. a. die Volksernährung sicherzustellen versucht. Die für diese Zwecke erlassenen Gesetze haben sich indessen mannigfach nicht bewährt. Das gilt insbesondere für die Preisbestimmungen beim Getreide. Die vorgesehenen halbmonatlichen Preiszuschläge, beginnend mit dem 1. Januar 1915, ließen dem Handel eine weitgehende Zurückhaltung des Angebotes ratsam erscheinen, so daß dem Bedarf nicht genügt werden konnte. Sodann hatte man keine Bestimmungen über Produzenten- und Konsumentenpreise getroffen; als verhängnisvolle Folgen ergaben sich versteckte Umgehungen der Höchstpreisvorschriften, namentlich beim Verkehr mit Gerste. Die größten Störungen erleidet unser Wirtschaftsleben aber durch die einzeln erfolgende Festsetzung von Höchstpreisen. Manche Verfehlungen sind jetzt überhaupt nicht mehr gutzumachen; trotzdem kann und muß noch vieles geschehen, um den Interessen der Volkswohlfahrt bestmöglichst gerecht zu werden. Die Schwierigkeiten, zu diesem Ziele zu gelangen, darf man nicht verkennen; unüberwindlich sind sie keineswegs. Die Reichsregierung brauchte sich nur dazu zu entschließen, weitsichtige Männer aus allen Berufsständen, Theoretiker und Praktiker, in einer behördlichen Zentralstelle zu vereinigen und deren Gutachten ihren eigenen Verordnungen maßgebend zugrunde zu legen.

16./XII. 1914.

Der Küchensettel im Kriege. Es gehört zu den Plänen unserer Kriegsgegner, uns durch Abschneidung der fremden Lebensmittelzufuhr auszuhungern und so zur Niederlegung unserer Waffen zu zwingen. Dieser Plan kann nicht gelingen, wenn jedermann im Volke bei der Aufstellung des täglichen Speisezettels, beim Einkauf und bei der Zubereitung der Lebensmittel die richtige Auswahl trifft und sparsam mit den Lebensmitteln umgeht. Was jeder einzelne tun kann, um auf

diese Weise zur Wohlfahrt des Vaterlandes und zum Siege unserer Waffen beizutragen, ist im September dieses Jahres im Statistischen Amt der Stadt München auf Grund von Beratungen zahlreicher Sachverständiger in einem eingehenderen, nachstehend auszugsweise wiedergegebenen Merkblatt zusammengefaßt worden, in dem es heißt:

Unsere Lebensmittelvorräte in ganz Deutschland sind so groß, daß keine Not eintreten kann, wenn die Bevölkerung mit ihrem Verbrauch die richtige Vorsorge trifft. Nicht Darben, sondern Vorbeugen ist erforderlich. Es beachte nur jeder die folgenden Ratschläge:

- 1) Nehmt zum Frühstück statt Kaffee, Tee, Kakao: Milch oder Osefgrühe.
- 2) Eßt weniger Suppen aus Reis, Linsen, Erbsen, Bohnen, sondern eßt vor allem Gersten-, Grieß-, Gemüse-, Kartoffel-, Mehlsuppen (Brennsuppen).
- 3) Eßt weniger Weißbrot und weniger Semmeln aus Weizenmehl; eßt vor allem Roggenbrot oder Brot aus gemischtem Mehl.
- 4) Eßt statt Kalbfleisch Rind- und Schweinefleisch.
- 5) Verbraucht beim Kochen nicht Fett in übertriebenen Mengen; an Stelle von ausländischem Schweineschmalz und Pflanzenfett verwendet mehr inländisches Nierenfett, Rindsalg, Rüböl, Buchenöl und Kunstspeisefette.
- 6) Benutzt den reichen Obstsegen dieses Jahres, indem ihr Obst frisch genießt, dörft oder einmacht.
- 7) Verwendet Gemüse, besonders auch Sauerkraut und Sauergemüse (Rübenkraut, Bohngemüse).
- 8) Echränkt euren Genuß alkoholischer Getränke ein.
- 9) Verwendet möglichst alle Speisereste und helfi, die Küchenabfälle zu verwerten.
- 10) Ueberhaupt verschwendet nichts im Haushalt.

Es ist falsch, zu meinen, weil der einzelne im Verhältnis zur gesamten Bevölkerung nur wenig verbraucht, sei es für das Ganze gleichgültig, was und wie er verbraucht. Viele Tropfen machen einen Strom. Jeder hilf! durch richtige Lebensweise mit zu dem Ziele des endgültigen völligen Sieges. Die kleinen Unbequemlichkeiten, die der einzelne bei der richtigen Auswahl und Ausnutzung der Lebensmittel auf sich nimmt, wiegen federleicht gegenüber den Opfern und Leiden, die von unseren Truppen gefordert werden.

Das Merkblatt, das noch eingehendere Ratschläge erteilt, kann für Vereine und andere Korporationen zum Zwecke der weiteren Verbreitung vom „Statistischen Amt der Stadt München“ in größerer Zahl von Exemplaren zum Preise von 2,50 M. für 100 Stück bezogen werden.

17. III 1914.

* (Die Lage des Lebensmittelmarktes.) In einer vom Bund österreichischer Frauenvereine veranstalteten Versammlung sprach vorgestern abends Bezirkshauptmann und Ministerialsekretär im Ackerbauministerium Dr. Ritter v. Füller über den Stand des Lebensmittelmarktes. Er stellte zunächst fest, daß der plötzlich hereingebrochene Krieg die wirtschaftliche Rüstung stark beeinträchtigte. Was die Vorräte an Brotfrucht und Mehl anbelangt, so mache sich, abgesehen davon, daß die Weizenernte im ganzen keineswegs befriedigend gewesen sei, der Abgang der galizischen Ernte sehr fühlbar. Auch sind die Anforderungen der Armee viel größer, als wenn es sich nur um die vom Haushalte abgeordnete Ernährung der Einberufenen handeln würde. Das Brotquantum des Soldaten ist viel größer als das des Arbeiters und im Heere sind Tausende, deren Hauptnahrung sonst nicht Roggenbrot ist. Es sei wünschenswert, daß die Verwendung von Gerste zur Bierzeugung möglichst eingeschränkt werde und daß die Hausfrauen sich mit dem gemischten Mehle besreunden. Die ausgiebige Verwendung von Maismehl stoße dadurch auf Schwierigkeiten, daß es nicht genügend Anlagen zur Trocknung von Mais gebe. Auch die Versorgung von Fleisch leide unter dem Ausbleiben der galizischen Probenienzen und dem immensen Bedarf der Heeresverwaltung und der Konservenfabriken. Trotzdem halten sich die Fleischpreise auf annehmbarer Höhe. In absehbarer Zeit sei ein starker Mangel an Primäware zu erwarten und in allen Qualitäten seien Preissteigerungen unausweichlich. Die Deckung unseres Bedarfes an Schweinen, und zwar insbesondere an Fettschweinen, hänge ganz von Ungarn ab, dessen Schweinezucht sich glücklicherweise in letzteren Jahren sehr schön entwickelt hat. Der Mangel an Milch sei auf den Rückgang des Viehstandes, auf die unzureichende Fütterung, das Fehlen der Melkpersonen, die Maul- und Klauenseuche und die schlechten Verkehrsverhältnisse zurückzuführen. Sehr bedauernd sei, daß noch immer von den Wiener Kaffeehäusern Unmengen von Schlagobers verabreicht werden. Es dürfte daher ein Verbot der Erzeugung von Schlagobers für den unmittelbaren Genuß notwendig sein. Obgleich eine direkte Not an Milch nicht zu befürchten sei, müsse man mit einer Erhöhung der Milchpreise rechnen. Der Mangel an Geflügel sei ungerechtfertigt. Am Lande sei genug Geflügel vorhanden und es fehle nur an einer lebhaften Tätigkeit des Handels. Die Bauern des Marchlandes klagen, daß sie ihre Gänse selbst essen müssen. Bezüglich der Eier erklärte der Vortragende, daß die Produktion Oesterreichs auch beim Fehlen der galizischen Ware ausreichen werde, um unseren Bedarf vollkommen zu befriedigen. Nur der große Export nach Deutschland sei die Ursache unseres Eiermangels. Es sei aber zu hoffen, daß die eingeleitete Organisation der Eierlieferung durch Eierverkaufsgenossenschaften von März an Abhilfe schaffen werde. Uebrigens liegen derzeit in den Wiener Kühlräumen neun Millionen Eier, welche dem Konsum vorenthalten werden. An Kartoffeln werden wir keinen Mangel leiden und es sei auch die Zeit der Preissteigerung vorbei, da die Regierung die Höchstpreise für Kartoffeln in Aussicht genommen habe. Redner betonte am Schlusse seiner Ausführungen, daß kein Grund zur Furcht vor Nahrungsmangel vorliege, daß aber Sparsamkeit mit den Lebensmitteln dringend geboten sei. Er verwies darauf, daß nur das Eingreifen Englands uns diese Schwierigkeiten bereitet habe, und schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Gott strafe England!“

17/XII 1914.

Strengere Regulierung des Lebensmittelmarktes

Als sie durch die bisherigen Maßnahmen der Regierung erzielt ist, wird von vielen Seiten und mit vielen Gründen immer wieder gefordert. Auch die Handelskammer Stuttgart schließt sich jetzt in einer einstimmig angenommenen Eingabe an das Reichsamt des Innern der Forderung an, die bisherigen ungenügenden Maßnahmen zu ergänzen durch eine reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs und des Verbrauchs in den wichtigsten Nahrungsmitteln während der Kriegszeit. Die bisherigen Maßnahmen des Reiches reichen, so führt die Kammer aus, in keiner Weise zur Regelung der Verbrauchs. Nicht nur, daß diese Maßnahmen, insbesondere die Höchstpreisfestlegungen, vielfach zu spät kamen und infolgedessen eine Preislage entstand, die den gesamten Verbrauch schwer belastet — denn die Höchstpreise wurden, wie zu befürchten war, sogleich zu Mindestpreisen — sondern sie vermochten insbesondere in keiner Weise, was doch als das wichtigste erscheint, eine regelmäßige Versorgung der verschiedenen Gebiete herbeizuführen. Das reichsgesetzlich vorgesehene Zwangsmittel, in Einzelfällen bei Nichtlieferung zu den festgelegten Höchstpreisen eine Enteignung eintreten zu lassen, erweist sich in der Praxis als völlig unzulänglich, da ein allgemeiner Zwang zur Herausgabe der Vorräte, unabhängig vom einzelnen Verzweigerungsfall, nicht besteht und bestimmungsgemäß nur in trassen Ausnahmefällen von der Befugnis Gebrauch gemacht wird. Handels- und Konsumvereinigungen sehen sich deshalb, um überhaupt Waren zu erhalten, zu indirekter Ueberschreitung der gesetzlichen Höchstpreise gezwungen durch Annahme von Frachtzuschlägen, durch das Zugeständnis überhoher Vermittlungs- und Provisionsätze usw. Noch unzulänglicher aber als die Regelung der Verteilung der vorhandenen Vorräte sind die Vorschriften für ihre zweckmäßige Verwertung. Ein tatsächlicher, durchgreifender Erfolg sei deshalb nur denkbar, wenn von einer Zentralstelle im Reich aus eine planmäßige, auf die ganze Versorgungszeit bis zur nächsten Ernte berechnete und die einzelnen Gebiete des Reiches im Verhältnis zum sonstigen jeweiligen Bedarf versorgende Verteilung der noch an unentbehrlichen Nahrungsmitteln vorhandenen Vorräte vorgenommen wird, wobei selbstverständlich diese Zentralstelle durch sonstige geeignete Maßnahmen, soweit erforderlich, für eine Streckung dieser Vorräte durch zweckmäßige Heranziehung sonstiger Nahrungsmittel zu sorgen hätte.

Die Durchführung dieses Gedankens erscheint auf den ersten Blick vielleicht schwieriger, als sie bei Benutzung aller zur Verfügung stehenden Kräfte und Organisationen tatsächlich sei. Eine vollkommene Ausschaltung des Handels wäre weder erforderlich, noch überhaupt ratsam, vielmehr sollten seine Erfahrungen wie seine vielseitigen Geschäftsverbindungen auch nach dem Ausland in den Dienst der Reichsorganisation des Verbrauchs, und zwar unter Gewährleistung angemessener Provisionsätze gestellt werden. Zu einzelnen macht die Kammer dafür folgende Vorschläge:

1) Berichtigung und Ergänzung der Bestandsaufnahme vom 1. Dezember d. J. unter Anwendung einer mit aller Strenge zu handhabenden gesetzlichen Deklarationspflicht der Eigentümer und Besitzer von Vorräten und einer sorgfältigen Kontrolle der Angaben durch staatliche und städtische Organe.

2) Mäufliche Uebernahme der gesamten Vorräte an Brotgetreide und Mehl, unter teilweiser Zuziehung auch von Vorräten in sonstigen Getreidesorten und Erzeugnissen, die mit zur menschlichen Nahrung herangezogen werden können (Gerste, Hafer, Kartoffeln). Die übernommenen Vorräte könnten unter den nötigen Sicherheiten bei genauester Buchkontrolle in den Händen sachkundiger Besitzer gegen Abruf verbleiben. Für die Lagerung und ordnungsgemäße Behandlung der Ware wären bestehende Vergütungsätze vom Reich zu leisten.

3) Uebertragung der obersten Verwaltung über die gesamten Vorräte im Reich an eine Reichszentralstelle, die nach erlangter Ueberzicht über den Gesamtvorrat unter Verständigung mit den einzelnen bundesstaatlichen Regierungen für eine Zuteilung des Vorrates pro rata des nachgewiesenen sonstigen durchschnittlichen Verbrauchs in zweckmäßiger Weise zu sorgen hätte. Der Abruf im einzelnen von den einzelnen Lagerungsplätzen aus dürfte voraussichtlich am besten durch Vermittlung der Kommunalbehörden im Rahmen der allgemeinen Zuteilung auf das größere bundesstaatliche Gebiet erfolgen. Der Handel könnte hierbei als beauftragtes Hilfsorgan der Verteilung mit in Anspruch genommen werden. Den örtlichen Behörden bliebe es überlassen, an der Hand allgemeiner, von der Reichszentralstelle unter Zuziehung von Sachverständigen — deren sich die Zentralstelle überhaupt regelmäßig unter Angliederung einer bestimmten Organisation aus Vertretern aller bundesstaatlichen Gebiete bedienen müßte — auszugehenden Richtlinien, auf dem Berordnungswege sowie durch ständige öffentliche Belehrung auf eine sparsame und zweckmäßige Verwertung der angelieferten Vorräte hinzuwirken. Der Reichszentralstelle wäre auch die Befugnis zu übertragen, sonstige zur Sicherung der Volksernährung notwendigen oder wünschenswerten Maßnahmen auch im Verkehr mit anderen Nahrungs- und Genußmitteln zu treffen, zum Beispiel Heranziehung der Gerste und des Hafers zur menschlichen Ernährung, wenn nötig unter Einschränkung des Braugewerbes, etwaige Minderung der reichen Viehbestände, damit die Futtermittel gestreckt werden und zugleich ein Teil von ihnen zur menschlichen Nahrung frei wird; Verwertung des über den notwendigen Fleischbedarf geschlachteten Viehs durch Konservierung des Fleisches, tunlichst mit Hilfe der leistungsfähigen deutschen Konservenindustrie und unter Festsetzung der Preise für Vieh und Fleischkonserven, Erlaß von Vorschriften über etwa notwendige Veränderungen in der Verwertung der zur Verfügung stehenden Anbauflächen zugunsten der nötigen landwirtschaftlichen Produkte. Vorschriften zur erweiterten Ausbeutung der Getreidevorräte für die menschliche Nahrung (z. B. Weizenausbeute statt 75 v. H. etwa 85 v. H., Roggenausbeute statt 72 v. H. etwa 80 v. H.).

Es ist kaum anzunehmen, daß nicht auch die Regierung selber das Unzulängliche der bisherigen Maßnahmen und die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen sollte erkannt haben. Man erwartet daher mit einiger Ungeduld ihre weiteren Be-

schlüsse. Sie sollten ihr nicht zu schwer fallen, da sie in dem Bewußtsein handeln kann, daß die breitesten Öffentlichkeit allem Beifall zollen wird, was hier dem nationalen Interesse und dem Zwecke der wirtschaftlichen Kriegsführung dienen kann, auch wenn dabei für alle einzelnen diese und jene Unbequemlichkeiten sich ergeben sollten. Jedenfalls dürfte die Regierung noch niemals mit einem besseren Willen rechnen, allem Notwendigen und Nützlichen, das sie beschließen könnte, Verständnis zu bereiten.

Inzwischen hört man auf dem Umweg über den in Dresden tagenden sächsischen Landeskulturrat, daß die Reichsregierung beabsichtige, eine neue Verordnung über Kartoffelhöchstpreise herauszugeben. Auch der Händlergewinn soll festgelegt werden. Wenn nichts gegen spekulative Verteuerung helfe, werde das Reichshandelsmonopol vielleicht die letzte Zuflucht sein.

21./XII 1914.

Ernährung im Kriege.

Berlin, 20. Dezember. Die Professoren der Nationalökonomie an der Universität Berlin A. Wagner, G. V. Schmoller, M. Sering, S. Herkner, R. Ballot erlassen im Verein mit den Physiologen M. Rubner und N. Jung, dem Mitgliede des Reichsgesundheitsamtes Geh. Rat Prof. Kost, dem Rektor der Berliner Handelshochschule Prof. Elsbacher und dem Herausgeber der „Sozialen Praxis“ Prof. E. Franke den folgenden

Aufruf:

Die englische Regierung, die den Weltkrieg gegen uns anstiftete, führt ihn in der hinterhältigsten Weise. Entgegen dem Völkerrecht unterbindet sie die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, die für Deutschlands unbewaffnete Bevölkerung bestimmt sind. Die englische Regierung wird, wie sie verkündete, den Krieg in die Länge ziehen, damit am Ende des Erntejahres Hunger und Not uns zu einem schimpflichen Frieden zwingen, die Siege zunichte werden, die unsere Tapferen in offener Feld- und Seeschlacht errangen.

Diese Pläne durchkreuzen zu helfen, ist jeder von uns Dabeingebliebenen, ob Mann, Weib oder Kind berufen. Das deutsche Volk muß mit ausreichenden Vorräten in das nächste Erntejahr eintreten. Dies ist möglich, wenn jedermann, der Reiche wie der weniger Bemittelte, seine Lebensweise dem anpaßt, was unsere Landwirtschaft zu bieten hat.

Die Hauptregeln sind:

1) Geht ehrerbietig und haushälterisch um mit allen nugharen Stoffen, verwendet sorgsam jeden noch irgendwie brauchbaren Abfall.

2) Eßt Kriegsbrot (K-Brot) und fordert solches von euren Bäckern. Es ist nahrhaft und schmachhaft wie ungemischtes Roggen- oder Weizenbrot. Kartoffeln sind reichlich vorhanden. Das Brotgetreide aber reicht nur aus, wenn 10—20 v. H. Kartoffeln eingebaden, oder wenn weniger Brot und mehr Kartoffeln genossen werden.

3) Laßt das Weizenbrot (Brötchen, Knüppel, Schrippen, Semmeln) in der Hauptsache den Kranken und Schwachen, schränkt vor allem den Verbrauch von Kuchen, Stollen und anderem feinen Gebäck aufs äußerste ein, denn an Weizen und Weizenmehl fehlt uns ein Drittel des bisherigen Bedarfs.

4) Spart an Fleisch, an Fett und Butter. Jetzt besteht zwar ein reichliches Angebot an Schlachtieren, weil vielen Landwirten die ausländischen Futtermittel fehlen. Daraus folgt aber nicht, daß man nun um so mehr Fleisch verzehren dürfe. Geschieht dies, so wird das Angebot bald sehr knapp werden. Vielmehr ist der Fleisch-, Fett- und Butterverbrauch schon jetzt einzuschränken, damit unser Volk später keinen Mangel leide. Wer es kann, sammle für seinen Hausbedarf einen Vorrat von Dauerware (geräuchertem Schinken und Speck, Dauerwurst) und Schmalz, und zwar bedächtig und ohne Ueberstürzung.

5) Die Grundlage der Ernährung müssen einheimische Pflanzensstoffe bilden; Kartoffeln, Roggen, Weizen, Hafer, Buchweizen, Gemüse, frisches und eingemachtes Obst. In ausgiebiger Weise kann Zucker verwendet werden. Zucker, fast überreichlich vorhanden, ist ein vorzügliches Nahrungs- und Erjatzmittel für Fett und Butter.

Dazu genieße man Milch und Käse, namentlich auch Magermilch und Magerkäse, die durch ihren Eiweißgehalt ein vorzügliches Fleischersatz sind.

Es lassen sich aus den in genügendem Maße verfügbaren Stoffen sehr mannigfaltige und nahrhafte Speisen bereiten. Nicht die Not, sondern die Vorsorge gebietet die planmäßige und veränderte Lebensführung, die wir empfehlen. Die kleinen Unquemlichkeiten, welche sie mit sich bringen mag, wird jeder gern auf sich nehmen, in dem Gedanken, damit das Werk derer zu fördern, die im Felde und auf der See ihr Leben und ihre Gesundheit freudig für unser teures Vaterland einsetzen.

23/II 1914

(Seid wirtschaftlich und sparsam!) Die Professoren der Nationalökonomie an der Universität Berlin, U. Wagner, G. v. Schmoller, M. Sering, B. Hertner, A. Bollot erlassen im Verein mit den Physiologen Professor M. Rubner und R. Zunk, dem Mitgliede des Reichsgesundheitsamtes Geheimen Rat Professor Kost, dem Rektor der Berliner Handelshochschule Professor Elsbacher und dem Herausgeber der „Sozialen Praxis“ Professor E. Franke einen Aufruf, dem wir folgende Stellen entziehen: Die englische Regierung, die den Weltkrieg gegen uns anstiftete, führt ihn in der hinterhältigsten Weise. Entgegen dem Völkerrecht unterbindet sie die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, die für Deutschlands unbewaffnete Bevölkerung bestimmt sind. Die englische Regierung wird, wie sie verkündete, den Krieg in die Länge ziehen, damit am Ende des Erntejahres Hunger und Not uns zu einem schimpflichen Frieden zwingen, die Siege zunichte werden, die unsere Tuppen in offener Feld- und Seeschlacht errangen. Diese Pläne durchkreuzen zu helfen, ist jeder von uns Daheimgebliebenen, ob Mann, Weib oder Kind, berufen. Das deutsche Volk muß mit ausreichenden Vorräten in das nächste Erntejahr eintreten. Dies ist möglich, wenn jedermann, der Reiche wie der weniger Bemittelte, seine Lebensweise dem anpaßt, was unsere Landwirtschaft zu bieten hat. Die Hauptregeln sind: 1. Geht ehrerbietig und hausälterisch um mit allen nützlichen Stoffen, verwendet sorgsam jeden noch irgendwie brauchbaren Abfall. 2. Eßt Kriegsbrot und fordert solches von euren Bäckern. Es ist nahrhaft und schmackhaft wie ungemischtes Roggen- und Weizenbrot. Kartoffeln sind reichlich vorhanden. Das Brotgetreide aber reicht nur aus, wenn 10 bis 20 Prozent Kartoffeln eingebaden, oder wenn weniger Brot und mehr Kartoffeln genossen werden. 3. Lasset das Weizenbrot (Brötchen, Knüppel, Schrippen, Semmeln) in der Hauptsache den Kranken und Schwachen, schränkt vor allem den Verbrauch von Kuchen, Stollen und anderem feinen Gebäck aufs äußerste ein, denn an Weizen und Weizenmehl fehlt uns ein Drittel des bisherigen Bedarfs. 4. Spart an Fleisch, an Fett und Butter. Jetzt besteht zwar ein reichliches Angebot an Schlachtieren, weil vielen Landwirten die ausländischen Futtermittel fehlen. Daraus folgt nicht, daß man nun um so mehr Fleisch verzehren dürfte. Geschieht dies, so wird das Angebot bald sehr knapp werden. Vielmehr ist der Fleisch-, Fett- und Butterverbrauch schon jetzt einzuschränken, damit unser Volk später keinen Mangel leide. Wer es kann, sammle für seinen Hausbedarf einen Vorrat an Dauerware (geräuchertem

Schinken und Speck, Dauerwurst) und Schmalz, und zwar bedächtig und ohne Ueberstürzung. 5. Die Grundlage der Ernährung müssen einheimische Pflanzenstoffe bilden; Kartoffeln, Roggen, Weizen, Hafer, Buchweizen, Gemüse, frisches und eingemachtes Obst. In ausgiebiger Weise kann Zucker verwendet werden. Zucker, fast überreichlich vorhanden, ist ein vorzügliches Nahrungs- und Ersatzmittel für Fett und Butter. Dazu genieße man Milch und Käse, namentlich auch Magermilch und Magerkäse, die durch ihren Eiweißgehalt ein vortrefflicher Fleischersatz sind.

Ausführungen eines Fachmannes.

Das größte Interesse unserer Hausfrauen erregt derzeit der Lebensmittelmarkt mit seinen steten Veränderungen in Preis, Menge und Güte der Waren. Es ist daher begreiflich, daß man in Frauenteilen mit Spannung dem Vortrage eines hervorragenden Fachmannes entgegenseh, der sich mit dem gegenwärtigen Stand des Lebensmittelmarktes befaßt.

In diesem Vortrage, den kürzlich der Vizesekretär im Ackerbauministerium, Dr. Rudolf Ritter Fürer von Faimendorf und Wollersdorf, im Neuen Frauenklub hielt, bezeichnete der Vortragende als die schwerste Frage der Approvisionnement.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehl.

An Brotfrüchten produziert Oesterreich-Ungarn in gewöhnlichen Jahren nahezu so viel, als es zur Ernährung der Bevölkerung braucht. Dieses nicht gerade günstige Bild wird noch dadurch ungünstig beeinflusst, daß die Weizenernte in Galizien (etwa ein Zehntel der Weizenernte Oesterreich-Ungarns) und die Roggenernte daselbst (ein Sechstel der Roggenernte Oesterreich-Ungarns) heuer zum Teil nicht mehr hereingebracht, zum Teil nicht ausgedroschen werden konnte. Dazu kommt, daß die Anforderungen der Armee viel größer sind, als wenn es sich nur um die vom Haushalte abgeforderte Ernährung der Einberufenen handeln würde. Der Saatensand war wohl befriedigend und allgemein rechnete man im August auf eine sehr gute Ernte. Aber als man mit dem Drusche begann, zeigte sich, daß die Schüttung des Getreides unbefriedigend sei. Im selben Augenblicke begann schon die Preistreiberei. Vorher waren die Getreidepreise nur mäßig gestiegen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften verkauften zu Kriegsbeginn den Weizen zu fast normalen Preisen. Nun griff aber der Handel ein. Dieser sah sich von den bedeutenden Heereslieferungen ausgeschaltet und konnte auch bei dem ungeheuren Heeresbedarf, den Ein- und Ausfuhrverboten, den gewerblichen Maximalpreisen usw. in seinem privaten Verkehre nicht so ungehindert arbeiten, wie seine Interessen es erforderten. Zuerst wurden die Lieferungsaktionen der Verbände in entsprechender Weise verdächtigt und herabgesetzt, um das Getreide unter den von den Verbänden gezahlten Kriegslieferungspreisen zu bekommen. Denn mit dem geringen Gewinne, mit dem die Verbände arbeiteten, konnte sich der Handel nicht zufriedenstellen. Plötzlich aber kehrte diese Preistreiberei sich in das Gegenteil um, in eine noch nie dagewesene Preistreiberei. Damals erschollen die ersten Rufe nach den Höchstpreisen für Getreide und sie kamen ebenso wie aus den Kreisen der Konsumenten, aus jenen der Landwirte, denen mit den hohen Preisen nicht gedient war und die sehr gut wußten, daß die städtische Bevölkerung, wie es jetzt ja auch der Fall ist, ihnen allein die Schuld an den hohen Getreidepreisen beimessen werde.

Eine Maßnahme, die hieraus folgte, war die im Oktober angeordnete Aufnahme der Vorräte, welche vor allem den Zweck hatte, die Verheimlichung der Vorräte zu verhindern. Endlich wurden nach den leider notwendigen langwierigen Verhandlungen mit der ungarischen Regierung Höchstpreise festgesetzt.

Von größter Bedeutung ist nun die gleichzeitig mit der Festsetzung der Höchstpreise erfolgte Regelung der Mehlerzeugung. Bisher wurde das aus Weizen gewonnene Mehlsquantum in folgender Weise verwendet: Circa 42% als 0-Mehl, circa 40% je nach der Feinheit als I bis VIII. Mehl, circa 15% Kleie und 3% Verstaubung. Jetzt aber wurde angeordnet, daß nur 15% der Ausbeute als feines Backmehl in der Qualität des jetzigen 0-Mehles verkauft werden dürfe. Daß weitere 15% als Kochmehl und der Rest, also 52% als Brotmehl zu verkaufen sind. Die 15%, die als Kochmehl bezeichnet werden, dürfen aber nur in einer Mischung in den Verkehr gebracht werden, welche 70% Weizen und 30% Gerstenmehl enthält und die 52% Brotmehl müssen mit 33% Gerstenmehl oder aber mit 30% Maismehl oder Kartoffelwalmehl gemischt werden. Ebenso ist das Weizengleichmehl, das ist das Produkt jener Mühlen, die nur eine Mehlsorte erzeugen, und das Roggenmehl zu mischen, oder wie man sich sehr zutreffend ausdrückt, gestreckt werden. Denn dieser Vorgang bezweckt und erzielt nichts anderes, als eine Streckung unserer Weizen- und Roggenvorräte. Gerste, Mais- und Kartoffelmehl werden hier als Ersatzmittel für die

Brotfrucht herangezogen und nicht etwa als Surrogat für die weniger kaufkräftige Bevölkerung, sondern als obligatorischer Zusatz angewendet. Dies läßt uns hoffen, daß wir nun mit der Brotfrucht in diesem erweiterten Sinne auskommen werden.

Die Fleischnahrung.

Was die Fleischnahrung betrifft, so muß vor allem folgendes festgestellt werden: Nach der Viehzählung vom Jahre 1910 hatten Galizien und die Bukowina 30% des Rinderstandes und 31% des Schweinestandes von ganz Oesterreich. Seither hatte jedoch der Viehstand dieser Länder einen starken Rückgang erfahren, was darauf zurückzuführen war, daß die Bauern infolge der Kriegsfurcht der Jahre 1912 und 1913 und der Dürre der letzten Jahre sehr viel Vieh verkauften. Immerhin blieb Galizien für die Approvisionnement der übrigen Länder, und zwar insbesondere Wiens und der Südentländer ein sehr bedeutungsvolles Bezugsgebiet. Infolgedessen konnte natürlich die vollständige Aufrechterhaltung der Karpathenländer vom Wiener Markt hier nicht ohne Einfluß bleiben. Dazu kommt der riesige Bedarf der Heeresverwaltung an Fleisch. Einerseits die unmittelbaren Anforderungen des Heeres an Schlachtieren, andererseits der Bedarf der Konserverfabriken.

Daß sich dieser Ausfall, beziehungsweise die starke Nachfrage nicht noch stärker in den Preisen fühlbar machen, ist keineswegs darauf zurückzuführen, daß wir in den anderen Ländern einen erfreulichen Ueberfluß an Vieh haben, sondern vielmehr darauf, daß sich überall ein sehr starkes Angebot zeigt, das zwar heute unsere Fleischpreise auf einer erschwinglichen Höhe hält, das jedoch in späterer Zeit, und zwar auch nach Friedensschluß sehr böse Folgen zeitigen wird.

Dieses Angebot ist vor allem auf Angstreitkäufe zurückzuführen. Viehhändler bereisen die Dörfer und die entlegensten Gehöfte und reden — selbst in den sichersten Alpenältern — den Bauern ein, daß demnächst die Rufen kommen und ihnen das Vieh abnehmen werden. Es sind Fälle bekannt, wo eine alte Bäuerin um Rat frug, ob sie einem Viehhändler eine Kuh um den ihr angebotenen Preis von 300 Kronen verkaufen solle. Sie wurde dann an die Viehverkaufsstelle des betreffenden landwirtschaftlichen Amtes gewiesen, wo sie die Kuh um 600 Kronen verkaufte. Das kam in Oberösterreich vor. Wie es nun in Schlesien und Nordmähren, wo man den Feind immerhin in der Nähe hat, sein mag, kann man sich vorstellen. Schließlich kommt noch als weiterer Umstand hinzu, daß viele Landwirte durch Mangel an Arbeitskräften genötigt sind, ihr Vieh zu verkaufen.

Das Rind-, Schweine- und Schaffleisch.

Die Aussichten hinsichtlich des Rindfleisches für die nächste Zukunft sind, so weit man urteilen kann, wohl die, daß insbesondere in Primaware ein starker Mangel eintreten wird, weil die hohen Preise der Kraftfuttermittel die Mastung nicht mehr als einträglich erscheinen lassen. Das Wiener Publikum wird sich daher mit einer Ware begnügen müssen, die heute nicht in Wien als Prima gilt, sondern nur in Klagenfurt oder in Laibach. In allen Qualitäten wird sich jedoch früher oder später eine Preissteigerung zeigen.

Beim Schweinefleisch ist eine Preissteigerung schon jetzt wahrzunehmen, weil für die Zufuhr von Schweinefleisch Galizien jetzt nicht in Betracht kommt und die Schweinezucht in den Alpenländern und in den südlichen Ländern leider noch nicht hoch entwickelt ist. Für den Wiener Markt kommt daher derzeit nur Ungarn in Betracht, das aber die Nachfrage besonders nach Fettschweinen nicht befriedigen kann. Nur wenn eine entsprechende Menge von Maisvorräten für Mastzwecke sicher-

28. VII. 1914.

Kriegsmahnung des Berliner Magistrats.

Der Magistrat der Reichshauptstadt veröffentlicht folgende beherzigenswerte Bekanntmachung:

„Deutschland steht gegen eine Welt von Feinden, die es vernichten wollen. Es wird ihnen nicht gelingen, unsere herrlichen Truppen niederzurufen, aber sie wollen uns wie eine belagerte Festung aus hungern. Auch das wird ihnen nicht glücken, denn wir haben genug Brottorn im Lande, um unsere Bevölkerung bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Nur darf nichts vergeudet und die Brotsfrucht nicht an das Vieh verfüttert werden. Haltet darum Haus mit dem Brot, damit die Hoffnungen unserer Feinde zuschanden werden. Seid ehrerbietig gegen das tägliche Brot, dann werdet Ihr es immer haben, mag der Krieg noch so lange dauern. Erzieht dazu auch Eure Kinder.

Verachtet kein Stück Brot, weil es nicht mehr frisch ist. Schneidet kein Stück Brot mehr ab, als Ihr essen wollt. Denkt immer an unsere Soldaten im Felde, die oft auf vorgeschobenen Posten glücklich wären, wenn sie das Brot hätten, das Ihr verschwendet. Eßt Kriegsbrot; es ist durch den Buchstaben K kenntlich. Es sättigt und nährt ebenso gut wie anderes. Wenn alle es essen, brauchen wir nicht in Sorge zu sein, ob wir immer Brot haben werden.

Wer die Kartoffel erst schält und dann kocht, vergeudet viel. Kocht die Kartoffeln in der Schale, Ihr spart dadurch.

Abfälle von Kartoffeln, Fleisch, Gemüse, die Ihr nicht verwerten könnt, werft nicht fort, sondern sammelt sie als Futter für das Vieh; sie werden gern von den Landwirten geholt werden.“

31. / XII. 1914.

*** (Eine Erhöhung der Bierpreise?)** Aus Prag, 30. d., wird uns telegraphiert: Nach Mitteilungen aus Brauereientressenkreisen soll eine Erhöhung der Bierpreise in Sicht sein. Die österreichischen Brauereien wurden von der Regierung verständigt, es werde im Hinblick darauf, daß die Gerste heuer zur Erzeugung von Mehl für die Bevölkerung nötig sein werde und daß auch für die Militärpferde Gerste in höherem Maße als unter normalen Verhältnissen gebraucht würde, an eine Einschränkung der Biererzeugung gedacht, und zwar soll die Reduktion etwa

30 Prozent der heutigen Erzeugung betragen. Wenn es dazu kommt, so würde dies eine empfindliche Beeinträchtigung der Brauindustrie bedeuten. Aber auch die Konsumenten würde dies treffen, weil es mit Rücksicht auf die höheren Preise der Rohprodukte wieder zu einer Erhöhung der Bierpreise führen würde. In Fachkreisen rechnet man, daß der Preis um vier Heller pro Liter erhöht werden würde.

Preis der Anzeigen:

Colonelzeile 50 d. Abendbl. 75 d.
 Reklamen 42.—, Abendbl. 41.50
 Familienanzeigen 41.—, Platz-
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nebmen an:
 Unsere Expedition in Frankfurt
 a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
 Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Leipz.
 Platz 3. Dresden-A: Waisenhaus-
 str. 25. München: Perusastr. 5.
 Offenbach: Biebererstr. 34. Stutt-
 gart: Poststraße 7. Zürich: Novd-
 straße 62. Uns. übrig. Agentur.
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 (Gesellschaft m. beschr. Haftung)

ung

er Zeitung.)

mer 40, 41, 42, 43.

Die Regulierung des Lebensmittelmarktes.

Endlich hat sich die Regierung dazu entschlossen, einen ersten Schritt zu tun, um der Verschwendung des Nahrungsmittelvorrats entgegenzuarbeiten und auf eine in diesen Kriegszeiten doppelt notwendige, rationelle Verwendung der vorhandenen Bestände hinzuwirken. Das jetzt ergriffene Mittel dazu ist eine

Einschränkung der Branntweinbrennerei,

wie sie ja seit Kriegsbeginn immer wieder gefordert worden ist. Es wird uns darüber aus Berlin bräutlich folgendes berichtet:

Berlin, 16. Okt. Der Bundesrat hat gestern neue Bestimmungen über die Erzeugung der Branntweinbrennereien für das Betriebsjahr 1914/15 beschlossen, die erhebliche Abweichungen gegen das Vorjahr zeigen. Für 1914/15 wird der Durchschnittsbrand der Brennereien mit einer Jahreserzeugung von 50 Hektoliter Alkohol oder weniger auf 90 Prozent, der Durchschnittsbrand der übrigen Brennereien auf 60 Prozent des allgemeinen Durchschnittsbrandes festgesetzt (gegen bisher 96 Prozent). Von der innerhalb des Durchschnittsbrandes hergestellten Erzeugung sollen 65 Prozent der Vergällung unterliegen (bisher 40 Prozent) und restliche 35 Prozent davon befreit bleiben.

Das besagt also, daß die Verwendung von Kartoffeln zur Branntweinerzeugung wesentlich eingeschränkt wird. Während im vorigen Jahre die Brennereien 96 pCt. ihres Kontingents brennen durften, werden sie jetzt (mit Ausnahme der Kleinen) auf 60 Prozent beschränkt, und es muß gleichzeitig ein erheblich höherer Prozentsatz (65 statt bisher 40 pCt.) dieser so reduzierten Alkoholerzeugung zu technischen Zwecken denaturiert werden, so daß als Trinkbranntwein nur ein sehr viel geringeres Quantum verbleibt. Der Erfolg wird sein, daß von der Kartoffelernte, die die anfänglich günstigen Erwartungen übrigens leider nicht voll rechtfertigen wird — man schätzt sie jetzt, wie gemeldet, für Preußen auf 34 223 450 gegen 39 215 298 Tonnen im Vorjahr — ein sehr viel größeres Maß für menschliche und tierische Nahrung reserviert bleibt.

Das ist, wie gesagt, ein Anfang (bei dem die Regulierung der Kartoffelpreise auch noch fehlt). Aber über das Wichtigste, die Regelung von Konsum und Preisen für

Getreide

hört man immer noch wenig Beruhigendes. Aus Berlin wird uns darüber unterm gestrigen Datum gemeldet:

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide soll durch Verordnung der einzelnen Bundesstaaten erfolgen. Warum sie so lange ausblieb, ist nicht klar erkennbar. Es ist schwer zu glauben, daß die gewiß nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten der Festsetzung von Höchstpreisen, die sich nicht auf Getreide beschränken wird, soviel Zeitaufwand erfordern oder daß die Abwesenheit des Staatssekretärs Dr. Delbrück, der die treibende Kraft bei allen diesen Angelegenheiten ist, eine Verzögerung bewirkt. Der Gedanke ist jedenfalls unberechtigt, daß man an leitenden Stellen teure Preise ein Zeitlang gelten lassen wolle, weil sie eine Erziehung zur Sparsamkeit seien. Man erwartet hier mit Bestimmtheit, daß die Höchstpreise in der nächsten Woche herauskommen und daß sie niedriger als die heutigen Marktpreise in Aussicht genommen sind.

Daß etwas Energisches geschehen müsse, wird allerdings von allen Seiten immer von neuem betont. Auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, weist wieder darauf hin, daß dieser seit geraumer Zeit mit allem Nachdruck die Einführung von Höchstpreisen für Getreide, Mehl, Kartoffeln und Futtermitteln gefordert habe, und schreibt weiter:

Je länger man mit ihrer Festsetzung zögert, umso schwieriger wird die Lösung der Frage. Die Höchstpreise genügen aber allein nicht; Hand in Hand damit muß eine Organisation zur Festsetzung und Verteilung des Bedarfs gehen. Entschließt man sich nicht zu diesen Maßnahmen, so können bei längerer Dauer des Krieges, mit der wir unbedingt rechnen müssen, recht schwierige und recht bedenkliche Verhältnisse ein-

Die Höchstpreise für Lebensmittel eine ungenügende Maßnahme.

Von Dr. Georg Heim (Regensburg.)

Am 8. August 1914 schrieb ich an den „Wager. Kurieren“ einen Artikel: „Welche Getreidepreise sind angesichts der Kriegslage gerechtfertigt.“ In diesem Artikel vermittele ich bereits auf das Gelegte, daß die Höchstpreise für Getreide auf den 4. August 1914 und nicht auf den 1. August 1914, da jetzt der Getreideaufkauf beginnt, daß das Gesetz gegen einen Lebensmittelmangel sofort in Kraft tritt.“ Mitte August wurde der Zentralbehörde in Berlin eine Sachverständigenkommission einberufen. In dieser Sachverständigenkommission wurde der Höchstpreis für Getreide festgelegt, und zwar von dem Reichsminister des Innern, für den 22. August 1914 im Einklang mit dem Reichsminister des Handels und der Landwirtschaft einberufen, um über die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen des Großhandels und der Landwirtschaft zu beraten. In dieser Sitzung wurde am 22. August 1914 im Reichsministerium des Innern ein Bescheid erlassen, durch den die Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln für den 22. August 1914 im Einklang mit dem Reichsminister des Handels und der Landwirtschaft einberufen, um über die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen des Großhandels und der Landwirtschaft zu beraten. In dieser Sitzung wurde am 22. August 1914 im Reichsministerium des Innern ein Bescheid erlassen, durch den die Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln für den 22. August 1914 im Einklang mit dem Reichsminister des Handels und der Landwirtschaft einberufen, um über die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen des Großhandels und der Landwirtschaft zu beraten.

Ich habe das aufrecht bedauert, ich habe es für einen Fehler angesehen, daß die Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln für den 22. August 1914 im Einklang mit dem Reichsminister des Handels und der Landwirtschaft einberufen, um über die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen des Großhandels und der Landwirtschaft zu beraten. In dieser Sitzung wurde am 22. August 1914 im Reichsministerium des Innern ein Bescheid erlassen, durch den die Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln für den 22. August 1914 im Einklang mit dem Reichsminister des Handels und der Landwirtschaft einberufen, um über die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen des Großhandels und der Landwirtschaft zu beraten.

Und wie sieht heute mit der Höhe der Höchstpreise aus? Ich habe am 8. August 1914 festgestellt, welche Preise wir ungefähr für die neue Ernte bekommen hätten, wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre. Aus eigener Erfahrung kann ich konstatieren, daß bei uns in Bayern Weizen vor Verkauf neuer Ernte mit M. 10 bis 10,25, Roggen 8,50 bis 8,80, Haber 8,30 bis 8,50, Gerste 9 bis 9,30 je nach Qualität bezahlt wurden. Ich habe konstatiert, daß nach Ausbruch des Krieges noch Anfangs August Weizen mit M. 12,50 bis 13,00, Roggen 9,50 bis 10,00, Haber 9,80 bis 10,30, Gerste 10,50 bis 11,00, Hafer 10,00 bis 10,50, Gerste 11,00 bis 11,50, Hafer 10,50 bis 11,00, Gerste 11,50 bis 12,00, Hafer 11,00 bis 11,50, Gerste 12,00 bis 12,50, Hafer 11,50 bis 12,00, Gerste 12,50 bis 13,00, Hafer 12,00 bis 12,50, Gerste 13,00 bis 13,50, Hafer 12,50 bis 13,00, Gerste 13,50 bis 14,00, Hafer 13,00 bis 13,50, Gerste 14,00 bis 14,50, Hafer 13,50 bis 14,00, Gerste 14,50 bis 15,00, Hafer 14,00 bis 14,50, Gerste 15,00 bis 15,50, Hafer 14,50 bis 15,00, Gerste 15,50 bis 16,00, Hafer 15,00 bis 15,50, Gerste 16,00 bis 16,50, Hafer 15,50 bis 16,00, Gerste 16,50 bis 17,00, Hafer 16,00 bis 16,50, Gerste 17,00 bis 17,50, Hafer 16,50 bis 17,00, Gerste 17,50 bis 18,00, Hafer 17,00 bis 17,50, Gerste 18,00 bis 18,50, Hafer 17,50 bis 18,00, Gerste 18,50 bis 19,00, Hafer 18,00 bis 18,50, Gerste 19,00 bis 19,50, Hafer 18,50 bis 19,00, Gerste 19,50 bis 20,00, Hafer 19,00 bis 19,50, Gerste 20,00 bis 20,50, Hafer 19,50 bis 20,00, Gerste 20,50 bis 21,00, Hafer 20,00 bis 20,50, Gerste 21,00 bis 21,50, Hafer 20,50 bis 21,00, Gerste 21,50 bis 22,00, Hafer 21,00 bis 21,50, Gerste 22,00 bis 22,50, Hafer 21,50 bis 22,00, Gerste 22,50 bis 23,00, Hafer 22,00 bis 22,50, Gerste 23,00 bis 23,50, Hafer 22,50 bis 23,00, Gerste 23,50 bis 24,00, Hafer 23,00 bis 23,50, Gerste 24,00 bis 24,50, Hafer 23,50 bis 24,00, Gerste 24,50 bis 25,00, Hafer 24,00 bis 24,50, Gerste 25,00 bis 25,50, Hafer 24,50 bis 25,00, Gerste 25,50 bis 26,00, Hafer 25,00 bis 25,50, Gerste 26,00 bis 26,50, Hafer 25,50 bis 26,00, Gerste 26,50 bis 27,00, Hafer 26,00 bis 26,50, Gerste 27,00 bis 27,50, Hafer 26,50 bis 27,00, Gerste 27,50 bis 28,00, Hafer 27,00 bis 27,50, Gerste 28,00 bis 28,50, Hafer 27,50 bis 28,00, Gerste 28,50 bis 29,00, Hafer 28,00 bis 28,50, Gerste 29,00 bis 29,50, Hafer 28,50 bis 29,00, Gerste 29,50 bis 30,00, Hafer 29,00 bis 29,50, Gerste 30,00 bis 30,50, Hafer 29,50 bis 30,00, Gerste 30,50 bis 31,00, Hafer 30,00 bis 30,50, Gerste 31,00 bis 31,50, Hafer 30,50 bis 31,00, Gerste 31,50 bis 32,00, Hafer 31,00 bis 31,50, Gerste 32,00 bis 32,50, Hafer 31,50 bis 32,00, Gerste 32,50 bis 33,00, Hafer 32,00 bis 32,50, Gerste 33,00 bis 33,50, Hafer 32,50 bis 33,00, Gerste 33,50 bis 34,00, Hafer 33,00 bis 33,50, Gerste 34,00 bis 34,50, Hafer 33,50 bis 34,00, Gerste 34,50 bis 35,00, Hafer 34,00 bis 34,50, Gerste 35,00 bis 35,50, Hafer 34,50 bis 35,00, Gerste 35,50 bis 36,00, Hafer 35,00 bis 35,50, Gerste 36,00 bis 36,50, Hafer 35,50 bis 36,00, Gerste 36,50 bis 37,00, Hafer 36,00 bis 36,50, Gerste 37,00 bis 37,50, Hafer 36,50 bis 37,00, Gerste 37,50 bis 38,00, Hafer 37,00 bis 37,50, Gerste 38,00 bis 38,50, Hafer 37,50 bis 38,00, Gerste 38,50 bis 39,00, Hafer 38,00 bis 38,50, Gerste 39,00 bis 39,50, Hafer 38,50 bis 39,00, Gerste 39,50 bis 40,00, Hafer 39,00 bis 39,50, Gerste 40,00 bis 40,50, Hafer 39,50 bis 40,00, Gerste 40,50 bis 41,00, Hafer 40,00 bis 40,50, Gerste 41,00 bis 41,50, Hafer 40,50 bis 41,00, Gerste 41,50 bis 42,00, Hafer 41,00 bis 41,50, Gerste 42,00 bis 42,50, Hafer 41,50 bis 42,00, Gerste 42,50 bis 43,00, Hafer 42,00 bis 42,50, Gerste 43,00 bis 43,50, Hafer 42,50 bis 43,00, Gerste 43,50 bis 44,00, Hafer 43,00 bis 43,50, Gerste 44,00 bis 44,50, Hafer 43,50 bis 44,00, Gerste 44,50 bis 45,00, Hafer 44,00 bis 44,50, Gerste 45,00 bis 45,50, Hafer 44,50 bis 45,00, Gerste 45,50 bis 46,00, Hafer 45,00 bis 45,50, Gerste 46,00 bis 46,50, Hafer 45,50 bis 46,00, Gerste 46,50 bis 47,00, Hafer 46,00 bis 46,50, Gerste 47,00 bis 47,50, Hafer 46,50 bis 47,00, Gerste 47,50 bis 48,00, Hafer 47,00 bis 47,50, Gerste 48,00 bis 48,50, Hafer 47,50 bis 48,00, Gerste 48,50 bis 49,00, Hafer 48,00 bis 48,50, Gerste 49,00 bis 49,50, Hafer 48,50 bis 49,00, Gerste 49,50 bis 50,00, Hafer 49,00 bis 49,50, Gerste 50,00 bis 50,50, Hafer 49,50 bis 50,00, Gerste 50,50 bis 51,00, Hafer 50,00 bis 50,50, Gerste 51,00 bis 51,50, Hafer 50,50 bis 51,00, Gerste 51,50 bis 52,00, Hafer 51,00 bis 51,50, Gerste 52,00 bis 52,50, Hafer 51,50 bis 52,00, Gerste 52,50 bis 53,00, Hafer 52,00 bis 52,50, Gerste 53,00 bis 53,50, Hafer 52,50 bis 53,00, Gerste 53,50 bis 54,00, Hafer 53,00 bis 53,50, Gerste 54,00 bis 54,50, Hafer 53,50 bis 54,00, Gerste 54,50 bis 55,00, Hafer 54,00 bis 54,50, Gerste 55,00 bis 55,50, Hafer 54,50 bis 55,00, Gerste 55,50 bis 56,00, Hafer 55,00 bis 55,50, Gerste 56,00 bis 56,50, Hafer 55,50 bis 56,00, Gerste 56,50 bis 57,00, Hafer 56,00 bis 56,50, Gerste 57,00 bis 57,50, Hafer 56,50 bis 57,00, Gerste 57,50 bis 58,00, Hafer 57,00 bis 57,50, Gerste 58,00 bis 58,50, Hafer 57,50 bis 58,00, Gerste 58,50 bis 59,00, Hafer 58,00 bis 58,50, Gerste 59,00 bis 59,50, Hafer 58,50 bis 59,00, Gerste 59,50 bis 60,00, Hafer 59,00 bis 59,50, Gerste 60,00 bis 60,50, Hafer 59,50 bis 60,00, Gerste 60,50 bis 61,00, Hafer 60,00 bis 60,50, Gerste 61,00 bis 61,50, Hafer 60,50 bis 61,00, Gerste 61,50 bis 62,00, Hafer 61,00 bis 61,50, Gerste 62,00 bis 62,50, Hafer 61,50 bis 62,00, Gerste 62,50 bis 63,00, Hafer 62,00 bis 62,50, Gerste 63,00 bis 63,50, Hafer 62,50 bis 63,00, Gerste 63,50 bis 64,00, Hafer 63,00 bis 63,50, Gerste 64,00 bis 64,50, Hafer 63,50 bis 64,00, Gerste 64,50 bis 65,00, Hafer 64,00 bis 64,50, Gerste 65,00 bis 65,50, Hafer 64,50 bis 65,00, Gerste 65,50 bis 66,00, Hafer 65,00 bis 65,50, Gerste 66,00 bis 66,50, Hafer 65,50 bis 66,00, Gerste 66,50 bis 67,00, Hafer 66,00 bis 66,50, Gerste 67,00 bis 67,50, Hafer 66,50 bis 67,00, Gerste 67,50 bis 68,00, Hafer 67,00 bis 67,50, Gerste 68,00 bis 68,50, Hafer 67,50 bis 68,00, Gerste 68,50 bis 69,00, Hafer 68,00 bis 68,50, Gerste 69,00 bis 69,50, Hafer 68,50 bis 69,00, Gerste 69,50 bis 70,00, Hafer 69,00 bis 69,50, Gerste 70,00 bis 70,50, Hafer 69,50 bis 70,00, Gerste 70,50 bis 71,00, Hafer 70,00 bis 70,50, Gerste 71,00 bis 71,50, Hafer 70,50 bis 71,00, Gerste 71,50 bis 72,00, Hafer 71,00 bis 71,50, Gerste 72,00 bis 72,50, Hafer 71,50 bis 72,00, Gerste 72,50 bis 73,00, Hafer 72,00 bis 72,50, Gerste 73,00 bis 73,50, Hafer 72,50 bis 73,00, Gerste 73,50 bis 74,00, Hafer 73,00 bis 73,50, Gerste 74,00 bis 74,50, Hafer 73,50 bis 74,00, Gerste 74,50 bis 75,00, Hafer 74,00 bis 74,50, Gerste 75,00 bis 75,50, Hafer 74,50 bis 75,00, Gerste 75,50 bis 76,00, Hafer 75,00 bis 75,50, Gerste 76,00 bis 76,50, Hafer 75,50 bis 76,00, Gerste 76,50 bis 77,00, Hafer 76,00 bis 76,50, Gerste 77,00 bis 77,50, Hafer 76,50 bis 77,00, Gerste 77,50 bis 78,00, Hafer 77,00 bis 77,50, Gerste 78,00 bis 78,50, Hafer 77,50 bis 78,00, Gerste 78,50 bis 79,00, Hafer 78,00 bis 78,50, Gerste 79,00 bis 79,50, Hafer 78,50 bis 79,00, Gerste 79,50 bis 80,00, Hafer 79,00 bis 79,50, Gerste 80,00 bis 80,50, Hafer 79,50 bis 80,00, Gerste 80,50 bis 81,00, Hafer 80,00 bis 80,50, Gerste 81,00 bis 81,50, Hafer 80,50 bis 81,00, Gerste 81,50 bis 82,00, Hafer 81,00 bis 81,50, Gerste 82,00 bis 82,50, Hafer 81,50 bis 82,00, Gerste 82,50 bis 83,00, Hafer 82,00 bis 82,50, Gerste 83,00 bis 83,50, Hafer 82,50 bis 83,00, Gerste 83,50 bis 84,00, Hafer 83,00 bis 83,50, Gerste 84,00 bis 84,50, Hafer 83,50 bis 84,00, Gerste 84,50 bis 85,00, Hafer 84,00 bis 84,50, Gerste 85,00 bis 85,50, Hafer 84,50 bis 85,00, Gerste 85,50 bis 86,00, Hafer 85,00 bis 85,50, Gerste 86,00 bis 86,50, Hafer 85,50 bis 86,00, Gerste 86,50 bis 87,00, Hafer 86,00 bis 86,50, Gerste 87,00 bis 87,50, Hafer 86,50 bis 87,00, Gerste 87,50 bis 88,00, Hafer 87,00 bis 87,50, Gerste 88,00 bis 88,50, Hafer 87,50 bis 88,00, Gerste 88,50 bis 89,00, Hafer 88,00 bis 88,50, Gerste 89,00 bis 89,50, Hafer 88,50 bis 89,00, Gerste 89,50 bis 90,00, Hafer 89,00 bis 89,50, Gerste 90,00 bis 90,50, Hafer 89,50 bis 90,00, Gerste 90,50 bis 91,00, Hafer 90,00 bis 90,50, Gerste 91,00 bis 91,50, Hafer 90,50 bis 91,00, Gerste 91,50 bis 92,00, Hafer 91,00 bis 91,50, Gerste 92,00 bis 92,50, Hafer 91,50 bis 92,00, Gerste 92,50 bis 93,00, Hafer 92,00 bis 92,50, Gerste 93,00 bis 93,50, Hafer 92,50 bis 93,00, Gerste 93,50 bis 94,00, Hafer 93,00 bis 93,50, Gerste 94,00 bis 94,50, Hafer 93,50 bis 94,00, Gerste 94,50 bis 95,00, Hafer 94,00 bis 94,50, Gerste 95,00 bis 95,50, Hafer 94,50 bis 95,00, Gerste 95,50 bis 96,00, Hafer 95,00 bis 95,50, Gerste 96,00 bis 96,50, Hafer 95,50 bis 96,00, Gerste 96,50 bis 97,00, Hafer 96,00 bis 96,50, Gerste 97,00 bis 97,50, Hafer 96,50 bis 97,00, Gerste 97,50 bis 98,00, Hafer 97,00 bis 97,50, Gerste 98,00 bis 98,50, Hafer 97,50 bis 98,00, Gerste 98,50 bis 99,00, Hafer 98,00 bis 98,50, Gerste 99,00 bis 99,50, Hafer 98,50 bis 99,00, Gerste 99,50 bis 100,00, Hafer 99,00 bis 99,50, Gerste 100,00 bis 100,50, Hafer 99,50 bis 100,00, Gerste 100,50 bis 101,00, Hafer 100,00 bis 100,50, Gerste 101,00 bis 101,50, Hafer 100,50 bis 101,00, Gerste 101,50 bis 102,00, Hafer 101,00 bis 101,50, Gerste 102,00 bis 102,50, Hafer 101,50 bis 102,00, Gerste 102,50 bis 103,00, Hafer 102,00 bis 102,50, Gerste 103,00 bis 103,50, Hafer 102,50 bis 103,00, Gerste 103,50 bis 104,00, Hafer 103,00 bis 103,50, Gerste 104,00 bis 104,50, Hafer 103,50 bis 104,00, Gerste 104,50 bis 105,00, Hafer 104,00 bis 104,50, Gerste 105,00 bis 105,50, Hafer 104,50 bis 105,00, Gerste 105,50 bis 106,00, Hafer 105,00 bis 105,50, Gerste 106,00 bis 106,50, Hafer 105,50 bis 106,00, Gerste 106,50 bis 107,00, Hafer 106,00 bis 106,50, Gerste 107,00 bis 107,50, Hafer 106,50 bis 107,00, Gerste 107,50 bis 108,00, Hafer 107,00 bis 107,50, Gerste 108,00 bis 108,50, Hafer 107,50 bis 108,00, Gerste 108,50 bis 109,00, Hafer 108,00 bis 108,50, Gerste 109,00 bis 109,50, Hafer 108,50 bis 109,00, Gerste 109,50 bis 110,00, Hafer 109,00 bis 109,50, Gerste 110,00 bis 110,50, Hafer 109,50 bis 110,00, Gerste 110,50 bis 111,00, Hafer 110,00 bis 110,50, Gerste 111,00 bis 111,50, Hafer 110,50 bis 111,00, Gerste 111,50 bis 112,00, Hafer 111,00 bis 111,50, Gerste 112,00 bis 112,50, Hafer 111,50 bis 112,00, Gerste 112,50 bis 113,00, Hafer 112,00 bis 112,50, Gerste 113,00 bis 113,50, Hafer 112,50 bis 113,00, Gerste 113,50 bis 114,00, Hafer 113,00 bis 113,50, Gerste 114,00 bis 114,50, Hafer 113,50 bis 114,00, Gerste 114,50 bis 115,00, Hafer 114,00 bis 114,50, Gerste 115,00 bis 115,50, Hafer 114,50 bis 115,00, Gerste 115,50 bis 116,00, Hafer 115,00 bis 115,50, Gerste 116,00 bis 116,50, Hafer 115,50 bis 116,00, Gerste 116,50 bis 117,00, Hafer 116,00 bis 116,50, Gerste 117,00 bis 117,50, Hafer 116,50 bis 117,00, Gerste 117,50 bis 118,00, Hafer 117,00 bis 117,50, Gerste 118,00 bis 118,50, Hafer 117,50 bis 118,00, Gerste 118,50 bis 119,00, Hafer 118,00 bis 118,50, Gerste 119,00 bis 119,50, Hafer 118,50 bis 119,00, Gerste 119,50 bis 120,00, Hafer 119,00 bis 119,50, Gerste 120,00 bis 120,50, Hafer 119,50 bis 120,00, Gerste 120,50 bis 121,00, Hafer 120,00 bis 120,50, Gerste 121,00 bis 121,50, Hafer 120,50 bis 121,00, Gerste 121,50 bis 122,00, Hafer 121,00 bis 121,50, Gerste 122,00 bis 122,50, Hafer 121,50 bis 122,00, Gerste 122,50 bis 123,00, Hafer 122,00 bis 122,50, Gerste 123,00 bis 123,50, Hafer 122,50 bis 123,00, Gerste 123,50 bis 124,00, Hafer 123,00 bis 123,50, Gerste 124,00 bis 124,50, Hafer 123,50 bis 124,00, Gerste 124,50 bis 125,00, Hafer 124,00 bis 124,50, Gerste 125,00 bis 125,50, Hafer 124,50 bis 125,00, Gerste 125,50 bis 126,00, Hafer 125,00 bis 125,50, Gerste 126,00 bis 126,50, Hafer 125,50 bis 126,00, Gerste 126,50 bis 127,00, Hafer 126,00 bis 126,50, Gerste 127,00 bis 127,50, Hafer 126,50 bis 127,00, Gerste 127,50 bis 128,00, Hafer 127,00 bis 127,50, Gerste 128,00 bis 128,50, Hafer 127,50 bis 128,00, Gerste 128,50 bis 129,00, Hafer 128,00 bis 128,50, Gerste 129,00 bis 129,50, Hafer 128,50 bis 129,00, Gerste 129,50 bis 130,00, Hafer 129,00 bis 129,50, Gerste 130,00 bis 130,50, Hafer 129,50 bis 130,00, Gerste 130,50 bis 131,00, Hafer 130,00 bis 130,50, Gerste 131,00 bis 131,50, Hafer 130,50 bis 131,00, Gerste 131,50 bis 132,00, Hafer 131,00 bis 131,50, Gerste 132,00 bis 132,50, Hafer 131,50 bis 132,00, Gerste 132,50 bis 133,00, Hafer 132,00 bis 132,50, Gerste 133,00 bis 133,50, Hafer 132,50 bis 133,00, Gerste 133,50 bis 134,00, Hafer 133,00 bis 133,50, Gerste 134,00 bis 134,50, Hafer 133,50 bis 134,00, Gerste 134,50 bis 135,00, Hafer 134,00 bis 134,50, Gerste 135,00 bis 135,50, Hafer 134,50 bis 135,00, Gerste 135,50 bis 136,00, Hafer 135,00 bis 135,50, Gerste 136,00 bis 136,50, Hafer 135,50 bis 136,00, Gerste 136,50 bis 137,00, Hafer 136,00 bis 136,50, Gerste 137,00 bis 137,50, Hafer 136,50 bis 137,00, Gerste 137,50 bis 138,00, Hafer 137,00 bis 137,50, Gerste 138,00 bis 138,50, Hafer 137,50 bis 138,00, Gerste 138,50 bis 139,00, Hafer 138,00 bis 138,50, Gerste 139,00 bis 139,50, Hafer 138,50 bis 139,00, Gerste 139,50 bis 140,00, Hafer 139,00 bis 139,50, Gerste 140,00 bis 140,50, Hafer 139,50 bis 140,00, Gerste 140,50 bis 141,00, Hafer 140,00 bis 140,50, Gerste 141,00 bis 141,50, Hafer 140,50 bis 141,00, Gerste 141,50 bis 142,00, Hafer 141,00 bis 141,50, Gerste 142,00 bis 142,50, Hafer 141,50 bis 142,00, Gerste 142,50 bis 143,00, Hafer 142,00 bis 142,50, Gerste 143,00 bis 143,50, Hafer 142,50 bis 143,00, Gerste 143,50 bis 144,00, Hafer 143,00 bis 143,50, Gerste 144,00 bis 144,50, Hafer 143,50 bis 144,00, Gerste 144,50 bis 145,00, Hafer 144,00 bis 144,50, Gerste 145,00 bis 145,50, Hafer 144,50 bis 145,00, Gerste 145,50 bis 146,00, Hafer 145,00 bis 145,50, Gerste 146,00 bis 146,50, Hafer 145,50 bis 146,00, Gerste 146,50 bis 147,00, Hafer 146,00 bis 146,50, Gerste 147,00 bis 147,50, Hafer 146,50 bis 147,00, Gerste 147,50 bis 148,00, Hafer 147,00 bis 147,50, Gerste 148,00 bis 148,50, Hafer 147,50 bis 148,00, Gerste 148,50 bis 149,00, Hafer 148,00 bis 148,50, Gerste 149,00 bis 149,50, Hafer 148,50 bis 149,00, Gerste 149,50 bis 150,00, Hafer 149,00 bis 149,50, Gerste 150,00 bis 150,50, Hafer 149,50 bis 150,00, Gerste 150,50 bis 151,00, Hafer 150,00 bis 150,50, Gerste 151,00 bis 151,50, Hafer 150,50 bis 151,00, Gerste 151,50 bis 152,00, Hafer 151,00 bis 151,50, Gerste 152,00 bis 152,50, Hafer 151,50 bis 152,00, Gerste 152,50 bis 153,00, Hafer 152,00 bis 152,50, Gerste 153,00 bis 153,50, Hafer 152,50 bis 153,00, Gerste 153,50 bis 154,00, Hafer 153,00 bis 153,50, Gerste 154,00 bis 154,50, Hafer 153,50 bis 154,00, Gerste 154,50 bis 155,00, Hafer 154,00 bis 154,50, Gerste 155,00 bis 155,50, Hafer 154,50 bis 155,00, Gerste 155,50 bis 156,00, Hafer 155,00 bis 155,50, Gerste 156,00 bis 156,50, Hafer 155,50 bis 156,00, Gerste 156,50 bis 157,00, Hafer 156,00 bis 156,50, Gerste 157,00 bis 157,50, Hafer 156,50 bis 157,00, Gerste 157,50 bis 158,00, Hafer 157,00 bis 157,50, Gerste 158,00 bis 158,50, Hafer 157,50 bis 158,00, Gerste 158,50 bis 159,00, Hafer 158,00 bis 158,50, Gerste 159,00 bis 159,50, Hafer 158,50 bis 159,00, Gerste 159,50 bis 160,00, Hafer 159,00 bis 159,50, Gerste 160,00 bis 160,50, Hafer 159,50 bis 160,00, Gerste 160,50 bis 161,00, Hafer 160,00 bis 160,50, Gerste 161,00 bis 161,50, Hafer 160,50 bis 161,00, Gerste 161,50 bis 162,00, Hafer 161,00 bis 161,50, Gerste 162,00 bis 162,50, Hafer 161,50 bis 162,00, Gerste 162,50 bis 163,00, Hafer 162,00 bis 162,50, Gerste 163,00 bis 163,50, Hafer 162,50 bis 163,00, Gerste 163,50 bis 164,00, Hafer 163,00 bis 163,50, Gerste 164,00 bis 164,50, Hafer 163,50 bis 164,00, Gerste 164,50 bis 165,00, Hafer 164,00 bis 164,50, Gerste 165,00 bis 165,50, Hafer 164,50 bis 165,00, Gerste 165,50 bis 166,00, Hafer 165,00 bis 165,50, Gerste 166,00 bis 166,50, Hafer 165,50 bis 166,00, Gerste 166,50 bis 167,00, Hafer 166,00 bis 166,50, Gerste 167,00 bis 167,50, Hafer 166,50 bis 167,00, Gerste 167,50 bis 168,00, Hafer 167,00 bis 167,50, Gerste 168,00 bis 168,50, Hafer 167,50 bis 168,00, Gerste 168,50 bis 169,00, Hafer 168,00 bis 168,50, Gerste 169,00 bis 169,50, Hafer 168,50 bis 169,00, Gerste 169,50 bis 170,00, Hafer 169,00 bis 169,50, Gerste 170,00 bis 170,50, Hafer 169,50 bis 170,00, Gerste 170,50 bis 171,00, Hafer 170,00 bis 170,50, Gerste 171,00 bis 171,50, Hafer 170,50 bis 171,00, Gerste 171,50 bis 172,00, Hafer 171,00 bis 171,50, Gerste 172,00 bis 172,50, Hafer 171,50 bis 172,00, Gerste 172,50 bis 173,00, Hafer 172,00 bis 172,50, Gerste 173,00 bis 173,50, Hafer 172,50 bis 173,00, Gerste 173,50 bis 174,00, Hafer 173,00 bis 173,50, Gerste 174,00 bis 174,50, Hafer 173,50 bis 174,00, Gerste 174,50 bis 175,00, Hafer 174,00 bis 174,50, Gerste 175,00 bis 175,50, Hafer 174,50 bis 175,00, Gerste 175,50 bis 176,00, Hafer 175,00 bis 175,50, Gerste 176,00 bis 176,50, Hafer 175,50 bis 176,00, Gerste 176,50 bis 177,00, Hafer 176,00 bis 176,50, Gerste 177,00 bis 177,50, Hafer 176,50 bis 177,00, Gerste 177,50 bis 178,00, Hafer 177,00 bis 177,50, Gerste 178,00 bis 178,50, Hafer 177,50 bis 178,00, Gerste 178,50 bis 179,00, Hafer 178,00 bis 178,50, Gerste 179,00 bis 179,50, Hafer 178,50 bis 179,00

1914

Ernährungsprobleme in Kriegszeiten.

Von Professor A. Schattenfroh.

Wien, 6. November.

Der Krieg beeinflusst naturgemäß in hohem Grade Produktion und Verkehr. Er verschiebt beide in der Richtung seiner Zwecke, freilich vielfach gehemmt durch Hindernisse der verschiedensten Art. Ueberblickt man die Veränderungen, welche Herstellung und Wanderung der Produktions- und Handelswerte im Kriege erfahren, so nimmt man ein außerordentlich mannigfaltiges Bild wahr, dessen Gestaltung der Ausdruck der besonderen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Staates ist. Auch der Bedarf ändert sich in Größe und Art. Arbeitskräfte in ungeheurer Menge werden angezogen und im Kriegsdienste gebunden.

Es ist begreiflich, daß unter dem Druck dieser Verschärfung auch die Stellung des Lebensmittelmarktes starken Einflüssen unterliegt, die besondere Vorkehrungen von Seiten der Öffentlichkeit wie des einzelnen erheischen. Das schon an sich nicht einfache Problem der Ernährung wird erheblich komplizierter, insbesondere auch deshalb, weil die auf diesem Gebiete weit verbreiteten Vorurteile unter den ungünstigen Verhältnissen noch schwerer ins Gewicht fallen, andererseits Spekulation und unlauterer Handel die Interessen des Konsumenten in erhöhtem Maße bedrohen.

Sucht man nach Abhilfe, um die Schäden des unvermeidbaren Nahrungsmangels möglichst gering zu gestalten, so werden vorwiegend zwei Aufgaben ins Auge zu fassen sein, die Ausschließung neuer, bisher für die menschliche Ernährung nicht oder nur ungenügend verwendeter Nahrungsmittel und die bessere Ausnutzung der gebotenen Vorräte durch vollkommeneren Gewinnung, Vermeidung ihres Verderbens und Sparsamkeit in der Benützung derselben. Auch eine andere Verteilung der Nahrungsmittel im Kostmaße kann erforderlich werden und mit Nutzen platzgreifen.

Enorm sind die Mengen an Nährwerten, die unausgenützt bleiben oder verschwendet werden, von der verminderten Ertragsfähigkeit des Kulturbodens angefangen bis zur letzten Stufe, dem konsumfähigen Produkt.

Die „Abfälle“ einer unökonomischen Produktion, eines wählerischen Konsums finden bestenfalls als Viehfutter (Kraut- und Futtermittel) Verwendung, werden aber auch nicht selten einfach vergeudet. Ist es auch zutreffend, daß die in den Viehfuttermitteln aufgespeicherte Energie nicht verloren geht, sondern indirekt im Schlachtleich, in der Milch, dem tierischen Fett usw. der menschlichen Ernährung wieder zugeführt wird, so wird es doch im allgemeinen anzuzubehalten sein, daß die zum menschlichen Genuß dienenden Nahrungsmittel primär so vollständig als möglich ausgenützt werden, und die Quote, die erst auf dem Umweg über den tierischen Organismus dem Menschen zugute kommt, möglichst niedrig gehalten wird. Die Sachlage ist allerdings keineswegs einfach. In manchen Fällen mag die Arbeit des tierischen Körpers zur Nutzbarmachung der in den Abfällen schlummernden Nährwerte empfehlenswerter und billiger sein als jene einer komplizierten Maschine.

Begreiflicherweise werden für den Vorteil der einen wie der anderen Bestrebung die äußeren Umstände, dann handelspolitische und agrarische Interessen, Viehreichthum, Futtermarkt und anderes mehr entscheidend sein.

Ein Beispiel, das die Rivalität von Tier und Maschine gut illustriert, bietet die Vermahlung des Getreides. Auch mit den modernsten Hilfsmitteln der Hochmüllerei gelingt es stets nur einen Teil des Kornmehles zu gewinnen, während der Rest an der Kleie haften bleibt und mit dieser den Abfall bildet. Die möglichst vollständige Trennung von Mehlkern und Schale und die hierin liegende Steigerung der Mehlausbeute sind das Ziel, dem die Industrie zustrebt. Ihr Erfolg bedeutet gleichzeitig eine Entwertung der als Viehfutter verwendeten Kleie. So wünschenswert nun die Maximalleistung des Mahlverfahrens an sich auch ist, so wird der Nutzen eines solchen Vorgehens doch irgendwo eine Grenze finden. Es gibt auch Verfahren zur nachträglichen Nutzbarmachung der Kleie für die menschliche Ernährung durch künstliche Ausschließung ihrer Nährstoffe. Es muß aber fraglich sein, ob nicht die Verfütterung an das Tier sich als ökonomischer erweist.

Die Aufgabe einer möglichst günstigen Verteilung der Nährwerte zwischen Mensch und Tier ist unter geüblicher Berücksichtigung der physiologisch wichtigen Grundlagen kaum jemals erschöpfend durchgerechnet worden. Ihre mathematische Formulierung müßte in jedem einzelnen Falle die Lösung des Problems, das bisher nur mit Rücksicht auf den Handelswert der Produkte interessierte, in hohem Grade erleichtern. (Der Ausdruck für die Rentabilität einer möglichst vollständigen primären Ausnutzung der Nährwerte wird eine Kurve sein mit einem (in der Regel längeren) ansteigenden Stück und einem abfallenden Schenkel. (Abzisse: die Ausnutzungsgrößen in Prozenten; Ordinate: die erzielte Ausbeute an Nährwerten per Preiseinheit.) Die industrielle Produktion wird trachten, den Scheitel der Kurve möglichst nahe an das Ende des Systems, Rest = 0; Ausnutzungsgröße = 100 Prozent, zu rücken.)

Witunter liegt die Verschwendung klar zutage. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß Magermilch und billige gute Käseforten (auch Topfen) bei weitem nicht in dem Maße geschätzt werden, wie sie es verdienen. Hier läßt die Organisation des Verkaufes alles zu wünschen übrig. Ein Liter Magermilch bringt über 30 Gramm Eiweiß in unsere Kost, während Käse eine unjener wertvollsten und empfehlenswerteren Eiweißquellen ist.

Als das wichtigste Nahrungsmittel gilt mit Recht das Brot. Es wird in so großen Mengen genossen, daß sich Ernährung und Brotgenuß, wenigstens bei dem überwiegenden Teile der Bevölkerung, fast decken. Der Grund hierfür ist, abgesehen von Gewohnheit und Neigung, nicht so sehr im physiologischen Werte des Brotes, als in der einfachen Gewinnung der Brotfrüchte (Kroggen und Weizen), die der gedüngte Boden in reichlichster Menge aus dem Saatgut erziehen läßt, und in seiner Haltbarkeit gelegen. Vom Standpunkte der Ernährung, der Ausnutzung wie der Bekömmlichkeit kann einem besonders reichlichen Brotgenusse keineswegs das Wort geredet werden. Es wird auch ganz allgemein zu viel Brot gegessen und einem Sparen an Brot stünde nichts im Wege, wenn durch Erhöhung der übrigen Kostsätze das Nährstoffdefizit ausgeglichen wird. Auch die Brottration des Soldaten könnte unter solchen Voraussetzungen, die für territoriale Truppen gewiß oft zutreffen, erheblich reduziert werden. Vergleicht man die militärischen Brotportionen in den einzelnen Staaten miteinander, so ergeben sich bemerkenswerte Unterschiede. Während der österreichische Soldat im Kriege täglich 700, der deutsche 750 Gramm Brot bezieht, fast der russische Soldat 1025, der englische 425 Gramm, 500 Gramm Brot müssen bei genügender sonstiger Nahrungszufuhr wohl als vollkommen ausreichend bezeichnet werden. Eine solche Menge deckt auch fast den halben täglichen Nährstoffbedarf.

Trotz dieser Einschränkungen soll Brot immer in genügenden Mengen zu Gebote stehen. Droht eine Verringerung der Brotfruchtvorräte und können solche durch Eröffnung neuer Zufuhrwege nicht beschafft werden, so bleibt kaum ein anderer Ausweg übrig, als die Brotmenge durch den Zusatz im allgemeinen brotremder Substanzen zu vermehren. Man wird aber wohl den Grundriß gelten lassen müssen, daß hiedurch, wenn irgend möglich, der Genuß- und Nährwert des Brotes nicht verringert und dieses auch möglichst wenig verändert werden darf. Als solche Zusätze können Mehle der verschiedensten Provenienz oder auch breiartige Stoffe in Frage kommen, die selbst backfähig sein müssen oder jedenfalls die Backfähigkeit des Brotes nicht verringern, die ferner die Haltbarkeit des Produktes nicht beeinträchtigen dürfen. Dem Zwecke, der hierbei verfolgt wird, entsprechend, muß der Zusatz in einer ausreichenden Menge verfügbar sein und ohne Beeinträchtigung der Brotbeschaffenheit auch in solchen Mengen hinzugefügt werden können, daß der Brotvorrat hiedurch in nennenswertem Umfang vermehrt wird. Kleine Mengen hochwertiger Nahrungsmittel, wie Fleischpulver, Trockenmilch, Hefe, Pflanzeneiweiß und dergleichen, können demnach für den vorliegenden Fall nur zur Verbesserung eines durch minderwertige Zutaten verschlechterten Brotes in Betracht, nicht aber als alleiniger Zusatz.

Nimmt man den eben auseinandergesetzten Standpunkt ein, so dürften nach den bisherigen Erfahrungen in erster Linie wohl Gerste und Mais als geeignete Brotzusätze anzusehen sein. Beide zeigen einen dem Roggen und Weizen annähernd gleichen Nährstoffgehalt, Ausnützbareit und Verdaulichkeit sind dieselben und auch vom bakteriologischen Standpunkt scheinen diesbezüglich keine Schwierigkeiten zu bestehen. Als entschieden wenig empfehlenswerter Brotzusatz müssen hingegen die Kartoffel und das Kartoffelwalzmehl bezeichnet werden. Größere Mengen gedämpfter Kartoffeln in Breiform dem Brot einzuverleiben, gelingt nur schwer und der hiedurch erzielte Gewichtszuwachs an Trodensubstanz und Nährstoffmenge ist in Anbetracht des hohen Wassergehaltes der Kartoffel immer nur gering und kaum in Betracht kommend. Auch das als Kartoffelkonserve angefertigte sehr zweckmäßige Kartoffelwalzmehl, ein aus der Kartoffel durch Darren und Vermahlen der Flocken hergestelltes, wasserarmes Produkt, ist gegenüber den normalen Brotbestandteilen und gegenüber Gerste und Mais infolge seines geringeren Eiweißgehaltes minderwertig, wenn auch sein Gesamtnährwert kaum verkürzt ist. Könnte man die nicht beträchtliche Verringerung des Broteiwisses durch das Kartoffelwalzmehl auch noch in den Kauf nehmen, so spricht doch gar nichts dafür, daß die als Nahrungsmittel so leicht zugängliche, leicht zuzubereitende und ausreichend gut haltbare Kartoffel auf dem Umweg über Mühle und Brot verteuert wird. Die Spannung zwischen Kartoffel und Kartoffelwalzmehl läßt sich augenblicklich mit 7:45 beziffern, während sich der Unterschied im Nährwert nur wie 1:4 stellt. Die Differenz entspricht dem an sich gewiß nicht übertriebenen Regiepreis der Mühle. Es muß auch fraglich erscheinen, ob die im Bereiche der Monarchie gegenwärtig herstellbaren Mengen von Kartoffelwalzmehl als Brotzusätze irgendwie ins Gewicht fallen können. Dieser Industriezweig ist bei uns eben erst im Aufschwung begriffen.

Dem Vernehmen nach hat Deutschland vor kurzem, um die Brotfrüchte zu schonen, einen obligatorischen Zusatz (bis zu 20 Prozent) von Kartoffelwalzmehl zum Brot vorgeschrieben. Es müßte dies für uns nicht vorbildlich sein, da die Frage der Brotvermehrung in den einzelnen Ländern verschieden behandelt werden kann. Deutschland ist arm an Gerste und Mais, überreich hingegen an Kartoffeln und Kartoffelwalzmehl. Im Bereiche der österreichisch-ungarischen Monarchie hingegen dürften Gerste und Mais in genügender Menge zur Verfügung stehen.

Vor wenigen Tagen (Reichsgesetzblatt Nr. 165, ausgegeben am 1. November 1914) wurde vom Handelsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und des Ackerbaues eine die Zusammensetzung des „Kriegsbrottes“ regelnde Verordnung publiziert, die, den hier niedergelegten Anschauungen im allgemeinen Rechnung tragend, vor allem den Maximalgehalt der Brotmischung an Roggen und Weizen fixiert. Nicht mehr als 70 Prozent an diesen Brotfrüchten darf das Brot künftig enthalten, während der Rest aus Gerste, Mais oder Kartoffelwalzmehl, beziehungsweise Kartoffel-

brei, zu bestehen hat. Während Gerste und Mais ohne weiteres dem Brote einverleibt werden dürfen, ist der Kartoffelzusatz an die Deklaration gebunden, das heißt, es muß beim Feilhalten und Verkauf des Brotes die erfolgte Kartoffelbeimengung in einer jeden Zweifels ausschließenden Weise für das Publikum ersichtlich gemacht werden. Damit wird es dem Käufer ermöglicht, nach freiem Ermessen Kartoffelbrot zu kaufen oder es abzulehnen, während er an der Beimengung von Gerste und Mais als vollwertiger Brotzusätze nicht besonders interessiert ist.

Durch die getroffene Verfügung, Gerste als normalen Zusatz zum Brote zuzulassen, gewinnt ein Nahrungsmittel erhöhte Bedeutung, das bisher nur in geringem Umfang und in höchst unvollkommener Verwertung der menschlichen Ernährung dienstbar gemacht worden ist. Sehen wir von dem an sich doch recht bescheidenen Konsum an ROLLGERSTE ab, so dient die Gerste bisher, soweit sie nicht in der Brauindustrie steckt, fast ausschließlich als Viehfutter. Und auch das Brauverfahren gibt wertvolle Bestandteile der Gerste, die Biertreber, als Viehfuttermittel ab, ohne die zur Biererzeugung verarbeiteten Stoffe maximal auszunützen. Wir stoßen hier wieder auf das eingangs dargelegte Problem. Stellen wir den Nährstoffgehalt der Gerste in Vergleich mit jenem des Bieres und verfolgen wir die Vorgänge im Brauverfahren, so erkennen wir einmal die fast vollständige Ausschließung der Eiweißkörper, die in den Trebern stecken oder beim Kochen der Würze unlöslich gefällt werden. Die Stärke des Gerstenkorns wird beim Mätschen unvollständig veräußert, der Rest bleibt in den Trebern. Der ausgelaugte Malzzucker unterliegt rund zur Hälfte der alkoholischen Gärung. Auch hierbei ergeben sich Verluste. Bei der Umwandlung des Zuckers in Alkohol geht Energie verloren, jeder Gärungsprozeß arbeitet unökonomisch. Der kalorische Nährwertpreis des Bieres ist gegenüber der Gerste auf das wenigstens Sechsfache gestiegen!

Der Entzug an für die menschliche Ernährung wertvollen Substanzen, der dem Brauverfahren zur Last fällt, soll augenblicklich zum Teile wieder gutgemacht werden, indem die Bierhese für den menschlichen Genuß empfohlen und auf den Markt gebracht wird. In ihrem Vermögen, in der Würze zu leben und sich zu vermehren, baut sie aus den organischen Stoffen der Nährlösung und aus deren Salzen die Eiweißstoffe ihrer Leibesubstanz auf und speichert hierbei aus der Gärung gezogene Energie. In diesem Falle ist der Umweg über die pflanzliche Hefe ökonomisch und führt zu einem wirklichen Gewinn: die in der Bierwürze in sehr verdünnter Lösung vorhandenen, primär wenig verwertbaren stickstoffhaltigen Substanzen werden im Jelleib der Hefe zu einem hochwertigen Nährstoff konzentriert, der im menschlichen Stoff- und Kraftwechsel gut ausnützbare ist.

Dank den Fortschritten des technischen Verfahrens ist auch der Genußwert des entbitterten Hefepulvers ein entsprechender geworden. Es kann nur gehofft werden, daß der Geschmack des Publikums, der bisher konsequent alle „künstlichen“ Nährpräparate, wie Fleischpulver, Tropon usw., ablehnte, der Hefe gegenüber inkonsequent wird. Not lehrt beten. Volkswirtschaftlich und vom Standpunkte der Ernährung wäre ein voller Erfolg der Hefefost nur zu begrüßen, darf aber in seinen Wirkungen nicht überschätzt werden. Die Einschränkung, die hier gemacht werden muß, ist darin zu suchen, daß trotz des ansprechenden Geschmacks der Hefe, wie die Erfahrung bereits lehrt, doch nur eine kleine Menge davon, 20 bis 30 Gramm, der täglichen Kost einverleibt werden kann. Bei einer solchen Tagesration werden aber nicht mehr als 8 bis 12 Gramm ausnützbare Eiweiß, somit weniger als ein Zehntel des Tagesbedarfes, gewonnen.

Der Preis der Trockenhefe ist ein mäßiger, wenn auch nicht gerade übermäßig niedrig (1 Kilogramm = 3 Kronen).

Regen wir den ausnützbaren Eiweißgehalt des Präparates (rund 40 Prozent) zugrunde, so kosten hundert Gramm Hefeeiweiß etwa 75 Heller, ebenso viel wie Wurz- und Mälscheiweiß, während wir das Eiweiß im Brot, in den Kartoffeln, im Topfen und vor allem in den Erbsen zu einem erheblich niedrigeren Preise bezahlen. Eier und Fleisch, Weizenbrot, Heringe (ohne Abfall), feinere Käseforten stehen freilich als Eiweißquellen höher im Preise (Semmeleiweiß kostet fast das Doppelte des Hefeeiweißes).

Die Approximierungsmaßnahmen des Staates und der Gemeinden, soweit sie sich in den herkömmlichen Bahnen bewegen, sind gewiß geeignet, die Lebensmittelnot in mancherlei Hinsicht zu mildern. Eine größere Beachtung verdient aber in diesem Programm jene Maßnahmen, die die Verschwendung der Nahrungsmittel im Konsum einzuschränken hätten. Die Bekämpfung der Lebensmittelvergeudung fällt nicht nur jenen Kreisen zu, die in der Regel die Belehrung des Volkes in Wort und Schrift auf sich nehmen, sie ist auch eine Aufgabe der staatlichen und kommunalen Behörden. Allgemeine Ratsschläge und langfristige organisatorische Reformen helfen augenblicklich nichts. Es wäre aber sicherlich zweckmäßig, die Durchführbarkeit verschiedener Sparmaßnahmen unter Berücksichtigung aller in Frage kommenden Interessen im Schoße einer vom Staate eingesetzten Kommission in möglichst vollständigem Umfange zu erörtern. Die Ergebnisse einer derartigen Beratung, an der Produzenten-, Handels- und Konsumentenorganisationen, Fachmänner und Vertreter der Behörden teilzunehmen hätten, müßten in vielen Punkten verwendbare Grundlagen für administrative Verfügungen bieten und auch für die Organisation der Belehrung des Volkes im Großen wertvoll sein. Eine Vertiefung des allgemeinen Verständnisses für Ernährungsfragen ist aber unerlässlich, wenn die in die Wege geleiteten Approximierungsbestrebungen von Erfolg begleitet sein sollen.

gleich. Dazu bedeuten die Anforderungen eines Heeres nach einer entsprechenden Verpflegung und Ausrüstung an und für sich schon einen Mehrbedarf gegenüber einer Zivilbevölkerung im Frieden. Wenn nun die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel während eines Krieges in einem kriegsführenden Staate steigen, so ist dies eine Tatsache, die durch Erfahrungen in allen Kriegen seit Jahrhunderten bestätigt worden ist. Wenn wir uns aber die Preise der wichtigsten Artikel des täglichen Bedarfs heute in Oesterreich und speziell in Wien betrachten, so müssen wir doch konstatieren, daß in früheren Zeiten derart ge Preissteigerungen erst nach viel längerer Kriegsdauer eingetreten sind, vielleicht erst dann, wenn der Krieg die Anbaumöglichkeiten verwickelt, ganze Ernten schon gewissermaßen in der Wurzel zerstört, wertvolle und große Viehbestände ein Opfer des Krieges geworden waren. Das ist diesmal nicht der Fall. Deswegen muß die Preissteigerung, die bei uns nach kaum viermonatlicher Kriegsdauer, ohne daß eines der oben erwähnten Ereignisse eingetreten wäre, zu verzeichnen ist, überraschen.

Allerdings muß von vornherein nicht übersehen werden, daß trotz aller Zollschranken die Preisbildung in normalen Zeiten unter dem Einfluß einer intensiven Weltwirtschaft stand. Im Mittelalter und selbst bis an die Schwelle der Neuzeit waren bloß Luxusartikel, Genuß- und nicht Nahrungsmittel Objekte des internationalen und überseeischen Verkehrs; die neuzeitliche Wirtschaft war aber gewohnt, daß gerade zur Deckung des alltäglichen Bedarfs der großen Massen alle fünf Weltteile ihre Produkte zur Verfügung stellten. Diese Weltwirtschaft ist nun jah unterbrochen worden. Jeder einzelne Staat muß als isolierter Staat für die Deckung der eigenen Bedürfnisse sorgen.

Ein zweites Moment der Verteuerung bilden die Schwierigkeiten des Verkehrs. Die Dichtigkeit, Raschheit und relative Billigkeit desselben in normalen Zeiten gestatten fortwährende Niveauausgleiche. Aus den Stätten des Ueberflusses fließt gewissermaßen automatisch dieser Ueberfluß zu den Orten des Bedarfes. Auch diese Schwierigkeit des Verkehrs führte zu großen Preis-anomalien, zur Verteuerung in den Konsumtionsorten, ohne daß die Produktionsstätten aus diesem Hinaussteigen der Preise immer den entsprechenden Vorteil ziehen können, weil die Preissteigerung eben nicht immer eine Folge des Mangels, sondern der Verkehrsschwierigkeiten ist, durch welche der Abfluß von den Erzeugungsstätten zu den Verbrauchsorten erschwert, gehemmt und unsicher gemacht wird.

Wenn auch die ganze Mehrheit von Gründen es erklärlich erscheinen läßt, daß Krieg und Teuerung wie Licht und Schatten von einander unzertrennbar sind, so ist hiemit schon lange nicht schon das Maß der Teuerung begründet, noch viel weniger die Frage verneint, ob nicht durch wirksame Maßnahmen diese Teuerung auf ein wesentlich geringeres Maß beschränkt werden könnte. Denn die zurückbleibende Bevölkerung, die opferwillig die Verminderung der Erwerb Gelegenheit trägt, hat doch zumindest den Anspruch darauf, daß die Staatsverwaltung ihre Sorge darauf lenke, daß eine allzu große Verteuerung der Lebenserhaltung ihr das ursprünglich notwendige geduldige Ausharren nicht allzusehr erschwert.

Sehen wir uns nun die Liste der Artikel an, welche eine besondere Verteuerung erfahren haben:

An der Spitze dieser Artikel steht das Mehl. Dieselbe Mehlqualität, welche heute 68 Kronen per 100 Kilogramm kostet, notierte November 1913 36 Kronen, zu Kriegsbeginn 50 Kronen. Wie empfindlich wird jede Wirtschaft von dieser Teuerung getroffen! Wohl ist zu erwarten, daß der weiteren Preissteigerung durch Festsetzung der Höchstpreise für Getreide und Mehl in beiden Reichshälften ein Ziel gesetzt wird; bedauerlich ist es nur, daß mit diesem gerechtfertigten Eingriff der Staatsverwaltung so lange gezögert wurde. Kartoffeln kosten heute 15 Kronen, also fast doppelt so viel als vor einem Jahre. Eier sind um mehr als 60 Prozent im Preise gestiegen, Schweineschmalz um zirka 40 Prozent, Hülsenfrüchte (Erbsen und Linsen) um 80 bis 90 Prozent. Diese letzte Steigerung ist allerdings auf die Unmöglichkeit der Einfuhr zurückzuführen.

Kann nun zumindest eine weitere Steigerung hintangehalten werden? Das ist wohl aus dem Grunde anzunehmen, weil kein Zweifel darüber besteht, daß die Inlandsproduktion den Bedarf unter gewissen Voraussetzungen auf sehr lange Zeit zu decken vermag. Aber hier ist ein Komplex von voraussehenden Mitteln, die alle gleichzeitig ergriffen werden müssen, nötig, und hier gilt die Regel, daß rasches Eingreifen notwendig ist. Hierzu genügt nicht bloß die Festsetzung von Höchstpreisen für den Groß- und Kleinhandel, die nicht zu umgehen sein wird. Ferner muß die Eisenbahnverwaltung mit Aufgebot aller Mittel dafür sorgen, daß die einmal unabwendbaren Störungen des Verkehrs auf das geringstmögliche Maß beschränkt und jeder fiskalische Gedanke bei der Tarifstellung beiseite gelassen werden muß — dies gilt in erster Reihe für den Kohlenverkehr. Hier ist eine schnelle Heranziehung des Hilfsroutenverkehrs notwendig, ohne daß die vermehrten Kosten dieses Verkehrs den Befrachtern aufgehaßt werden. Ferner muß auch eine Leitung des Verbrauches nach der Richtung erfolgen, daß für eine zweckmäßige Verwendung der einzelnen Verbrauchsgegenstände gesorgt wird. Wie rückfichtlich des Brot- und Mehlverbrauches gewisse Normen — vielleicht etwas zu spät — aufgestellt wurden, wird es notwendig sein, festzusetzen, daß alle zu menschlichen Nahrungszwecken geeigneten Artikel nur dieser Verwendung und nicht einer anderen zugeführt werden.

Es ist sicher, daß bei Festsetzung der Höchstpreise auf die gesteigerten Produktionskosten und die Verkehrsverzögerungen Rücksicht genommen werden muß, aber immerhin dürfen dieselben keine übermäßigen Gewinne enthalten.

Neue Frei

Lebensmittelpreise und Krieg.

Wien, 26. November.

Eine regelmäßige Begleiterscheinung der Kriege für die Bevölkerung der kriegsführenden Staaten war immer die Preissteigerung der notwendigen Bedarfsartikel bei gleichzeitigem Sinken der Preise für alle Luxusgegenstände. Der Verbrauch, insbesondere an Nahrungsmitteln nimmt eben in Kriegszeiten nicht ab. Denn wenn auch Einschränkungen bei der Bevölkerung stattfinden, so steht demgegenüber konzentrierter Bedarf der Heeresverwaltung, welcher nicht bloß die Pflicht obliegt, die für ihr Vaterland Leben und Gesundheit einsehenden Kämpfer gut zu ernähren, sondern auch dafür zu sorgen, daß die notwendigen Nahrungsmittel in reichem Maße und vor allem auch regelmäßig den kämpfenden Truppen sowie allen Heeresanstalten im Reiche zur Verfügung gestellt werden. Gerade die Pflicht der regelmäßigen Versorgung und das unumgängliche Gebot, niemals Pausen eintreten zu lassen, zwingt die Heeresverwaltung, Lebensmittel sowie sonstige Bedarfsartikel des Heeres stets rasch und dort einzukaufen, wo die Sicherheit der Lieferung in entsprechender Qualität unumgänglich geboten erscheint. Man könnte glauben, daß die Bevölkerung eines Staates immer, auch in Friedenszeiten, ernährt werden muß und sich ernährt und daß durch die Einberufung zahlreicher erwerbstätiger Hände, die auch im Frieden auf eine regelmäßige Ernährung Anspruch erheben und dieselbe durchführen, nur Verschiebungen, aber nicht Steigerungen des Bedarfes eintreten können. Das ist aber irrig, denn schon die Konzentrierung an bestimmten Stellen und Orten kommt einer Steigerung des Bedarfes

Ein Kriegsausschuß der Konsumenten.

Berlin, 13. Dezbr. (W. B. Nichtamtlich.) Ein Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen ist am 13. Dezember ins Leben getreten und hat seine Gründung dem Reichslanzler angezeigt. Die Gewerkschaften und Arbeitervereine aller Richtungen, die großen Verbände der Konsumvereine und die beiden Privatangestelltenverbände, die größten Beamtensorganisationen haben bereits ihren Beitritt erklärt. Es gehören dem Kriegsausschuß außerdem auch an das Bureau für Sozialpolitik, der deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, der deutsche Käuferbund und der Bund deutscher Frauenvereine. Schon heute stehen hinter der Bewegung Verbände mit über 6 Millionen Mitgliedern, die mit ihren Angehörigen mindestens 15 Millionen Konsumenten darstellen. Als nächste Aufgabe hat sich der Ausschuß gesetzt, eine Sammel- und Auskunftsstelle für alle Fragen der Volksernährung und des Massenbedarfs zu errichten, die Konsumenten aufzuklären und zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte zu veranlassen, den Behörden, Parlamenten und der Öffentlichkeit als Sachverständigenvertretung der Konsumenten tätig zu sein und gegen ungerechtfertigte Preistreiberien sowie gegen Kriegswucher in jeder Form aufzutreten. Die vorläufige Adresse des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen ist Berlin W. 30, Rollendorffstraße 29/30, 2. Stockwerk.

Ueber Art und Zweck dieser erfreulichen Gründung wird uns noch geschrieben:

Was zur Sicherstellung der Volksernährung von der Reichsregierung und den sonstigen maßgebenden Instanzen bisher getan worden ist, dürfte wohl kaum als endgültige Lösung der ganzen Frage angesehen werden. Im Gegensatz zu dem glänzenden Verlauf unserer militärischen und unserer finanziellen Mobilmachung zeigt sich eben bei manchen bisherigen Maßnahmen der wirtschaftlichen Mobilmachung, wie recht diejenigen hatten, die wie der Präsident des Hansa-Bundes, Geheimrat Rießer, die Einsetzung eines „Wirtschaftlichen Generalstabs“ schon in Friedenszeiten verlangten. Ein solcher wirtschaftlicher Generalstab, in dem selbstverständlich auch die Konsumenten vertreten sein mußten, hätte alle Vorbereitungen treffen können, so daß man gleich nach Kriegsbeginn preisregulierend eingreifen konnte, während so die Regierung drei Monate für die Verhandlungen und ihre Beschlüsse brauchte, drei kostbare Monate, in denen viele Vorräte, jedes Mal mit erheblichen Preissteigerungen, von Hand zu Hand gingen, durch große Spekulationskäufe künstliche Knappheit geschaffen und so die Preise in die Höhe getrieben wurden.

Je mehr in der Öffentlichkeit die Meinung durchdrang, daß wir in all diesen Fragen noch viel zu tun hätten, desto mehr wuchs in den Organisationen der Konsumenten die Ueberzeugung, daß es Pflicht und Notwendigkeit für die Konsumenten sei, an der Sicherung der Volksernährung tatkräftig mitzuarbeiten. Das Ergebnis eingehender Vorarbeiten ist die gestern vollzogene Gründung des „Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen“. Ihm gehören bis heute Verbände mit rund 6 Millionen Mitgliedern an, und ihre Zahl wird bald noch steigen. Verbände, die bisher in schärfstem Gegensatz zu einander gestanden haben, Berufsstände, die bislang eine Welt voneinander trennte, sie alle hat die Not des Krieges zusammengeführt, um für die Dauer des Krieges eine Zentralstelle für die Konsumenten zu schaffen zur Mitarbeit an der ebenso wichtigen wie schwierigen Frage der Volksernährung. Diese Zentralstelle hat den Vorzug, durch die ihr angeschlossenen Organisationen und deren Untergruppen eine Unzahl von Mitarbeitern zu haben und über ein das ganze Reich umspannendes Netz von Arbeitsstellen, durch die sie wirken kann, zu verfügen.

Die erste Aufgabe des neu gegründeten Kriegsausschusses wird es sein, die Verbraucher, vor allem die Hausfrauen, aufzuklären und zu planmäßigem und sparsamem Verbrauch der vorhandenen Nahrungsmittel zu erziehen, damit wir auf jeden Fall mit den vorhandenen Vorräten bis in das nächste Jahr hinein auskommen. All die zum Teil ganz vorzüglichen Ratschläge, die zu diesem Zweck schon erteilt wurden, müssen in die Praxis umgesetzt werden. Ueberall wären Versammlungen der dem Kriegsausschuß angeschlossenen Organisationen, der Mitglieder mit den Hausfrauen, zu veranstalten, in denen belehrende Vorträge gehalten werden; bis in die kleineren Städte hinein könnten nach dem Vorbilde des Letzte-Bereins in Berlin Kurse für die Herstellung billiger und zweckmäßig ausgenutzter Speisen eingerichtet werden. Auch für die Verwertung der jetzt so wertvollen Haushaltungssabfälle für Viehfutter brauchen wir die Mitarbeit der Frauen und müssen wir sie interessieren.

Weiter wird der „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen“ gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit die Sache der Konsumenten zu vertreten haben. Ohne deshalb eine Kampforganisation zu sein, wird er dafür zu sorgen haben, daß Behörden und Öffentlichkeit auch von Seiten der Konsumenten Material erhalten, damit sie sich objektiv orientieren können; einseitigen Darstellungen von Interessentengruppen wird er entgegentreten müssen. Männer der Wissenschaft und der Praxis als Sachverständige, vor allem auch die reiche Erfahrung der großen Konsumvereinsverbände stehen ihm zur Verfügung. Alles Material über die Volksernährung im Kriege wird er zu sammeln haben; so wird er sich z. B. nicht nur einen möglichst vollständigen Ueberblick über die Preisentwicklung und ihre Gründe in den verschiedenen Gegenden zu verschaffen, sondern

auch die Preisunterschiede im Kleinhandel in ein und derselben Stadt und ihre Ursachen zu ermitteln, eventuell auch Qualitätsfeststellungen zu machen haben. Er wird alle Nachrichten über Höchstpreisfestsetzungen, über die dabei angewandten Methoden und über die erzielten Erfolge sammeln müssen. So werden die Behörden in ihm eine sachverständige Vertretung der Konsumenten bei der Beratung der gesetzlichen Maßnahmen finden.

Allem Anscheine nach steht ja eine Revision der ganzen Höchstpreisfrage vor der Tür. Hier findet der „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen“ dann schon in allernächster Zeit ein reiches und dankbares Arbeitsfeld. Mit allem Nachdruck muß er darauf hinarbeiten, daß jede übermäßige Preissteigerung verhütet wird. Auf jeden Fall werden die sogenannten Reports auf die Höchstpreise, die wahrlich schon hoch genug sind, aufgehoben werden müssen. Für eine ganze Reihe weiterer Artikel, insbesondere für Mehl und Fettwaren, sind Höchstpreise festzusetzen, für Kartoffeln überall auch Höchstpreise für den Kleinhandel. Vor allem werden aber die nötigen Maßnahmen getroffen werden müssen, daß die vorhandenen Vorräte auch wirklich planmäßig verteilt werden und nicht, wie das heute der Fall ist, ganze Bezirke sich nur schwer mit dem nötigen Getreide u. s. w. versorgen können, obwohl genügend Vorräte vorhanden sind.

Eine erfolgreiche Arbeit des „Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen“ in dieser Richtung läge nicht nur im Interesse der Konsumenten selber, sondern diene auch der Gesamtwirtschaft. Durch die übermäßige Preissteigerung der Nahrungsmittel werden auch weite Gebiete der Produktion schwer getroffen, weil die Konsumenten für die Bestreitung der Lebenskosten schon so viel ausgeben müssen, daß sie umso weniger für den Kauf von Gewerbe und Industrieartikeln auswenden können. Es würde volkswirtschaftlich auch ein schwerer Schaden sein, wenn an einzelnen Stellen infolge der Preissteigerungen Vermögen entstanden, während die breiten Massen in ihrer wirtschaftlichen, aber auch physischen Leistungsfähigkeit geschwächt würden.

16./XII. 1914

Die Lebensmittelversorgung und das Reich.

Auch die Handelskammer Stuttgart schließt sich jetzt in einer einstimmig angenommenen Eingabe an das Reichsamt des Innern der Forderung an, die bisherigen ungenügenden Maßnahmen zur Regulierung des Lebensmittelmarktes zu erweitern und zu ergänzen durch eine reichs-gesetzliche Regelung des Verkehrs und des Verbrauchs in den wichtigsten Nahrungs-mitteln während der Kriegszeit. Die bisherigen Maßnahmen des Reichs reichen, so führt die Kammer aus, in keiner Weise zur Regelung des Konsums. Nicht nur, daß diese Maßnahmen, insbesondere die Höchstpreisfestlegungen, vielfach zu spät kamen und infolgedessen eine Preislage entstand, die den gesamten Verbrauch schwer belastet — denn die Höchstpreise wurden, wie zu befürchten war, sogleich zu Mindestpreisen — sondern sie vermochten insbesondere in keiner Weise, was doch als das wichtigste erscheint, eine regelmäßige Versorgung der verschiedenen Gebiete herbeizuführen. Das reichs-gesetzlich vorgesehene Zwangsmittel, in Einzelfällen bei Nichtlieferung zu den festgelegten Höchstpreisen eine Enteignung einzutreten zu lassen, erweist sich in der Praxis als völlig unzulänglich, da ein allgemeiner Zwang zur Herausgabe der Vorräte, unabhängig vom einzelnen Verweigerungsfall, nicht besteht und bestimmungsgemäß nur in kraffen Ausnahmefällen von der Befugnis Gebrauch gemacht wird. Handels- und Konsumvereinigungen setzen sich deshalb, um überhaupt Waren zu erhalten, zu indirekter Ueber-schreitung der gesetzlichen Höchstpreise gezwungen, durch Annahme von Frachtzuschlägen, durch das Zugeständnis überhöher Vermittlungs- und Provisionssätze usw. Noch unzulänglicher aber als die Regelung der Verteilung der vorhandenen Vorräte sind die Vorkehrungen für ihre zweckmäßige Verwertung. Ein tatsächlicher, durchgreifender Erfolg sei deshalb nur denkbar, wenn von einer Zentralstelle im Reich aus eine planmäßige, auf die ganze Versorgungszeit bis zur nächsten Ernte berechnete und die einzelnen Gebiete des Reiches im Verhältnis zum sonstigen jeweiligen Bedarf versorgende Verteilung der noch an unentbehrlichen Nahrungs-mitteln vorhandenen Vorräte vorgenommen wird, wobei selbstverständlich diese Zentralstelle durch sonstige geeignete Maßnahmen, soweit erforderlich, für eine Streckung dieser Vorräte durch zweckmäßige Heranziehung sonstiger Nahrungs-mittel zu sorgen hätte.

Die Durchführung dieses Gedankens erscheine auf den ersten Blick vielleicht schwieriger, als sie bei Benutzung aller zur Verfügung stehenden Kräfte und Organisationen tatsächlich ist. Eine vollkommene Ausschaltung des Handels wäre weder erforderlich, noch überhaupt ratsam, vielmehr sollten seine Erfahrungen, wie seine vielseitigen Geschäftsverbindungen auch nach dem Ausland, in den Dienst der Reichs-organisation des Verbrauchs, und zwar unter Gewährleistung angemessener Provisionsätze gestellt werden. Im einzelnen macht die Kammer dafür folgende Vorschläge:

1. Berichtigung und Ergänzung der Bestandsaufnahme vom 1. Dezember d. J. unter Anwendung einer mit aller Strenge zu handhabenden gesetzlichen Deklarationspflicht der Eigentümer und Besitzer von Vorräten und einer sorgfältigen Kontrolle der Angaben durch staatliche und städtische Organe.
2. Käufliche Uebernahme der gesamten Vorräte an Brotgetreide und Mehl, unter teilweiser Zuziehung auch von Vorräten in sonstigen Getreidesorten und Erzeugnissen, die mit zur menschlichen Nahrung herangezogen werden können (Gerste, Hafer, Kartoffel). Die übernommenen Vorräte könnten unter den nötigen Sicherheiten bei genauester Buchkontrolle in den Händen sachkundiger Besitzer gegen Abruf verbleiben. Für die Lagerung und ordnungsgemäße Behandlung der Ware wären bescheidene Vergütungsätze vom Reich zu leisten.
3. Uebertragung der obersten Verwaltung über die gesamten Vorräte im Reich an eine Reichszentralstelle, die nach erlangter Ueber-sicht über den Gesamtvorrat unter Verständigung mit den einzelnen bundesstaatlichen Regierungen für eine Zuteilung des Vorrates pro rata des nachgewiesenen sonstigen durchschnittlichen Verbrauchs in zweckmäßiger Weise zu sorgen hätte. Der Abruf im einzelnen von den einzelnen Lagerungs-plätzen aus dürfte voraussichtlich am besten durch Vermittlung der Kommunalbehörden im Rahmen der allgemeinen Zuteilung auf das größere bundesstaatliche Gebiet erfolgen. Der Handel könnte hierbei als beauftragtes Hilfsorgan der Verteilung mit in Anspruch genommen werden. Den örtlichen Behörden bliebe es überlassen, an der Hand allgemeiner, von der Reichszentralstelle unter Zuziehung von Sachverständigen — deren sich die Zentralstelle überhaupt regelmäßig unter Angliederung einer bestimmten Organisation aus Vertretern aller bundesstaatlichen Gebiete bedienen müßte — auszugehenden Richtlinien, auf dem Verordnungswege sowie durch ständige öffentliche Belehrung auf eine sparsame und zweckmäßige Verwertung der angelieferten Vorräte hinzuwirken (z. B. Verordnungen an die Bäcker über Beschaffenheit und Zusammensetzung des Brotes, zur Einschränkung des Weißbrotverkaufs usw.). Der Reichszentralstelle wäre auch die Befugnis zu übertragen, sonstige zur Sicherung der Volksernährung notwendigen oder wünschenswerten Maßnahmen auch im Verkehr mit anderen Nahrungs- und Genussmitteln zu treffen, zum Beispiel Heranziehung der Gerste und des Hafers zur menschlichen Ernährung, wenn nötig unter Einschränkung des Brau-gewerbes, etwaige Minderung der reichen Viehbestände, damit die Futtermittel gestreckt werden und zugleich ein Teil von ihnen zur menschlichen Nahrung frei wird; Verwertung des über den notwendigen Fleischbedarf geschlachteten Viehs durch Konservierung des Fleisches, tunlichst mit Hilfe der leistungs-fähigen deutschen Konservenindustrie und unter Festsetzung der Preise für Vieh und Fleischkonserven, Erlaß von Vor-

schriften über etwa notwendige Veränderungen in der Verwertung der zur Verfügung stehenden Anbauflächen zu Gunsten der nötigen landwirtschaftlichen Produkte. Vorschriften zur erweiterten Ausbeutung der Getreidevorräte für die menschliche Nahrung (z. B. Weizenausbeute statt 75 Prozent etwa 85 Prozent, Roggenausbeute statt 72 Prozent etwa 80 Prozent).

Man kann nun in der Tat gespannt sein, was die Regierung zu tun gedenkt. Daß die Art, wie sie die Höchstpreise durchführte, sich nicht bewährt hat, und daß sie zu durchgreifenderen Mitteln, zur Zentralisierung des Vertriebes, schreiten sollte, ist ihr nun schon seit langem von allen möglichen Seiten gesagt worden. Volkswirte und Politiker der verschiedensten Richtungen, Praktiker der Landwirtschaft wie des Handels fordern es — was wird geschehen?

O Dresden, 15. Dezbr. (Priv.-Tel.) In der Versammlung des sächsischen Landeskulturrats wurde mitgeteilt, daß die Reichsregierung beabsichtige, eine neue Verordnung über Kartoffelhöchstpreise herauszugeben. Auch der Händlergewinn soll festgelegt werden. Wenn nichts gegen spekulative Verteuerung helfe, werde das Reichshandelsmonopol vielleicht die letzte Zuflucht sein. — Uebrigens sind in Sachsen von den zuständigen Behörden vielfach auch für den Kleinhandel bereits Höchstpreise festgesetzt worden.

Wenn die Völker einmal zu sprechen haben werden und die Sozialdemokraten, dann werden sich die Völker nicht mehr zerfleischen. Aber der Krieg ist da und es gibt noch etwas Schrecklicheres als den Krieg: das ist die Niederlage. Die Sozialdemokraten ziehen nicht ins Feld aus Gründen des Hurrapatriotismus. Wenn es selbstverständlich ist, daß die Angehörigen eines Volkes eine Kultur-gemeinschaft sind, an der schließlich auch der Arbeiter seinen bescheidenen Anteil hat, so muß auch die notwendige Konsequenz hingenommen werden. Aber nicht dieses idealistische Moment ist bei uns Sozialdemokraten das Höchste. Stellen Sie sich einen Augenblick vor, Deutschland und Oesterreich würden unterliegen: was für wirtschaftliche Folgen hätte das für die beiden Reiche? Die erste Folge wäre zweifellos die Zerkümmerng Deutschlands, eine Zerkümmerng der wirtschaftlichen Zustände, eine Zerkümmerng der deutschen Industrie, und die deutschen Proletarier, die heute zu Hunderttausenden in Frankreich und in Polen stehen, könnten dann wieder ihr Bündel schnüren, und nach den Ueberseeländern auswandern, um irgendwo ein Brot zu suchen. Es ist also gerade ein materielles Interesse, das ihnen sagt: Das darf nicht geschehen! Wehmütig, wenn auch nicht in so ausgesprochenem Maße, ist es auch bei uns. Wir sprechen gewöhnlich nicht in ehrerbietigen Tönen von Galizien; aber doch ist es ein Land, wofür das übrige Oesterreich viel arbeitet und viel liefert und sein Verlust wäre auch für uns eine wirtschaftliche Schädigung. Bei uns kommt noch dazu, daß es sich um den Kampf gegen den Zarisismus handelt. Wie oft haben wir Sozialdemokraten in Wien in den Straßen, sehr entgegen den Wünschen der Polizei, gegen den Zarisismus demonstriert und gerufen: Nieder mit dem Zaren! Wir sind deshalb sogar verurteilt worden. (Gelächter.) Das darf man heute sagen.

(Der Regierungsvertreter läßt den Redner zur Sache mahnen. — Unruhe in der Versammlung.) Ich kann unmöglich von der heutigen Teuerung reden, ohne von ihrer besonderen Ursache zu sprechen, denn der Krieg ist da und wir führen den Krieg, weil wir nicht russisch werden wollen (Beifall); wir wollen auch, daß uns der Russe nicht näher kommt. Die Folge dieses Krieges ist eine unerhörte Teuerung der Lebensmittel, und da fragen wir, ob dieses Kriegesopfer in dem Ausmaß unbedingt notwendig oder zu mildern ist, und wir fragen: Was soll denn werden?

(Lebhafte Beifall.) Und nun noch ein Wort. Ersuchen Sie sich nicht zu den sogenannten Flaumachern! Was jetzt begonnen worden ist, so schwer es ist, muß durchgeführt werden. Es kommt jetzt nicht darauf an, daß heute oder morgen Frieden geschlossen wird, sondern es kommt darauf an, daß ein Friede geschlossen wird, bei dem die Bevölkerung nicht noch mehr daraufzahlt als bisher. (Lebhafte Beifall.)

Adelheid Popp:

Wir Frauen haben in früheren Jahren wiederholt verlangt, daß der Teuerung Einhalt getan werde. Es hat nichts genügt. So entmutigend das ist, ein Funke Hoffnung lebt immer noch in uns, daß es doch noch gelingen werde, daß diejenigen, auf die es ankommt, dieser jeztigen Teuerung anders als bisher entgegenzutreten werden. Wir wissen: der Krieg bedeutet nicht nur Blutvergießen, er bedeutet auch Teuerung, Seuchengefahr, Arbeitslosigkeit, Hunger, Verzweiflung und Elend. Krieg und Hungersnot sind Geschwister; aber ist die jeztige Teuerung unabwendbar?

Wir Frauen empfinden sie am stärksten, der Mann erjagt von ihr erst im übertragenen Wirkungskreis. Die Frauen haben täglich einen aufreibenden Krieg gegen Kohlennot zu führen. Sie müssen sie in kleinen Mengen selber heimtragen und schon 2 Kronen 40 Heller für den Zentner zahlen. Da haben wir in der vorigen Woche lesen können, daß in Berlin die Gasanstalt das weitestgehende Entgegenkommen übt und daß auch in den Wohnungen der ärmsten Leute Gasöfen aufgestellt werden. Hat man in Wien schon so etwas gehört? Bei uns zahlen die Frauen 16 Heller für das Kilogramm Kartoffeln; in Berlin sind die Höchstpreise für Kartoffeln mit vier bis fünf Heller festgesetzt. (Bewegung.)

Die Frauen und die Teuerung.

Zahlreich haben sich die proletarischen Frauen Wiens am Montag im Hotel Monopol in der Mariahilferstraße zusammengefunden, um die wichtigste Sorge zu erörtern, die man jezt in Versammlungen besprechen kann: Lebensmittelversorgung und Teuerung. Oft fielen Versammlungen in schwere Zeiten, aber eine Stimmung, die so ernst war — und dadurch etwas Weihevolltes bekam — wie die in der Versammlung vom Montag, die der Teuerung gewidmet war, war noch nicht das Kennzeichen einer Wiener Frauenversammlung.

Vorsitzende war Amalie Pölzer. Von den Rednern des Abends hat Abgeordneter Bernerstorfer Betrachtungen angestellt, die über das Gebiet der Nahrungspolitik hinausgingen; sie wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Wir teilen nun das Wesentliche der Reden mit.

Abgeordneter Bernerstorfer:

Die Sozialdemokratie ist eine Partei des Friedens und sie hat seit Jahren, was an ihr war, dazugetan, um diesen Krieg, der schon seit Jahren über unseren Häuptern schwebte, zu verhindern oder doch den Ausbruch hinauszuschieben. Es gibt zwar jezt auch Leute, die behaupten, die Sozialdemokraten der einzelnen Länder hätten zur Verhinderung des Krieges nicht genug getan. Aber so stark sind wir Sozialdemokraten noch nicht. Leider sind wir noch nicht so weit, daß wir die Mehrheit der Völker hinter uns hätten. In dem Augenblick, als der Krieg ausgebrochen war, hat es auch für die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder keine andere Lösung gegeben, als zu ihrem Lande zu stehen.

Erst von dem Sozialismus hoffen wir, daß er einen Zustand bringen wird, in dem der Krieg nur mit den Mitteln des Geistes geführt werden wird als kultureller Wettbewerb der Völker. Auch derjenige, der niemanden im Felde stehen hat, empfindet die Schrecknisse des Krieges und ich kann mich nie zu meinem bescheidenen Nachtmahl niederlegen in der warmen Stube, ohne zu denken, wie es den Leuten in den Schützengraben geht, und da denke ich nicht nur an die Soldaten unseres Landes, sondern an die aller Länder; denn alle diese Soldaten sind ja unsere Brüder. (Lebhafte Beifall.)

In Deutschland hat man auch schon am Anfang des Krieges Höchstpreise für Getreide festgesetzt und der Meterzentner Weizen kostet dort 31 Kronen; bei uns belaufen wir die Höchstpreise jezt und wir müssen für den Meterzentner 41 Kronen zahlen.

Noch einen Vergleich mit Berlin will ich anführen: Ein Meterzentner Weizen kostete im Juli in

23. XII. 1914.

Subsistenzen und Lebensmittel

gestellt wird, dürfte Ungarn unseren Bedarf an Schweinen auch weiterhin annähernd decken können.

Mit Rücksicht auf die bezüglich des Rind- und des Schweinefleisches gebotene Sparsamkeit empfiehlt es sich aber, soweit als möglich das Schafffleisch heranzuziehen. Die Nachfrage ist aber bisher gering und die Wiener Großschlachtereien A. G. klagen darüber, daß nur hinteres Fleisch begehrt wird, während für das Vorderende auch für den Rücken kein Absatz vorhanden ist. Dies ist umso bedauerlicher, als Oesterreich rund zweieinhalb Millionen Schafe, also immerhin einen gewissen Vorrat besitzt, der uns vor Not schützen kann.

Der Mangel an Milch und seine Ursachen.

Ein relativer Mangel macht sich seit einiger Zeit auch in Milch geltend und die ungezählten Milchhandlungen in Wien haben kaum Milch, um den normalen Bedarf ihrer ständigen Abnehmer decken zu können. Jeder Mehrbedarf bleibt ungedeckt.

Worin liegen nun die Ursachen dieses Mangels?

Trotzdem Wien viele Tausende von Männern ins Feld gesandt hat, ist der Konsum nicht geringer geworden. Wien mußte Tausende von Flüchtlingen aufnehmen und an Stelle der ins Feld gerückten Männer sind ungezählte verwundete und kranke Soldaten getreten, die stärkere Milchkonsumenten sind, als die gesunden Männer. Außerdem ist es zweifellos, daß ein Teil der Familien der Eingezogenen heute finanziell besser steht, als wenn der Mann zu Hause ist, da die Unterhaltsbeiträge vielfach mehr ausmachen, als was der Mann seiner Frau für den Haushalt zur Verfügung stellen konnte. Dies gilt in gewissem Maße auch von anderen Nahrungsmitteln, insbesondere aber von der Milch, weil diese mehr von den Frauen und Kindern als von den Männern konsumiert wird.

Nun steht aber diesem Bedarfe ein Angebot gegenüber, das hinter dem der normalen Zeit wesentlich zurückbleibt. In gewöhnlichen Zeiten beträgt die Milchlieferung in Wien ungefähr 900.000 Liter. Nun machte sich gegen Ende des vorigen Monats ein besonders starker Rückgang fühlbar. Am 21. November betrug die Anlieferung 816.000 Liter, am 28. November nur 761.000 Liter. Anfangs Dezember kamen wieder Lieferungen von 812.000 und 829.000 Litern, die aber bald wieder Lieferungen bis zu 754.000 Litern Platz machen mußten.

Der Grund dieser Erscheinung ist wohl darin zu suchen, daß infolge Einberufung eines großen Teiles des Melkpersonals zur Kriegsdienstleistung weniger Milch gewonnen wird als sonst. Aber auch dort, wo Frauen das Melkgeschäft bisher besorgten, leidet die Pflege des Melkviehes, da die Frauen einen großen Teil der Arbeit der Männer mit übernehmen mußten. Die bereits bei der Fleischversorgung erwähnten Angstverkäufe der Viehzüchter üben natürlich auch auf die Milchversorgung einen nachteiligen Einfluß. Ferner darf auch nicht übersehen werden, daß die hohen Produktionskosten der Milch die Milchgewinnung überhaupt nicht so rentabel erscheinen lassen, als sonst und daß dieser Umstand, sowie die teuren Futtermittel manchen Landwirt zum Verkauf seines Melkviehes bestimmen.

Es zeigt sich hier die unumstößliche Wahrheit, daß bei steigender Nachfrage und gleichbleibenden Preisen das Angebot immer zu gering ist. Eine Erhöhung des Angebotes könnte vielleicht in fernerer Zeit nur durch eine Erhöhung der Preise erzielt werden. Vorläufig sind wir jedoch nicht so weit. Es handelt sich heute vielleicht nur darum, entferntere Gegenden für die Milchzufuhr heranzuziehen. Die Milchzufuhr ist aber heuer gerade besonders erschwert und auch darin liegt ein Grund des geringen Angebotes.

Weg mit dem Schlagobers!

Unter diesen Umständen ist es geradezu ein Verbrechen, daß jetzt in Wien wie in den friedlichsten Zeiten täglich Unmengen von Schlagobers in den Kaffeehäusern und Zuckerbäckereien verabreicht werden. Die Genossenschaft der Kaffeesieder hat bereits vor längerer Zeit einen Aufruf erlassen, in welchem die Mitglieder der Genossenschaft aufgefordert wurden, die Verabreichung von Schlagobers einzuschränken. Aus 100 Litern Vollmilch gewinnt man zirkel 12 Liter Schlagobers. Der Rest dieser Milchmenge ist dann Magermilch, also 88 Liter. Es ist dies also eine bodenlose unerhörte Verschwendung und eine Schande, daß das Publikum sich nicht selbst vom Schlagobersgenuß zurückhält. Es dürfte daher nichts übrig bleiben, als den Verbrauch von Schlagobers überhaupt zu verbieten.

Ausblick in die Zukunft.

Welcher Ausblick bietet sich nun hinsichtlich der Milch für die nächste Zukunft? Nach der Aussage von Sachleuten brauchen wir trotz aller Schwierigkeiten nicht zu befürchten, daß die Bevölkerung geradezu Not an Milch leiden muß. Vielleicht werden wir etwas erhöhte Milchpreise erleben, die aber zu einer vermehrten Milchproduktion führen werden. Die für die Milchversorgung in Wien in Betracht kommenden Faktoren machen die größten Anstrengungen, neue Bezugsquellen für Wien ausfindig zu machen. Im schlimmsten Falle kann die Milchgewinnung auf Kosten der Erzeugung von Käse gefördert werden, den wir ja aus der Schweiz oder aus Italien kaufen können.

Auch über den Stand der Preise auf dem Geflügel- und Wildbretmarkt gab der Vortragende interessante Aufschlüsse, aus denen zu entnehmen war, daß speziell im Hinblick auf Wildbret der Verbrauch ebenso wünschenswert im Interesse der Approvisionierung, als auch ökonomisch in bezug auf den Preis wäre. Schließlich gab Dr. Ritter v. Fikler, gestützt auf statistisches Material, ein übersichtliches Bild über Angebot und Konsum von Eiern, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, die als Volksnahrungsmittel ziemlich stark in Mitleidenschaft gezogen seien und schloß mit den Worten: Gleichwohl hat Oesterreich keinen Grund, an der Ergiebigkeit seiner Quellen im Lande zu zweifeln, denn die Krise dürfte infolge der Festsetzung der Höchstpreise auf gewisse Artikel schon erreicht, wenn nicht überschritten sein.

Den interessantesten Ausführungen des Vortragenden wurde großer Beifall zuteil.